

Basisprospekt gemäß § 6 WpPG

der

Stadtsparkasse Düsseldorf

eingetragen beim Handelsregister Düsseldorf unter der Registernummer
Düsseldorf HRA 14082

für die Emission von

Inhaberschuldverschreibungen und Inhaberpfandbriefen

11. September 2008

Dieses Dokument (der "**Basisprospekt**") ist ein Basisprospekt der Stadtsparkasse Düsseldorf (die "**Emittentin**") im Sinne von § 6 Wertpapierprospektgesetz ("**WpPG**") auf dessen Grundlage die Emittentin plant, Inhaberschuldverschreibungen mit fester oder variabler Verzinsung, unverzinsliche Inhaberschuldverschreibungen, Inhaberschuldverschreibungen mit aktien- und/oder indexabhängiger Rückzahlung (zusammen, die "**Inhaberschuldverschreibungen**") sowie Inhaberpfandbriefe mit fester oder variabler Verzinsung und unverzinsliche Inhaberpfandbriefe (zusammen, die "**Inhaberpfandbriefe**" und, zusammen mit den Inhaberschuldverschreibungen, die "**Schuldverschreibungen**") zu begeben und anzubieten. Inhaberpfandbriefe können als Hypothekenzinspfandbriefe oder als öffentliche Pfandbriefe begeben werden.

Einige Angaben hinsichtlich bestimmter Daten, Werte oder Ausstattungsvarianten der Schuldverschreibungen, welche auf Grundlage dieses Basisprospekts emittiert werden, können erst im Zusammenhang mit der konkreten Emission festgesetzt werden. Sie sind in diesem Basisprospekt durch eckige Klammern und/oder Platzhalter ("**[●]**") gekennzeichnet und werden erst in den Endgültigen Bedingungen (wie nachstehend definiert) zu diesem Basisprospekt festgelegt werden. Bei jeder Emission von Schuldverschreibungen auf Grundlage dieses Basisprospekts werden die endgültigen Bedingungen gemäß § 6 Abs. 3 WpPG in einem gesonderten Dokument (die "**Endgültigen Bedingungen**") veröffentlicht. Die Endgültigen Bedingungen werden einige Angaben enthalten, die bereits Gegenstand dieses Basisprospekts sind. Die vollständigen Angaben über die Emittentin und eine konkrete Emission ergeben sich jedoch nur aus diesem Basisprospekt in Verbindung mit den jeweiligen Endgültigen Bedingungen.

Dieser Basisprospekt stellt für sich genommen kein Angebot zum Kauf von Schuldverschreibungen dar. Die Verteilung dieses Basisprospekts sowie der hierzu verfassten Endgültigen Bedingungen und das Angebot oder der Verkauf der Schuldverschreibungen kann in bestimmten Rechtsordnungen gesetzlich beschränkt sein. Personen, die in den Besitz dieses Basisprospekts und der Endgültigen Bedingungen gelangen, müssen sich selbst über solche Beschränkungen informieren und diese beachten. Weitere Hinweise sind dem Abschnitt "Verkaufs- und Übertragungsbeschränkungen" zu entnehmen.

Anleger sollten sicherstellen, dass sie die Schuldverschreibungen und die damit verbundenen Risiken verstanden haben und dass die Schuldverschreibungen für sie als Anlage geeignet sind. Sie sollten sich darüber im Klaren sein, dass – je nach Ausgestaltung der Emissionsbedingungen der jeweiligen Schuldverschreibungen – Schuldverschreibungen begeben werden können, in deren Zusammenhang keine Zinsen gezahlt werden bzw. die physische Lieferung eines Basiswerts an die Stelle der Rückzahlung des Nennbetrags treten kann. Weiterhin sollten Anleger

sich darüber im Klaren sein, dass der Rückzahlungsbetrag bei Schuldverschreibungen, die eine physische Lieferung eines Basiswerts anstelle der Rückzahlung des Nennbetrags durch die Emittentin zulassen oder deren Rückzahlung auf eine Aktie bzw. einen Index Bezug nimmt, im Falle einer ungünstigen Wertentwicklung des jeweiligen Basiswerts Null sein kann. Es besteht also das Risiko des teilweisen oder vollständigen Verlusts des vom Erwerber eingesetzten Kapitals (einschließlich eventuell aufgewendeter Transaktionskosten), d.h. ein **Totalverlustrisiko**. Anleger sollten insbesondere die Darstellungen in dem Abschnitt "Risikofaktoren" sorgfältig lesen.

Dieser Basisprospekt wurde gemäß § 6 WpPG erstellt, von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ("**BaFin**") gemäß § 13 WpPG gebilligt und gemäß § 14 WpPG bei der BaFin hinterlegt. Die BaFin hat gemäß § 13 WpPG über die Billigung nach Abschluss einer Vollständigkeitsprüfung dieses Basisprospekts einschließlich einer Prüfung der Kohärenz und Verständlichkeit der vorgelegten Informationen entschieden. Die Endgültigen Bedingungen werden für jede Emission spätestens am ersten Tag des öffentlichen Angebots oder, falls die betreffenden Schuldverschreibungen ohne öffentliches Angebot in den Handel an dem regulierten Markt einer innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums gelegenen Wertpapierbörse eingeführt werden, am Tag der Einführung veröffentlicht und bei der BaFin hinterlegt.

Im Zusammenhang mit der Ausgabe und dem Verkauf der Schuldverschreibungen ist niemand berechtigt, Informationen zu verbreiten oder Erklärungen abzugeben, die im Widerspruch zu den Angaben stehen, die in diesem Basisprospekt bzw. den jeweiligen Endgültigen Bedingungen enthalten sind. Für Informationen von Dritten, die nicht in diesem Basisprospekt oder in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen enthalten sind, lehnt die Emittentin jegliche Haftung ab.

Die hierin enthaltenen Informationen beziehen sich auf das Datum dieses Basisprospekts und können aufgrund später eingetretener Veränderungen unrichtig oder unvollständig geworden sein. Sollten Umstände auftreten oder festgestellt werden, die die in § 16 WpPG genannten Voraussetzungen erfüllen und eine Nachtragspflicht begründen, wird die Emittentin einen entsprechenden Nachtrag gemäß § 16 WpPG (der "**Nachtrag**") veröffentlichen.

INHALTSVERZEICHNIS

1.	ZUSAMMENFASSUNG DES BASISPROSPEKTS	4
1.1	Wichtige Hinweise bzgl. der Zusammenfassung	4
1.2	Wesentliche Merkmale der Emittentin	4
1.3	Wesentliche Merkmale der Schuldverschreibungen	7
1.4	Zusammenfassung der Risikofaktoren in Bezug auf die Emittentin.....	8
1.5	Zusammenfassung der Risikofaktoren in Bezug auf die Schuldverschreibungen	9
1.6	Zusammenfassung der Risikofaktoren in Bezug auf die Basiswerte	10
2.	RISIKOFAKTOREN	12
2.1	Risikofaktoren in Bezug auf die Emittentin	12
2.2	Risikofaktoren in Bezug auf die Schuldverschreibungen	14
2.3	Risikofaktoren in Bezug auf die Basiswerte	19
3.	EMITTENTENBESCHREIBUNG	23
3.1	Gründung und Handelsregister	23
3.2	Rechtsform und Sitz	23
3.3	Abschlussprüfer	23
3.4	Geschäftsanschrift	23
3.5	Geschäftsüberblick	23
3.6	Organisationsstruktur	24
3.7	Sicherungssystem	25
3.8	Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane	25
3.9	Träger der Emittentin	27
3.10	Rating	27
3.11	Finanzinformationen	28
3.12	Ausgewählte Finanzinformationen	28
3.13	Gerichts- und Schiedsverfahren	30
3.14	Keine wesentlichen Veränderungen der Finanzlage	30
3.15	Trendinformationen	30
4.	ALLGEMEINE INFORMATIONEN	31
4.1	Verantwortung	31
4.2	Ermächtigung	31
4.3	Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses	31
4.4	Interessen - einschließlich der Interessenkonflikte	31
4.5	Einsehbare Dokumente	31
4.6	Veröffentlichung des Basisprospekts, Veröffentlichung der Endgültigen Bedingungen	31
5.	BESCHREIBUNG DER SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND DES ANGEBOTS	33
5.1	Überblick	33
5.2	Beschreibung der Schuldverschreibungen	33
5.3	Beschreibung des Angebots	36
6.	ALLGEMEINE INFORMATIONEN ZU PFANDBRIEFEN UND DEM PFANDBRIEFGESCHÄFT	39
7.	EMISSIONSBEDINGUNGEN DER NICHT AUF BASISWERTE BEZUG NEHMENDEN INHABERSCHULDVERSCHREIBUNGEN	41
8.	EMISSIONSBEDINGUNGEN DER AUF BASISWERTE BEZUG NEHMENDEN INHABERSCHULDVERSCHREIBUNGEN	50
9.	EMISSIONSBEDINGUNGEN DER INHABERPFANDBRIEFE	68
10.	ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN	77
11.	BESTEUERUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	84
12.	VERKAUFS- UND ÜBERTRAGUNGSBESCHRÄNKUNGEN	85
13.	HISTORISCHE FINANZINFORMATIONEN	F
14.	NAMEN UND ADRESSEN	A
15.	UNTERSCHRIFTEN	B

1. ZUSAMMENFASSUNG DES BASISPROSPEKTS

1.1 Wichtige Hinweise bzgl. der Zusammenfassung

Die nachfolgende Zusammenfassung ist als Einführung zu diesem Basisprospekt (nachfolgend auch "**Prospekt**" genannt) zu verstehen. Die Zusammenfassung ist im Zusammenhang mit dem gesamten Inhalt dieses Prospekts einschließlich etwaiger Nachträge (der "**Nachtrag**") gemäß § 16 Wertpapierprospektgesetz ("**WpPG**") zu lesen. Eine Anlageentscheidung sollte daher nicht allein auf diese Zusammenfassung gestützt, sondern erst nach Studium dieses Prospekts einschließlich etwaiger Nachträge und der Endgültigen Bedingungen im Sinne des § 6 Abs. 3 WpPG (die "**Endgültigen Bedingungen**") getroffen werden, die im Zusammenhang mit der Emission von Inhaberschuldverschreibungen und Inhaberpfandbriefen (zusammen, die "**Schuldverschreibungen**") stehen. Die Stadtparkasse Düsseldorf (nachfolgend auch "**Emittentin**" genannt) haftet für den Inhalt dieser Zusammenfassung, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen dieses Prospekts gelesen wird. Jeder Anleger sollte sich darüber bewusst sein, dass für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche auf Grund der in diesem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung dieses Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben könnte.

1.2 Wesentliche Merkmale der Emittentin

Überblick über die Emittentin

Emittentin	Stadtparkasse Düsseldorf
Rechtsform	Die Emittentin ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, eingetragen beim Amtsgericht Düsseldorf unter der Registernummer HRA 14082.
Rechtsordnung	Deutschland
Sitz	Düsseldorf
Träger	Träger der Emittentin ist die Stadt Düsseldorf.
Aufgaben	Die Emittentin ist ein selbstständiges Wirtschaftsunternehmen in kommunaler Trägerschaft mit der Aufgabe, auf der Grundlage der Markt- und Wettbewerbserfordernisse vorrangig in ihrem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche sicherzustellen. Sie unterstützt damit die Aufgabenerfüllung der Kommunen im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Die Emittentin fördert den Sparsinn

und die Vermögensbildung breiter Bevölkerungskreise und die Wirtschaftserziehung der Jugend.

Organe	Die Organe der Emittentin sind der Vorstand, der Verwaltungsrat und der Kreditausschuss.
Geschäftsfelder	Die Emittentin betreibt alle banküblichen Geschäfte, soweit das Sparkassengesetz für Nordrhein-Westfalen, die Sparkassenverordnung für Nordrhein-Westfalen oder die Satzung der Emittentin keine Einschränkungen vorsehen.
Rating	Moody's Investors Services Limited stuft die Bonität der Emittentin derzeit mit Aa1 ein.
Geschäftsanschrift	Stadtsparkasse Düsseldorf Berliner Allee 33 40212 Düsseldorf Telefon: +49 (0)211/878-0
Internetseite	www.sskduesseldorf.de

Zusammenfassung ausgewählter Finanzinformationen

HGB - Einzelabschlüsse

Die folgende Tabelle enthält eine Zusammenfassung ausgewählter, geprüfter, nicht konsolidierter Finanzinformationen über die Emittentin nach den in der Bundesrepublik Deutschland allgemein anerkannten Grundsätzen ordnungsmäßiger Rechnungslegung für die Geschäftsjahre 2006 und 2007. Sie sind den Einzelabschlüssen der Emittentin entnommen:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember	
	2007	2006
	(in Millionen Euro)	
Bilanz		
Barreserve / Liquide Schuldtitel	73,5	124,3
Forderungen an Kreditinstitute	1.510,8	896,4
Forderungen an Kunden	7.558,2	6.845,2
Wertpapiere	3.507,3	4.254,9
Beteiligungen / Anteile an verbundenen Unternehmen	426,9	352,6
Treuhandvermögen	0,7	0,8
Sachanlagen / Immaterielle Vermögensgegenstände	48,3	52,7
Sonstige Aktiva	56,7	37,2
Summe der Aktiva	13.182,4	12.564,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.498,1	3.401,3

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember	
	2007	2006
	(in Millionen Euro)	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.068,8	5.626,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.484,1	2.496,7
Treuhandverbindlichkeiten	0,7	0,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	212,8	214,3
Eigenkapital	758,2	695,3
Sonstige Passiva	159,7	129,6
Summe der Passiva	13.182,4	12.564,1

IFRS – Konzernabschlüsse

Die folgende Tabelle enthält eine Zusammenfassung ausgewählter, geprüfter, konsolidierter Finanzinformationen über den Konzern Sparkasse Düsseldorf gemäß den *International Financial Reporting Standards (IFRS)*, wie von der Europäischen Union verabschiedet, für die Geschäftsjahre 2006 und 2007. Sie sind den Konzernabschlüssen der Emittentin entnommen:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember	
	2007	2006
	(in Millionen Euro)	
Konzern Bilanz		
Barreserve	73,5	125,6
Forderungen an Kreditinstitute	1.556,9	924,5
Forderungen an Kunden	7.925,4	7.193,7
Risikovorsorge	-188,5	-224,1
Sicherungsderivate	35,1	35,2
Handelsaktiva	37,9	29,7
Finanzanlagen	3.873,9	4.619,6
Anteile an assoziierten Unternehmen	92,3	89,7
Steueransprüche	54,6	16,0
Sonstige Aktiva	102,7	108,2
Summe der Aktiva	13.563,8	12.918,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.488,1	3.380,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.074,0	5.643,0
Handelspassiva	27,8	25,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.472,7	2.473,0
Rückstellungen	50,5	60,0
Steuerverpflichtungen	0,1	16,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	214,9	216,4
Konzern-Eigenkapital	1.029,7	907,7

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember	
	2007	2006
	(in Millionen Euro)	
Sonstige Passiva	206,0	195,8
Summe der Passiva	13.563,8	12.918,1

1.3 **Wesentliche Merkmale der Schuldverschreibungen**

Die Ausstattung sowie die Angebotsbedingungen der Schuldverschreibungen ergeben sich aus diesem Prospekt in Verbindung mit den Endgültigen Bedingungen für die jeweilige Emission. Die Endgültigen Bedingungen werden für jede Emission spätestens am ersten Tag des öffentlichen Angebots oder, falls die betreffenden Schuldverschreibungen ohne öffentliches Angebot in den Handel an dem regulierten Markt einer innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums gelegenen Wertpapierbörse eingeführt werden, am Tag der Einführung veröffentlicht und bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt.

Bei den anzubietenden Schuldverschreibungen handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen oder Inhaberpfandbriefe der Emittentin, jeweils ausschließlich lieferbar in Miteigentumsanteilen an einer Global-Inhaberschuldverschreibung oder einem Global-Inhaberpfandbrief. Der Anspruch des Anlegers auf Einzelverbriefung ist ausgeschlossen. Inhaberpfandbriefe können als Hypothekendarlehenpfandbriefe oder als öffentliche Pfandbriefe begeben werden. Die Schuldverschreibungen unterliegen jeweils dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Verzinsung

In den Endgültigen Bedingungen wird festgelegt, ob die Schuldverschreibungen unverzinslich sind oder verzinst werden.

Sofern einschlägig, werden die Dauer der Zinsperioden der Schuldverschreibungen, der anwendbare Zinssatz und dessen Berechnungsmethode ebenfalls in den Endgültigen Bedingungen festgelegt werden.

Zinszahlungen auf festverzinsliche Schuldverschreibungen (*Fixed Rate Notes*) erfolgen zu einem festen Zinssatz, der in den Endgültigen Bedingungen festgelegt wird.

Der Zinssatz von variabel verzinslichen Schuldverschreibungen (*Floating Rate Notes*) wird durch Verknüpfung mit dem LIBOR oder EURIBOR (oder mit anderen in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen festgelegten Referenzzinssätzen oder Bezugsgrößen), zuzüglich oder abzüglich einer etwaigen Anpassung durch eine Marge bestimmt.

Rückzahlung

In den Endgültigen Bedingungen wird der Zeitpunkt der Rückzahlung der Schuldverschreibungen und der bei der Rückzahlung zu zahlende Betrag oder im Falle einer Lieferung von Vermögenswerten der oder die bei Rückzahlung zu liefernde(n) Vermögenswert(e) angegeben.

Der Rückzahlungsbetrag von Indexabhängigen Schuldverschreibungen (*Index Linked Notes*) wird unter Bezugnahme auf einen einzelnen Index oder einen Indexkorb oder auf der Grundlage einer auf einen einzelnen Index oder einen Indexkorb basierenden Berechnungsformel nach Maßgabe der jeweiligen Endgültigen Bedingungen berechnet.

Der Rückzahlungsbetrag von Aktienabhängigen Schuldverschreibungen (*Equity Linked Notes*) wird unter Bezugnahme auf eine einzelne Aktie oder einen Aktienkorb oder auf der Grundlage einer auf einer einzelnen Aktie oder eines Aktienkorbs basierenden Berechnungsformel nach Maßgabe der jeweiligen Endgültigen Bedingungen berechnet.

Inhaberpfandbriefe können nicht als Indexabhängige oder Aktienabhängige Schuldverschreibungen begeben werden.

Ferner wird in den Endgültigen Bedingungen angegeben, ob die betreffenden Schuldverschreibungen vor ihrer festgelegten Endfälligkeit zurückgezahlt werden können. Den Schuldverschreibungsinhabern wird ein Recht zur vorzeitigen Kündigung der Schuldverschreibungen nicht eingeräumt werden.

Status

Die Schuldverschreibungen können als nachrangige bzw. als nicht-nachrangige Inhaberschuldverschreibungen oder als Hypothekendarlehen bzw. als öffentliche Darlehen begeben werden.

Besicherung

Mit Ausnahme der unter diesem Prospekt zu emittierenden Inhaberpfandbriefe sind die Schuldverschreibungen nicht besichert und den Schuldverschreibungsinhabern von Indexabhängigen oder Aktienabhängigen Schuldverschreibungen stehen keine Rechte im Zusammenhang mit den Basiswerten zu.

1.4 Zusammenfassung der Risikofaktoren in Bezug auf die Emittentin

Die Zahlungsfähigkeit der Emittentin wird durch Risikofaktoren beeinflusst, die die Emittentin und ihre Geschäftstätigkeit sowie den deutschen Bankensektor insgesamt betreffen. Folgende Aspekte können wesentliche nachteilige Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der Emittentin, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre finanzielle Lage haben:

- Die Emittentin investiert laufend Mittel in die Entwicklung ihrer Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung. Trotz dieses Risikomanagements kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Risiken negativ auf die Emittentin auswirken.
- Schwere Naturkatastrophen, Terroranschläge oder sonstige Ereignisse vergleichbaren Ausmaßes können eine Unterbrechung des Geschäftsbetriebs der Emittentin mit erheblichen Kosten und Verlusten zur Folge haben. Das gleiche gilt für den Ausfall der Datenverarbeitungssysteme der Emittentin.
- Sollte es der Emittentin nicht gelingen, dem Wettbewerb, dem sie in allen Geschäftsbereichen ausgesetzt ist, durch attraktive Dienstleistungen zu begegnen, kann dies ihre Profitabilität gefährden.
- Sollte die derzeitige Besicherungsquote des Kreditportfolios sinken, wäre die Emittentin höheren Kredit- und Ausfallrisiken ausgesetzt.
- Es besteht die Möglichkeit, dass unvorhergesehene negative Entwicklungen im Beteiligungsgeschäft der Emittentin zu einer Verringerung des Beteiligungsansatzes und in der Folge zu nachteiligen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin führen können.
- Rückläufige Finanzmärkte weltweit, veränderte Zinssätze sowie höhere Risikoaufschläge können zu einer Verschlechterung der Ertragslage der Emittentin führen.

- Im Falle einer Liquiditätskrise wäre die Emittentin möglicherweise nicht in der Lage, ihren gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen in vollem Umfang bzw. zeitgerecht nachzukommen.

1.5 **Zusammenfassung der Risikofaktoren in Bezug auf die Schuldverschreibungen**

- Unter Umständen kann ein Wertverlust der Schuldverschreibungen zu einem Totalverlust des investierten Geldes führen.
- Die Wertentwicklung der Schuldverschreibungen kann durch äußere Umstände, z.B. die allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen, beeinflusst werden. Auch Änderungen der rechtliche Rahmenbedingungen können sich auf den Wert der Schuldverschreibungen auswirken.
- Sofern die Emittentin das Recht hat, die Schuldverschreibungen insgesamt zu den in den Emissionsbedingungen genannten Terminen zu kündigen und vorzeitig zum Nennbetrag zurückzuzahlen, besteht ein Risiko für den Anleger, dass seine Anlage nicht die erwartete Dauer hat und dass er den Betrag, den er bei einer Kündigung erhält, nur noch mit einer niedrigeren Rendite anlegen kann, als die gekündigten Schuldverschreibungen erzielt haben.
- Ein etwaiger Kapitalschutz gilt nur in Höhe des in den Endgültigen Bedingungen festgelegten Betrags und greift nur zum Ende der Laufzeit.
- Veränderungen des Marktzinsniveaus können bei verzinslichen Schuldverschreibungen dazu führen, dass die Zinserträge bzw. die Rendite der Schuldverschreibungen geringer ausfallen als erwartet.
- Werden die Schuldverschreibungen durch einen Kredit finanziert, sollten Anleger nicht darauf vertrauen, aus Gewinnen der Schuldverschreibungen den Kredit zurückzahlen zu können.
- Im Fall einer Insolvenz erhalten Inhaber von nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen Zahlungen auf die Inhaberschuldverschreibungen erst, wenn die Ansprüche der nicht nachrangigen Gläubiger der Emittentin befriedigt wurden.
- Es kann nicht zugesichert werden, dass die Schuldverschreibungen an einer Börse zugelassen werden, und/oder eine gegebenenfalls erfolgte Zulassung aufrechterhalten wird. Werden die Schuldverschreibungen an keiner Börse notiert oder gehandelt, kann dies ihre Liquidität nachteilig beeinflussen. Es lässt sich nicht vorhersagen, ob und wie sich ein Sekundärmarkt für die Schuldverschreibungen entwickelt.
- Anleger sollten nicht darauf vertrauen, dass die Schuldverschreibungen vor Fälligkeit zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs wieder verkauft werden können.
- Der für die Schuldverschreibungen angegebene Ausgabepreis kann höher sein als der Marktwert der Schuldverschreibungen.
- Anleger sollten sich vor Erwerb der Schuldverschreibungen über einen Vermittler über die Provisionen und Gebühren erkundigen, die der Vermittler erhält.
- Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können Geschäfte eingehen, die nachteilige Auswirkungen auf den Wert der Schuldverschreibungen haben können. Es können daher Interessenkonflikte sowohl zwischen verbundenen Unternehmen und der Emittentin als auch zwischen diesen Unternehmen und den Anlegern auftreten.

- Eine etwaige Rendite der Schuldverschreibungen kann durch Nebenkosten und Steuern verringert werden.
- Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Finanzbehörden und –gerichte eine von der in diesem Prospekt dargestellten abweichende Ansicht zu der steuerlichen Behandlung der Schuldverschreibungen vertreten. Anleger sollten vor der Kaufentscheidung einen Steuerberater zu Rate ziehen.
- Wird der Wert der Schuldverschreibungen in einer anderen Währung als der Rückzahlungswährung bestimmt, können Schwankungen des Wertverhältnisses beider Währungen dazu führen, dass sich der Marktwert und/oder der Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen verringert.

1.6 **Zusammenfassung der Risikofaktoren in Bezug auf die Basiswerte**

(a) **Allgemeine Risiken in Bezug auf die Basiswerte**

- Es erfolgt keine Untersuchung oder Prüfung der Basiswerte durch die Emittentin.
- Der Wert der Basiswerte kann während der Laufzeit der Schuldverschreibungen sowohl fallen als auch steigen.
- Die Schuldverschreibungen verschaffen kein Eigentum an den Basiswerten. Sie stellen keine Direktinvestition in die Basiswerte dar.
- Die Schuldverschreibungen können sich auf Basiswerte beziehen, deren maßgeblicher Wert nicht in der Rückzahlungswährung, sondern in einer anderen Währung bestimmt wird. Schwankungen des Wertverhältnisses dieser beiden Währungen können dazu führen, dass sich der Marktwert und/oder der Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen verringert.
- Werden die Basiswerte in wenig regulierten, engen oder exotischen Märkten gehandelt, besteht möglicherweise ein höheres Verlustrisiko als bei einer Anlage in Schuldverschreibungen, deren Basiswert Bezug zu einem geregelten Markt hat.

(b) **Risikofaktoren in Bezug auf Aktien als Basiswert**

- Die Kursentwicklung einer Aktie hängt vornehmlich von der Entwicklung des die Aktie emittierenden Unternehmens sowie von der allgemeinen Konjunktur und der Börsenstimmung ab.
- Die Schuldverschreibungsinhaber partizipieren nicht an Dividenden oder anderen Ausschüttungen, die auf die Aktien gezahlt werden.
- Sehen die Endgültigen Bedingungen eine physische Lieferung der Basiswerte vor, besteht auch im Fall der physischen Lieferung das Risiko eines Totalverlusts.

(c) **Risikofaktoren in Bezug auf Indizes als Basiswert**

- Die Emittentin hat keinen Einfluss auf die Zusammensetzung und Berechnung des jeweiligen Index, soweit sie nicht selbst Sponsor des jeweiligen Index ist.
- Entscheidungen oder Festlegungen, die der Sponsor mit Blick auf den Index irrtümlich trifft, können sich negativ auf die Schuldverschreibungen auswirken.

- Die jeweiligen Indexregeln können vorsehen, dass auf die im Index enthaltenen Bestandteile ausgeschüttete Dividenden nicht zu einer Erhöhung des Indexstands führen, so dass die Schuldverschreibungsinhaber nicht an Dividenden oder anderen Ausschüttungen beteiligt werden.
- Im Fall einer ungünstigen Entwicklung eines Landes bzw. einer Branche, deren Werte in dem Index enthalten sind, kann der Index überproportional von dieser ungünstigen Entwicklung betroffen sein.
- Anleger sollten das Risiko von Devisenkursschwankungen berücksichtigen.
- Bei Änderungen der Indexzusammensetzung oder in anderem Zusammenhang fallen möglicherweise Kosten an, die den Wert des Index und damit auch die Höhe des Marktwerts und/oder des Rückzahlungsbetrags vermindern.
- Eine aktualisierte Zusammensetzung des jeweiligen Index wird möglicherweise erst mit einiger Verzögerung in den angegebenen Medien, über die Informationen über den Index eingeholt werden können, angezeigt.
- Beziehen sich die Schuldverschreibungen auf einen für die jeweilige Emission geschaffenen Index, handelt es sich gegebenenfalls nicht um einen anerkannten Finanzindex.

2. RISIKOFAKTOREN

Die Emittentin ist der Auffassung, dass die nachfolgend beschriebenen Faktoren die wesentlichen Risiken darstellen, die mit einer Anlage in die unter diesem Basisprospekt zu begebenden Schuldverschreibungen verbunden sind. Es besteht jedoch die Möglichkeit, dass die Emittentin aus anderen Gründen als den im Folgenden aufgeführten nicht imstande ist, Zins-, Kapital- oder sonstige Zahlungen auf die oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen zu leisten, wobei diese anderen Gründe unter Umständen von der Emittentin aufgrund der ihr gegenwärtig zur Verfügung stehenden Informationen nicht als wesentliche Risiken angesehen werden oder gegenwärtig nicht vorhergesehen werden können.

Sollte eines oder sollten mehrere der folgenden Risiken eintreten, könnte es zu wesentlichen und nachhaltigen Kursrückgängen der Schuldverschreibungen oder im Extremfall zu einem Totalverlust der Zinsen (bei verzinslichen Schuldverschreibungen) und/oder des vom Anleger eingesetzten Kapitals kommen.

Eine Anlage in die Schuldverschreibungen unterliegt bestimmten Risiken. Solche Risiken können sowohl einzeln als auch in Kombination miteinander auftreten. Anleger sollten außerdem Erfahrung im Hinblick auf Wertpapiergeschäfte der jeweils vorliegenden Art haben.

Die individuelle Beratung durch den Anlageberater vor der Kaufentscheidung ist in jedem Fall unerlässlich und kann durch diesen Basisprospekt und die jeweiligen Endgültigen Bedingungen nicht ersetzt werden.

2.1 Risikofaktoren in Bezug auf die Emittentin

Die Emittentin ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit bestimmten Risiken ausgesetzt. Die Verwirklichung dieser Risiken könnte im schlimmsten Fall erheblich nachteilige Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der Emittentin, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage zur Folge haben und damit ihre Fähigkeit beeinträchtigen, ihre Verpflichtungen aus den von ihr begebenen Schuldverschreibungen gegenüber den Anlegern zu erfüllen. Die Zahlungsfähigkeit der Emittentin wird durch Risikofaktoren beeinflusst, die die Emittentin und ihre Geschäftstätigkeit sowie den deutschen Bankensektor insgesamt betreffen.

Zwar hat die Emittentin zur Begrenzung und Kontrolle dieser Risiken ein umfassendes Risikomanagementsystem etabliert, das möglichst sicherstellen soll, dass die Verpflichtungen im Rahmen der von ihr begebenen Schuldverschreibungen jederzeit erfüllt werden können. Den gesetzlichen Rahmen für diese Risikosteuerung bildet das Gesetz über das Kreditwesen ("**KWG**"), konkretisiert durch die Mindestanforderungen an das Risikomanagement ("**MaRisk**"). Die Realisierung von Risiken kann trotz dieses Risikomanagementsystems jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Risikomanagement

Die Emittentin investiert laufend Mittel in die Entwicklung ihrer Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung. Trotz dieses Risikomanagements kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Risiken negativ auf die Emittentin auswirken. Sollte sich herausstellen, dass diese Überwachungsmechanismen zur Begrenzung der sich tatsächlich realisierenden Risiken nicht voll wirksam sind oder diese noch nicht abdecken, könnten höhere als vorhergesehene Verluste insgesamt zu einem Umsatz- und Gewinnrückgang oder Verlust sowie zu einem Reputationsschaden führen.

Operationelles Risiko

Unvorhergesehene Ereignisse wie schwere Naturkatastrophen, Terroranschläge oder sonstige Ereignisse vergleichbaren Ausmaßes können eine Unterbrechung des Geschäftsbetriebs der Emittentin mit erheblichen Kosten und Verlusten zur Folge haben. Auch eine Auswirkung auf die Versicherbarkeit eines solchen Ereignisses mit möglichen erhöhten zukünftigen Risiken kann die Folge sein.

Die Geschäftstätigkeit der Emittentin hängt, wie bei Kreditinstituten üblich, in hohem Maße von funktionierenden Kommunikations- und Datenverarbeitungssystemen ab. Schon bei einem kurzen Ausfall der Datenverarbeitungssysteme könnte die Emittentin offene Positionen nicht wie geplant schließen und Kundenaufträge möglicherweise nicht ausführen. Die dadurch entstehenden Schäden und Kosten, unter anderem auch für die Wiederbeschaffung der notwendigen Daten, könnten trotz vorhandener Datensicherung, im Notfall einspringender EDV-Systeme (sog. Backup-Systeme) und sonstiger Notfallpläne beträchtlichen finanziellen Aufwand und Kundenverluste verursachen, die wiederum zu einer wesentlichen Verschlechterung der Finanzlage und des Betriebsergebnisses der Emittentin führen könnten.

Wettbewerb

In allen Geschäftsbereichen der Emittentin herrscht starker Wettbewerb. Wenn es der Emittentin nicht gelingen sollte, dem starken Wettbewerb mit sorgfältiger Schuldnerauswahl und attraktiven und profitablen Produkten und Dienstleistungen zu begegnen, könnte ihre Profitabilität gefährdet sein.

Bonitätsrisiko

Als Kreditinstitut ist die Emittentin dem Risiko ausgesetzt, dass Kreditnehmer und andere Vertragspartner ihren Verpflichtungen gegenüber der Emittentin nicht nachkommen können. Obwohl die Emittentin ihre Kreditengagements und Sicherheiten regelmäßig überprüft, kann auf Grund schwer oder nicht vorhersehbarer Umstände und Ereignisse die derzeitige Besicherungsquote des Kreditportfolios sinken. Die Emittentin wäre dann höheren Kredit- und Ausfallrisiken ausgesetzt. Sie kann nicht garantieren, dass ihre Risikovorsorge ausreichend sein wird und dass sie in Zukunft nicht weitere Risikovorsorge in erheblichem Umfang für etwaige zweifelhafte oder uneinbringliche Forderungen bilden muss.

Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko bezeichnet das Risiko der Verlustentstehung aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital durch die Emittentin an Dritte. Das Beteiligungsgeschäft der Emittentin umfasst direkte und indirekte Beteiligungen. Es besteht keine Gewähr dafür, dass die von der Emittentin angewandten Verfahren zur Steuerung der Beteiligungsrisiken im Einzelfall ausreichen. Es besteht die Möglichkeit, dass unvorhergesehene negative Entwicklungen zu einer Verringerung des Beteiligungsansatzes und in der Folge zu nachteiligen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin führen können, die die Fähigkeit der Emittentin beeinträchtigen können, ihre Verpflichtungen aus begebenen Wertpapieren gegenüber den Anlegern zu erfüllen.

Marktpreisrisiko

Rückläufige Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und weltweit sowie veränderte Zinssätze auf Grund unbeeinflussbarer Faktoren (z. B. Geldpolitik) können zu einem Rückgang des Zinsüberschusses als wichtigste Ertragsquelle der Emittentin, einer Erhöhung der Zinsausgaben und daraus resultierend zu einer Verschlechterung der Ertragslage mit einer Aushöhlung der Profitabilität führen.

In einigen Geschäftsbereichen der Emittentin können starke Schwankungen der Märkte (sog. Volatilität) oder ein Gleichbleiben der Kurse (sog. Seitwärtsbewegungen der Märkte) zur Folge haben, dass die Markttätigkeit zurückgeht und die Liquidität sinkt. Eine solche Entwicklung kann zu erheblichen Verlusten führen, wenn es der Emittentin nicht rechtzeitig gelingt, die sich verschlechternden Positionen zu liquidieren.

Steigende Zinssätze könnten einen Rückgang der Nachfrage nach Krediten und damit der Absatzmöglichkeiten von Krediten der Emittentin zur Folge haben. Sinkende Leitzinsen könnten sich u. a. durch vermehrte vorzeitige Rückzahlungen von Krediten und stärkeren Wettbewerb um Kundeneinlagen auf die Emittentin auswirken.

Gefahr verminderter Zahlungsfähigkeit

Die Gefahr verminderter Zahlungsfähigkeit verwirklicht sich, wenn ein Kreditinstitut seinen derzeitigen oder künftigen Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht rechtzeitig nachkommen kann. Falls eine solche Liquiditätskrise eintritt, wäre eine Refinanzierung nur zu höheren Marktzinsen möglich (sog. Refinanzierungsrisiko). Zudem könnten Aktiva nur zu einem Abschlag von den Marktgesetzen liquidiert werden (sog. Marktliquiditätsrisiko). Zur Begrenzung dieser Risiken betreibt die Emittentin ein Liquiditätsmanagement. Hierbei ist sie bestrebt, Konzentrationen auf die Finanzierungsmittel mit sehr kurzfristigen Fälligkeiten zu vermeiden und genügend liquide Aktiva vorzuhalten, um unerwartete Liquiditätsaufrufe bedienen zu können. Trotz dieses Liquiditätsmanagements ist die Realisierung dieses Risikos aber nicht ausgeschlossen.

2.2 **Risikofaktoren in Bezug auf die Schuldverschreibungen**

Risiko des Totalverlusts

Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass die Schuldverschreibungen an Wert verlieren können und unter Umständen auch ein **Totalverlust** der in die Schuldverschreibungen investierten Gelder sowie der aufgewendeten Transaktionskosten möglich ist. Dieses Risiko besteht unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Emittentin.

Es wird Anleger nachdrücklich empfohlen, sich mit dem besonderen Risikoprofil des in diesem Basisprospekt bzw. den jeweiligen Endgültigen Bedingungen beschriebenen Produkttyps vertraut zu machen und gegebenenfalls fachkundigen Rat einzuholen.

Makroökonomische, geopolitische und aufsichtsrechtliche Risiken

Die Wertentwicklung der Schuldverschreibungen und/oder die Möglichkeit, die Schuldverschreibungen zu erwerben, zu veräußern oder zurückzuerwerben, kann von Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen sowie von Unsicherheiten, wie zum Beispiel politischen Entwicklungen, Änderungen in der Regierungspolitik, Kapitaltransferbeschränkungen und Änderungen aufsichtsrechtlicher Vorschriften beeinflusst werden. Diese Risiken können verstärkt bei Anlagen in oder in Zusammenhang mit Schwellenländern oder Nicht-OECD-Ländern auftreten.

Die Emittentin muss regulatorische Beschränkungen und Änderungen von Rechtsvorschriften, welche die Emittentin selbst oder die Schuldverschreibungen betreffen, beachten. Bei Schuldverschreibungen, deren Zins- und/oder Rückzahlungsstruktur (sofern jeweils einschlägig) an Basiswerte gekoppelt ist, können auch die Basiswerte selbst von Änderungen von Rechtsvorschriften oder von Maßnahmen der Aufsichtsbehörden betroffen sein, die sich auf den Wert der Basiswerte (und damit mittelbar auf den Wert der Schuldverschreibungen) auswirken.

Risiko auf Grund vorzeitiger Kündigung durch die Emittentin

Sofern die Emittentin das Recht hat, die Schuldverschreibungen insgesamt zu den in den Emissionsbedingungen genannten Terminen zu kündigen und vorzeitig zum Nennbetrag zurückzuzahlen, besteht ein Risiko für den Anleger, dass seine Anlage nicht die erwartete Dauer hat.

Die vorzeitige Rückzahlung einer Schuldverschreibung kann außerdem dazu führen, dass negative Abweichungen gegenüber der erwarteten Rendite eintreten und der zurückgezahlte Nennbetrag der Schuldverschreibungen niedriger als der für die Schuldverschreibungen vom Schuldverschreibungsinhaber gezahlte Kaufpreis ist. Hierdurch kann das eingesetzte Kapital zum Teil verloren gehen.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass ein Anleger den Betrag, den er bei einer Kündigung erhält, nur noch mit einer niedrigeren Rendite anlegen kann, als die gekündigten Schuldverschreibungen erzielt haben.

Kapitalschutz nur zum Ende der Laufzeit

Soweit für die Schuldverschreibungen ein Kapitalschutz besteht, so bezieht sich der Kapitalschutz nur auf den in den Endgültigen Bedingungen festgelegten Betrag. Außerdem greift ein Kapitalschutz nur zum Ende der Laufzeit, wenn es nicht zu einer Kündigung durch die Emittentin kommt. Der Betrag, der im Falle einer Kündigung durch die Emittentin geleistet wird, kann erheblich geringer sein als der Betrag, der bei Eingreifen des Kapitalschutzes zu dem in den Endgültigen Bedingungen festgelegten Ende der Laufzeit mindestens zu zahlen wäre.

Anleger sollten beachten, dass dieser marktgerechte Wert, der bei einer vorzeitigen Rückzahlung gegebenenfalls gezahlt wird, unter Umständen weniger als 100 % des Nennbetrags pro Schuldverschreibung betragen kann, und sie somit weniger als 100 % des Nennbetrags pro Schuldverschreibung zurück-erhalten können.

Risiko durch Veränderung des Marktzinsniveaus und bei veränderlichem Zinssatz

Eine Anlage in festverzinsliche Schuldverschreibungen birgt das Risiko, dass sich Änderungen der Marktzinssätze, die nach Begebung der jeweiligen Schuldverschreibungen eintreten, nachteilig auf den Wert der festverzinslichen Schuldverschreibungen auswirken.

Bei Schuldverschreibungen ohne periodische Verzinsung (sog. Nullkuponschuldverschreibungen) haben Veränderungen des Marktzinsniveaus wegen der stark unter dem Nennwert liegenden Emissionskurse, die durch die Abzinsung zustande kommen, wesentlich stärkere Auswirkungen auf die Kurse als bei festverzinslichen Schuldverschreibungen.

Beim Erwerb von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung können Anleger auf Grund der schwankenden Zinserträge die endgültige Rendite der Schuldverschreibungen zum Kaufzeitpunkt nicht feststellen, so dass auch ein Rentabilitätsvergleich gegenüber Anlagen mit längerer Zinsbindungsfrist nicht möglich ist.

Bei Schuldverschreibungen mit Reverse Floating Verzinsung wird von einem festen Zinssatz ein variabler Zinssatz abgezogen, d.h., dass sich der Zinsertrag in entgegen gesetzter Richtung zum Referenzzinssatz berechnet: Bei steigendem Referenzzinssatz sinkt der Zinsertrag, während er bei fallendem Referenzzinssatz steigt. Das Risiko für den Anleger ist selbst dann hoch, wenn bei einem kurzfristigen Referenzzinssatz die langfristigen Marktzinsen steigen und die kurzfristigen Marktzinsen fallen. Der bei einer Reverse Floating Verzinsung in diesem Fall steigende Zinsertrag ist kein adäquater

Ausgleich für die eintretenden Kursverluste der Schuldverschreibungen, da diese überproportional ausfallen.

Die Wertentwicklung des jeweiligen Referenzzinssatzes, von dem der Zinssatz abhängen kann, hängt von einer Reihe zusammenhängender Faktoren ab, darunter volkswirtschaftliche, finanzwirtschaftliche und politische Ereignisse, über die die Emittentin keine Kontrolle hat. Falls die Formel zur Ermittlung von Zinsen darüber hinaus einen Multiplikator oder Hebelfaktor, Zinsober- oder -untergrenzen enthält, wird die Wirkung von Veränderungen beim jeweiligen Referenzzinssatz für den zu zahlenden Betrag verstärkt.

Risiko bei kreditfinanziertem Erwerb der Schuldverschreibungen

Wird der Erwerb der Schuldverschreibungen mit Kredit finanziert, und kommt es anschließend zu einem Zahlungsverzug oder -ausfall der Emittentin hinsichtlich der Schuldverschreibungen, oder sinkt der Kurs erheblich, muss der Schuldverschreibungsinhaber nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit bedienen, das heißt, die laufenden Zinsen tragen und den aufgenommenen Betrag zurückzahlen. Dadurch kann sich das Verlustrisiko erheblich erhöhen. Ein Anleger sollte nicht darauf vertrauen, aus Gewinnen eines Geschäfts den Kredit zurückzahlen und die Zinslast bestreiten zu können.

Ausfallrisiko bei Nachrangschuldverschreibungen

Inhaber von nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen erhalten im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Emittentin Zahlungen auf ausstehende nachrangige Inhaberschuldverschreibungen erst, nachdem alle anderen nicht nachrangigen Ansprüche von Gläubigern der Emittentin vollständig befriedigt wurden, wenn und soweit dann noch Vermögenswerte für Zahlungen auf die nachrangigen Inhaberschuldverschreibungen vorhanden sind. Sie tragen damit ein größeres Ausfallrisiko als die Inhaber nicht nachrangiger Inhaberschuldverschreibungen.

Handel in Schuldverschreibungen

Es kann nicht zugesichert werden, dass die Schuldverschreibungen an einer Börse zugelassen werden, und/oder eine gegebenenfalls erfolgte Zulassung aufrechterhalten wird. Aus der Tatsache, dass die Schuldverschreibungen zum Handel zugelassen sind, folgt nicht zwangsläufig, dass eine höhere Liquidität als ohne eine solche Zulassung gegeben ist. Werden die Schuldverschreibungen an keiner Börse notiert oder gehandelt, sind Informationen über die Preise der Schuldverschreibungen schwieriger zu erlangen. Dies kann die Liquidität der Schuldverschreibungen nachteilig beeinflussen.

Die Emittentin und jedes ihrer verbundenen Unternehmen ist zudem jederzeit berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, Schuldverschreibungen zu einem beliebigen Preis am Markt oder durch ein öffentliches Angebot oder einzelne Individualvereinbarungen zu erwerben. Die auf diese Weise erworbenen Schuldverschreibungen können gehalten, weiterverkauft oder eingezogen werden. Dies kann sich ebenfalls negativ auf die Liquidität auswirken. Es lässt sich nicht voraussagen, ob und inwieweit sich ein Sekundärmarkt für die Schuldverschreibungen entwickelt, zu welchem Preis die Schuldverschreibungen an diesem Sekundärmarkt gehandelt werden und ob dieser Sekundärmarkt liquide sein wird.

Anleger von Schuldverschreibungen, die sich auf einen Basiswert beziehen, sollten wissen, dass die an einer Börse festgesetzten Notierungen/Preise für die Schuldverschreibungen sowie die Ankaufs- und Verkaufspreise der Schuldverschreibungen im außerbörslichen Handel erheblich von dem aus dem Basiswert abgeleiteten inneren Wert der Schuldverschreibungen abweichen können. Außerdem könnte im Fall von außergewöhnlichen Marktbedingungen die Spanne zwischen Ankaufs- und Verkaufspreisen

größer werden, und die Ankaufspreise der Schuldverschreibungen könnten erheblich sinken und deutlich von dem auf der Grundlage des/der ihnen zugrunde liegenden Basiswerte(s) ermittelten inneren Wert der Schuldverschreibungen abweichen. Inhaber, die ihre Schuldverschreibungen an der Börse oder im außerbörslichen Handel verkaufen wollen, müssten dies dann zu einem Preis tun, der deutlich unter dem inneren Wert liegt.

Risiko bei Verkauf vor Fälligkeit

Die Emittentin plant, unter gewöhnlichen Marktbedingungen regelmäßig Ankaufs- und Verkaufskurse für die Schuldverschreibungen zu stellen. Die Emittentin übernimmt jedoch keine Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse. Der Anleger sollte deshalb nicht darauf vertrauen, dass die Schuldverschreibungen vor Fälligkeit zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs, insbesondere zum Erwerbskurs oder Nennbetrag, wieder verkauft werden können.

Ausgabepreis

Der für die Schuldverschreibungen in den Endgültigen Bedingungen angegebene Ausgabepreis kann höher sein als der Marktwert der Schuldverschreibungen zum Datum der Endgültigen Bedingungen. Zudem kann der Preis, zu dem die Emittentin oder eine andere Person gegebenenfalls bereit ist, diese Schuldverschreibungen am Sekundärmarkt zu erwerben, geringer sein als der Ausgabepreis dieser Schuldverschreibungen. Insbesondere können im Ausgabepreis dieser Schuldverschreibungen Provisionen im Zusammenhang mit der Ausgabe und dem Verkauf der Schuldverschreibungen sowie Beträge im Zusammenhang mit der Absicherung der Verbindlichkeiten der Emittentin aus diesen Schuldverschreibungen berücksichtigt sein, während die Preise am Sekundärmarkt diese Beträge in der Regel nicht beinhalten. Ferner können die Preisfindungsmodelle anderer Marktteilnehmer abweichen oder zu abweichenden Ergebnissen führen.

Provisionen oder Gebühren

Falls von der Emittentin in Verbindung mit der Begebung und dem Vertrieb der Schuldverschreibungen irgendwelche Provisionen oder Gebühren an einen Vermittler gezahlt wurden oder zu zahlen sind, kann ein solcher Vermittler gemäß den anwendbaren Vorschriften einschließlich den zur Umsetzung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (2004/39/EG) ("**MiFID**") ergangenen oder in Staaten, die nicht dem Europäischen Wirtschaftsraum angehören, geltenden Vorschriften dazu verpflichtet sein, seine Kunden vollständig über die Existenz, die Art und die Höhe dieser Provisionen oder Gebühren (einschließlich Provisionen und Gebühren in Form eines Preisnachlasses) zu informieren. Anleger, die beabsichtigen, Schuldverschreibungen über einen Vermittler (einschließlich eines als Vermittler tätigen Maklers) zu erwerben, sollten sich vor einem Erwerb bei diesem Vermittler nach den Einzelheiten solcher Provisions- oder Gebührenerzahlungen erkundigen.

Mögliche Interessenkonflikte

Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können für eigene Rechnung oder für Rechnung eines Kunden Geschäfte eingehen, die mit den Schuldverschreibungen in Zusammenhang stehen. Solche Geschäfte dienen unter Umständen nicht den Interessen der Inhaber der Schuldverschreibungen und können negative Auswirkungen auf den Wert der Schuldverschreibungen haben. Mit der Emittentin verbundene Unternehmen können zudem im Rahmen von Geschäften zur Absicherung von die Emittentin betreffende Risiken aus oder im Zusammenhang mit der Begebung der Schuldverschreibungen als Gegenparteien auftreten. Aus diesen Gründen können insbesondere im Zusammenhang mit der Preisermittlung und sonstigen auf die Schuldverschreibungen bezogenen Feststellungen Interessenkonflikte sowohl zwischen verbundenen Unterneh-

men der Emittentin als auch zwischen diesen Unternehmen und den Anlegern auftreten. Zudem können die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen noch in weiteren Funktionen, etwa als Emittentin, Zahlstelle und/oder als Indexsponsor, tätig werden.

Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können weitere auf einen Basiswert bezogene Finanzinstrumente (Derivate) begeben; die Begebung solcher mit den Schuldverschreibungen im Wettbewerb stehender Produkte kann sich auf den Wert der Schuldverschreibungen auswirken. Sollten die Emittentin oder mit ihr verbundene Unternehmen nicht öffentlich zugängliche Informationen über einen Basiswert erhalten, so sind sie nicht verpflichtet, solche Informationen an die Inhaber der Schuldverschreibungen weiterzugeben. All diese Tätigkeiten können Interessenkonflikte mit sich bringen und sich auf den Wert der Schuldverschreibungen auswirken.

Im Zusammenhang mit dem Angebot und Verkauf der Schuldverschreibungen können die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen direkt oder indirekt Zahlungen an Dritte erbringen (beispielsweise Provisionszahlungen an Vertriebspartner oder Anlageberater) oder von Dritten erhalten. Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass die Emittentin solche Zahlungen teilweise oder vollständig einbehalten kann.

Risiko der Renditeminderung durch Kosten und Steuerlast

Beim Kauf und Verkauf von Schuldverschreibungen fallen neben dem aktuellen Preis des Wertpapiers verschiedene Nebenkosten und Folgekosten (insbesondere Transaktionskosten, Provisionen, Depotentgelte) an, die die Rendite der Schuldverschreibungen erheblich verringern oder sogar ausschließen können.

Etwaige Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen oder vom Schuldverschreibungsinhaber bei Verkauf oder Rückzahlung der Schuldverschreibungen steuerlich realisierte Gewinne sind in seiner Heimatrechtsordnung oder in anderen Rechtsordnungen, in denen er Steuern zahlen muss, möglicherweise steuerpflichtig.

Risiken im Zusammenhang mit der Besteuerung

Die in diesem Basisprospekt enthaltenen steuerlichen Ausführungen geben die Ansicht der Emittentin auf der Basis der zum Zeitpunkt des Datums dieses Basisprospektes geltenden Gesetzgebung wieder. Eine hiervon abweichende steuerliche Behandlung durch die Finanzbehörden und Finanzgerichte kann jedoch nicht ausgeschlossen werden. Darüber hinaus dürfen die in diesem Basisprospekt ausgeführten steuerlichen Erwägungen nicht als alleinige Grundlage für die Entscheidung zur Anlage in die Schuldverschreibungen aus steuerlicher Sicht dienen, da insbesondere auch die individuelle Situation eines jeden Anlegers zu berücksichtigen ist. Die in diesem Basisprospekt enthaltenen steuerlichen Überlegungen sind daher nicht als maßgebliche Information oder Steuerberatung zu verstehen und stellen keine Zusicherung oder Garantie im Hinblick auf das Eintreffen bestimmter steuerlicher Konsequenzen dar. Folglich sollten Anleger vor der Entscheidung zum Kauf der Schuldverschreibungen ihren Steuerberater um Rat fragen. Die Emittentin übernimmt keine Verantwortung für die steuerlichen Konsequenzen einer Anlage in die Schuldverschreibungen.

Währungsschwankungen

Die Schuldverschreibungen können möglicherweise auf eine andere Währung lauten als die Landeswährung im Heimatland des Anlegers und/oder auf eine andere Währung lauten als die Währung, in der der Anleger Zahlungen erhalten möchte. Schwankungen des Wertverhältnisses dieser beiden Währungen zueinander können dazu führen, dass sich der Marktwert und/oder der Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen verringert.

2.3 Risikofaktoren in Bezug auf die Basiswerte

(a) Allgemeine Risiken in Bezug auf die Basiswerte

Anleger sollten sich vor einer Anlage in die Schuldverschreibungen auch mit den Risiken, die mit dem jeweiligen Basiswert verbunden sind, vertraut machen, denn die Schuldverschreibungen bilden auch die Risiken des jeweiligen Basiswerts ab.

Keine Prüfung des Basiswerts durch die Emittentin

Weder die Emittentin noch eines ihrer verbundenen Unternehmen hat eine Untersuchung oder Prüfung des Basiswerts im Auftrag der Anleger in die Schuldverschreibungen vorgenommen, und sie werden solche Untersuchungen oder Prüfungen auch in Zukunft nicht vornehmen. Eine evtl. Untersuchung oder Prüfung durch die Emittentin, in ihrem Auftrag oder im Auftrag eines ihrer verbundenen Unternehmen dient nur ihren eigenen Anlagezwecken.

Wertschwankungen

Der Wert des Basiswerts kann während der Laufzeit der Schuldverschreibungen sowohl fallen als auch steigen. Solche Veränderungen des Wertes des Basiswerts können den Wert der Schuldverschreibungen stark mindern. Es besteht dann das Risiko des Verlusts des gezahlten Kaufpreises einschließlich der aufgewendeten Transaktionskosten. Dieses Risiko besteht unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Emittentin.

Daher kann ein Schuldverschreibungsinhaber nicht vorhersehen, welche Gegenleistung er am Ende der Laufzeit der Schuldverschreibungen bzw. für die Veräußerung seiner Schuldverschreibungen zu einem früheren Zeitpunkt erwarten kann. Es können bei Einlösung oder Veräußerung erhebliche Wertverluste realisiert werden. Zuverlässige Aussagen über die künftige Wertentwicklung des Basiswerts oder der Basiswerte der Schuldverschreibungen können nicht getroffen werden. Auch auf Grund historischer Daten können keine Rückschlüsse auf die zukünftige Wertentwicklung gezogen werden.

Keine Direktinvestition in den Basiswert

Die Schuldverschreibungen sind wirtschaftlich mit einer Direktinvestition in den zugrunde liegenden Basiswert vergleichbar, entsprechen einer solchen jedoch insbesondere deshalb nicht vollständig, weil (i) sie nur auf die Zahlung eines Geldbetrags gerichtet sind und kein Eigentum am Basiswert verschaffen, (ii) die Abrechnung nur an einem bestimmten Tag erfolgt und (iii) die Schuldverschreibungsinhaber keine Ausschüttungen o.ä. erhalten, die ggf. auf den der Schuldverschreibung zugrunde liegenden Basiswert entfallen.

Währungsschwankungen

Die Schuldverschreibungen können sich auf Basiswerte beziehen, deren maßgeblicher Wert nicht in der Rückzahlungswährung, sondern in einer anderen Währung bestimmt wird. Schwankungen des Wertverhältnisses dieser beiden Währungen können dazu führen, dass sich der Marktwert und/oder der Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen verringert.

Devisenkurse werden von Angebots- und Nachfragefaktoren auf den internationalen Geldmärkten bestimmt, die u.a. volkswirtschaftlichen Faktoren, Spekulationen und Maßnahmen von Regierungen und Zentralbanken ausgesetzt sind. Devisenkursschwankungen können das Verlustrisiko dadurch erhöhen, dass sich der Wert der Schuldverschreibungen vermindert.

Bezug des Basiswerts zu wenig regulierten, engen oder exotischen Märkten

Eine Anlage in Schuldverschreibungen, deren Basiswert in wenig regulierten, engen und exotischen Märkten gehandelt wird oder sonst von der Entwicklung in diesen Märkten beeinflusst wird, setzt den Schuldverschreibungsinhaber möglicherweise einem höheren Verlustrisiko aus als eine Anlage in Schuldverschreibungen, deren Basiswert Bezug zu einem geregelten Markt z.B. in der Europäischen Union hat. Gründe hierfür können unter anderem eine höhere Marktvolatilität u.a. am Aktienmarkt und an Devisenmärkten, ein geringeres Handelsvolumen, eine politische und wirtschaftliche Instabilität, ein höheres Risiko der Marktschließung wie auch größere staatliche Beschränkungen an diesen Märkten sein. Ferner besteht das Risiko der Einführung von Beschränkungen für ausländische Investoren, der Zwangsentziehung von Vermögen, der Strafbesteuerung, der Beschlagnahmung oder Verstaatlichung von Vermögen, der Einführung von Devisenkontrollen oder sonstiger nachteiliger politischer und/oder sozialer Maßnahmen. Unter bestimmten Umständen können solche Beeinträchtigungen über mehrere Wochen oder Monate andauern. Eine solche Entwicklung könnte eine Marktverzerrung darstellen, die zur Folge haben könnte, dass für den betreffenden Zeitraum keine Kurse für die davon betroffenen Schuldverschreibungen gestellt werden könnten. Treten solche Störungen an einem Bewertungstag ein, der für die Bestimmung des Rückzahlungsbetrags maßgeblich ist, kann eine solche Störung zu einer Verschiebung der Berechnung und Leistung des Rückzahlungsbetrags führen. Zudem kann eine solche Störung eventuell eine Minderung des Rückzahlungsbetrags zur Folge haben.

(b) Risikofaktoren in Bezug auf Aktien als Basiswert

Allgemein

Die Kursentwicklung einer Aktie hängt vornehmlich von der Entwicklung des die Aktie emittierenden Unternehmens ab. Doch auch unabhängig von der Vermögens-, Finanz-, Liquiditäts- und Ertragslage des Unternehmens kann der Kurs einer Aktie Schwankungen oder nachteiligen Wertveränderungen unterliegen. Insbesondere die allgemeine Konjunktur und die Börsenstimmung können die Kursentwicklung beeinflussen.

Keine Berücksichtigung von Dividenden

Die Schuldverschreibungsinhaber nehmen nicht an auf die Aktie ausgeschütteten Dividenden teil. Die Schuldverschreibungsinhaber partizipieren daher wertmäßig nicht an Dividenden oder anderen Ausschüttungen, die auf die Aktien gezahlt werden.

Physische Lieferung

Die Leistung des Rückzahlungsbetrags erfolgt grundsätzlich durch Barzahlung, sofern nicht in den Endgültigen Bedingungen eine physische Lieferung des Basiswerts (ggf. nach Wahl) der Emittentin vorgesehen ist (und die Emittentin sich - im Fall einer Wahlmöglichkeit - für eine physische Lieferung entscheidet). Sofern eine physische Lieferung möglich ist, sollten sich Anleger schon beim Erwerb der Schuldverschreibungen über den eventuell zu liefernden Basiswert informieren und nicht darauf vertrauen, den Basiswert zu einem bestimmten Preis veräußern zu können. Im Fall der physischen Lieferung übernimmt der Anleger die spezifischen Emittenten- und gegebenenfalls Wertpapierrisiken des Basiswerts. Unter Umständen kann der erhaltene Basiswert auch wertlos sein. Der Anleger trägt auch bei physischer Lieferung ein Verlustrisiko, das bis zum Totalverlust reichen kann. Zudem sollte der Anleger die mit der Übertragung und

dem Halten des Basiswerts ggf. verbundenen Kosten (z.B. Depotgebühren) berücksichtigen.

(c) **Risikofaktoren in Bezug auf Indizes als Basiswert**

Bei Schuldverschreibungen, die sich auf einen oder mehrere Indizes als Basiswert beziehen, sind insbesondere folgende Risiken zu beachten:

Fehlende Einflussmöglichkeit der Emittentin

Der Indexsponsor hat ggf. mit Blick auf die Zusammensetzung und Berechnung des Index Ermessen. Eine Einflussmöglichkeit der Emittentin, soweit sie nicht selbst Sponsor des jeweiligen Index ist, besteht insoweit regelmäßig nicht.

Dem jeweiligen Indexsponsor wird dadurch ggf. ermöglicht, Veränderungen der Indexzusammensetzung oder der Berechnung vorzunehmen, die sich negativ auf die Wertentwicklung der Schuldverschreibungen auswirken können, oder die Berechnung des Index dauerhaft einzustellen, ohne einen Nachfolgeindex aufzulegen. In letzterem Fall kann es zu einer vorzeitigen Kündigung der Schuldverschreibungen durch die Emittentin und ggf. zur Realisierung eines Wertverlusts kommen.

Ferner können für den Index vorgesehene Anlagekriterien o.ä. die Möglichkeit zur Erzielung von Gewinnen begrenzen.

Irrtümer des Indexsponsors

Entscheidungen oder Festlegungen, die der Sponsor mit Blick auf den Index irrtümlich trifft, können sich negativ auswirken. Dies kann zu einem Indexstand führen, der erheblich von dem abweicht, der im Falle von anderen Entscheidungen bzw. Festlegungen vom Sponsor ermittelt worden wäre.

Keine Berücksichtigung von Dividenden

Die Regeln über die Zusammensetzung und Berechnung des jeweiligen Index können ggf. vorsehen, dass auf die im Index enthaltenen Bestandteile (Aktien o.ä.) ausgeschüttete Dividenden nicht zu einer Erhöhung des Indexstands führen. Die Schuldverschreibungsinhaber partizipieren daher in diesen Fällen wertmäßig grundsätzlich nicht an Dividenden oder anderen Ausschüttungen, die auf die im Index enthaltenen Bestandteile gezahlt werden. Soweit sich die Schuldverschreibungen auf Indizes beziehen, bei denen ausgeschüttete Dividenden oder andere Ausschüttungen der Indexbestandteile grundsätzlich in den Index reinvestiert werden und dadurch zu einer Erhöhung des Indexstands führen, werden unter Umständen die Dividenden oder anderen Ausschüttungen nicht in voller Höhe in den jeweiligen Index reinvestiert.

Abhängigkeit der Indizes von der Entwicklung einzelner Länder/Branchen

Die Bestandteile des betreffenden Index bilden gegebenenfalls nur Werte eines oder einiger weniger Länder oder einer oder einiger weniger Branchen ab. Der Wert des betreffenden Index ist folglich von der Entwicklung einzelner Länder oder Branchen abhängig. Aber selbst wenn nicht nur einige wenige Länder oder Branchen repräsentiert sind, ist eine ungleiche Gewichtung der in dem betreffenden Index enthaltenen Länder bzw. Branchen möglich. Dies bedeutet, dass im Fall einer ungünstigen Entwicklung eines Landes bzw. einer Branche, die in dem betreffenden Index enthalten ist, der Index überproportional von dieser ungünstigen Entwicklung betroffen sein kann.

Wechselkursrisiko

Anleger sollten zudem das Risiko von Devisenkursschwankungen berücksichtigen. Möglicherweise notieren Bestandteile des Index in einer anderen Währung oder sind wesentlichen Einflüssen einer anderen Währung ausgesetzt als die Schuldverschreibungen. Möglicherweise werden die Bestandteile des Index von einer Währung zunächst in eine andere Währung umgerechnet, die für die Ermittlung des Index maßgeblich ist, und müssen anschließend zur Ermittlung des Rückzahlungsbetrags ein weiteres Mal umgerechnet werden. Die Schuldverschreibungsinhaber tragen in diesen Fällen daher möglicherweise mehrere Währungsrisiken.

Ggf. versucht der Indexsponsor solche Währungsrisiken durch geeignete Strategien und Maßnahmen abzusichern. Solche Strategien und Maßnahmen schalten die Währungsrisiken jedoch ggf. nicht vollständig aus und verursachen ggf. Kosten, die sich negativ auf den Stand des Index auswirken.

Beeinträchtigung des Indexwerts durch Kosten

Bei Änderungen der Indexzusammensetzung oder in anderem Zusammenhang fallen möglicherweise Kosten an, die den Wert des Index und damit auch die Höhe des Rückzahlungsbetrags vermindern. Dabei können gegebenenfalls durch den Einsatz von Instrumenten, die einen Bestandteil des jeweiligen Index abbilden und die üblicherweise im Markt zur Absicherung des Kaufs und Verkaufs des Indexbestandteils benutzt werden, höhere Zusammensetzungsgebühren anfallen als bei einer Direktanlage in die Indexbestandteile.

Keine laufende Aktualisierung der Veröffentlichung der Indexzusammensetzung

Selbst wenn die Zusammensetzung der maßgeblichen Indizes auf einer in den Endgültigen Bedingungen näher bestimmten Internetseite oder in anderen Medien angezeigt werden sollte, entspricht diese möglicherweise nicht immer der aktuellen Zusammensetzung des jeweils maßgeblichen Index, da eine aktualisierte Zusammensetzung des jeweiligen Index möglicherweise erst mit einiger Verzögerung auf der angegebenen Internetseite eingestellt wird.

Für die jeweilige Emission geschaffene Indizes

Im Falle von Schuldverschreibungen, die sich auf einen Index beziehen, ist außerdem zu beachten, dass es sich bei dem zugrunde liegenden Index gegebenenfalls nicht um einen anerkannten Finanzindex, sondern einen für die Emission der Schuldverschreibungen oder aus sonstigen Gründen geschaffenen Index handelt. Der Indexsponsor ist möglicherweise kein unabhängiger Dritter, sondern durch geschäftliche oder andere Beziehungen mit der Emittentin verbunden.

3. **EMITTENTENBESCHREIBUNG**

3.1 **Gründung und Handelsregister**

Die Emittentin erlangte 1931/1932 durch Loslösung von der Gemeindeverwaltung die Rechtsfähigkeit. Im Jahre 1951 wurde die Bezeichnung "Städtische Sparkasse zu Düsseldorf" durch die Bezeichnung "Stadt-Sparkasse Düsseldorf" ersetzt. Im Jahre 1999 wurde diese durch entsprechende Satzungsänderung in "Stadtsparkasse Düsseldorf" geändert.

Die Emittentin ist im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf unter HRA 14082 eingetragen.

3.2 **Rechtsform und Sitz**

Die Emittentin ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach deutschem Recht. Der Sitz ist in Düsseldorf.

3.3 **Abschlussprüfer**

Abschlussprüfer für die Geschäftsjahre 2006 und 2007 war die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Kirchfeldstraße 60, 40217 Düsseldorf.

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes ist Mitglied der Wirtschaftsprüferkammer, einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (Hauptgeschäftsstelle: Rauchstraße 26, 10787 Berlin, Landesgeschäftsstelle Nordrhein-Westfalen: Tersteegenstraße 14, 40474 Düsseldorf). Zudem ist die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes Mitglied des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (Tersteegenstraße 14, 40474 Düsseldorf).

3.4 **Geschäftsanschrift**

Die Emittentin ist unter ihrer Geschäftsanschrift Berliner Allee 33, 40212 Düsseldorf, Telefon: +49 (0)211 878-0 erreichbar.

3.5 **Geschäftsüberblick**

Aufgaben und Funktionen

Die Emittentin ist ein selbstständiges Wirtschaftsunternehmen in kommunaler Trägerschaft mit der Aufgabe, auf der Grundlage der Markt- und Wettbewerbserfordernisse vorrangig in ihrem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche sicherzustellen. Sie unterstützt damit die Aufgabenerfüllung der Kommunen im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Die Emittentin fördert den Sparsinn und die Vermögensbildung breiter Bevölkerungskreise und die Wirtschaftserziehung der Jugend.

Geschäftsfelder

Die Emittentin betreibt alle banküblichen Geschäfte, soweit das Sparkassengesetz für Nordrhein-Westfalen, die Sparkassenverordnung für Nordrhein-Westfalen oder die Satzung der Emittentin keine Einschränkungen vorsehen. Das Bauspar-, Investment- und Versicherungsgeschäft sowie das Leasingfinanzierungsgeschäft werden im Verbund mit den bestehenden Unternehmen der Sparkassenorganisation betrieben. Die Tätigkeitsschwerpunkte liegen im Einlagen- und Kreditgeschäft mit Privatpersonen und kleinen bis mittleren Unternehmen aus dem Geschäftsgebiet.

Geschäftsgebiet

Das Geschäftsgebiet der Emittentin gliedert sich geografisch in die Stadt Düsseldorf und die Stadt Monheim am Rhein.

3.6 Organisationsstruktur

Die Emittentin als Anstalt des öffentlichen Rechts ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes sowie der Sparkassen-Finanzgruppe. Trägerin der Emittentin ist die Landeshauptstadt Düsseldorf.

Das Beteiligungsgeschäft betreibt die Emittentin im wesentlichen über ihre Tochtergesellschaft -Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH, die in den IFRS-Konzernabschluss einbezogen wird.

Der Konzern der Emittentin umfasst die Stadtparkasse Düsseldorf sowie deren verbundene Unternehmen, wobei die für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wesentlichen verbundenen Unternehmen konsolidiert sind. Die Stadtparkasse Düsseldorf dominiert die Geschäftstätigkeit des Konzerns Stadtparkasse Düsseldorf.

Der Konzernabschluss wird gemäß IAS 27.28 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Soweit die Emittentin direkt oder indirekt über mehr als die Hälfte der Stimmrechte an anderen Unternehmen verfügt oder deren Geschäfts- oder Finanzpolitik in sonstiger Weise bestimmen kann, werden diese als Tochterunternehmen gemäß IAS 27 in den Konzernabschluss einbezogen. Neben diesen Tochterunternehmen sind nach SIC 12 auch Einzelzweckgesellschaften, an deren Chancen und Risiken die Emittentin mehrheitlich partizipiert, nach IFRS in den Konzernabschluss einbezogen.

Der Konzern der Emittentin umfasst folgende Gesellschaften:

- -Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH, Düsseldorf
- RBS Kapitalbeteiligungsgesellschaft Rheinisch-Bergischer Sparkassen mbH, Düsseldorf
- SWD Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG, Düsseldorf
- CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln
- SSKD INKA Master A, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf
- SSKD INKA Master B, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf
- SSKD INKA Master C, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf
- AGI-Fonds SSKD-A, Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft, Frankfurt/Main

- Equity Partners GmbH, Düsseldorf
- Equity Partners Unternehmensbeteiligungs GmbH, Düsseldorf
- -Online-Service Düsseldorf GmbH, Düsseldorf
- -Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf
- -Finanz-Services Düsseldorf GmbH, Düsseldorf
- Sirius Seedfonds Düsseldorf GmbH & Co. KG, Düsseldorf
- WestFactoring GmbH, Dortmund
- Ideenkapital Media Finance AG, Düsseldorf
- NHEP Düsseldorf Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH, Düsseldorf
- Trapo AG, Gescher
- SPL electronics GmbH, Niederkrüchten
- PACVision AG, Mönchengladbach
- Büropark Brüsseler Straße GmbH, Düsseldorf
- Grundstücksentwicklungs-Gesellschaft Düsseldorf GmbH, Düsseldorf

3.7 **Sicherungssystem**

Die Emittentin ist Mitglied des Sparkassenstützungsfonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands und damit dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen.

3.8 **Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane**

Organe

Die Organe der Emittentin sind:

- der Vorstand,
- der Verwaltungsrat,
- der Kreditausschuss

Vorstands- und Verwaltungsrats- sowie Kreditausschussmitglieder

Der Vorstand

Der Vorstand der Emittentin besteht satzungsgemäß aus mehreren Mitgliedern. Daneben können stellvertretende Mitglieder bestellt werden. Der Verwaltungsrat beschließt die Bestellung und die Abberufung der Mitglieder des Vorstands und der stellvertretenden Mitglieder des Vorstands. Mitglieder des Vorstands sind derzeit:

Peter Fröhlich (Vorsitzender)

Bernd Eversmann

Thomas Boots (stellv. Mitglied)

Die Geschäftsadresse der Mitglieder des Vorstands ist jeweils Berliner Allee 33, 40212 Düsseldorf. Peter Fröhlich ist Mitglied des Aufsichtsrats der SWD Städtischen Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG. Darüber hinaus üben die Mitglieder des Vorstands außerhalb ihrer Tätigkeit als Mitglieder des Vorstands keine Tätigkeiten aus, die für die Emittentin von Bedeutung sind.

Der Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat der Emittentin besteht satzungsgemäß aus dem Vorsitzenden, weiteren sachkundigen Mitgliedern und Vertretern der Arbeitnehmer. Mitglieder des Verwaltungsrats sind derzeit:

Vorsitzender:

Dirk Elbers

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats ist gemäß der Satzung der Emittentin der Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf.

Sachkundige Mitglieder aus dem Bereich der Stadt Düsseldorf:

Name	Hauptbeschäftigung
Friedrich Conzen	Selbständiger Einzelhandelskaufmann
Dr. Friedrich Hassbach	Verbandsgeschäftsführer
Bernd Hebbering	Tätigkeit in Aufsichtsräten
Gudrun Hock	Bürgermeisterin; Beigeordnete für Jugend und Soziales bei der Stadt Essen a. D.
Helga Leibauer	Hausfrau
Wolfgang Scheffler	Lehrer
Ursula Schiefer	Hausfrau
Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann	Freiberuflich in der Buchverlagsbranche tätig
Günter Wurm	Dipl. Verwaltungswirt, Beamter

Sachkundige Mitglieder aus dem Bereich der Stadt Monheim am Rhein:

Name	Hauptbeschäftigung
Günter Bosbach	pensionierter Kriminalhauptkommissar
Ursula Schlöber	Kommunalbeamtin bei der Stadt Kerpen

Mitglieder Arbeitnehmervertreter:

Sandra Enenkel

Silvia Kusel

Frank Hinrichs

Wilfried Preisendörfer

Herbert Kleber

Axel Roscher

Die Geschäftsadresse der Mitglieder des Verwaltungsrats ist jeweils Berliner Allee 33, 40212 Düsseldorf. Die Mitglieder des Verwaltungsrats üben außerhalb ihrer Tätigkeit als Mitglieder des Verwaltungsrats neben den oben angegebenen jeweiligen Hauptbeschäftigungen keine Tätigkeiten aus, die für die Emittentin von Bedeutung sind.

Der Kreditausschuss

Der Kreditausschuss der Emittentin besteht satzungsgemäß aus dem Hauptverwaltungsbeamten der Stadt Düsseldorf sowie vier weiteren Mitgliedern des Verwaltungsrats. Mitglieder des Kreditausschusses sind derzeit:

Dirk Elbers

Ursula Schiefer

Gudrun Hock

Günter Wurm

Helmut Rattenhuber

Interessenkonflikte

Von Seiten der Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder bestehen keine potentiellen Interessenkonflikte zwischen ihren Verpflichtungen gegenüber der Emittentin sowie ihren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen.

3.9 Träger der Emittentin

Träger der Emittentin im Sinne von § 6 Sparkassengesetz für Nordrhein-Westfalen ist die Stadt Düsseldorf.

3.10 Rating

Moody's Investors Service Limited ("**Moody's**") stuft die Bonität der Emittentin derzeit mit "Aa1" ein.

Emittentenratings sind Meinungen über die Fähigkeit eines Unternehmens, seine vorrangigen unbesicherten Finanzverbindlichkeiten und vertraglichen Verpflichtungen aus Finanzgeschäften zu erfüllen. Die Ratings basieren auf der allgemeinen Ratingskala von Moody's für lang- bzw. kurzfristige Verbindlichkeiten.

Nach der Ratingskala für langfristige Verbindlichkeiten sind "Aa" geratete Verbindlichkeiten von hoher Qualität und bergen ein sehr geringes Kreditrisiko.

Die Ratingskala von Moody's für langfristige Verbindlichkeiten ist in verschiedene Kategorien eingeteilt, die von "Aaa", die die höchste Qualität mit einem minimalen Bonitätsrisiko widerspiegelt, über "Aa", "A", "Baa", "Ba", "B", "Caa", "Ca" bis zur Kategorie "C" reichen, die die Schuldner mit dem niedrigsten Rating bezeichnet und bei der gewöhnlich ein Zahlungsausfall vorliegt und die Aussichten auf Wiedergewinnung des Kapitals oder der Zinsen gering sind. Moody's verwendet in den Ratingkategorien "Aa" bis "Caa" zusätzlich numerische Unterteilungen. Der Zusatz "1" bedeutet, dass eine ent-

sprechend bewertete Verbindlichkeit in das obere Drittel der jeweiligen Ratingkategorie einzuordnen ist, während "2" und "3" das mittlere bzw. untere Drittel anzeigen.

Ein Emittentenrating von "Aa" bezeichnet einen Schuldner mit grundsätzlich guter Bonität, mit einem etwas höherem Risiko (vor allem im Langfristbereich) als Emittenten mit einem "Aaa" Rating. Der Zusatz "1" bedeutet, dass sich das Unternehmen im oberen Drittel der Ratingkategorie befindet.

Diese Informationen hat die Emittentin der Internetseite von Moody's (www.moody's.com) entnommen. Die Emittentin bestätigt, dass diese Informationen korrekt wiedergegeben wurden und dass – soweit es der Emittentin bekannt ist und sie anhand von Informationen, die von Moody's veröffentlicht wurden, hat feststellen können – keine Tatsachen unterschlagen wurden, aufgrund derer die wiedergegebenen Informationen inkorrekt oder irreführend sein könnten.

Ratinginformationen sind für Anleger lediglich eine Entscheidungshilfe und ersetzen nicht die eigene Urteilsbildung eines Anlegers und sind nicht als Kauf- oder Verkaufsempfehlung zu verstehen. Anleger müssen sich unbedingt trotz vorhandenen Ratings ein eigenes Urteil über die Bonität der Emittentin bilden.

3.11 **Finanzinformationen**

Das Geschäftsjahr der Emittentin entspricht dem Kalenderjahr (01. Januar bis 31. Dezember).

Alle in diesem Basisprospekt dargestellten bzw. enthaltenen Finanzinformationen bezüglich der Emittentin beruhen auf den Geschäftsabschlüssen für die zum 31. Dezember 2006 und 31. Dezember 2007 abgelaufenen Geschäftsjahre mit den entsprechenden Erläuterungen.

Für die Geschäftsjahre 2006 und 2007 wurden die Einzeljahresabschlüsse der Emittentin gemäß den in der Bundesrepublik Deutschland allgemein anerkannten Grundsätzen ordnungsmäßiger Rechnungslegung und die Konzernjahresabschlüsse gemäß den *International Financial Reporting Standards (IFRS)*, wie von der Europäischen Union verabschiedet, ("**IFRS**") erstellt, von der Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Kirchfeldstr. 60, 40217 Düsseldorf geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der, den Einzeljahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr 2007 enthaltende, Geschäftsbericht 2007 sowie die, die Konzernjahresabschlüsse der Emittentin für die Geschäftsjahre 2006 und 2007 enthaltenden, Konzerngeschäftsberichte 2006 und 2007 sind am Ende dieses Basisprospekts in dem Abschnitt "Historische Finanzinformationen" abgedruckt.

3.12 **Ausgewählte Finanzinformationen**

HGB - Einzelabschlüsse

Die folgende Tabelle enthält eine Zusammenfassung ausgewählter, geprüfter, nicht konsolidierter Finanzinformationen über die Emittentin nach den in der Bundesrepublik Deutschland allgemein anerkannten Grundsätzen ordnungsmäßiger Rechnungslegung für die Geschäftsjahre 2006 und 2007. Sie sind den Einzelabschlüssen der Emittentin entnommen:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember	
	2007	2006
	(in Millionen Euro)	
Bilanz		
Barreserve / Liquide Schuldtitel	73,5	124,3
Forderungen an Kreditinstitute	1.510,8	896,4
Forderungen an Kunden	7.558,2	6.845,2
Wertpapiere	3.507,3	4.254,9
Beteiligungen / Anteile an verbundenen Unternehmen	426,9	352,6
Treuhandvermögen	0,7	0,8
Sachanlagen / Immaterielle Vermögensgegenstände	48,3	52,7
Sonstige Aktiva	56,7	37,2
Summe der Aktiva	13.182,4	12.564,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.498,1	3.401,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.068,8	5.626,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.484,1	2.496,7
Treuhandverbindlichkeiten	0,7	0,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	212,8	214,3
Eigenkapital	758,2	695,3
Sonstige Passiva	159,7	129,6
Summe der Passiva	13.182,4	12.564,1

IFRS – Konzernabschlüsse

Die folgende Tabelle enthält eine Zusammenfassung ausgewählter, geprüfter, konsolidierter Finanzinformationen über den Konzern Sparkasse Düsseldorf gemäß IFRS für die Geschäftsjahre 2006 und 2007. Sie sind den Konzernabschlüssen der Emittentin entnommen:

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember	
	2007	2006
	(in Millionen Euro)	
Konzern Bilanz		
Barreserve	73,5	125,6
Forderungen an Kreditinstitute	1.556,9	924,5
Forderungen an Kunden	7.925,4	7.193,7
Risikovorsorge	-188,5	-224,1
Sicherungsderivate	35,1	35,2
Handelsaktiva	37,9	29,7
Finanzanlagen	3.873,9	4.619,6
Anteile an assoziierten Unternehmen	92,3	89,7
Steueransprüche	54,6	16,0
Sonstige Aktiva	102,7	108,2

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember	
	2007	2006
	(in Millionen Euro)	
Summe der Aktiva	13.563,8	12.918,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.488,1	3.380,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.074,0	5.643,0
Handelsspassiva	27,8	25,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.472,7	2.473,0
Rückstellungen	50,5	60,0
Steuerverpflichtungen	0,1	16,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	214,9	216,4
Konzern-Eigenkapital	1.029,7	907,7
Sonstige Passiva	206,0	195,8
Summe der Passiva	13.563,8	12.918,1

3.13 **Gerichts- und Schiedsverfahren**

Die Emittentin ist nicht Gegenstand staatlicher Interventionen oder an Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren beteiligt, die geeignet wären, sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Emittentin oder ihres Konzerns auszuwirken, bzw. die sich in jüngster Zeit ausgewirkt haben, und war dies auch nicht in den letzten zwölf Monaten. Nach Kenntnis der Emittentin drohen solche Rechtsstreitigkeiten bzw. Verfahren auch nicht in absehbarer Zukunft.

3.14 **Keine wesentlichen Veränderungen der Finanzlage**

Seit dem Stichtag des letzten veröffentlichten Konzernabschlusses per 31. Dezember 2007 sind sowohl in der Finanzlage der Emittentin als auch in der Finanzlage des Konzerns der Emittentin keine wesentlichen Veränderungen eingetreten.

3.15 **Trendinformationen**

Seit dem Stichtag des letzten veröffentlichten Konzernabschlusses per 31. Dezember 2007 sind keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Emittentin eingetreten.

4. **ALLGEMEINE INFORMATIONEN**

4.1 **Verantwortung**

Die Stadtsparkasse Düsseldorf übernimmt für die in diesem Basisprospekt gemachten Angaben gemäß § 5 Absatz 4 Satz 1 WpPG die Verantwortung. Die Stadtsparkasse Düsseldorf erklärt, dass ihres Wissens die Angaben richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

4.2 **Ermächtigung**

Alle Schuldverschreibungen werden aufgrund eines Beschlusses des Vorstands der Emittentin begeben werden. Das genaue Datum des Beschlusses wird in den Endgültigen Bedingungen angegeben werden.

4.3 **Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses**

Der Emissionserlös aus der Begebung von Schuldverschreibungen wird von der Emittentin für die Finanzierung ihrer allgemeinen Geschäftstätigkeit verwendet.

4.4 **Interessen - einschließlich der Interessenkonflikte**

Die Emittentin ist berechtigt, Schuldverschreibungen für eigene Rechnung oder für Rechnung Dritter zu kaufen und zu verkaufen und weitere Schuldverschreibungen zu begeben. Die Emittentin wird überdies täglich an den internationalen und deutschen Geld- und Kapitalmärkten tätig. Sie kann daher für eigene Rechnung oder für Kundenrechnung Geschäfte abschließen, an denen Anlagewerte, die als "Basiswerte" im Rahmen der Schuldverschreibungen mit aktien- und/oder indexabhängiger Rückzahlung dienen, direkt oder indirekt beteiligt sind, und sie kann in Bezug auf diese Geschäfte auf dieselbe Weise handeln, wie wenn die Schuldverschreibungen mit aktien- und/oder indexabhängiger Rückzahlung nicht begeben worden wären.

4.5 **Einsehbare Dokumente**

Während der Gültigkeitsdauer dieses Basisprospekts sind die in dem Abschnitt "Historische Finanzinformationen" abgedruckten Geschäftsberichte 2006 und 2007 der Emittentin, die Satzung der Emittentin sowie Ablichtungen weiterer in diesem Basisprospekt genannter Unterlagen während der üblichen Öffnungszeiten bei der Stadtsparkasse Düsseldorf, Berliner Allee 33, 40212 Düsseldorf einsehbar. Die Geschäftsberichte sind unter der vorstehend genannten Anschrift ferner als Druckfassung kostenlos erhältlich und auf der Internetseite www.sskduesseldorf.de abrufbar.

4.6 **Veröffentlichung des Basisprospekts, Veröffentlichung der Endgültigen Bedingungen**

Dieser Basisprospekt wird nach seiner Billigung bei der BaFin hinterlegt und unverzüglich, spätestens einen Werktag vor Beginn des öffentlichen Angebots oder, falls die betreffenden Schuldverschreibungen ohne öffentliches Angebot in den Handel an dem regulierten Markt einer innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums gelegenen Wertpapierbörse eingeführt werden, am Tag der Einführung gemäß § 14 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. a WpPG auf der Internetseite www.sskduesseldorf.de veröffentlicht. Druckfassungen sind während der üblichen Öffnungszeiten bei der Stadtsparkasse Düsseldorf, Berliner Allee 33, 40212 Düsseldorf sowie allen dazugehörigen Geschäftsstellen kostenlos erhältlich.

Die Endgültigen Bedingungen werden für jede Emission spätestens am ersten Tag des öffentlichen Angebots oder, falls die betreffenden Schuldverschreibungen ohne öffentliches Angebot in den Handel an dem regulierten Markt einer innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums gelegenen Wertpapierbörse eingeführt werden, am Tag der

Einführung veröffentlicht und bei der BaFin hinterlegt. Die Veröffentlichung erfolgt auf der Internetseite www.sskduesseldorf.de. Die Druckfassungen sind während der üblichen Öffnungszeiten bei der Stadtparkasse Düsseldorf, Berliner Allee 33, 40212 Düsseldorf sowie allen dazugehörigen Geschäftsstellen kostenlos erhältlich.

5. **BESCHREIBUNG DER SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND DES ANGEBOTS**

5.1 **Überblick**

Die nachfolgenden Informationen geben einen Überblick über wesentliche Ausstattungsmerkmale der Schuldverschreibungen. Da die Endgültigen Bedingungen und Merkmale der Schuldverschreibungen sowie die Ausgabebedingungen erst bei Ausgabe der Schuldverschreibungen festgelegt werden können, sind diese Informationen und die nachfolgenden Emissionsbedingungen in Zusammenhang mit den jeweiligen Endgültigen Bedingungen zu lesen, die bei jeder Emission von Schuldverschreibungen gemäß § 14 WpPG veröffentlicht werden. In die Endgültigen Bedingungen einer Emission werden alle noch ausstehenden Informationen zu den Schuldverschreibungen und des jeweiligen Angebots, wie etwaige Verzinsung, Laufzeit, Rückzahlungsbetrag, Endfälligkeit, Emissionsvolumen, Beginn des öffentlichen Angebots, Verkaufskurs und Mindest- sowie Höchstzeichnungsbetrag, aufgenommen. Die Endgültigen Bedingungen enthalten somit alle rechtlichen und wirtschaftlichen Daten der jeweiligen Emission. Darüber hinaus enthalten die Endgültigen Bedingungen einen Komplettabdruck der für die jeweiligen Schuldverschreibungen maßgeblichen Emissionsbedingungen.

5.2 **Beschreibung der Schuldverschreibungen**

Nennbetrag

Der Nennbetrag der Schuldverschreibungen ist der in den Endgültigen Bedingungen festgelegte Nennbetrag.

Verzinsung

In den Endgültigen Bedingungen wird festgelegt, ob die Schuldverschreibungen unverzinslich sind oder verzinst werden.

Die Dauer der Zinsperioden der Schuldverschreibungen, der anwendbare Zinssatz und dessen Berechnungsmethode werden ebenfalls in den Endgültigen Bedingungen festgelegt werden

Zinszahlungen auf festverzinsliche Schuldverschreibungen (*Fixed Rate Notes*) erfolgen zu einem festen Zinssatz, der in den Endgültigen Bedingungen festgelegt wird. Handelt es sich bei den festverzinslichen Schuldverschreibungen um sog. Stufenzinsschuldverschreibungen, sind die Schuldverschreibungen zu wechselnden Zinssätzen festverzinslich, wobei die für die jeweilige Zinsperiode (mit Ausnahme der ersten Zinsperiode) zu zahlenden Zinssätze im Fall von "Step-up"-Schuldverschreibungen in der Regel höher und im Fall von "Step-down"-Schuldverschreibungen in der Regel niedriger sind als die Zinssätze für die jeweils vorangegangenen Zinsperioden.

Der Zinssatz von variabel verzinslichen Schuldverschreibungen (*Floating Rate Notes*) wird durch Verknüpfung mit dem LIBOR oder EURIBOR (oder mit anderen in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen festgelegten Bezugsgrößen), zuzüglich einer etwaigen Anpassung durch eine Marge bestimmt.

Bei Schuldverschreibungen mit Reverse Floating Verzinsung wird von einem festen Zinssatz ein variabler Zinssatz abgezogen, d.h., dass sich der Zinsertrag in entgegengesetzter Richtung zum Referenzzinssatz entwickelt: Bei steigendem Referenzzinssatz sinkt der Zinsertrag, während er bei fallendem Referenzzinssatz steigt.

Sowohl variabel verzinsliche Schuldverschreibungen als auch Schuldverschreibungen mit Reverse Floating Verzinsung können einen Mindestzinssatz als auch einen Maximalzinssatz haben.

Rückzahlung

In den Endgültigen Bedingungen wird der Zeitpunkt der Rückzahlung der Schuldverschreibungen und der bei der Rückzahlung zu zahlende Betrag oder im Falle einer Lieferung von Vermögenswerten der oder die bei Rückzahlung zu liefernden Vermögenswerte angegeben.

Die Zahlung des Rückzahlungsbetrags von Indexabhängigen Schuldverschreibungen (*Index Linked Notes*) wird unter Bezugnahme auf einen einzelnen Index oder einen Indexkorb oder auf der Grundlage einer auf einen einzelnen Index oder einen Indexkorb basierenden Berechnungsformel nach Maßgabe der jeweiligen Endgültigen Bedingungen berechnet.

Die Zahlung des Rückzahlungsbetrags von Aktienabhängigen Schuldverschreibungen (*Equity Linked Notes*) wird unter Bezugnahme auf eine einzelne Aktie oder einen Aktienkorb oder auf der Grundlage einer auf einer einzelnen Aktie oder eines Aktienkorbs basierenden Berechnungsformel nach Maßgabe der jeweiligen Endgültigen Bedingungen berechnet.

Ferner wird in den Endgültigen Bedingungen angegeben, ob die betreffenden Schuldverschreibungen vor ihrer festgelegten Endfälligkeit zurückgezahlt werden können.

Verjährung

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf zehn Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

Status

Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen

Werden die Schuldverschreibungen als nicht-nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben, sind sie mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.

Nachrangige Schuldverschreibungen

Werden die Schuldverschreibungen als nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben, wird das auf sie eingezahlte Kapital im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet.

Im Übrigen haben die Ansprüche aus den nachrangigen Schuldverschreibungen zu den Ansprüchen anderer Kapitalgeber im Sinne des § 10 KWG gleichen Rang. Danach erfolgt die Befriedigung der Ansprüche entsprechend ihrem Verhältnis zum übrigen Kapital im Sinne des § 10 KWG, unabhängig von der Reihenfolge der Kapitalaufnahme durch die Emittentin.

Für die Verbindlichkeiten aus den nachrangigen Schuldverschreibungen werden vertragliche Sicherheiten weder durch die Emittentin noch durch Dritte gestellt.

Die Aufrechnung des Rückerstattungsanspruchs aus den nachrangigen Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin ist ausgeschlossen.

Nachträglich können der Nachrang nicht beschränkt sowie die Laufzeit und die Kündigungsfrist nicht verkürzt werden (vgl. § 10 Abs. 5 a Satz 4 KWG). Eine vorzeitige

Rückzahlung ist der Emittentin ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch die Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht der vorzeitigen Rückzahlung zustimmt (vgl. § 10 Abs. 5 a Satz 5 KWG).

Die Emittentin ist nicht verpflichtet, auf die Verbindlichkeiten aus nachrangigen Schuldverschreibungen Tilgungs- oder Zinszahlungen zu leisten, wenn dies zur Folge hätte, dass die Eigenmittel der Emittentin die gesetzlichen Anforderungen nicht mehr erfüllen; vorzeitige Tilgungs- und Zinszahlungen sind der Emittentin unbeschadet entgegenstehender Vereinbarungen zurückzuerstatten (§ 10 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4a) und b) KWG).

Pfandbriefe

Als Pfandbriefe ausgegebene Schuldverschreibungen begründen nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander gleichrangig sind. Die Schuldverschreibungen sind nach Maßgabe des Pfandbriefgesetzes gedeckt und stehen im gleichen Rang mit allen anderen gegenwärtigen und zukünftigen nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin aus (im Fall von Hypothekenpfandbriefen) Hypothekenpfandbriefen oder (im Fall von öffentlichen Pfandbriefen) öffentlichen Pfandbriefen.

Besicherung

Mit Ausnahme der unter diesem Basisprospekt zu emittierenden Pfandbriefe sind die Schuldverschreibungen nicht besichert und den Schuldverschreibungsinhabern stehen (im Fall von Indexabhängigen Schuldverschreibungen oder Aktienabhängigen Schuldverschreibungen) keine Rechte im Zusammenhang mit den Basiswerten zu.

Laufzeit

Die Laufzeit der Schuldverschreibungen wird in den Endgültigen Bedingungen festgelegt.

Bindung an Basiswerte

Die Endgültigen Bedingungen können vorsehen, dass die Rückzahlung und/oder Verzinsung der Schuldverschreibungen gegebenenfalls an einen oder mehrere Basiswerte gekoppelt ist. Basiswerte können Aktien oder Indizes sein (wie in den Endgültigen Bedingungen angegeben). Dies bedeutet, dass Anleger unter bestimmten Umständen und in Abhängigkeit von der jeweils in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Zins- und Rückzahlungsstruktur und dem jeweils in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Basiswert möglicherweise keine Zinszahlungen oder einen geringeren Rückzahlungsbetrag als den Nennbetrag der Schuldverschreibungen erhalten.

Die Endgültigen Bedingungen enthalten weitere Informationen über den jeweiligen Basiswert sowie eine Erläuterung der Beziehung zwischen dem Rückzahlungs- bzw. Zinsbetrag und dem Basiswert. Die Informationen über den jeweiligen Basiswert in den Endgültigen Bedingungen werden enthalten,

- Angaben darüber, wo Informationen über die vergangene und künftige Wertentwicklung des Basiswerts und seiner Volatilität eingeholt werden können;
- soweit es sich bei dem Basiswert um ein Wertpapier handelt, Angaben in Bezug auf den Namen der Wertpapieremittentin, die ISIN ("International Security Identification Number") oder eine ähnliche Wertpapierkennnummer;
- soweit es sich bei dem Basiswert um einen Index handelt, eine Bezeichnung des Index und eine Indexbeschreibung, falls der Index von der Emittentin zu-

sammengestellt wird. Wird der Index nicht von der Emittentin zusammengestellt, Angabe des Ortes, wo Angaben zu diesem Index zu finden sind;

- soweit es sich bei dem Basiswert um einen Korb von Basiswerten handelt, eine Angabe zu den entsprechenden Gewichtungen jedes einzelnen Basiswerts im Korb.

Stellt die Emittentin den Eintritt einer Marktstörung, eines Unterbrechungstags oder eines sonstigen Ereignisses in Bezug auf den Basiswert fest, so unterliegen die Schuldverschreibungen den in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Anpassungen und/oder Festlegungen der Emittentin.

Währungen

Vorbehaltlich der Erfüllung aller geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Voraussetzungen können die Schuldverschreibungen in den zwischen der Emittentin und dem/den maßgeblichen Händler/n vereinbarten Währungen ausgegeben werden, einschließlich aber nicht beschränkt auf Euro, US Dollar, Schweizer Franken, Pfund Sterling und Japanische Yen.

5.3 Beschreibung des Angebots

Vertrieb

Die Schuldverschreibungen können im Wege eines öffentlichen Angebots oder einer Privatplatzierung vertrieben werden. Die Schuldverschreibungen werden insbesondere an Privatanleger und/oder an institutionelle Investoren in der Bundesrepublik Deutschland verkauft.

Die Schuldverschreibungen können bei der Stadtparkasse Düsseldorf, Berliner Allee 33, 40212 Düsseldorf sowie allen dazugehörigen Geschäftsstellen bezogen werden.

Lieferung und Verfahren zur Meldung des dem Zeichner zugeteilten Betrags

Die Schuldverschreibungen sind (im Fall von Inhaberschuldverschreibungen) in einer Global-Inhaberschuldverschreibung oder (im Fall von Inhaberpfandbriefen) in einem Global-Inhaberpfandbrief (zusammen, die "**Globalurkunde**") verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main, hinterlegt wird. Der Anspruch des Anlegers auf Einzelverbriefung ist ausgeschlossen.

Die Schuldverschreibungsinhaber erhalten eine Gutschrift in Höhe ihres Miteigentumsanteils an der Globalurkunde in ihr jeweiliges Wertpapierdepot gebucht. Die Schuldverschreibungen sind entsprechend den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, übertragbar.

Die Zeichner erhalten eine Abrechnung über die Höhe des von ihnen erworbenen Betrags durch ihre Depotbank.

Ausgabepreis

Die Schuldverschreibungen können, wie in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen angegeben, zu ihrem Nennbetrag, mit einem Auf- oder Abschlag auf den Nennbetrag oder zu einem Teilbetrag ausgegeben werden. Der Ausgabepreis der Schuldverschreibungen wird in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen genauer angegeben.

Der Ausgabepreis der Schuldverschreibungen kann über deren Marktwert zum Zeitpunkt der Erstellung der jeweiligen Endgültigen Bedingungen liegen (ermittelt unter Verwendung von internen Preisfindungsmodellen, die auf allgemein anerkannten finanzmathematischen Prinzipien beruhen). Der Ausgabepreis kann Kommissionsgebüh-

ren enthalten, die an einen oder mehrere Anbieter gezahlt werden. Der Ausgabepreis wird in den Endgültigen Bedingungen festgelegt.

Die Schuldverschreibungen können sofort oder nach Ablauf einer Zeichnungsfrist freibleibend zum Verkauf gestellt werden. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.

Die Endgültigen Bedingungen können eine Mindestzeichnung bzw. einen Mindestanlagebetrag vorsehen.

Emissionsvolumen, Stückelung

Das Emissionsvolumen des Angebots sowie die Stückelung wird in den Endgültigen Bedingungen festgelegt.

Ergebnis des Angebots

Die betreffenden Endgültigen Bedingungen enthalten gegebenenfalls Informationen in Bezug auf die Veröffentlichung der Ergebnisse eines Angebots von Schuldverschreibungen. Die betreffenden Endgültigen Bedingungen enthalten zudem die Information, ob vor dieser Veröffentlichung eine Aufnahme des Handels in den Schuldverschreibungen möglich ist.

Börsennotierung

Die Schuldverschreibungen können an jedem regulierten Markt einer in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Börse oder im Freiverkehr der Frankfurter Börse und/oder der Stuttgarter Börse oder einer anderen in den Endgültigen Bedingungen genannten Börse notiert bzw. gehandelt werden. Einzelne Serien von Schuldverschreibungen sind möglicherweise nicht notiert.

Wertpapierkennnummern

Die betreffenden Endgültigen Bedingungen enthalten Informationen in Bezug auf die Internationale Wertpapierkennnummer ("**ISIN**") und/oder die Wertpapierkennnummer ("**WKN**") der jeweiligen Schuldverschreibungen.

Emissionstermin

Die betreffenden Endgültigen Bedingungen enthalten Informationen über den voraussichtlichen Emissionstermin der jeweiligen Schuldverschreibungen.

Zeichnungs- und Angebotsfrist

Die betreffenden Endgültigen Bedingungen werden Informationen über die voraussichtliche Zeichnungs- und Angebotsfrist der jeweiligen Schuldverschreibungen enthalten.

Zahlstellen und Hinterlegungsstelle

Die Zahlstelle für die Schuldverschreibungen ist die Stadtparkasse Düsseldorf, Berliner Allee 33, 40212 Düsseldorf.

Die Hinterlegungsstelle für die Schuldverschreibungen ist die Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main.

Weitere Informationen über die Schuldverschreibungen

Die Endgültigen Bedingungen enthalten weitere Informationen über die Schuldverschreibungen, gegebenenfalls insbesondere in Bezug auf die Rendite und die Berechnung der Rendite, Market-Making, Berater und deren jeweilige Aufgaben, die Bedingungen des jeweiligen Angebots, Höchstgrenzen für die Zeichnung, den Zeitplan (ins-

besondere in Bezug auf die Zahlung des Kaufpreises und die Lieferung der Schuldverschreibungen), und den geplanten Vertriebsweg und Zuteilung der Schuldverschreibungen sowie weitere Zusatzangaben.

6. ALLGEMEINE INFORMATIONEN ZU PFANDBRIEFEN UND DEM PFANDBRIEFGESCHÄFT

Im Juli 2005 erfolgte eine grundlegende Neuregelung des Pfandbriefrechts in Deutschland. Dabei wurden die drei bisher im Rahmen des Pfandbriefgeschäfts geltenden Gesetze (Hypothekendarlehenbankgesetz ("**HBG**"), Gesetz über Schiffspfandbriefbanken ("**SchBG**") und das Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten ("**ÖPG**")) durch ein einheitliches, neues Gesetz, das Pfandbriefgesetz ("**PfandBG**"), abgelöst.

Mit dem zum 19. Juli 2005 in Kraft getretenen Pfandbriefgesetz wurde die Möglichkeit zur Emission von gedeckten Schuldverschreibungen – ein Privileg, das im privatrechtlichen Bereich bis dahin auf Spezialkreditinstitute beschränkt war – auf alle Kreditinstitute ausgedehnt. Die Ausgabe von Pfandbriefen ist seitdem ein erlaubnispflichtiges Bankgeschäft nach § 1 Kreditwesengesetz ("**KWG**") in Verbindung mit § 32 KWG. Alle Institute, die bereit und in der Lage sind, die gesetzlichen Auflagen zu erfüllen, und die von der Aufsichtsbehörde die Erlaubnis zum Pfandbriefgeschäft erhalten haben, dürfen seit dem 19. Juli 2005 Pfandbriefe emittieren. Bei Instituten, die bei Inkrafttreten des neuen Gesetzes bereits die Befugnis zur Ausgabe von Pfandbriefen besaßen, galt die Erlaubnis als erteilt; sie mussten jedoch innerhalb einer kurzen Frist nachweisen, dass sie die für das Pfandbriefgeschäft unabdingbaren Mindestanforderungen erfüllten (§ 42 Abs. 3 PfandBG).

Bei Pfandbriefen handelt es sich um gedeckte Bankschuldverschreibungen, die entweder als Hypotheken- bzw. Schiffspfandbriefe oder als Öffentliche Pfandbriefe emittiert werden. Die Hypothekendarlehenpfandbriefe sind u.a. durch als risikoarm eingestufte Kredite gegen hypothekarische Beleihung von Grundstücken in einem Staate der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaate des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, der Schweiz, den USA, Kanada oder Japan gedeckt (§ 13 PfandBG), die Schiffspfandbriefe u.a. durch Schiffshypotheken. Den Öffentlichen Pfandbriefen liegen u.a. Forderungen gegen staatliche Stellen oder von diesen staatlichen Stellen garantierte Darlehen an andere Kreditnehmer zugrunde. Die Bezeichnung der Schuldverschreibungen als "Pfandbriefe" genießt gesetzlichen Schutz.

Der Gesamtbetrag der umlaufenden Pfandbriefe einer Gattung eines Emittenten muss in Höhe des Nennwerts jederzeit durch Werte von mindestens gleicher Höhe und mindestens gleichem Zinsertrag gedeckt sein (nennwertige Deckung - § 4 Abs. 1 PfandBG). Zusätzlich zur jederzeitigen Deckung nach dem Nennwert muss auch die Deckung nach dem Barwert sichergestellt sein (barwertige Deckung - § 4 Abs. 2 PfandBG). Für mögliche Wertverluste der Deckungsmassen gegenüber dem Pfandbriefumlauf muss eine 2%ige Überdeckung in besonders liquiden Werten vorgehalten werden. Die Pfandbriefbank hat fortlaufend durch geeignete Rechenwerke sicherzustellen und zu dokumentieren, dass die Deckung der Ansprüche der Pfandbriefinhaber jederzeit gegeben ist. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat aus diesem Grunde regelmäßig sog. Deckungsprüfungen bei allen Pfandbriefemittenten durchzuführen (§ 3 Satz 3 PfandBG).

Den Beleihungswert von Immobilien bei Hypothekendarlehenpfandbriefen muss ein unabhängiger Gutachter ermitteln. Als Deckung für die auszugebenden Pfandbriefe dürfen nur die ersten 60 Prozent des sorgfältig ermittelten Beleihungswerts verwendet werden (Beleihungsgrenze - § 14 PfandBG). Die Pfandbriefbank darf grundsätzlich Werte erst nach Erwerb eines gefestigten Erfahrungswissens in Deckung nehmen, bei Geschäften auf neuen Märkten im Bereich des Hypothekendarlehens, wie z.B. bei der Erschließung ausländischer Immobilienmärkte, nicht jedoch vor Ablauf von zwei Jahren nach deren Aufnahme (§ 27 Abs. 2 PfandBG).

Die zur Deckung der Pfandbriefe verwendeten Deckungswerte sind von der Pfandbriefbank einzeln in ein für jede Pfandbriefgattung geführtes Deckungsregister (§ 5

PfandBG) einzutragen, das der Kontrolle des staatlich bestellten Treuhänders unterliegt. Dieser Treuhänder besitzt ein umfassendes Auskunfts- und Einsichtsrecht. Er achtet vor allem darauf, dass die Pfandbriefe jederzeit vorschriftsmäßig gedeckt sind. Außerdem verwahrt er die Deckungswerte unter Mitverschluss der Pfandbriefbank (§ 9 PfandBG). Bei der Ausgabe von neuen Pfandbriefen muss der Treuhänder mitwirken. Die Eintragung von Deckungswerten in einem Deckungsregister kann nur mit seiner Zustimmung gelöscht werden. Die ausgegebenen Pfandbriefe tragen zur Bestätigung ihrer ordnungsgemäßen Deckung die Unterschrift des Treuhänders.

Die Deckungsmassen sind rechtlich weitgehend verselbständigt und vom Vermögen der Pfandbriefbank getrennt. Im Fall der Insolvenz einer Pfandbriefbank zählen die Deckungswerte nicht zur Insolvenzmasse. Den Pfandbriefinhabern stehen auch im Falle der Insolvenz der Emittentin die Deckungswerte zur Befriedigung ihrer Forderungen aus den Pfandbriefen zur Verfügung.

7. **EMISSIONSBEDINGUNGEN DER NICHT AUF BASISWERTE BEZUG NEHMENDEN INHABERSCHULDVERSCHREIBUNGEN**

**§ 1
Nennbetrag**

Diese Emission der Stadtsparkasse Düsseldorf (die "**Emittentin**") im Gesamtnennbetrag von [●] (in Worten [●]) ist eingeteilt in [●] Schuldverschreibungen im Nennbetrag von je [●] (der "**Nennbetrag**").

**§ 2
Wertpapiergattung, Identifikationsnummer**

Bei dieser Emission der Stadtsparkasse Düsseldorf handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungen**"), Serie [●].

Die Schuldverschreibungen haben den ISIN-Code [●] und die WKN [●].

**§ 3
Verbriefung**

Die Schuldverschreibungen [samt Zinsansprüchen] sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die "**Globalurkunde**") verbrieft, die am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main (die "**Clearstream Banking AG**"), hinterlegt wird. Die Globalurkunde trägt die eigenhändigen Unterschriften von zwei Vertretungsberechtigten der Emittentin.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungsinhaber**") stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu, die gemäß den Regeln und Bestimmungen der Clearstream Banking AG übertragen werden können. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen [oder Zinsscheinen] werden nicht ausgestellt.

**§ 4
Währung**

Die Schuldverschreibungen werden in [●] (die "**Maßgebliche Währung**") begeben.

**§ 5
Status**

[bei nicht nachrangigen Schuldverschreibungen einfügen:]

Die Schuldverschreibungen begründen nicht besicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen gegenwärtigen und zukünftigen nicht besicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin zumindest gleichrangig sind, soweit nicht zwingende gesetzliche Regelungen etwas anderes vorschreiben.]

[bei nachrangigen Schuldverschreibungen einfügen:

(1) Status der Schuldverschreibungen

Die Schuldverschreibungen begründen nicht besicherte, nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen gegenwärtigen und zukünftigen nicht besicherten und nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin zumindest gleichrangig sind, soweit nicht zwingende gesetzliche Regelungen etwas anderes vorschreiben. Im Fall der Insolvenz, Liquidation, Auflösung oder eines der Abwendung der Insolvenz der Emittentin dienenden Verfahrens, stehen solche Verbindlichkeiten nicht nachrangigen Ansprüchen anderer Gläubiger im Rang nach, so dass Zahlungen auf die Schuldverschreibungen erst erfolgen, wenn alle Ansprüche gegen die Emittentin aus nicht nachrangigen Verbindlichkeiten vollständig befriedigt sind.

(2) Keine Sicherheiten

Für die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen werden weder vertragliche Sicherheiten durch die Emittentin noch durch Dritte gestellt.

(3) Aufrechnungsverbot

Die Schuldverschreibungsinhaber sind nicht berechtigt, Forderungen aus den Schuldverschreibungen mit möglichen Forderungen der Emittentin gegen sie aufzurechnen und die Emittentin ist nicht berechtigt, Forderungen gegenüber den Schuldverschreibungsinhabern gegen ihre Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen aufzurechnen.

(4) Hinweis nach § 10 Abs. 5 a Satz 8 KWG

Nachträglich können der Nachrang nicht beschränkt sowie die Laufzeit und die Kündigungsfrist nicht verkürzt werden (vgl. § 10 Abs. 5 a Satz 4 KWG). Eine vorzeitige Rückzahlung ist der Emittentin ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch die Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht der vorzeitigen Rückzahlung zustimmt (vgl. § 10 Abs. 5 a Satz 5 KWG).

Die Emittentin ist nicht verpflichtet, auf die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen Tilgungs- oder Zinszahlungen zu leisten, wenn dies zur Folge hätte, dass die Eigenmittel der Emittentin die gesetzlichen Anforderungen nicht mehr erfüllen; vorzeitige Tilgungs- und Zinszahlungen sind der Emittentin unbeschadet entgegenstehender Vereinbarungen zurückzuerstatten (§ 10 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4a) und b) KWG).]

**§ 6
Kündigungsrecht der Emittentin**

[falls die Emittentin kein Kündigungsrecht hat, einfügen:

Die Kündigung der Schuldverschreibungen seitens der Emittentin ist ausgeschlossen.]

[falls die Emittentin ein Kündigungsrecht hat, einfügen: Die Emittentin hat das Recht, die Schuldverschreibungen [jeweils] zum [●] ([jeweils] der "**vorzeitige Rückzahlungstag**") zu [100 % des Nennbetrags] [**anderen Rückzahlungsbetrag einfügen**] zu kündigen. Die Entscheidung über die Ausübung eines Kündigungsrechts wird

die Emittentin [●] Bankgeschäftstage (wie in § 9 definiert) vor dem [jeweiligen] vorzeitigen Rückzahlungstag treffen und unverzüglich gemäß § 11 bekannt machen.]

§ 7 Verzinsung

[bei Schuldverschreibungen ohne periodische Verzinsung einfügen:

Die Schuldverschreibungen werden nicht verzinst. Falls die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlöst, wird der ausstehende Nennbetrag der Schuldverschreibungen vom Tag der Fälligkeit (einschließlich) bis zum Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen (ausschließlich) in Höhe des gesetzlich festgelegten Satzes für Verzugszinsen¹ verzinst.]

[bei Schuldverschreibungen mit fester Verzinsung (einschließlich Stufenzins-schuldverschreibungen) einfügen:

(1) Zinssatz und Zinszahlungstage

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrags verzinst, und zwar vom [●] (der "**Verzinsungsbeginn**") (einschließlich) bis zum **[im Fall von Stufenzins-schuldverschreibungen einfügen: ●]** (ausschließlich) mit jährlich [●] % und vom [●] (einschließlich) bis zum [●] (ausschließlich) mit jährlich [●] % und vom [●] (einschließlich) bis zum **[evtl. weitere Zinsperioden einfügen]** Endfälligkeitstag (wie nachstehend definiert) (ausschließlich) mit jährlich [●] %.

Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] nachträglich am **[Zinszahlungstage einfügen]** eines jeden Jahres zahlbar (jeweils ein "**Zinszahlungstag**"). Die erste Zinszahlung erfolgt am **[ersten Zinszahlungstag einfügen]** **[sofern der erste Zinszahlungstag nicht der erste Jahrestag des Verzinsungsbeginns ist, einfügen:** und beläuft sich auf **[anfänglichen Bruchteilszinsbetrag für den Nennbetrag einfügen]** je Schuldverschreibung im Nennbetrag von **[Nennbetrag einfügen]**. **[falls der Endfälligkeitstag kein regulärer Zinszahlungstag ist, einfügen:** Die Zinsen für den Zeitraum vom **[den letzten dem Endfälligkeitstag vorausgehenden Zinszahlungstag einfügen]** (einschließlich) bis zum Endfälligkeitstag (ausschließlich) belaufen sich auf **[abschließenden Bruchteilszinsbetrag für den Nennbetrag einfügen]** je Schuldverschreibung im Nennbetrag von **[Nennbetrag einfügen].]** Zinszahlungstage unterliegen einer Anpassung in Übereinstimmung mit den in § 9 enthaltenen Bestimmungen.

(2) Zinslauf

Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Endfälligkeitstag vorausgeht, [bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechts mit Ablauf des Tages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß § 6 vorausgeht]. Falls die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlöst, wird der ausstehende Nennbetrag der Schuldverschreibungen vom Tag der Fälligkeit (einschließlich) bis zum Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen (ausschließlich) in Höhe des gesetzlich festgelegten Satzes für Verzugszinsen¹ verzinst.

(3) Berechnung des Zinsbetrags

Falls der auf die Schuldverschreibungen zu zahlende Zinsbetrag für einen Zeitraum von weniger oder mehr als einem Jahr zu berechnen ist, erfolgt die Berechnung des Zins-

¹ Der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte über dem von der Deutschen Bundesbank von Zeit zu Zeit veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Absatz 1, 247 Absatz 1 BGB.

betrags, indem der Zinssatz auf den Nennbetrag angewendet wird, diese Summe mit dem Zinstagequotienten (wie nachstehend definiert) multipliziert und das hieraus resultierende Ergebnis auf die nächste Untereinheit der Maßgeblichen Währung gerundet wird, wobei eine halbe Untereinheit aufgerundet wird oder die Rundung ansonsten gemäß der anwendbaren Marktkonvention erfolgt.]

[bei Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung (einschließlich Reverse Floater) einfügen:

(1) Zinszahlungstage

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrags verzinst, und zwar vom **[●]** (der "**Verzinsungsbeginn**") (einschließlich) bis zum Endfälligkeitstag (wie nachstehend definiert) (ausschließlich). Zinsen auf die Schuldverschreibungen sind **[vierteljährlich]** **[halbjährlich]** **[jährlich]** an jedem Zinszahlungstag (wie nachstehend definiert), erstmals am **[●]** und letztmals am **[●]**, zahlbar.

"**Zinszahlungstage**" sind der **[●]** [, der **[●]**] [, der **[●]**] [und der **[●]**] eines jeden Jahres. Zinszahlungstage unterliegen einer Anpassung in Übereinstimmung mit den in § 9 enthaltenen Bestimmungen.

(2) Maßgeblicher Zinssatz

Der maßgebliche variable Zinssatz (der "**maßgebliche Zinssatz**") für **[bei einheitlicher Berechnungsmethode während der gesamten Laufzeit der Schuldverschreibungen einfügen:** jede Zinsperiode (wie nachstehend definiert)] **[bei während der Laufzeit der Schuldverschreibungen wechselnder Berechnungsmethoden einfügen:** die Zinsperiode vom **[●]** (einschließlich) bis zum **[●]** (ausschließlich)] wird von der Emittentin am maßgeblichen Zinsfeststellungstag (wie nachstehend definiert) **[gemäß folgender Formel berechnet: [●]]** **[unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der "**Referenzzinssatz**") berechnet].**

[Erläuterungen/Definitionen der einzelnen Formelbestandteile einfügen.]

[Bei während der Laufzeit der Schuldverschreibungen wechselnden Berechnungsmethoden sind die weiteren Berechnungsmethoden für weitere Zinsperioden einzufügen.]

[Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor] [●], wie er am Zinsfeststellungstag gegen [11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel)] [andere Ortszeit einfügen] auf der [Reuters-Seite EURIBOR01] [andere Bildschirmseite einfügen] veröffentlicht wird.

[falls ein Mindestzinssatz gilt, einfügen: Vorbehaltlich des Mindestzinssatzes (wie nachstehend definiert) berechnet sich der] **[falls ein Höchstzinssatz gilt, einfügen:** Vorbehaltlich des Höchstzinssatzes (wie nachstehend definiert) berechnet sich der] **[falls ein Mindestzinssatz und ein Höchstzinssatz gelten, einfügen:** Vorbehaltlich des Mindestzinssatzes (wie nachstehend definiert) und des Höchstzinssatzes (wie nachstehend definiert) berechnet sich der] **[Der] maßgebliche Zinssatz [berechnet sich] dabei aus [bei Reverse Floater einfügen: [●] % abzüglich dem [●-fachen] Referenzzinssatz] [bei variabel verzinslichen Schuldverschreibungen einfügen:** dem Referenzzinssatz **[abzüglich [●] %] [zuzüglich [●] %]**].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die **[Reuters-Seite EURIBOR01] [andere Bildschirmseite einfügen]** nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die **[Bloomberg] [andere Bildschirmseite einfügen]**-Seite **[EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>]** herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden,

ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktkonventionen ermittelten Zinssatz für Einlagen in **[maßgebliche Währung einfügen]** für **[drei] [sechs] [zwölf] [Monate] [anderen Zeitraum einfügen]** festzulegen.]

"**Zinsfeststellungstag**" ist jeweils der **[●]** Bankgeschäftstag (wie in § 9 definiert) **[vor Beginn einer jeweiligen Zinsperiode] [vor dem jeweiligen Zinszahlungstag (*in arrears*)].**

"**Zinsperiode**" bezeichnet jeweils den Zeitraum vom Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) bzw. von einem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum darauf folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich).

[bei Schuldverschreibungen mit anderer Form der Verzinsung maßgebliche Bestimmungen einfügen]

[falls ein Mindestzinssatz gilt, einfügen:

(3) Mindestzinssatz

Falls der gemäß den obigen Bestimmungen für eine Zinsperiode ermittelte Zinssatz niedriger ist als **[Mindestzinssatz einfügen]** % per annum, so ist der Zinssatz für diese Zinsperiode **[Mindestzinssatz einfügen]** % per annum (der "**Mindestzinssatz**").]

[falls ein Höchstzinssatz gilt, einfügen:

([4]) Höchstzinssatz.

Wenn der gemäß den obigen Bestimmungen für eine Zinsperiode ermittelte Zinssatz höher ist als **[Höchstzinssatz einfügen]** % per annum, so ist der Zinssatz für diese Zinsperiode **[Höchstzinssatz einfügen]** % per annum (der "**Höchstzinssatz**").]

([5]) Zinslauf

Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Endfälligkeitstag vorausgeht, **[bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechts mit Ablauf des Tages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß § 6 vorausgeht].** Falls die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlöst, wird der ausstehende Nennbetrag der Schuldverschreibungen vom Tag der Fälligkeit (einschließlich) bis zum Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen (ausschließlich) in Höhe des gesetzlich festgelegten Satzes für Verzugszinsen¹ verzinst.

([6]) Berechnung des Zinsbetrags

[falls ein Mindestzinssatz gilt, einfügen: Vorbehaltlich der Bestimmungen in Absatz (3) ist der] **[falls ein Höchstzinssatz gilt, einfügen:** Vorbehaltlich der Bestimmungen in Absatz ([4]) ist der] **[falls sowohl ein Mindestzinssatz als auch ein Höchstzinssatz gelten, einfügen:** Vorbehaltlich der Bestimmungen in Absatz (3) und (4) wird der] **[Der]** für die maßgebliche Zinsperiode auf den Nennbetrag zu zahlende Zinsbetrag **[wird]** von der Emittentin am Zinsfeststellungstag dieser Zinsperiode berechnet, indem der maßgebliche Zinssatz auf den Nennbetrag angewendet wird, diese Summe mit dem Zinstagequotienten (wie nachstehend definiert) multipliziert und der hieraus resultierende Betrag auf die nächste Untereinheit der Maßgeblichen Währung gerundet wird, wobei eine halbe Untereinheit aufgerundet wird oder die Rundung ansonsten gemäß der anwendbaren Marktkonvention erfolgt.]

¹ Der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte über dem von der Deutschen Bundesbank von Zeit zu Zeit veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Absatz 1, 247 Absatz 1 BGB.

[bei Schuldverschreibungen mit einer anderen Form der Verzinsung maßgebliche Bestimmungen einfügen]

[bei fester oder variabler Verzinsung stets und bei unverzinslichen Schuldverschreibungen bei Bedarf einfügen:

([●]) Zinstagequotient

"Zinstagequotient" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Zinsbetrags auf eine Schuldverschreibung für einen beliebigen Zeitraum **[bei jedem Zinstagequotienten außer Actual/Actual (ICMA) einfügen:** (der "Zinsberechnungszeitraum")]:

[bei festverzinslichen Schuldverschreibungen, auf die Actual/Actual (ICMA) anwendbar ist, einfügen:

1. im Falle von Schuldverschreibungen, bei denen die Anzahl der Tage in der relevanten Periode ab dem letzten Zinszahlungstag (oder, wenn es keinen solchen gibt, ab dem Verzinsungsbeginn) (jeweils einschließlich desselben) bis zum relevanten Zahlungstag (ausschließlich desselben) (der "**relevante Zeitraum**") kürzer ist als die Feststellungsperiode, in die das Ende des relevanten Zeitraums fällt, oder ihr entspricht, die Anzahl der Tage in dem betreffenden relevanten Zeitraum geteilt durch das Produkt (1) der Anzahl der Tage in der Feststellungsperiode und (2) der Anzahl der Feststellungstermine (wie nachstehend angegeben) in einem Kalenderjahr; oder

2. im Falle von Schuldverschreibungen, bei denen der relevante Zeitraum länger ist als die Feststellungsperiode, in die das Ende des relevanten Zeitraums fällt, die Summe aus:

der Anzahl der Tage in dem relevanten Zeitraum, die in die Feststellungsperiode fallen, in welcher der relevante Zeitraum beginnt, geteilt durch das Produkt (x) der Anzahl der Tage in der Feststellungsperiode und (y) der Anzahl der Feststellungstermine (wie nachstehend angegeben) in einem Kalenderjahr; und

der Anzahl der Tage in dem relevanten Zeitraum, die in die nächste Feststellungsperiode fallen, geteilt durch das Produkt (x) der Anzahl der Tage in dieser Feststellungsperiode und (y) der Anzahl der Feststellungstermine (wie nachstehend angegeben) in einem Kalenderjahr.

"Feststellungsperiode" ist der Zeitraum von einem Feststellungstermin (einschließlich) bis zum nächsten Feststellungstermin (ausschließlich); dies schließt dann, wenn der Verzinsungsbeginn kein Feststellungstermin ist, den Zeitraum ein, der an dem ersten Feststellungstermin vor dem Verzinsungsbeginn anfängt, und dann, wenn der letzte Zinszahlungstag kein Feststellungstermin ist, den Zeitraum ein, der an dem ersten Feststellungstag nach dem letzten Zinszahlungstag endet.

Die Anzahl der Feststellungstermine im Kalenderjahr (jeweils ein "**Feststellungstermin**") beträgt **[Anzahl der regulären Zinszahlungstage im Kalenderjahr einfügen].]**

[im Fall von Actual/Actual (ISDA) oder Actual/365 einfügen: die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 365 (oder, falls ein Teil des Zinsberechnungszeitraums in ein Schaltjahr fällt, die Summe von (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dem Teil des Zinsberechnungszeitraums, die in das Schaltjahr fallen, dividiert durch 366 und (B) die tatsächliche Anzahl von Tagen in dem Teil des Zinsberechnungszeitraums, die nicht in ein Schaltjahr fallen, dividiert durch 365).]

[im Fall von Actual/365 (Fixed) einfügen: die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 365.]

[im Fall von Actual/360 einfügen: die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360.]

[im Fall von 30/360, 360/360 oder Bond Basis einfügen: die Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360, wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 Tagen mit zwölf Monaten zu je 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, (A) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraums fällt auf den 31. Tag eines Monats, während der erste Tag des Zinsberechnungszeitraums weder auf den 30. noch auf den 31. Tag eines Monats fällt, wobei in diesem Fall der den letzten Tag enthaltende Monat nicht als ein auf 30 Tage gekürzter Monat zu behandeln ist, oder (B) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraums fällt auf den letzten Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist).]

[im Fall von 30E/360 oder Eurobond Basis einfügen: die Anzahl der Tage im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360 (dabei ist die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 Tagen mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln, und zwar ohne Berücksichtigung des Datums des ersten oder letzten Tages des Zinsberechnungszeitraums, es sei denn, der Fälligkeitstag des letzten Zinsberechnungszeitraums ist der letzte Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist).]

[anderen Zinstagequotienten einfügen]

§ 8 Rückzahlung

[bei Schuldverschreibungen, die zum Nennbetrag zurückgezahlt werden, einfügen:

Die Schuldverschreibungen werden zu 100 % des Nennbetrags am [●] (der "**Endfälligkeitstag**") [oder, sofern die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht, am vorzeitigen Rückzahlungstag] zurückgezahlt.]

[andere Rückzahlungsregelung einfügen]

§ 9 Zahlungen

Sämtliche gemäß diesen Emissionsbedingungen zahlbaren Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Schuldverschreibungsinhaber überwiesen.

Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Schuldverschreibungsinhabern aus den Schuldverschreibungen.

Sofern der Fälligkeitstag für eine Zahlung in Bezug auf die Schuldverschreibungen oder ein Zinszahlungstag ansonsten auf einen Tag fielen, der kein Bankgeschäftstag ist, so wird der Fälligkeitstag für diese Zahlung bzw. der Zinszahlungstag

[bei Anwendung der Modified Following Business Day Convention einfügen: auf den nächstfolgenden Bankgeschäftstag verschoben, es sei denn, er würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der Fälligkeitstag für diese

Zahlung bzw. der Zinszahlungstag auf den unmittelbar vorausgehenden Bankgeschäftstag vorgezogen.]

[bei Anwendung der FRN Convention einfügen: auf den nächstfolgenden Bankgeschäftstag verschoben, es sei denn, er würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird (i) der Fälligkeitstag für diese Zahlung bzw. der Zinszahlungstag auf den unmittelbar vorausgehenden Bankgeschäftstag vorgezogen und (ii) ist jeder nachfolgende Zinszahlungstag der jeweils letzte Bankgeschäftstag des Monats, der **[[relevante Zahl einfügen] [Monate] [andere festgelegte Zinsperiode einfügen]]** nach dem vorausgehenden Zinszahlungstag liegt.]

[bei Anwendung der Following Business Day Convention einfügen: auf den nächstfolgenden Bankgeschäftstag verschoben.]

[bei Anwendung der Preceding Business Day Convention einfügen: auf den unmittelbar vorausgehenden Bankgeschäftstag vorgezogen.]

[falls der Zinsbetrag und nachfolgende Zinsperioden (sofern anwendbar) angepasst werden sollen, einfügen: Falls der Fälligkeitstag für eine Zahlung bzw. der Zinszahlungstag (wie oben beschrieben) **[bei Modified Following Business Day Convention, FRN Convention und Preceding Business Day Convention einfügen:** vorgezogen wird] [oder] **[bei Modified Following Business Day Convention, FRN Convention und Following Business Day Convention einfügen:** sich nach hinten verschiebt], werden der Zinsbetrag und alle folgenden Zinsperioden (sofern anwendbar) entsprechend angepasst.]

[falls der Zinsbetrag und nachfolgende Zinsperioden (sofern anwendbar) nicht angepasst werden sollen, einfügen: Falls der Fälligkeitstag für eine Zahlung bzw. der Zinszahlungstag (wie oben beschrieben) **[bei Modified Following Business Day Convention, FRN Convention und Preceding Business Day Convention einfügen:** vorgezogen wird] [oder] **[bei Modified Following Business Day Convention, FRN Convention und Following Business Day Convention einfügen:** sich nach hinten verschiebt], werden weder der Zinsbetrag noch die folgenden Zinsperioden (sofern anwendbar) entsprechend angepasst.]

"**Bankgeschäftstag**" steht für einen Tag (außer einem Samstag und Sonntag), an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte in **[Frankfurt am Main und Düsseldorf] [anderes Finanzzentrum einfügen]** Zahlungen abwickeln **[und an dem Zahlungen über das TARGET-System abgewickelt werden]**.

§ 10 Begebung weiterer Schuldverschreibungen, Rückkauf von Schuldverschreibungen

Die Emittentin behält sich vor, von Zeit zu Zeit ohne Zustimmung der Schuldverschreibungsinhaber weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung (gegebenenfalls mit Ausnahme des Tags der Begebung, des Verzinsungsbeginns und/oder des Ausgabepreises) in der Weise zu begeben, dass sie mit den Schuldverschreibungen zusammengefasst, eine einheitliche Anleihe bilden und ihren Gesamtnennbetrag erhöhen werden. Der Begriff "**Schuldverschreibungen**" umfasst im Fall einer solchen Erhöhung auch solche zusätzlich begebenen Schuldverschreibungen.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit auch ohne öffentliche Bekanntmachung Schuldverschreibungen zu erwerben und/oder wieder zu verkaufen.

§ 11 Bekanntmachungen

Alle die Schuldverschreibungen betreffenden Bekanntmachungen erfolgen **[falls die Schuldverschreibungen an einem regulierten Markt einer innerhalb des EWR gelegenen Börse notiert werden, einfügen:** durch Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger] **[[und] [„sofern gesetzlich erforderlich,] in einem überregionalen Börsenpflichtblatt] [falls die Schuldverschreibungen nicht an einem regulierten Markt einer innerhalb des EWR gelegenen Börse notiert werden, einfügen:** durch Mitteilung an Clearstream Banking AG zur Weiterleitung durch Clearstream Banking AG an die Schuldverschreibungsinhaber].

[falls die Schuldverschreibungen an einem regulierten Markt einer innerhalb des EWR gelegenen Börse notiert werden, einfügen: Jede derartig erfolgte Mitteilung gilt mit dem Tag der Veröffentlichung (oder bei mehreren Veröffentlichungen mit dem Tag der ersten solchen Veröffentlichung) als wirksam erfolgt.]

[falls die Schuldverschreibungen nicht an einem regulierten Markt einer innerhalb des EWR gelegenen Börse notiert werden, einfügen: Jede derartig erfolgte Mitteilung gilt am siebten Tag nach dem Tag der Mitteilung an Clearstream Banking AG als den Schuldverschreibungsinhabern mitgeteilt.]

§ 12 Anwendbares Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand, Verjährung

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Schuldverschreibungsinhaber und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.

Erfüllungsort ist Düsseldorf.

Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ist Düsseldorf.

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf zehn Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

§ 13 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Emissionsbedingungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein, so bleiben die übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Unwirksame Bestimmungen werden in Übereinstimmung mit dem Sinn und Zweck dieser Emissionsbedingungen ersetzt.

8. **EMISSIONSBEDINGUNGEN DER AUF BASISWERTE BEZUG NEHMENDEN INHABERSCHULDVERSCHREIBUNGEN**

**[§ 1
Nennbetrag**

Diese Emission der Stadtsparkasse Düsseldorf (die "**Emittentin**") im Gesamtnennbetrag von [●] (in Worten [●]) ist eingeteilt in [●] Schuldverschreibungen im Nennbetrag von je [●] (der "**Nennbetrag**").]

**[§ 1
Emissionsvolumen**

Die Stadtsparkasse Düsseldorf (die "**Emittentin**") begibt [●] (in Worten [●]) Schuldverschreibungen.]

**§ 2
Wertpapiergattung, Identifikationsnummer**

Bei der Emission der Stadtsparkasse Düsseldorf handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungen**") [, Serie [●]].

Die Schuldverschreibungen haben den ISIN-Code [●] und die WKN [●].

**§ 3
Verbriefung**

Die Schuldverschreibungen [samt Zinsansprüchen] sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die "**Globalurkunde**") verbrieft, die am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main (die "**Clearstream Banking AG**"), hinterlegt wird. Die Globalurkunde trägt die eigenhändigen Unterschriften von zwei Vertretungsberechtigten der Emittentin.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungsinhaber**") stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu, die gemäß den Regeln und Bestimmungen der Clearstream Banking AG übertragen werden können. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen [oder Zinsscheinen] werden nicht ausgestellt.

**§ 4
Währung**

Die Schuldverschreibungen werden in [●] (die "**Maßgebliche Währung**") begeben.

**§ 5
Status**

Die Schuldverschreibungen begründen nicht besicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen gegenwärtigen und zukünftigen nicht besicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin

zumindest gleichrangig sind, soweit nicht zwingende gesetzliche Regelungen etwas anderes vorschreiben.

§ 6 Kündigungsrecht der Emittentin

[falls die Emittentin kein Kündigungsrecht hat, einfügen: Die Kündigung der Schuldverschreibungen seitens der Emittentin ist ausgeschlossen.]

[falls die Emittentin ein Kündigungsrecht hat, einfügen: Die Emittentin hat das Recht, die Schuldverschreibungen [jeweils] zum [●] ([jeweils] der "**vorzeitige Rückzahlungstag**") zu [100 % des Nennbetrags] [●] zu kündigen. Die Entscheidung über die Ausübung eines Kündigungsrechtes wird die Emittentin [●] Bankgeschäftstage vor dem [jeweiligen] vorzeitigen Rückzahlungstag treffen und unverzüglich gemäß § 11 bekannt machen.]

§ 7 Verzinsung

[bei Schuldverschreibungen ohne periodische Verzinsung einfügen:

Die Schuldverschreibungen werden nicht verzinst. [Falls die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlöst, wird der ausstehende Nennbetrag der Schuldverschreibungen vom Tag der Fälligkeit (einschließlich) bis zum Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen (ausschließlich) in Höhe des gesetzlich festgelegten Satzes für Verzugszinsen¹ verzinst.]]

[bei Schuldverschreibungen mit Verzinsung maßgebliche Bestimmung einfügen]

§ 8 Rückzahlung

(1) Rückzahlung

[Rückzahlung bei Produkten, die zum Nennbetrag zurückgezahlt werden:

Die Schuldverschreibungen werden zu 100 % des Nennbetrags am [●] (der "**Endfälligkeitstag**") [oder, sofern die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht, am vorzeitigen Rückzahlungstag] zurückgezahlt.]

[Rückzahlung bei Aktienanleihen:

Sofern die Schuldverschreibungen nicht bereits zurückgezahlt oder gekauft und entwertet wurden, wird jede Schuldverschreibung von der Emittentin gemäß den folgenden Bedingungen am Endfälligkeitstag wie folgt zurückgezahlt:

(i) Wenn [der Endstand] [●] der Aktie [der Put-Barriere [entspricht oder diese überschreitet]] [●] werden die Schuldverschreibungen

¹ Der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte über dem von der Deutschen Bundesbank von Zeit zu Zeit veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Absatz 1, 247 Absatz 1 BGB.

[bei Barrückzahlung einfügen:

durch Zahlung des Nennbetrags je Schuldverschreibung (der "**Rückzahlungsbetrag**") zurückgezahlt; bzw.] [●]

[bei physischer Lieferung einfügen:

durch Lieferung des End-Basiswertbetrags zurückgezahlt; bzw.]

(ii) wenn [der Endstand] [●] der Aktie [die Put-Barriere [unterschreitet]] [●], werden die Schuldverschreibungen

[bei Barrückzahlung einfügen:

durch Zahlung eines Betrags je Schuldverschreibung zurückgezahlt, der von der Emittentin nach folgender Formel berechnet wird:

Nennbetrag x Wertentwicklung,]

[wobei der Rückzahlungsbetrag jedoch höchstens dem Nennbetrag entspricht.]

[bei physischer Lieferung einfügen:

durch Lieferung des Basiswertbetrags zurückgezahlt.]

(2) Definitionen

"**Abschließender Bewertungstag**" ist in Bezug auf eine Aktie, vorbehaltlich der Bestimmungen in [§ 9(2)] [●] der [●].

"**Aktie**" bzw. "**Basiswert**" ist die Stammaktie (common stock) der jeweiligen Aktienemittentin mit der [ISIN] [WKN] [●].

"**Aktienemittentin**" bezeichnet [●].

"**Anfänglicher Bewertungstag**" ist in Bezug auf eine Aktie, vorbehaltlich der Bestimmungen in [§ 9(2)] [●] der [●].

"**Anfangsstand**" ist der Schlusskurs der Aktie am Anfänglichen Bewertungstag.

"**Bewertungstag**" ist der [Anfängliche Bewertungstag und der Abschließende Bewertungstag] [●].

"**Börse**" steht in Bezug auf die Aktie für [●] bzw. eine Nachfolge-Börse oder ein Nachfolge-Notierungssystem für diese Börse oder dieses Notierungssystem oder eine Ersatz-Börse oder ein Ersatz-Notierungssystem, an der bzw. an dem der Handel in der betreffenden Aktie vorübergehend abgewickelt wird (sofern die Emittentin bestimmt hat, dass die Liquidität der Aktie an dieser vorübergehenden Ersatz-Börse oder diesem Ersatz-Notierungssystem mit der Liquidität an der ursprünglichen Börse vergleichbar ist).

"**Endfälligkeitstag**" ist, vorbehaltlich der Bestimmungen in [§ 10] [●], der [●].

"**Endstand**" ist der Schlusskurs der Aktie am Abschließenden Bewertungstag.

"**Put-Barriere**" ist [[●]% des Anfangsstandes der Aktie] [●].

"**Terminbörse**" steht in Bezug auf die Aktie für [●] [eine Börse oder ein Notierungssystem, an welcher bzw. an welchem der entsprechende Handel einen wesentlichen

Einfluss auf den Gesamtmarkt in Bezug auf Termin- und Optionskontrakte auf die Aktie hat, wie von der Emittentin bestimmt.]

"**Schlusskurs**" steht in Bezug auf die Aktie an jedem Tag für den amtlichen Schlusskurs dieser Aktie oder, falls ein solcher amtlicher Schlusskurs nicht ermittelt werden kann, für den mittleren Handelskurs (mid-market price) dieser Aktie an der jeweiligen Börse.

[bei Barrückzahlung einfügen:

"**Wertentwicklung**" ist die Entwicklung der Aktie, die gemäß der nachfolgenden Formel berechnet wird:

$$\frac{\text{Endstand}}{\text{Anfangsstand}}]$$

[bei physischer Lieferung einfügen:

"**Basiswertbetrag**" ist in Bezug auf eine Schuldverschreibung die Anzahl der Aktien, die nach folgender Formel berechnet wird:

$$\frac{\text{Nominalbetrag}}{\text{Anfangsstand}}]$$

[andere Formel einfügen]

[bei physischer Lieferung ggf. einfügen:

"**End-Basiswertbetrag**" ist in Bezug auf eine Schuldverschreibung die Anzahl der Aktien, die nach folgender Formel berechnet wird:

$$\frac{\text{Nominalbetrag}}{\text{Endstand}}]$$

[andere Formel einfügen]]

[Rückzahlung bei Umtauschanleihen:

Sofern die Schuldverschreibungen nicht bereits zurückgezahlt oder gekauft und entwertet wurden, wird jede Schuldverschreibung von der Emittentin gemäß den folgenden Bedingungen am Endfälligkeitstag durch Zahlung des Rückzahlungsbetrags bzw. durch Lieferung des Basiswertbetrags wie folgt zurückgezahlt:

(i) Wenn [der Endstand] [●] [der Aktie] [einer Aktie] die Call-Barriere [unterschreitet] [●] werden die Schuldverschreibungen

[bei Barrückzahlung einfügen:

durch Zahlung des Nennbetrags je Schuldverschreibung (der "**Rückzahlungsbetrag**") zurückgezahlt; bzw.] [●]

[bei physischer Lieferung einfügen:

durch Lieferung des End-Basiswertbetrags zurückgezahlt; bzw.]

(ii) wenn [der Endstand] [●] [der Aktie] [einer Aktie] [●] der Call-Barriere [entspricht bzw. diese überschreitet] [●], werden die Schuldverschreibungen

[bei Barrückzahlung einfügen:

durch Zahlung eines Betrags je Schuldverschreibung zurückgezahlt, der von der Emittentin nach folgender Formel berechnet wird:

Nennbetrag x Wertentwicklung,]

[bei physischer Lieferung einfügen:

durch Lieferung des Basiswertbetrags zurückgezahlt.]

(2) Definitionen

"**Abschließender Bewertungstag**" ist in Bezug auf eine Aktie vorbehaltlich der Bestimmungen in [§ 9(2)] [●] der [●].

"**Aktie**" bzw. "**Basiswert**" ist die Stammaktie (common stock) der jeweiligen Aktienemittentin mit der [ISIN] [WKN] [●].

"**Aktienemittentin**" bezeichnet [●].

"**Anfänglicher Bewertungstag**" ist in Bezug auf eine Aktie vorbehaltlich der Bestimmungen in [§ 9(2)] [●] der [●].

"**Anfangsstand**" ist der Schlusskurs der Aktie am Anfänglichen Bewertungstag.

"**Bewertungstag**" ist der [Anfängliche Bewertungstag und der Abschließende Bewertungstag] [●].

"**Börse**" steht [in Bezug auf die Aktie] für [●] bzw. eine Nachfolge-Börse oder ein Nachfolge-Notierungssystem für diese Börse oder dieses Notierungssystem oder eine Ersatz-Börse oder ein Ersatz-Notierungssystem, an der bzw. an dem der Handel in der betreffenden Aktie vorübergehend abgewickelt wird (sofern die Emittentin bestimmt hat, dass die Liquidität der Aktie an dieser vorübergehenden Ersatz-Börse oder diesem Ersatz-Notierungssystem mit der Liquidität an der ursprünglichen Börse vergleichbar ist).

"**Call-Barriere**" ist [[●]% des Anfangsstandes der Aktie] [●].

"**Endfälligkeitstag**" ist, vorbehaltlich der Bestimmungen in [§ 10] [●] ,der [●].

"**Endstand**" ist der Schlusskurs der Aktie am Abschließenden Bewertungstag.

"**Schlusskurs**" steht in Bezug auf die Aktie an jedem Tag für den amtlichen Schlusskurs dieser Aktie oder, falls ein solcher amtlicher Schlusskurs nicht ermittelt werden kann, für den mittleren Handelskurs (mid-market price) dieser Aktie an der jeweiligen Börse.

"**Terminbörse**" steht in Bezug auf eine Aktie für [●] [eine Börse oder ein Notierungssystem, an welcher bzw. an welchem der entsprechende Handel einen wesentlichen Einfluss auf den Gesamtmarkt in Bezug auf Termin- und Optionskontrakte auf die Aktie hat, wie von der Emittentin bestimmt.]

[bei Barrückzahlung einfügen:

"**Wertentwicklung**" ist die Entwicklung der Aktie, die gemäß der nachfolgenden Formel berechnet wird:

$$\frac{\text{Endstand}}{\text{Call-Barriere}}]$$

[bei physischer Lieferung einfügen:

"**Basiswertbetrag**" ist in Bezug auf eine Schuldverschreibung die Anzahl der Aktien, die nach folgender Formel berechnet wird:

$$\frac{\text{Nominalbetrag}}{\text{Call - Barriere}}]$$

[andere Formel einfügen]

[bei physischer Lieferung ggf. einfügen:

"**End-Basiswertbetrag**" ist in Bezug auf eine Schuldverschreibung die Anzahl der Aktien, die nach folgender Formel berechnet wird:

$$\frac{\text{Nominalbetrag}}{\text{Endstand}}]$$

[andere Formel einfügen]]

[Rückzahlung bei Bonuszertifikaten:

Sofern die Schuldverschreibungen nicht bereits zurückgezahlt oder gekauft und entwertet wurden, wird jede Schuldverschreibung von der Emittentin gemäß den folgenden Bedingungen am Endfälligkeitstag durch Zahlung des Rückzahlungsbetrags zurückgezahlt.

Der "**Rückzahlungsbetrag**" wird durch die Emittentin wie folgt festgelegt:

(i) Wenn der [Endstand] [Kurs] [●] [der Aktie] [des Index] [●] [an mindestens einem Börsenarbeitstag während des Beobachtungszeitraums] [am Abschließenden Bewertungstag] [●] der Barriere [entspricht bzw. diese überschreitet] [●] entspricht der Rückzahlungsbetrag je Schuldverschreibung dem Produkt aus (x) dem Nennbetrag je Schuldverschreibung und (y) dem Bonusfaktor; bzw.] [●]

(ii) wenn der [Endstand] [Kurs] [●] [der Aktie] [des Index] [●] [an mindestens einem Börsenarbeitstag während des Beobachtungszeitraums] [am Abschließenden Bewertungstag] [●] die Barriere [unterschreitet] [●], entspricht der Rückzahlungsbetrag je Schuldverschreibung Ergebnis aus der Multiplikation (x) des Nennbetrags je Schuldverschreibung und (y) der Wertentwicklung.

(2) Definitionen

"**Abschließender Bewertungstag**" ist vorbehaltlich der Bestimmungen in [§ 9(2)] [●] der [●].

"**Anfänglicher Bewertungstag**" ist vorbehaltlich der Bestimmungen in [§ 9(2)] [●] der [●].

"**Anfangsstand**" ist der Schlusskurs [der Aktie] [des Index] [●] am Anfänglichen Bewertungstag.

"**Barriere**" ist [[●] % des Anfangsstandes [der Aktie] [des Index]] [●].

"**Bewertungstag**" ist der [Anfängliche Bewertungstag und der Abschließende Bewertungstag] [●].

"**Bonusfaktor**" ist [●] %.

"**Endstand**" ist der Schlusskurs [der Aktie] [des Index] [●] am Abschließenden Bewertungstag.

"**Wertentwicklung**" ist die Entwicklung [der Aktie] [des Index], die gemäß der nachfolgenden Formel berechnet wird:

$$\frac{\text{Endstand}}{\text{Anfangsstand}}$$

[bei Aktien als Basiswert einfügen:

"**Aktie**" bzw. "**Basiswert**" ist die Stammaktie (common stock) der jeweiligen Aktienemittentin.

"**Aktienemittentin**" bezeichnet [●].

"**Börse**" steht in Bezug auf die Aktie für [●] bzw. eine Nachfolge-Börse oder ein Nachfolge-Notierungssystem für diese Börse oder dieses Notierungssystem oder eine Ersatz-Börse oder ein Ersatz-Notierungssystem, an der bzw. an dem der Handel in der betreffenden Aktie vorübergehend abgewickelt wird (sofern die Emittentin bestimmt hat, dass die Liquidität der Aktie an dieser vorübergehenden Ersatz-Börse oder diesem Ersatz-Notierungssystem mit der Liquidität an der ursprünglichen Börse vergleichbar ist).

["**Kurs**" steht in Bezug auf die Aktie für jeden Kurs, der an der jeweiligen Börse ermittelt und veröffentlicht wird.]

["**Schlusskurs**" steht in Bezug auf die Aktie an jedem Tag für den amtlichen Schlusskurs dieser Aktie oder, falls ein solcher amtlicher Schlusskurs nicht ermittelt werden kann, für den mittleren Handelskurs (mid-market price) dieser Aktie an der jeweiligen Börse.]

"**Terminbörse**" steht in Bezug auf eine Aktie für [●] [eine Börse oder ein Notierungssystem, an welcher bzw. an welchem der entsprechende Handel einen wesentlichen Einfluss auf den Gesamtmarkt in Bezug auf Termin- und Optionskontrakte auf die Aktie hat, wie von der Emittentin bestimmt.]

[bei Index als Basiswert einfügen:

"**Index**" bzw. "**Basiswert**" ist [●].

"**Index-Sponsor**" ist [●].

["**Kurs**" steht in Bezug auf einen Index für jeden Kurs, der von dem Index-Sponsor berechnet und veröffentlicht wird.]

[Der "**Schlusskurs**" steht in Bezug auf einen Index für den Schlusskurs des Index, wie er von dem Index-Sponsor berechnet und veröffentlicht wird. [●]]

[Rückzahlung bei Discountzertifikaten:

Sofern die Schuldverschreibungen nicht bereits zurückgezahlt oder gekauft und entwertet wurden, wird jede Schuldverschreibung von der Emittentin gemäß den folgenden Bedingungen am Endfälligkeitstag durch Zahlung des Rückzahlungsbetrags zurückgezahlt.

Der "**Rückzahlungsbetrag**" je Schuldverschreibung entspricht

(i) dem Produkt aus (x) dem [Nennbetrag] [Anfangswert] je Schuldverschreibung und (y) der Wertentwicklung, bzw.

(ii) dem Höchstrückzahlungsbetrag, wenn der gemäß (i) berechnete Betrag höher als der Höchstrückzahlungsbetrag ist. [●]

(2) Definitionen

"**Abschließender Bewertungstag**" ist vorbehaltlich der Bestimmungen in § 9(2) [●] der [●].

"**Anfänglicher Bewertungstag**" ist vorbehaltlich der Bestimmungen in § 9(2) [●] der [●].

"**Anfangsstand**" ist der Schlusskurs [der Aktie] [des Index] [●] am Anfänglichen Bewertungstag.

"**Barriere**" ist [[●] % [des Anfangsstandes] [der Aktie] [des Index]] [●].

"**Bewertungstag**" ist der [Anfängliche Bewertungstag und der Abschließende Bewertungstag] [●].

"**Endfälligkeitstag**" ist, vorbehaltlich der Bestimmungen in [§ 10] [●], der [●].

"**Endstand**" ist der Schlusskurs [der Aktie] [des Index] [●] am Abschließenden Bewertungstag.

"**Höchstrückzahlungsbetrag**" beträgt [●].

"**Wertentwicklung**" ist die Entwicklung [der Aktie] [der Besten Aktie] [der Schlechtesten Aktie] [des Index] [des Besten Index] [des Schlechtesten Index], die gemäß der nachfolgenden Formel berechnet wird:

$$\frac{\text{Endstand}}{\text{Anfangsstand}}$$

[bei Aktien als Basiswert einfügen:

"**Aktie**" bzw. "**Basiswert**" ist die Stammaktie (common stock) der jeweiligen Aktienemittentin.

"**Aktienemittentin**" bezeichnet [●].

"**Börse**" steht [in Bezug auf die Aktie] für [●] bzw. eine Nachfolge-Börse oder ein Nachfolge-Notierungssystem für diese Börse oder dieses Notierungssystem oder eine Ersatz-Börse oder ein Ersatz-Notierungssystem, an der bzw. an dem der Handel in der betreffenden Aktie vorübergehend abgewickelt wird (sofern die Emittentin bestimmt hat, dass die Liquidität der Aktie an dieser vorübergehenden Ersatz-Börse oder diesem Ersatz-Notierungssystem mit der Liquidität an der ursprünglichen Börse vergleichbar ist).

["**Kurs**" steht in Bezug auf die Aktie für jeden Kurs, der an der jeweiligen Börse ermittelt und veröffentlicht wird.]

["**Schlusskurs**" steht in Bezug auf die Aktie an jedem Tag für den amtlichen Schlusskurs dieser Aktie oder, falls ein solcher amtlicher Schlusskurs nicht ermittelt werden kann, für den mittleren Handelskurs (mid-market price) dieser Aktie an der jeweiligen Börse.]

"Terminbörse " steht in Bezug auf eine Aktie für [●] [eine Börse oder ein Notierungssystem, an welcher bzw. an welchem der entsprechende Handel einen wesentlichen Einfluss auf den Gesamtmarkt in Bezug auf Termin- und Optionskontrakte auf die Aktie hat, wie von der Emittentin bestimmt.]]

[bei Index als Basiswert einfügen:

"Index" bzw. **"Basiswert"** ist [●].

"Index-Sponsor" ist [●].

["Kurs" steht in Bezug auf einen Index für jeden Kurs, der von dem Index-Sponsor berechnet und veröffentlicht wird.]

[Der **"Schlusskurs"** steht in Bezug auf einen Index für den Schlusskurs des Index, wie er von dem Index-Sponsor berechnet und veröffentlicht wird.] [●]]

[andere Rückzahlungsregelung einfügen]

§ 9

Anpassungen und Marktstörungen

[Regelungen für Aktien als Basiswert:

(1) Anpassungen in Bezug auf Aktien

a) **Grundsatz.** Wird die Aktie während der Laufzeit der Schuldverschreibungen durch Ereignisse oder Kapitalmaßnahmen beeinflusst, [wird der [Anfangsstand] [andere Anpassungsobjekte: [●]] entsprechend angepasst und falls erforderlich, andere Anpassungen vorgenommen. Ziel ist hierbei, den Wert der Schuldverschreibungen zu erhalten, den diese unmittelbar vor dem die Anpassungen auslösenden Ereignis hatten. Die Restlaufzeit der Schuldverschreibungen und ihr letzter, vor diesem Ereignis festgestellter Preis werden berücksichtigt. Diese Anpassungen sowie die Bestimmung des Zeitpunkts, ab dem sie gelten, erfolgen durch die Emittentin nach deren billigem Ermessen (§ 315 BGB) unter Beachtung der vorstehenden Grundsätze.][andere Anpassungsbestimmung: [●]]

b) **Anpassungen bei Kapitalmaßnahmen und sonstigen Ereignissen.** Wenn während der Laufzeit der Schuldverschreibungen

- (i) in Bezug auf das Kapital oder das Vermögen der Gesellschaft eine Kapitalmaßnahme durch diese selbst oder durch einen Dritten erfolgt (z.B. Kapitalerhöhung durch Ausgabe neuer Aktien gegen Einlagen, Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln, Emission von Wertpapieren mit Options- oder Wandelrechten auf Aktien, Ausschüttung von Sonderdividenden, Aktiensplit, Fusion, Liquidation Verschmelzung oder Abspaltung), oder
- (ii) andere als die vorstehend bezeichneten Ereignisse eintreten, die jedoch in ihren Auswirkungen mit den unter (a) genannten Ereignissen wirtschaftlich vergleichbar sind

und jeweils bei Eintritt des Ereignisses unter (i) oder (ii) die Terminbörse die Kontraktgröße für auf die Aktie der Gesellschaft bezogene Optionskontrakte ("**Optionskontrakte**") anpasst, die Optionskontrakte auf andere Weise verändert oder solche Anpassungen nur deshalb nicht vornimmt, weil zu dem Zeitpunkt, zu dem sie vorzunehmen wären, an der Terminbörse keine Optionskontrakte ausstehen oder gehandelt werden,

wird die Emittentin [den [Anfangsstand] [andere Anpassungsobjekte: [●]] nach den in Absatz a) festgelegten Grundsätzen entsprechend anpassen. Sind nach den Regeln der Terminbörse wegen dieser Maßnahme keine Anpassungen in Bezug auf die Optionskontrakte vorzunehmen, bleibt der [Anfangsstand] [andere Anpassungsobjekte: [●]] unverändert.][andere Anpassungsbestimmung: [●]]

Sollte eines der in den Absätzen (i) oder (ii) beschriebenen Ereignisse zu einem Zeitpunkt eintreten, zu dem an der Terminbörse keine Kontrakte auf die Aktie gehandelt werden, so wird die Emittentin Anpassungen unter Zugrundelegung der entsprechenden Anpassungsregeln der Terminbörse nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) und unter Berücksichtigung der berechtigten wirtschaftlichen Belange der Schuldverschreibungsinhaber vornehmen.

Die Emittentin bleibt jedoch in allen vorgenannten Fällen berechtigt, ist hierzu jedoch nicht verpflichtet, die Anpassungen auch nach anderen Regeln durchzuführen, wenn ihr dies angemessener erscheint, um den Wert der Schuldverschreibungen in der Höhe zu erhalten, den diese vor dem die Anpassung auslösenden Ereignis hatten.

Im Fall der endgültigen Einstellung der Notierung von Optionskontrakten auf die Aktie an der Terminbörse und Beginn der Notierung an einer anderen Börse ist die Emittentin berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Anpassung nach den Regeln dieser anderen Börse (die "**Ersatzterminbörse**") durchzuführen.

c) **Reguläre Dividenden und Ausschüttungen.** Unbeschadet der vorangehenden Regelungen bleiben bei regulären Dividenden- oder sonstigen Barausschüttungen die Parameter der Schuldverschreibungen unverändert.

d) **Nachfolge-Aktie.** Falls die Notierung der Aktie an der Börse aus einem anderen Grund als einer Verschmelzung durch Aufnahme oder Neubildung tatsächlich eingestellt wird, eine Notierung an einer anderen Börse nicht besteht und auch nicht aufgenommen wird, wird die Emittentin die Aktie nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) durch eine andere Aktie (die "**Nachfolge-Aktie**") ersetzen. Die Emittentin wird bei der Bestimmung der Nachfolge-Aktie berücksichtigen, dass diese (i) aus einem vergleichbaren wirtschaftlichen Segment und aus dem gleichen geographischen Gebiet wie die zu ersetzende Aktie stammt, (ii) eine vergleichbare implizite Volatilität wie die zu ersetzende Aktie hat, und (iii) von einem Unternehmen begeben worden ist, das ein vergleichbares internationales Ansehen und eine vergleichbare Bonität hat wie das Unternehmen, das die zu ersetzende Aktie begeben hat. Bei der Ersetzung einer Aktie durch eine Nachfolge-Aktie wird die Emittentin nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) den [Anfangsstand] [●] der Nachfolge-Aktie nach folgender Formel ermitteln:

$$BNR = ANR \times \frac{BER}{AER}$$

wobei

BNR der Anfangsstand der Nachfolge-Aktie ist;

ANR der letzte Schlusskurs der Nachfolge-Aktie vor der Ersetzung ist;

BER der Anfangsstand der zu ersetzenden Aktie ist; und

AER der letzte Schlusskurs der zu ersetzenden Aktie vor der Ersetzung ist

Eine solche Ersetzung der Aktie durch eine Nachfolge-Aktie wird die Emittentin zusammen mit dem [Anfangsstand] [●] und der Börse bzw. Terminbörse der Nachfolge-Aktie gemäß § 13 bekannt machen

Im Fall einer solchen Ersetzung gilt jede in diesen Emissionsbedingungen enthaltene Bezugnahme auf die Aktie sowie auf die Börse bzw. Terminbörse in Bezug auf die Aktie

fortan als Bezugnahme auf die Nachfolge-Aktie sowie auf die Börse bzw. Terminbörse in Bezug auf die Nachfolge-Aktie.

e) **Ersatzbörse.** Falls die Notierung der Aktie an der Börse aus einem anderen Grund als einer Verschmelzung durch Aufnahme oder Neubildung tatsächlich eingestellt wird, eine Notierung jedoch an einer anderen Börse besteht oder aufgenommen wird, ist die Emittentin berechtigt, eine solche andere Börse als neue Börse (die "**Ersatzbörse**") zu bestimmen. Im Fall einer solchen Ersetzung gilt jede in diesen Emissionsbedingungen enthaltene Bezugnahme auf die Börse fortan als Bezugnahme auf die Ersatzbörse. Sofern die an der Ersatzbörse maßgebliche Währung eine andere ist als die an der Börse, werden gleichzeitig entsprechende Anpassungen vorgenommen.

Eine solche Anpassung wird die Emittentin gemäß § 13 bekannt machen.

f) **Festlegung durch Emittentin.** Anpassungen nach den vorstehenden Absätzen werden durch die Emittentin berechnet und sind, sofern nicht ein offensichtlicher Fehler vorliegt, für die Inhaber der Schuldverschreibungen bindend.

g) **Außerordentliches Kündigungsrecht.** [Soweit unter Berücksichtigung dieser Grundsätze eine Fortführung der Schuldverschreibungen bis zum Ende ihrer Laufzeit nach billigem Ermessen der Emittentin nicht möglich ist, ist sie berechtigt, die Schuldverschreibungen insgesamt vorzeitig zu kündigen. Die Emittentin zahlt in diesem Falle dem Inhaber einer Schuldverschreibung einen Betrag je Schuldverschreibung, der von ihr nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) als angemessener Marktpreis der Schuldverschreibung unmittelbar vor der letztmaligen Veröffentlichung der Notierung der Aktie festgelegt wird.][**andere Kündigungsmodalitäten einfügen: [●]**]

(2) **Marktstörungen in Bezug auf Aktien**

[bei einer Aktie einfügen:

a) **Verschiebung bei Marktstörungen.** Wenn nach Auffassung der Emittentin an einem Bewertungstag eine Marktstörung (wie nachfolgend in Absatz b) definiert) eingetreten ist und fortbesteht oder der Schlusskurs der Aktie nicht festgestellt oder veröffentlicht wird, verschiebt sich der Bewertungstag auf den ersten Börsengeschäftstag, an dem die Marktstörung nicht mehr besteht. Die Emittentin wird sich bemühen, den Beteiligten unverzüglich bekannt zu machen, dass eine Marktstörung eingetreten ist.]

[bei einem Aktien-Korb einfügen:

a) **Verschiebung bei Marktstörungen.** Wenn nach Auffassung der Emittentin an einem Bewertungstag eine Marktstörung (wie nachfolgend in Absatz b) definiert) eingetreten ist und fortbesteht oder der Schlusskurs einer Aktie nicht festgestellt oder veröffentlicht wird, dann wird der jeweilige Bewertungstag für die betroffene Aktie auf den nächstfolgenden Börsengeschäftstag, an dem keine Marktstörung mehr vorliegt, verschoben. Der Bewertungstag für die nicht von der Marktstörung betroffenen Aktien bleibt unverändert.]

b) "**Marktstörung**" bedeutet [die Suspendierung oder wesentliche Einschränkung des Handels

(i) an der Börse allgemein;

(ii) in der Aktie an der Börse; oder

(iii) in Termin- oder Optionskontrakten mit Bezug auf die Aktie an der Terminbörse, falls solche dort gehandelt werden.

Eine Einschränkung der Handelszeit oder der Handelstage gilt nicht als Marktstörung, wenn sie auf eine angekündigte Änderung der regelmäßigen Geschäftsstunden der Börse oder Terminbörse zurückzuführen ist. Die durch die Börse oder Terminbörse während eines Handelstages auferlegte Beschränkung zur Verhinderung von Preisveränderungen, die andernfalls zulässige Grenzen überschreiten würden, gilt als Marktstörung.][andere Marktstörungsbestimmung einfügen: [●]]

c) [Ist der Bewertungstag um [fünf] [●] aufeinander folgende Börsengeschäftstage gemäß Absatz a) verschoben worden, gilt dieser [fünfte] [●] Börsengeschäftstag als Bewertungstag, wobei die Emittentin den Schlusskurs der betroffenen Aktie nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) unter Berücksichtigung der zu diesem Zeitpunkt herrschenden Marktgegebenheiten bestimmen wird.] [andere modifizierte Bewertungs- tagbestimmung einfügen: [●]]

[Regelungen für Indices als Basiswert:

(1) Anpassungen in Bezug auf Indices

a) **Grundsatz.** Maßgeblich für Berechnungen im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ist grundsätzlich das Konzept des Index, wie es vom Index-Sponsor erstellt und weitergeführt und durch denselben und die elektronischen Kursinformationssysteme veröffentlicht wird. Dies gilt auch, wenn künftig Veränderungen und Bereinigungen in der Berechnung des Index, der Zusammensetzung oder Gewichtung der Kurse und Indexbestandteile, auf deren Grundlage der Index berechnet wird, der Art und Weise der Veröffentlichung oder wenn sonstige Veränderungen, Bereinigungen oder andere Maßnahmen vorgenommen werden, die sich auf die Berechnung des Index auswirken, soweit sich nicht aus den nachstehenden Bestimmungen ein anderes ergibt.

b) **Außerordentliche Anpassung.** [Eine Anpassung des [Anfangsstand][und des Bezugsverhältnisses] [andere Anpassungsobjekte: [●]] erfolgt grundsätzlich nicht, es sei denn, die Emittentin befindet sich nach Treu und Glauben, dass das maßgebliche Konzept und/oder die Berechnungsweise oder die Grundlage des Index oder eines etwaigen Ersatzindex gemäß Absatz d) so erheblich geändert worden ist, dass die Kontinuität des Index oder des Ersatzindex oder die Vergleichbarkeit mit dem auf alter Grundlage errechneten Index oder Ersatzindex nicht mehr gegeben ist. In einem solchen Fall wird die Emittentin nach billigem Ermessen und unter Berücksichtigung der Restlaufzeit der Schuldverschreibung und seines letzten festgestellten Kurses Anpassungen vornehmen, die in ihrem wirtschaftlichen Ergebnis möglichst weitgehend der bisherigen Regelung entsprechen. Die Emittentin bestimmt unter Berücksichtigung des Zeitpunktes der Veränderung, Anpassung oder anderen Maßnahmen auch den Tag, an dem die Anpassung erstmals zugrunde zu legen ist. Die Emittentin wird die Anpassungen sowie den Zeitpunkt seiner erstmaligen Anwendung unverzüglich gemäß § 13 bekannt machen.][andere Anpassungsbestimmung einfügen: [●]]

c) **Neuer Sponsor.** Wird ein Index nicht mehr von dem Sponsor, sondern von einer anderen Person, Gesellschaft oder Institution, die die Emittentin nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) für geeignet hält (der "**Neue Sponsor**") berechnet und veröffentlicht, so wird der Kurs bzw. Schlusskurs des Indexes auf der Grundlage des von dem Neuen Sponsor berechneten und veröffentlichten Kurses bzw. Schlusskurses des Index berechnet. Ferner gilt dann jede in diesen Emissionsbedingungen enthaltene Bezugnahme auf den jeweiligen Sponsor, sofern es der Zusammenhang erlaubt, als Bezugnahme auf den Neuen Sponsor.

d) **Ersatzindex.** [Wird ein Index zu irgendeiner Zeit aufgehoben und/oder durch einen anderen Index ersetzt, legt die Emittentin nach billigem Ermessen (§ 315 BGB), gegebenenfalls unter entsprechender Anpassung dieser Emissionsbedingungen gemäß Absatz b), fest, welcher Index künftig anstelle des aufgehobenen oder ersetzten Index für die Zwecke dieser Emissionsbedingungen zugrunde zu legen ist (der "**Nachfolgein-**

dex"). Der Nachfolgeindex sowie der Zeitpunkt seiner erstmaligen Anwendung werden unverzüglich gemäß § 13 bekannt gemacht. Jede in diesen Emissionsbedingungen enthaltene Bezugnahme auf den aufgehobenen oder ersetzten Index gilt dann, sofern es der Zusammenhang erlaubt, als Bezugnahme auf den Nachfolgeindex.] **[andere Ersatzindexbestimmung einfügen: [●]]**

e) **Außerordentliches Kündigungsrecht.** [Ist nach Ansicht der Emittentin eine Anpassung gemäß diesem § 9 nicht möglich oder wird der Index oder ein etwaiger Nachfolgeindex während der Laufzeit der Schuldverschreibungen nicht mehr festgestellt und veröffentlicht, und ist die Festlegung eines anderen maßgeblichen Index, aus welchen Gründen auch immer, nicht möglich, kann die Emittentin für die Weiterberechnung und Veröffentlichung des für die Berechnung des Rückzahlungsbetrags maßgeblichen Indexwertes auf der Grundlage des bisherigen Konzeptes des Index oder des Nachfolgeindex Sorge tragen oder innerhalb eines Monats, beginnend mit dem Ablauf des Tages der letztmaligen Feststellung und Veröffentlichung des Index, die Schuldverschreibung insgesamt vorzeitig zu kündigen. Die Emittentin zahlt in diesem Falle dem Inhaber einer Schuldverschreibung einen Betrag je Schuldverschreibung, der von ihr nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) als angemessener Marktpreis der Schuldverschreibung unmittelbar vor der letztmaligen Feststellung und Veröffentlichung des Index festgelegt wird.][**andere Kündigungsmodalitäten einfügen: [●]**]

f) **Ermessen der Emittentin.** Die Entscheidung der Emittentin über eine erhebliche Änderung des Berechnungskonzeptes nach Absatz b) oder über die Bestimmung eines Ersatzindex nach Absatz c) durch die Emittentin oder einen von ihr beauftragten Dritten ist, soweit nicht ein offensichtlicher Fehler vorliegt, für die Schuldverschreibungsinhaber bindend.

(2) Marktstörungen in Bezug auf Indices

[bei einem Index einfügen:

a) **Verschiebung bei Marktstörungen.** Wenn nach Auffassung der Emittentin an einem Bewertungstag eine Marktstörung (wie nachfolgend in Absatz b) definiert) eingetreten ist und fortbesteht oder der Schlusskurs des Index nicht festgestellt oder veröffentlicht wird, verschiebt sich der Bewertungstag auf den ersten Börsengeschäftstag, an dem die Marktstörung nicht mehr besteht. Die Emittentin wird sich bemühen, den Beteiligten unverzüglich bekannt zu machen, dass eine Marktstörung eingetreten ist.]

[bei einem Index-Korb einfügen:

a) **Verschiebung bei Marktstörungen.** Wenn nach Auffassung der Emittentin an einem Bewertungstag eine Marktstörung (wie nachfolgend in Absatz b) definiert) eingetreten ist und fortbesteht oder der Schlusskurs eines Index nicht festgestellt oder veröffentlicht wird, dann wird der jeweilige Bewertungstag für den betroffenen Index auf den nächstfolgenden Börsengeschäftstag, an dem keine Marktstörung mehr vorliegt, verschoben. Der Bewertungstag für die nicht von der Marktstörung betroffenen Indizes bleibt unverändert.]

b) "**Marktstörung**" bezeichnet [die vorübergehende Suspendierung oder wesentliche Einschränkung des Handels

(i) eines einzelnen Indexbestandteils oder

(ii) mehrerer Indexbestandteile oder

(iii) in einem Termin- oder Optionskontrakt in Bezug auf den Index oder auf die Indexbestandteile an den maßgeblichen Terminbörsen,

falls nach Einschätzung der Emittentin eine solche Einstellung oder Einschränkung wesentlich ist. "Wesentlich" ist eine Handelseinschränkung oder Handelaufhebung in der Regel dann, wenn sie Indexbestandteile betrifft, die 20 % oder mehr des betreffenden Index umfassen, ausgehend von einem Vergleich von (x) dem Anteil an dem Index, der dem entsprechenden Indexbestandteil, in Bezug auf welches der Handel in wesentlichem Umfang ausgesetzt oder eingeschränkt ist, zugerechnet werden kann, mit dem (y) Gesamtniveau des Index, jeweils unmittelbar vor der Aussetzung oder Einschränkung.] **[andere Marktstörungsbestimmung einfügen: [●]]**

c) **[Ist der Bewertungstag um [fünf] [●] aufeinander folgende Börsengeschäftstage gemäß Absatz a) verschoben worden, gilt dieser [fünfte] [●] Börsengeschäftstag als Bewertungstag, wobei die Emittentin den Schlusskurs des betroffenen Index nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) unter Berücksichtigung der zu diesem Zeitpunkt herrschenden Marktgegebenheiten bestimmen wird.] [andere modifizierte Bewertungs- tagbestimmung einfügen: [●]]**

§ 10 Zahlungen

Sämtliche gemäß den Emissionsbedingungen zahlbaren Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Schuldverschreibungsinhaber überwiesen.

Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Schuldverschreibungsinhabern aus den Schuldverschreibungen.

Sofern der Fälligkeitstag für eine Zahlung in Bezug auf die Schuldverschreibungen ansonsten auf einen Tag falle, der kein Bankgeschäftstag ist, so wird der Fälligkeitstag für diese Zahlung

[bei Anwendung der Modified Following Business Day Convention einfügen: auf den nächstfolgenden Bankgeschäftstag verschoben, es sei denn, er würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der Fälligkeitstag für diese Zahlung [bzw. der Zinszahlungstag] auf den unmittelbar vorausgehenden Bankgeschäftstag vorgezogen.]

[bei Anwendung der Following Business Day Convention einfügen: auf den nächstfolgenden Tag verschoben, bei dem es sich um einen Bankgeschäftstag handelt.]

[bei Anwendung der Preceding Business Day Convention einfügen: auf den unmittelbar vorausgehenden Bankgeschäftstag vorgezogen.]

[Falls der Endfälligkeitstag [bzw. ein Zinszahlungstag] sich nach hinten verschiebt, sind die Schuldverschreibungsinhaber nicht berechtigt, Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verschiebung zu verlangen.]

[gegebenenfalls Regelung bzgl. Anpassung bzw. Nichtanpassung der Zinsperioden einfügen]

"**Bankgeschäftstag**" steht für einen Tag (außer einem Samstag und Sonntag), an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte in [Frankfurt am Main und Düsseldorf] [●] Zahlungen abwickeln und einen Tag, an dem Zahlungen über das TARGET-System abgewickelt werden.

§ 11 Physische Lieferung

[bei physischer Lieferung einfügen:

(1) Lieferung und Berechnung der Anzahl der zu liefernden Aktien

a) **Keine Lieferung von Bruchteilen.** Im Fall, dass die Emittentin den [Basiswertbetrag] [bzw. den End-Basiswertbetrag] [●] zu zahlen hat, werden ausschließlich ganze Aktien geliefert. Ein Anspruch auf die Lieferung von Bruchteilen von Aktien besteht nicht.

b) **[Keine Addition von Bruchteilen.] [Addition von Bruchteilen]** Enthält der [Basiswertbetrag] [bzw. der End-Basiswertbetrag] [●] nach eigenem Ermessen der Emittentin Bruchteile von Basiswerten, erhalten die betreffenden Schuldverschreibungsinhaber einen [Basiswertbetrag] [bzw. End-Basiswertbetrag] [●], **[bei Nichtaddition von Bruchteilen einfügen:** der auf die nächst kleinere Anzahl von Basiswerten abgerundet ist, welche die Emittentin liefern kann. Alle sich für mehrere Schuldverschreibungen eines Schuldverschreibungsinhabers ergebenden Bruchteile von Aktien werden nicht addiert.] **[bei Addition von Bruchteilen einfügen:** bei dem alle sich für mehrere Schuldverschreibungen eines Schuldverschreibungsinhabers ergebenden Bruchteile von Aktien addiert werden.]

[bei Nichtaddition von Bruchteilen einfügen:

c) **Ausgleich für Bruchteile.** Alle Bruchteile von Aktien werden in Geld ausgeglichen. Der in Geld auszugleichende Betrag entspricht dem Rest-Barbetrag und wird ausschließlich von der Emittentin festgelegt.]

[bei Addition von Bruchteilen einfügen:

c) **Ausgleich für Bruchteile.** Alle Bruchteile von Aktien, die sich nach einer Addition gemäß Absatz b) ergeben, werden in Geld ausgeglichen. Der in Geld auszugleichende Betrag entspricht dem Rest-Barbetrag und wird ausschließlich von der Emittentin festgelegt.]

d) **Lieferkosten.** Sämtliche Aufwendungen, einschließlich anfallender Verwahrungsgebühren, Transaktions- oder Ausübungsentgelte, Stempelsteuern und/oder sonstige Steuern oder Gebühren, die durch die Lieferung und/oder Übertragung des [Basiswertbetrags] [bzw. des End-Basiswertbetrags] [●] entstehen (zusammen die "**Lieferkosten**"), sind von dem betreffenden Schuldverschreibungsinhaber zu tragen. Die Emittentin liefert und/oder überträgt Basiswertbeträge erst dann, wenn der betreffende Schuldverschreibungsinhaber sämtliche Lieferkosten nach Ansicht der Emittentin gezahlt hat.

e) **Liefertag.** Die Lieferung des [Basiswertbetrags] [bzw. des End-Basiswertbetrags] [●] erfolgt sobald als möglich am oder nach dem Endfälligkeitstag (vorbehaltlich Anpassungen gemäß Absatz (2) (der "**Liefertag**").

(2) Abrechnungsstörungen

Verhindert eine Abrechnungsstörung am betreffenden Tag die Lieferung, so ist der Liefertag der nächstfolgende Tag, an dem die Lieferung des [Basiswertbetrags] [bzw. des End-Basiswertbetrags] [●] durch das maßgebliche Clearingsystem erfolgen kann, es sei denn, eine Abrechnungsstörung verhindert die Abrechnung an jedem der acht maßgeblichen Clearingsystem-Geschäftstage, die unmittelbar auf den Tag folgen, der ursprünglich ohne den Eintritt einer Abrechnungsstörung der Liefertag gewesen wäre. In diesem Fall kann die Emittentin ihre Verpflichtungen in Bezug auf die betreffende

Schuldverschreibung nach eigenem Ermessen durch Zahlung des betreffenden Barausgleichsbetrags bei Störung an den betreffenden Schuldverschreibungsinhaber erfüllen.

Unter diesen Umständen hat der betreffende Schuldverschreibungsinhaber keinerlei Anspruch auf etwaige Zahlungen, seien es Zins- oder sonstige Zahlungen, in Zusammenhang mit der Verzögerung der Lieferung des entsprechenden [Basiswertbetrags] [bzw. des End-Basiswertbetrags] [●].

(3) Mit Basiswerten verbundene Rechte und Pflichten

Zur Klarstellung: Wenn nach dem Endfälligkeitstag die Emittentin weiterhin das rechtliche Eigentum an solchen Wertpapieren hält, die Bestandteil von Basiswerten sein können (der "**Eingriffszeitraum**"), sei es unmittelbar oder mittelbar in Zusammenhang mit der Absicherung der Verpflichtungen der Emittentin aus den Schuldverschreibungen oder anderweitig im Rahmen ihrer üblichen Geschäftstätigkeit, dann besteht gegenüber den Schuldverschreibungsinhabern in Bezug auf die betreffenden Basiswerte keine wie auch immer geartete Verpflichtung oder Haftung der genannten Parteien, einschließlich (i) der Verpflichtung zur Übermittlung oder zur Veranlassung der Übermittlung jeglicher Schreiben, Bestätigungen, Mitteilungen, Rundschreiben oder sonstiger Unterlagen oder Zahlungen (einschließlich Zinsen, Dividenden und sonstiger Ausschüttungen) in Bezug auf den bzw. die Basiswerte, welche die Emittentin, ihre Tochtergesellschaften oder mit ihr verbundenen Unternehmen oder andere vergleichbare Parteien in ihrer Eigenschaft als Inhaber des bzw. der betreffenden Basiswerte erhalten haben, an den betreffenden Schuldverschreibungsinhaber oder einen nachfolgenden (wirtschaftlichen) Eigentümer der betreffenden Schuldverschreibung, (ii) der Verpflichtung zur Ausübung oder zur Veranlassung der Ausübung jeglicher mit den betreffenden Basiswerten verbundener Rechte (einschließlich Stimmrechte) während des Eingriffszeitraumes, oder (iii) einer jeglichen Haftung gegenüber dem betreffenden Schuldverschreibungsinhaber oder einem nachfolgenden (wirtschaftlichen) Eigentümer der betreffenden Schuldverschreibung in Bezug auf Verluste oder Schäden, die dem betreffenden Schuldverschreibungsinhaber oder einem solchen nachfolgenden (wirtschaftlichen) Eigentümer unmittelbar oder mittelbar dadurch entstehen, dass eine der genannten Parteien während des betreffenden Eingriffszeitraumes rechtliche Eigentümerin der betreffenden Schuldverschreibungen ist.

Darüber hinaus stehen dem Schuldverschreibungsinhaber einer von Basiswerten abhängigen Schuldverschreibung aufgrund seines etwaigen (wirtschaftlichen) Eigentums an einer Schuldverschreibung keine Pfandrechte oder sonstige Ansprüche an einem bzw. auf einen jeglichen von der Emittentin gehaltenen Basiswert zu.

(4) Definitionen

Für Zwecke dieses § 9 haben die folgenden Begriffe die ihnen nachfolgend zugewiesenen Bedeutungen:

"Abrechnungsstörung" steht für ein von der Emittentin oder einem anderen im Namen der Emittentin Handelnden nicht zu vertretendes Ereignis (einschließlich fehlender Liquidität im Markt für die betreffenden Basiswerte oder eines gesetzlichen Verbots oder einer sonstigen erheblichen Einschränkung auf Grundlage von Gesetzen, Verfügungen oder Verordnungen hinsichtlich der Fähigkeit der Emittentin, den Basiswert zu liefern), infolge dessen, nach Auffassung der Emittentin, eine diesen Emissionsbedingungen entsprechende Lieferung des Basiswertbetrags durch die Emittentin oder in deren Namen nicht durchführbar ist, oder infolge dessen das maßgebliche Clearingsystem die Übertragung der maßgeblichen Basiswertbeträge nicht abwickeln kann.

"Barausgleichsbetrag bei Störung" steht für einen Betrag in Höhe des marktgerechten Wertes der maßgeblichen Schuldverschreibung, an einem von der Emittentin aus-

gewählten Tag, wobei dieser Betrag durch die Emittentin unter Berücksichtigung sämtlicher Verluste, Aufwendungen und Kosten, die der Emittentin oder einer der anderen Hedge-Parteien bei der Auflösung oder Anpassung zugrunde liegender oder damit in Zusammenhang stehender Absicherungsvereinbarungen (einschließlich Optionen, dem Verkauf und jeder anderweitigen Verwertung maßgeblicher Aktien oder sämtlicher anderer von der Emittentin oder einer solchen anderen Hedge-Partei als Teil derartiger Absicherungsvereinbarungen gehaltener Finanzinstrumente jedweder Art) entstehen, angepasst wird.

[bei Nichtaddition von Bruchteilen einfügen:

"**Restbetrag**" bezeichnet in Bezug auf die Aktien und jede Schuldverschreibung, den von der Emittentin berechneten Bruchteil einer Aktie, der in dem Fall, dass der [Basiswertbetrag] [bzw. der End-Basiswertbetrag] [●] geliefert wird, bei einer Rundung auf die nächst kleinere Anzahl ganzer Aktien übrig bleibt.]

[Der Restbetrag wird auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet, wobei 0,005 aufgerundet wird.]

[bei Addition von Bruchteilen einfügen:

"**Restbetrag**" bezeichnet in Bezug auf die Aktien und jede Schuldverschreibung, den von der Emittentin berechneten Bruchteil einer Aktie, der sich nach der Addition aller Bruchteile gemäß Absatz (1) b) ergibt.]

[Der Restbetrag wird auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet, wobei 0,005 aufgerundet wird.]

"**Rest-Barbetrag**" entspricht in Bezug auf die Aktien und jede Schuldverschreibung einem Betrag in der Maßgeblichen Währung, der von der Berechnungsstelle durch Multiplikation des (i) Restbetrags und (ii) des [Endstands] [Anfangsstands] [●] berechnet wird.

[Der Rest-Barbetrag wird auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet, wobei 0,005 aufgerundet wird.]

[wenn physische Lieferung nicht anwendbar ist, einfügen:

Eine physische Lieferung des Basiswerts erfolgt nicht.]

§ 12

Begebung weiterer Schuldverschreibungen, Rückkauf von Schuldverschreibungen

Die Emittentin behält sich vor, von Zeit zu Zeit ohne Zustimmung der Schuldverschreibungsinhaber weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung in der Weise zu begeben, dass sie mit den Schuldverschreibungen zusammengefasst werden eine einheitliche Anleihe bilden und ihren Gesamtnennbetrag erhöhen werden. Der Begriff "**Schuldverschreibungen**" umfasst im Fall einer solchen Erhöhung auch solche zusätzlich begebenen Schuldverschreibungen.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit auch ohne öffentliche Bekanntmachung Schuldverschreibungen zu erwerben und/oder wieder zu verkaufen.

§ 13

Bekanntmachungen

[Alle die Schuldverschreibungen betreffenden Bekanntmachungen erfolgen durch Mitteilung an Clearstream Banking AG zur Weiterleitung durch Clearstream Banking AG an die Schuldverschreibungsinhaber. Jede derartig erfolgte Mitteilung gilt am siebten Tag nach dem Tag der Mitteilung an Clearstream Banking AG als den Schuldverschreibungsinhabern mitgeteilt.]

[gegebenenfalls andere Bekanntmachungsregelung einfügen]

§ 14 Anwendbares Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand, Verjährung

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Schuldverschreibungsinhaber und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.

Erfüllungsort ist Düsseldorf.

Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ist Düsseldorf.

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf zehn Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

§ 15 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Emissionsbedingungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein, so bleiben die übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Unwirksame Bestimmungen werden in Übereinstimmung mit dem Sinn und Zweck dieser Emissionsbedingungen ersetzt.

9. EMISSIONSBEDINGUNGEN DER INHABERPFANDBRIEFE

§ 1 Nennbetrag

Diese Emission der Stadtsparkasse Düsseldorf (die "**Emittentin**") im Gesamtnennbetrag von [●] (in Worten [●]) ist eingeteilt in [●] [Hypothekenpfandbriefe] [Öffentliche Pfandbriefe] im Nennbetrag von je [●] (der "**Nennbetrag**").

§ 2 Wertpapiergattung, Identifikationsnummer

Bei dieser Emission der Stadtsparkasse Düsseldorf handelt es sich um Inhaberpfandbriefe (die "**Schuldverschreibungen**"), Serie [●].

Die Schuldverschreibungen haben den ISIN-Code [●] und die WKN [●].

§ 3 Verbriefung

Die Schuldverschreibungen [samt Zinsansprüchen] sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die "**Globalurkunde**") verbrieft, die am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main (die "**Clearstream Banking AG**"), hinterlegt wird. Die Globalurkunde trägt die eigenhändigen Unterschriften von zwei Vertretungsberechtigten der Emittentin sowie des von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht bestellten Treuhänders.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungsinhaber**") stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu, die gemäß den Regeln und Bestimmungen der Clearstream Banking AG übertragen werden können. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen [oder Zinsscheinen] werden nicht ausgestellt.

§ 4 Währung

Die Schuldverschreibungen werden in [●] (die "**Maßgebliche Währung**") begeben.

§ 5 Status

Die Schuldverschreibungen begründen nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander gleichrangig sind. Die Schuldverschreibungen sind nach Maßgabe des Pfandbriefgesetzes gedeckt und stehen im gleichen Rang mit allen anderen gegenwärtigen und zukünftigen nicht nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin aus [Hypothekenpfandbriefen] [Öffentlichen Pfandbriefen].

§ 6 Kündigungsrecht der Emittentin

[falls die Emittentin kein Kündigungsrecht hat, einfügen:

Die Kündigung der Schuldverschreibungen seitens der Emittentin ist ausgeschlossen.]

[falls die Emittentin ein Kündigungsrecht hat, einfügen: Die Emittentin hat das Recht, die Schuldverschreibungen [jeweils] zum [●] ([jeweils] der "**vorzeitige Rückzahlungstag**") zu [100 % des Nennbetrags] **[anderen Rückzahlungsbetrag einfügen]** zu kündigen. Die Entscheidung über die Ausübung eines Kündigungsrechts wird die Emittentin [●] Bankgeschäftstage (wie in § 9 definiert) vor dem [jeweiligen] vorzeitigen Rückzahlungstag treffen und unverzüglich gemäß § 11 bekannt machen.]

§ 7 Verzinsung

[bei Schuldverschreibungen ohne periodische Verzinsung einfügen:

Die Schuldverschreibungen werden nicht verzinst. Falls die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlöst, wird der ausstehende Nennbetrag der Schuldverschreibungen vom Tag der Fälligkeit (einschließlich) bis zum Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen (ausschließlich) in Höhe des gesetzlich festgelegten Satzes für Verzugszinsen¹ verzinst.]

[bei Schuldverschreibungen mit fester Verzinsung (einschließlich Stufenzins-schuldverschreibungen) einfügen:

(1) Zinssatz und Zinszahlungstage

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrags verzinst, und zwar vom [●] (der "**Verzinsungsbeginn**") (einschließlich) bis zum **[im Fall von Stufenzins-schuldverschreibungen einfügen: [●] (ausschließlich) mit jährlich [●] % und vom [●] (einschließlich) bis zum [●] (ausschließlich) mit jährlich [●] % und vom [●] (einschließlich) bis zum [evtl. weitere Zinsperioden einfügen]]** Endfälligkeitstag (wie nachstehend definiert) (ausschließlich) mit jährlich [●] %.

Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] nachträglich am **[Zinszahlungstage einfügen]** eines jeden Jahres zahlbar (jeweils ein "**Zinszahlungstag**"). Die erste Zinszahlung erfolgt am **[ersten Zinszahlungstag einfügen]** **[sofern der erste Zinszahlungstag nicht der erste Jahrestag des Verzinsungsbeginns ist, einfügen:** und beläuft sich auf **[anfänglichen Bruchteilszinsbetrag für den Nennbetrag einfügen]** je Schuldverschreibung im Nennbetrag von **[Nennbetrag einfügen]**. **[falls der Endfälligkeitstag kein regulärer Zinszahlungstag ist, einfügen:** Die Zinsen für den Zeitraum vom **[den letzten dem Endfälligkeitstag vorausgehenden Zinszahlungstag einfügen]** (einschließlich) bis zum Endfälligkeitstag (ausschließlich) belaufen sich auf **[abschließenden Bruchteilszinsbetrag für den Nennbetrag einfügen]** je Schuldverschreibung im Nennbetrag von **[Nennbetrag einfügen].]** Zinszahlungstage unterliegen einer Anpassung in Übereinstimmung mit den in § 9 enthaltenen Bestimmungen.

¹ Der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte über dem von der Deutschen Bundesbank von Zeit zu Zeit veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Absatz 1, 247 Absatz 1 BGB.

(2) Zinslauf

Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Endfälligkeitstag vorausgeht, [bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechts mit Ablauf des Tages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß § 6 vorausgeht]. Falls die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlöst, wird der ausstehende Nennbetrag der Schuldverschreibungen vom Tag der Fälligkeit (einschließlich) bis zum Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen (ausschließlich) in Höhe des gesetzlich festgelegten Satzes für Verzugszinsen¹ verzinst.

(3) Berechnung des Zinsbetrags

Falls der auf die Schuldverschreibungen zu zahlende Zinsbetrag für einen Zeitraum von weniger oder mehr als einem Jahr zu berechnen ist, erfolgt die Berechnung des Zinsbetrags, indem der Zinssatz auf den Nennbetrag angewendet wird, diese Summe mit dem Zinstagequotienten (wie nachstehend definiert) multipliziert und das hieraus resultierende Ergebnis auf die nächste Untereinheit der Maßgeblichen Währung gerundet wird, wobei eine halbe Untereinheit aufgerundet wird oder die Rundung ansonsten gemäß der anwendbaren Marktkonvention erfolgt.]

[bei Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung (einschließlich Reverse Floater) einfügen:

(1) Zinszahlungstage

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrags verzinst, und zwar vom [●] (der "**Verzinsungsbeginn**") (einschließlich) bis zum Endfälligkeitstag (wie nachstehend definiert) (ausschließlich). Zinsen auf die Schuldverschreibungen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an jedem Zinszahlungstag (wie nachstehend definiert), erstmals am [●] und letztmals am [●], zahlbar.

"**Zinszahlungstage**" sind der [●] [, der [●]] [, der [●]] [und der [●]] eines jeden Jahres. Zinszahlungstage unterliegen einer Anpassung in Übereinstimmung mit den in § 9 enthaltenen Bestimmungen.

(2) Maßgeblicher Zinssatz

Der maßgebliche variable Zinssatz (der "**maßgebliche Zinssatz**") für [bei einheitlicher Berechnungsmethode während der gesamten Laufzeit der Schuldverschreibungen einfügen: jede Zinsperiode (wie nachstehend definiert)] [bei während der Laufzeit der Schuldverschreibungen wechselnder Berechnungsmethoden einfügen: die Zinsperiode vom [●] (einschließlich) bis zum [●] (ausschließlich)] wird von der Emittentin am maßgeblichen Zinsfeststellungstag (wie nachstehend definiert) [gemäß folgender Formel berechnet: [●]] [unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der "**Referenzzinssatz**") berechnet].

[Erläuterungen/Definitionen der einzelnen Formelbestandteile einfügen.]

[Bei während der Laufzeit der Schuldverschreibungen wechselnden Berechnungsmethoden sind die weiteren Berechnungsmethoden für weitere Zinsperioden einzufügen.]

[Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor] [●], wie er am Zinsfeststellungstag gegen [11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel)] [andere Ortszeit einfügen] auf der [Reuters-Seite EURIBOR01] [andere Bildschirmseite einfügen] veröffentlicht wird.

¹ Der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte über dem von der Deutschen Bundesbank von Zeit zu Zeit veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Absatz 1, 247 Absatz 1 BGB.

[falls ein Mindestzinssatz gilt, einfügen: Vorbehaltlich des Mindestzinssatzes (wie nachstehend definiert) berechnet sich der] **[falls ein Höchstzinssatz gilt, einfügen:** Vorbehaltlich des Höchstzinssatzes (wie nachstehend definiert) berechnet sich der] **[falls ein Mindestzinssatz und ein Höchstzinssatz gelten, einfügen:** Vorbehaltlich des Mindestzinssatzes (wie nachstehend definiert) und des Höchstzinssatzes (wie nachstehend definiert) berechnet sich der] [Der] maßgebliche Zinssatz [berechnet sich] dabei aus **[bei Reverse Floater einfügen: [●] %** abzüglich dem **[●-fachen]** Referenzzinssatz] **[bei variabel verzinslichen Schuldverschreibungen einfügen:** dem Referenzzinssatz [abzüglich **[●] %**] [zuzüglich **[●] %**]].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die [Reuters-Seite EURIBOR01] **[andere Bildschirmseite einfügen]** nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die [Bloomberg] **[andere Bildschirmseite einfügen]**-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktkonventionen ermittelten Zinssatz für Einlagen in **[maßgebliche Währung einfügen]** für [drei] [sechs] [zwölf] [Monate] **[anderen Zeitraum einfügen]** festzulegen.]

"**Zinsfeststellungstag**" ist jeweils der **[●]** Bankgeschäftstag (wie in § 9 definiert) [vor Beginn einer jeweiligen Zinsperiode] [vor dem jeweiligen Zinszahlungstag (*in arrears*)].

"**Zinsperiode**" bezeichnet jeweils den Zeitraum vom Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) bzw. von einem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum darauf folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich).

[bei Schuldverschreibungen mit anderer Form der Verzinsung maßgebliche Bestimmungen einfügen]

[falls ein Mindestzinssatz gilt, einfügen:

(3) Mindestzinssatz

Falls der gemäß den obigen Bestimmungen für eine Zinsperiode ermittelte Zinssatz niedriger ist als **[Mindestzinssatz einfügen]** % per annum, so ist der Zinssatz für diese Zinsperiode **[Mindestzinssatz einfügen]** % per annum (der "**Mindestzinssatz**").]

[falls ein Höchstzinssatz gilt, einfügen:

([4]) Höchstzinssatz

Wenn der gemäß den obigen Bestimmungen für eine Zinsperiode ermittelte Zinssatz höher ist als **[Höchstzinssatz einfügen]** % per annum, so ist der Zinssatz für diese Zinsperiode **[Höchstzinssatz einfügen]** % per annum (der "**Höchstzinssatz**").]

([5]) Zinslauf

Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Endfälligkeitstag vorausgeht, [bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechts mit Ablauf des Tages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß § 6 vorausgeht]. Falls die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlöst, wird der ausstehende Nennbetrag der Schuldverschreibungen vom Tag der Fälligkeit (einschließlich) bis zum

Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen (ausschließlich) in Höhe des gesetzlich festgelegten Satzes für Verzugszinsen¹ verzinst.

([6]) Berechnung des Zinsbetrags

[falls ein Mindestzinssatz gilt, einfügen: Vorbehaltlich der Bestimmungen in Absatz (3) ist der] **[falls ein Höchstzinssatz gilt, einfügen:** Vorbehaltlich der Bestimmungen in Absatz ([4]) ist der] **[falls sowohl ein Mindestzinssatz als auch ein Höchstzinssatz gelten, einfügen:** Vorbehaltlich der Bestimmungen in Absatz (3) und (4) wird der] **[Der]** für die maßgebliche Zinsperiode auf den Nennbetrag zu zahlende Zinsbetrag **[wird]** von der Emittentin am Zinsfeststellungstag dieser Zinsperiode berechnet, indem der maßgebliche Zinssatz auf den Nennbetrag angewendet wird, diese Summe mit dem Zinstagequotienten (wie nachstehend definiert) multipliziert und der hieraus resultierende Betrag auf die nächste Untereinheit der Maßgeblichen Währung gerundet wird, wobei eine halbe Untereinheit aufgerundet wird oder die Rundung ansonsten gemäß der anwendbaren Marktkonvention erfolgt.]

[bei Schuldverschreibungen mit einer anderen Form der Verzinsung maßgebliche Bestimmungen einfügen]

[bei fester oder variabler Verzinsung stets und bei unverzinslichen Schuldverschreibungen bei Bedarf einfügen:

([•]) Zinstagequotient

"Zinstagequotient" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Zinsbetrags auf eine Schuldverschreibung für einen beliebigen Zeitraum **[bei jedem Zinstagequotienten außer Actual/Actual (ICMA) einfügen:** (der "Zinsberechnungszeitraum")]:

[bei festverzinslichen Schuldverschreibungen, auf die Actual/Actual (ICMA) anwendbar ist, einfügen:

1. im Falle von Schuldverschreibungen, bei denen die Anzahl der Tage in der relevanten Periode ab dem letzten Zinszahlungstag (oder, wenn es keinen solchen gibt, ab dem Verzinsungsbeginn) (jeweils einschließlich desselben) bis zum relevanten Zahlungstag (ausschließlich desselben) (der "**relevante Zeitraum**") kürzer ist als die Feststellungsperiode, in die das Ende des relevanten Zeitraums fällt, oder ihr entspricht, die Anzahl der Tage in dem betreffenden relevanten Zeitraum geteilt durch das Produkt (1) der Anzahl der Tage in der Feststellungsperiode und (2) der Anzahl der Feststellungstermine (wie nachstehend angegeben) in einem Kalenderjahr; oder

2. im Falle von Schuldverschreibungen, bei denen der relevante Zeitraum länger ist als die Feststellungsperiode, in die das Ende des relevanten Zeitraums fällt, die Summe aus:

der Anzahl der Tage in dem relevanten Zeitraum, die in die Feststellungsperiode fallen, in welcher der relevante Zeitraum beginnt, geteilt durch das Produkt (x) der Anzahl der Tage in der Feststellungsperiode und (y) der Anzahl der Feststellungstermine (wie nachstehend angegeben) in einem Kalenderjahr; und

der Anzahl der Tage in dem relevanten Zeitraum, die in die nächste Feststellungsperiode fallen, geteilt durch das Produkt (x) der Anzahl der Tage in dieser Feststellungsperiode und (y) der Anzahl der Feststellungstermine (wie nachstehend angegeben) in einem Kalenderjahr.

¹ Der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte über dem von der Deutschen Bundesbank von Zeit zu Zeit veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Absatz 1, 247 Absatz 1 BGB.

"Feststellungsperiode" ist der Zeitraum von einem Feststellungstermin (einschließlich) bis zum nächsten Feststellungstermin (ausschließlich); dies schließt dann, wenn der Verzinsungsbeginn kein Feststellungstermin ist, den Zeitraum ein, der an dem ersten Feststellungstermin vor dem Verzinsungsbeginn anfängt, und dann, wenn der letzte Zinszahlungstag kein Feststellungstermin ist, den Zeitraum ein, der an dem ersten Feststellungstag nach dem letzten Zinszahlungstag endet.

Die Anzahl der Feststellungstermine im Kalenderjahr (jeweils ein **"Feststellungstermin"**) beträgt **[Anzahl der regulären Zinszahlungstage im Kalenderjahr einfügen].**

[im Fall von Actual/Actual (ISDA) oder Actual/365 einfügen: die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 365 (oder, falls ein Teil des Zinsberechnungszeitraums in ein Schaltjahr fällt, die Summe von (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dem Teil des Zinsberechnungszeitraums, die in das Schaltjahr fallen, dividiert durch 366 und (B) die tatsächliche Anzahl von Tagen in dem Teil des Zinsberechnungszeitraums, die nicht in ein Schaltjahr fallen, dividiert durch 365).]

[im Fall von Actual/365 (Fixed) einfügen: die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 365.]

[im Fall von Actual/360 einfügen: die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360.]

[im Fall von 30/360, 360/360 oder Bond Basis einfügen: die Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360, wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 Tagen mit zwölf Monaten zu je 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, (A) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraums fällt auf den 31. Tag eines Monats, während der erste Tag des Zinsberechnungszeitraums weder auf den 30. noch auf den 31. Tag eines Monats fällt, wobei in diesem Fall der den letzten Tag enthaltende Monat nicht als ein auf 30 Tage gekürzter Monat zu behandeln ist, oder (B) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraums fällt auf den letzten Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist).]

[im Fall von 30E/360 oder Eurobond Basis einfügen: die Anzahl der Tage im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 360 (dabei ist die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 Tagen mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln, und zwar ohne Berücksichtigung des Datums des ersten oder letzten Tages des Zinsberechnungszeitraums, es sei denn, der Fälligkeitstag des letzten Zinsberechnungszeitraums ist der letzte Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist).]

[anderen Zinstagequotienten einfügen]

§ 8 Rückzahlung

[bei Schuldverschreibungen, die zum Nennbetrag zurückgezahlt werden, einfügen:

Die Schuldverschreibungen werden zu 100 % des Nennbetrags am **[●]** (der **"Endfälligkeitstag"**) **[oder, sofern die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht, am vorzeitigen Rückzahlungstag]** zurückgezahlt.]

[andere Rückzahlungsregelung einfügen]

§ 9 Zahlungen

Sämtliche gemäß diesen Emissionsbedingungen zahlbaren Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Schuldverschreibungsinhaber überwiesen.

Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Schuldverschreibungsinhabern aus den Schuldverschreibungen.

Sofern der Fälligkeitstag für eine Zahlung in Bezug auf die Schuldverschreibungen oder ein Zinszahlungstag ansonsten auf einen Tag falle, der kein Bankgeschäftstag ist, so wird der Fälligkeitstag für diese Zahlung bzw. der Zinszahlungstag

[bei Anwendung der Modified Following Business Day Convention einfügen: auf den nächstfolgenden Bankgeschäftstag verschoben, es sei denn, er würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der Fälligkeitstag für diese Zahlung bzw. der Zinszahlungstag auf den unmittelbar vorausgehenden Bankgeschäftstag vorgezogen.]

[bei Anwendung der FRN Convention einfügen: auf den nächstfolgenden Bankgeschäftstag verschoben, es sei denn, er würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird (i) der Fälligkeitstag für diese Zahlung bzw. der Zinszahlungstag auf den unmittelbar vorausgehenden Bankgeschäftstag vorgezogen und (ii) ist jeder nachfolgende Zinszahlungstag der jeweils letzte Bankgeschäftstag des Monats, der **[[relevante Zahl einfügen] [Monate] [andere festgelegte Zinsperiode einfügen]]** nach dem vorausgehenden Zinszahlungstag liegt.]

[bei Anwendung der Following Business Day Convention einfügen: auf den nächstfolgenden Bankgeschäftstag verschoben.]

[bei Anwendung der Preceding Business Day Convention einfügen: auf den unmittelbar vorausgehenden Bankgeschäftstag vorgezogen.]

[falls der Zinsbetrag und nachfolgende Zinsperioden (sofern anwendbar) angepasst werden sollen, einfügen: Falls der Fälligkeitstag für eine Zahlung bzw. der Zinszahlungstag (wie oben beschrieben) **[bei Modified Following Business Day Convention, FRN Convention und Preceding Business Day Convention einfügen:** vorgezogen wird] [oder] **[bei Modified Following Business Day Convention, FRN Convention und Following Business Day Convention einfügen:** sich nach hinten verschiebt], werden der Zinsbetrag und alle folgenden Zinsperioden (sofern anwendbar) entsprechend angepasst.]

[falls der Zinsbetrag und nachfolgende Zinsperioden (sofern anwendbar) nicht angepasst werden sollen, einfügen: Falls der Fälligkeitstag für eine Zahlung bzw. der Zinszahlungstag (wie oben beschrieben) **[bei Modified Following Business Day Convention, FRN Convention und Preceding Business Day Convention einfügen:** vorgezogen wird] [oder] **[bei Modified Following Business Day Convention, FRN Convention und Following Business Day Convention einfügen:** sich nach hinten verschiebt], werden weder der Zinsbetrag noch die folgenden Zinsperioden (sofern anwendbar) entsprechend angepasst.]

"**Bankgeschäftstag**" steht für einen Tag (außer einem Samstag und Sonntag), an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte in **[Frankfurt am Main und Düsseldorf] [anderes Finanzzentrum einfügen]** Zahlungen abwickeln **[und an dem Zahlungen über das TARGET-System abgewickelt werden]**.

§ 10

Begebung weiterer Schuldverschreibungen, Rückkauf von Schuldverschreibungen

Die Emittentin behält sich vor, von Zeit zu Zeit ohne Zustimmung der Schuldverschreibungsinhaber weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung (gegebenenfalls mit Ausnahme des Tags der Begebung, des Verzinsungsbeginns und/oder des Ausgabepreises) in der Weise zu begeben, dass sie mit den Schuldverschreibungen zusammengefasst, eine einheitliche Anleihe bilden und ihren Gesamtnennbetrag erhöhen werden. Der Begriff "**Schuldverschreibungen**" umfasst im Fall einer solchen Erhöhung auch solche zusätzlich begebenen Schuldverschreibungen.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit auch ohne öffentliche Bekanntmachung Schuldverschreibungen zu erwerben und/oder wieder zu verkaufen.

§ 11

Bekanntmachungen

Alle die Schuldverschreibungen betreffenden Bekanntmachungen erfolgen **[falls die Schuldverschreibungen an einem regulierten Markt einer innerhalb des EWR gelegenen Börse notiert werden, einfügen:** durch Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger] **[[und] [,sofern gesetzlich erforderlich,] in einem überregionalen Börsenpflichtblatt] [falls die Schuldverschreibungen nicht an einem regulierten Markt einer innerhalb des EWR gelegenen Börse notiert werden, einfügen:** durch Mitteilung an Clearstream Banking AG zur Weiterleitung durch Clearstream Banking AG an die Schuldverschreibungsinhaber].

[falls die Schuldverschreibungen an einem regulierten Markt einer innerhalb des EWR gelegenen Börse notiert werden, einfügen: Jede derartig erfolgte Mitteilung gilt mit dem Tag der Veröffentlichung (oder bei mehreren Veröffentlichungen mit dem Tag der ersten solchen Veröffentlichung) als wirksam erfolgt.]

[falls die Schuldverschreibungen nicht an einem regulierten Markt einer innerhalb des EWR gelegenen Börse notiert werden, einfügen: Jede derartig erfolgte Mitteilung gilt am siebten Tag nach dem Tag der Mitteilung an Clearstream Banking AG als den Schuldverschreibungsinhabern mitgeteilt.]

§ 12

Anwendbares Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand, Verjährung

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Schuldverschreibungsinhaber und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.

Erfüllungsort ist Düsseldorf.

Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ist Düsseldorf.

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf zehn Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

§ 13
Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Emissionsbedingungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein, so bleiben die übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Unwirksame Bestimmungen werden in Übereinstimmung mit dem Sinn und Zweck dieser Emissionsbedingungen ersetzt.

10. **ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN**

Die nachfolgenden Angaben stellen ein Muster der jeweiligen Endgültigen Bedingungen zu diesem Basisprospekt dar. Im Rahmen der Emission werden die mit einem Platzhalter ("●") gekennzeichneten Stellen ausgefüllt und die mit eckigen Klammern (" [] ") gekennzeichneten Optionen ausgewählt oder weggelassen.

[Datum einfügen]

Endgültige Bedingungen

Angebot von

[Anzahl einfügen] [Maßgebliche Währung und Gesamtnennbetrag einfügen]
[nachrangigen] [Inhaberschuldverschreibungen] [auf den Inhaber lautenden Hypo-
thekenpfandbriefen] [auf den Inhaber lautenden Öffentlichen Pfandbriefen] [der Serie
[●]] [andere Bezeichnung der Schuldverschreibungen einfügen], [bezogen auf
[●],] (die "Schuldverschreibungen")

begeben aufgrund des

Basisprospekts vom [●]

der

Stadtsparkasse Düsseldorf

(die "Emittentin")

[Zeichnungsfrist: Vom [●] bis zum [●] [(13.00 Uhr MEZ)] [andere maßgebliche Ortszeit einfügen]. [Das öffentliche Angebot beginnt am [●]]. [Die Zeichnungsfrist kann verlängert oder vorzeitig beendet werden.] [Nach dem Ende der Zeichnungsfrist können die Schuldverschreibungen weiterhin öffentlich angeboten werden.]]

[Die Schuldverschreibungen können direkt von jeder Bank oder Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland oder von jeder anderen zum Verkauf der Schuldverschreibungen autorisierten Stelle bezogen werden.] [Angaben zu anderen Ländern einfügen, in denen die Schuldverschreibungen öffentlich angeboten werden]

Dies sind die Endgültigen Bedingungen (das "**Dokument**" oder die "**Endgültigen Bedingungen**") einer Emission von Schuldverschreibungen nach Maßgabe des Basisprospekts der Stadtsparkasse Düsseldorf vom [●] (der "**Basisprospekt**"). Vollständige Informationen über die Stadtsparkasse Düsseldorf und das Angebot der Schuldverschreibungen sind nur verfügbar, wenn die Endgültigen Bedingungen und der Basisprospekt und etwaige Nachträge gem. § 16 Wertpapierprospektgesetz ("**WpPG**") zusammen gelesen werden. Der Basisprospekt kann auf der Internetseite der Stadtsparkasse Düsseldorf (www.sskduesseldorf.de) eingesehen werden. Kopien des Basisprospekts werden während der üblichen Öffnungszeiten bei der Hauptverwaltung der Stadtsparkasse Düsseldorf, Berliner Allee 33, 40212 Düsseldorf sowie bei allen dazugehörigen Geschäftsstellen zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten.

[Die [Zulassung][Einbeziehung] der Schuldverschreibungen [in den Handel] [zur Notierung] [an der][im][zum][in den] [regulierten Markt] [Open Market (Freiverkehr)] [der] [Frankfurter Wertpapierbörse] [und] [an der] [im][zum][regulierten Markt][in den] [Freiverkehr] [der] [Börse Düsseldorf] [Luxemburger Wertpapierbörse] [Wertpapierbörse und Marktsegment einfügen] [wurde beantragt [wird beantragt werden].] [Bei einer fungiblen Emission angeben, ob/dass die ursprünglichen Schuldverschreibungen bereits zum Handel zugelassen sind.] [Gegebenenfalls Angaben zum Markt machen, an dem die Schuldverschreibungen gehandelt werden, und gegebenenfalls zu einer diesbezüglichen Prospektveröffentli-

chung. Ebenso, falls bekannt, das früheste Datum, bzw. die frühesten Daten, einer entsprechenden Aufnahme des Handels angeben.]

[Die Schuldverschreibungen werden ausschließlich **[Investoren-Kategorie und gegebenenfalls Beschränkungen einfügen falls anwendbar]** angeboten.] **[Gegebenenfalls sind Angaben zur Mitteilung über den Umfang, in dem den Zeichnern Wertpapiere zugeteilt werden und Angaben dazu, ob eine Aufnahme des Handels vor der entsprechenden Mitteilung erfolgen kann, hier einzufügen]**

[Im Fall von Schuldverschreibungen, die sich auf eine Aktie / mehrere Aktien oder einen Index / mehrere Indizes beziehen, ist einzufügen:

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen in Bezug auf **[die Aktie] [den Aktienkorb] [den Index] [den Indexkorb] [anderes Instrument oder Einheit einfügen]** auf die sich die Schuldverschreibungen beziehen **[(die "Basiswerte")]**, bestehen lediglich aus Auszügen oder Zusammenfassungen von öffentlich zugänglichen Informationen. Die Emittentin übernimmt in Bezug auf Informationen, die die Basiswerte betreffen, die Verantwortung, dass diese Informationen richtig zusammengestellt oder zusammengefasst und wiedergegeben wurden; soweit es der Emittentin bekannt ist und sich aus den betreffenden Informationen ableiten lässt, wurden keine Tatsachen unterschlagen, deren Fehlen die wiedergegebenen Informationen unrichtig oder irreführend werden ließe. Neben diesen Zusicherungen wird keine weitergehende oder sonstige Verantwortung für diese von Dritten erhaltenen Informationen, die die Basiswerte betreffen, von der Emittentin übernommen. Insbesondere übernimmt die Emittentin nicht die Verantwortung dafür, dass die hier enthaltenen Angaben über die Basiswerte bzgl. der Schuldverschreibungen, in der Form, in der sie sie von Dritten erhalten hat, zutreffend oder vollständig sind oder dass kein Umstand eingetreten ist, der die Richtigkeit oder Vollständigkeit beeinträchtigen könnte.]

Niemand ist berechtigt, über die in diesem Dokument enthaltenen Angaben oder Zusicherungen hinausgehende Informationen bezüglich der Emission oder des Verkaufs der Schuldverschreibungen zu erteilen, und es kann nicht aus derartigen Informationen geschlossen werden, dass sie von oder im Namen der Emittentin genehmigt wurden. Aus der Übergabe dieses Dokuments zu einem bestimmten Zeitpunkt kann zu keiner Zeit die Annahme abgeleitet werden, dass sich seit der Erstellung dieses Dokuments keine Änderungen hinsichtlich der hierin enthaltenen Angaben ergeben haben; dies gilt vorbehaltlich der Verpflichtung der Emittentin, gemäß zwingender gesetzlicher Anforderungen gegebenenfalls Nachträge gemäß § 16 WpPG zu veröffentlichen.

Jeder potentielle Käufer von Schuldverschreibungen muss sich vergewissern, dass die Komplexität der Schuldverschreibungen und die damit verbundenen Risiken seinen Anlagezielen entsprechen und für ihn geeignet sind.

Niemand sollte in Schuldverschreibungen handeln, ohne eine genaue Kenntnis der Funktionsweise der maßgeblichen Transaktion zu besitzen und sich des Risikos eines möglichen Verlusts bewusst zu sein. Jeder potentielle Käufer der Schuldverschreibungen sollte sorgfältig prüfen, ob unter den gegebenen Umständen und vor dem Hintergrund seiner persönlichen Verhältnisse und Vermögenssituation eine Anlage in die Schuldverschreibungen geeignet erscheint.

Potentielle Käufer von Schuldverschreibungen sollten mit ihren Rechts- und Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern und sonstigen Beratern klären, ob eine Anlage in Schuldverschreibungen für sie geeignet ist.

Auf die Schuldverschreibungen anwendbare allgemeine Bestimmungen

Emittentin:	Stadtsparkasse Düsseldorf
[Seriennummer:	[•]]
[Tranchennummer:	[•]]
[[Wenn die Schuldverschreibungen mit einer vorhandenen Serie fungibel sind, Einzelheiten dieser Serie, einschließlich des Datums, an dem die Schuldverschreibungen fungibel werden, einfügen.]	[•]]
ISIN Code:	[•]
[Common Code:	[•]]
[WKN:	[•]]
[Valoren	[•]]
Ausgabetag:	[•]
Ausgabepreis:	[•] [Der [anfängliche] Ausgabepreis pro Schuldverschreibung [beträgt [bei Zeichnung während der Zeichnungsfrist] [Betrag in der Festgelegten Währung]] [[•] % des Anfangsstands [wie oben definiert]] [ist ein Betrag in [Festgelegte Währung] , der dem Anfangsstand entspricht]. [Angaben zu anderer Art der Bestimmung des Ausgabepreises]]
	[Danach können die Schuldverschreibungen weiterhin zu einem fortlaufend festgesetzten Preis angeboten werden. Der Preis wird unter Berücksichtigung der jeweils herrschenden Marktbedingungen festgelegt werden.]
	[Es ist möglich, dass Investoren einen zusätzlichen Ausgabeaufschlag in Höhe von [•] % des Ausgabepreises pro Schuldverschreibung an den jeweiligen Anbieter zu zahlen haben.]
	[Der Ausgabepreis wird unverzüglich nach seiner Festlegung [in einer [in Deutschland weit verbreiteten Wirtschafts- oder Tageszeitung] [Angaben zu anderen Ländern]] [andere Art der Veröffentlichung] veröffentlicht werden.]

[Der oben genannte Ausgabepreis einer Schuldverschreibung kann über dessen Marktwert am Ausgabetag liegen (ermittelt unter Verwendung von internen Preisfindungsmodellen, die auf von der Emittentin verwendeten, allgemein anerkannten finanzmathematischen Prinzipien beruhen). Der Ausgabepreis kann Provisionen bzw. Gebühren enthalten, die an Anbieter gezahlt werden. Weitere Informationen erteilt der jeweilige Anbieter.]

Provisionen und Gebühren:

[•] [Falls von der Emittentin in Verbindung mit der Begebung und dem Vertrieb der Schuldverschreibungen irgendwelche Provisionen oder Gebühren an einen Vermittler gezahlt wurden oder zu zahlen sind, kann ein solcher Vermittler gemäß den anwendbaren Vorschriften einschließlich den zur Umsetzung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (2004/39/EG) ("**MiFID**") ergangenen oder in Staaten, die nicht dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) angehören, geltenden Vorschriften dazu verpflichtet sein, seine Kunden vollständig über die Existenz, die Art und die Höhe dieser Provisionen oder Gebühren (einschließlich Provisionen und Gebühren in Form eines Preisnachlasses) zu informieren. Potentielle Anleger in die Schuldverschreibungen, die beabsichtigen, Schuldverschreibungen über einen Vermittler (einschließlich eines als Vermittler tätigen Maklers) zu erwerben, sollten bedenken, dass die Existenz von Provisionen in Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen zu einem Interessenkonflikt führen kann, da der Vermittler möglicherweise ein Interesse daran hat, vorwiegend Schuldverschreibungen, für deren Verkauf er die höchsten Provisionen erhält, an seine Kunden zu verkaufen. Investoren sollten sich vor einem Erwerb von Schuldverschreibungen bei diesem Vermittler nach den Einzelheiten solcher Provisions- oder Gebührenzahlungen und bestehender Interessenkonflikte erkundigen.]

Umfang der Emission:

[Bis zu] **[•]** Schuldverschreibungen

	<p>[Die Anzahl der Schuldverschreibungen, die am Ausgabetag emittiert werden, wird am Ende der Zeichnungsfrist festgelegt. Die Emittentin wird die Anzahl der Schuldverschreibungen nach ihrer Festlegung [in einer Wirtschafts- oder Tageszeitung, die [in der Bundesrepublik Deutschland] [Angaben zu anderen Ländern] weit verbreitet ist], veröffentlichen.] [andere Art der Veröffentlichung einfügen]</p>
<p>[Sonstige Bedingungen, denen das Angebot unterliegt:</p>	<p>[z.B. Mindesthandelsgröße / Höchstzeichnungsbetrag] [•] [Nicht anwendbar.]</p>
<p>Market Making: [Name und Anschrift der jeweiligen Gesellschaften angeben, die sich als Intermediäre im Sekundärmarkt, welche Liquidität durch Ankaufs- und Verkaufskurse bereitstellen, verpflichtet haben, und die wichtigsten Regelungen dieser Verpflichtung einfügen]</p>	<p>[Solange die Schuldverschreibungen im regulierten Markt einer Wertpapierbörse oder in den Freiverkehr an einer Wertpapierbörse einbezogen sind, Stellung von Quotes gemäß den jeweils anwendbaren Vorschriften, insbesondere der Börsenordnung bzw. den Geschäftsbedingungen oder Richtlinien für den jeweiligen Freiverkehr in der jeweils anwendbaren Fassung einfügen.] [•] [Nicht anwendbar.]</p>
<p>Zusätzliche Verkaufsbeschränkungen:</p>	<p>[Nicht anwendbar.] [Details einfügen]</p>
<p>Clearingsystem(e) und Verwahrstelle:</p>	<p>[Clearstream AG, Frankfurt am Main, Neue Börsenstraße 1, D-60487 Frankfurt am Main (auch Verwahrstelle)][,] [Clearstream, société anonyme, Luxemburg, 42 Avenue J.F. Kennedy, L-1855 Luxemburg][,] [Euroclear SA/NV, 1 Boulevard du Roi Albert II, B-1210 Brüssel][,] [und] [Ersatzclearingsystem einfügen]</p>
<p>Lieferung:</p>	<p>[Gemeinsame] Verwahrstelle: [•]</p>
<p>Lieferung: [Erwartete Rendite]</p>	<p>Lieferung [gegen] [frei von] Zahlung [•] [, berechnet nach der ICMA Methode, nach der die Effektivverzinsung von Schuldverschreibungen unter Berücksichtigung der täglichen Stückzinsen ermittelt wird] [andere Berechnungsmethode der Erwarteten]</p>

Rendite in Kurzform angeben]¹

[(Die erwartete Rendite wird am Tag der Begebung und auf der Basis des Ausgabepreises berechnet. Daher wird keine Aussage über die zukünftig zu erwartende Rendite gemacht.)]]

Informationen nach Emission:

[Außer im Falle von Bekanntmachungen gemäß § 11 der Konsolidierten Bedingungen beabsichtigt die Emittentin nicht, Informationen über die Entwicklung nach der Emission zur Verfügung zu stellen.] **[Etwaige Informationen über Entwicklungen nach dem Ausgabetag einfügen]**

Die Schuldverschreibungen werden begeben aufgrund Vorstandsbeschlusses vom:

[10. Dezember 1996] [•]

[FUNKTIONSWEISE DER SCHULDVERSCHREIBUNGEN]

[ERLÄUTERUNG ZUM ZUSAMMENHANG ZWISCHEN [DEM][DEN] [BASISWERT][BASISWERTEN] UND DER [RÜCKZAHLUNG] [SOWIE SONSTIGEN ZAHLUNGEN] DER SCHULDVERSCHREIBUNGEN]

[Einzufügen sind eine eindeutige und umfassende Beschreibung in welcher Weise der Wert des Investments durch den/die Basiswert(e) beeinflusst wird und die Umstände, unter denen sich die Risiken am Wahrscheinlichsten verwirklichen können.]

[Einzufügen sind ggf. Beispiele]

[Einzufügen sind ggf. Diagramme]

[Einzufügen sind ggf. weitere Hinweise]

[ERLÄUTERUNG ZU [DEM][DEN] [BASISWERT][BASISWERTEN]

[Der Name der Aktie, der Aktienemittentin bzw. des Index und des Index-Sponsors, die ISIN oder eine andere Wertpapierkennnummer und Einzelheiten, wo Informationen über die Aktie bzw. den Index frei zugänglich und kostenlos erhältlich sind, sind einzufügen.] [Im Falle eines Aktienkorbs oder Indexkorbs ist eine Angabe der Gewichtung der Aktien bzw. Indices einzufügen.]

Informationen über die vergangene **[die vergangene Wertentwicklung ist für mindestens zwei Jahre abzudecken]** und künftige Wertentwicklung **[[der][des] [Name des jeweiligen Basiswerts einfügen][•]]** und **[seine][ihre]** Volatilität sind auf der **[Internet-Seite [•]]** **[und auf der Internet-Seite [•]]** erhältlich.

[[SPEZIELLE] RISIKOFAKTOREN

[Hier sind gegebenenfalls Risikofaktoren einzufügen, die sich aus den spezifischen Basiswerten der betreffenden Serie/Emission von Schuldverschreibungen]

¹ Nur im Fall einer Stückelung von weniger als EUR 50.000 einfügen.

gen ergeben. Zudem können hier bereits im Basisprospekt enthaltene Risikofaktoren konkretisiert oder wiederholt werden, die auf die relevante Emission/Serie von Schuldverschreibungen anwendbar sind.]]

[KONSOLIDIERTE BEDINGUNGEN]

[Die Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen, die im Basisprospekt aufgeführt sind, werden durch die Konsolidierten Bedingungen angepasst und dabei in ihrer Gesamtheit durch die Konsolidierten Bedingungen ersetzt.]

[Bedingungen einfügen]

Unterschrift Emittentin:

Durch: _____

11. **BESTEUERUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

In der Bundesrepublik Deutschland besteht zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Basisprospekts keine gesetzliche Verpflichtung der Emittentin zur Einbehaltung oder zum Abzug von Steuern oder sonstigen Abgaben gleich welcher Art auf Kapital und/oder Zinsen der Schuldverschreibungen (Quellensteuer). Hiervon zu unterscheiden ist die Zinsabschlagsteuer, welche ab dem 01. Januar 2009 durch die Abgeltungssteuer ersetzt wird. Für die Einbehaltung der Zinsabschlagsteuer bzw. der Abgeltungssteuer ist die auszahlende Stelle verantwortlich. Alle im Zusammenhang mit der Zahlung des Nennbetrags gegebenenfalls anfallenden Steuern oder sonstigen Angaben sind von den Schuldverschreibungsinhabern zu tragen.

Die Emittentin übernimmt keine Verantwortung für die Einbehaltung von Steuern an der Quelle.

Anlageinteressenten wird geraten, ihren eigenen steuerlichen Berater zur Klärung der steuerlichen Konsequenzen zu konsultieren, die aus dem Kauf, Halten und der Veräußerung der Schuldverschreibungen folgen.

12. VERKAUFS- UND ÜBERTRAGUNGSBESCHRÄNKUNGEN

Anlageinteressenten wird empfohlen, sich in Bezug auf das beabsichtigte Halten oder die Veräußerung der Schuldverschreibungen angemessen beraten zu lassen. Die nachstehenden Angaben sind allgemeiner Natur. Anlageinteressenten in den verschiedenen Ländern müssen sich vergewissern, dass sie berechtigt sind, die Lieferung der Schuldverschreibungen und von Vermögenswerten, in die die Schuldverschreibungen umgewandelt oder mit denen sie abgewickelt werden, entgegenzunehmen.

Allgemeines

Ggf. vorhandene Anbieter sind hinsichtlich einer Emission von Schuldverschreibungen im Rahmen der bestehenden Vereinbarungen verpflichtet, alle anwendbaren Rechtsvorschriften aller Staaten, in denen sie Schuldverschreibungen kaufen, anbieten, verkaufen oder liefern oder diesen Basisprospekt oder sonstige Informationen in Bezug auf diesen Basisprospekt oder die Emission von Schuldverschreibungen besitzen oder vertreiben, einzuhalten und in Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen und Rechtsvorschriften dieser Staaten sämtliche für solche Käufe, Angebote, Verkäufe oder Lieferungen benötigten Bewilligungen, Genehmigungen oder Erlaubnisse einzuholen. Jedoch haften hierfür weder die Emittentin noch ein ggf. vorhandener Anbieter.

Weder die Emittentin noch ein ggf. vorhandener Anbieter gewährleisten, dass die Schuldverschreibungen jederzeit im Einklang mit den anwendbaren Registrierungs Vorschriften oder sonstigen Erfordernissen oder gemäß einer hiernach gegebenen Ausnahmevorschrift der jeweiligen Rechtsordnung rechtmäßig verkauft werden können. Weder die Emittentin noch ein ggf. vorhandener Anbieter übernehmen irgendeine Form der Verantwortung für die Möglichkeit eines solchen Verkaufs.

Ferner sind ggf. vorhandene Anbieter verpflichtet, alle zusätzlichen Beschränkungen, die zwischen ihnen und der Emittentin vereinbart sind, zu beachten. Es handelt sich dabei um die nachstehenden Beschränkungen.

Japan

Die unter diesem Basisprospekt zu begebenden Schuldverschreibungen wurden und werden nicht gemäß dem japanischen Wertpapier- und Börsengesetz (das "**Wertpapier- und Börsengesetz**") registriert. Jeder derzeitige Anbieter sowie jeder künftige im Zusammenhang mit einer Emission von Schuldverschreibungen ernannte Anbieter hat gemäß diesem Basisprospekt erklärt bzw. wird erklären müssen, Schuldverschreibungen weder direkt noch indirekt in Japan oder an einen dortigen Einwohner oder zugunsten eines dortigen Einwohners (wobei dieser Begriff im hier verwendeten Sinne jeden Bewohner Japans, einschließlich Unternehmen oder sonstige juristische Personen, die nach japanischem Recht gegründet sind, umfasst) anzubieten oder zu verkaufen, oder an andere zum Zwecke des direkten oder indirekten Weiterangebots oder Weiterverkaufs in Japan oder an einen dortigen Einwohner oder zugunsten eines dortigen Einwohners anzubieten oder zu verkaufen, außer in Übereinstimmung mit einer sich auf die Registrierungserfordernisse beziehenden Ausnahmevorschrift und im Übrigen in Übereinstimmung mit dem Wertpapier- und Börsengesetz und anderen etwaigen anwendbaren Gesetzen, Rechtsvorschriften oder ministeriellen Erlässen in Japan.

Europäischer Wirtschaftsraum

In Bezug auf jeden Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums, der die Prospekt richtlinie umgesetzt hat (jeder dieser Mitgliedstaaten ein "**Maßgeblicher Mitgliedstaat**"), hat jeder Anbieter zugesichert und sich verpflichtet, und von jedem künftig bestellten Anbieter wird verlangt, zuzusichern und sich zu verpflichten, ab dem Tag (einschließlich) des Inkrafttretens der Bestimmungen zur Umsetzung der Prospekt richtlinie in dem Maßgeblichen Mitgliedsstaat (das "**Maßgebliche Umsetzungsdatum**") in diesem Maßgeblichen Mitgliedsstaat keine Schuldverschreibungen öffentlich angeboten

zu haben oder anzubieten, die Gegenstand des in diesem (durch die Endgültigen Bedingungen vervollständigten) Basisprospekt antizipierten öffentlichen Angebots in dem Maßgeblichen Mitgliedstaat sind, es sei denn, solche Schuldverschreibungen werden von ihm in dem Maßgeblichen Mitgliedstaat ab dem Maßgeblichen Umsetzungsdatum folgendermaßen öffentlich angeboten:

- jederzeit an juristische Personen, die in Bezug auf ihre Tätigkeit an den Finanzmärkten zugelassen sind oder beaufsichtigt werden oder, falls sie weder zugelassen sind noch beaufsichtigt werden, deren einziger Gesellschaftszweck darin besteht, in Schuldverschreibungen zu investieren;
- jederzeit an juristische Personen, die mindestens zwei der folgenden Kriterien erfüllen: (1) eine durchschnittliche Beschäftigtenzahl im Geschäftsjahr von mehr als 250, (2) eine Bilanzsumme von mehr als Euro 43.000.000 und (3) ein Jahresnettoumsatz von mehr als Euro 50.000.000; jeweils ausweislich des letzten Jahresabschlusses oder konsolidierten Abschlusses;
- jederzeit an weniger als 100 (natürliche oder juristische) Personen (qualifizierte Investoren im Sinne der Prospektrichtlinie nicht eingeschlossen), wenn vorher die Zustimmung der Emittentin eingeholt wurde;
- jederzeit unter solchen anderen Umständen, die nicht gemäß Artikel 3 der Prospektrichtlinie die Veröffentlichung eines Prospekts durch die Emittentin erforderlich machen.
- Falls die Endgültigen Bedingungen in Bezug auf die Schuldverschreibungen angeben, dass ein Angebot dieser Schuldverschreibungen in anderer Form als in Übereinstimmung mit Artikel 3 (2) der Prospektrichtlinie in diesem Maßgeblichen Mitgliedstaat gemacht werden darf, darf ein Angebot, nachdem der Prospekt für die Schuldverschreibungen von der zuständigen Behörde des jeweiligen Maßgeblichen Mitgliedstaats in Übereinstimmung mit der Prospektrichtlinie gebilligt wurde oder - soweit erforderlich - in einem anderen Maßgeblichen Mitgliedstaat gebilligt und dies der zuständigen Behörde des jeweiligen Maßgeblichen Mitgliedstaats angezeigt wurde, ebenfalls in dem Zeitraum, der an den in einem solchen Prospekt oder in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Daten anfängt und endet, öffentlich erfolgen.

Für die Zwecke dieser Bestimmung bezeichnet der Begriff "**öffentliches Angebot**" in Bezug auf Schuldverschreibungen in jedem Maßgeblichen Mitgliedstaat eine Mitteilung in jedweder Form und auf jede Art und Weise, die ausreichende Informationen über die Angebotsbedingungen und die anzubietenden Schuldverschreibungen enthält, um einen Anleger in die Lage zu versetzen, sich für den Kauf oder die Zeichnung dieser Schuldverschreibungen zu entscheiden. Der Begriff "**öffentliches Angebot**" kann je nach den durch den jeweiligen Mitgliedsstaat ergriffenen Maßnahmen zur Umsetzung der Prospektrichtlinie variieren; der Begriff "**Prospektrichtlinie**" bezeichnet die Richtlinie 2003/71/EG und umfasst die maßgeblichen Umsetzungsmaßnahmen der einzelnen Maßgeblichen Mitgliedstaaten.

Vereinigtes Königreich

Jeder Anbieter hat zugesichert und sich verpflichtet, und von jedem künftigen im Zusammenhang mit einer Emission von Schuldverschreibungen bestellten Anbieter wird verlangt, zuzusichern und sich zu verpflichten, dass er:

- in Bezug auf Schuldverschreibungen, deren Laufzeit kürzer als ein Jahr ist, (i) eine Person ist, die im Rahmen ihrer gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (für eigene oder fremde Rechnung) mit dem Erwerb, dem Halten, der Verwaltung oder der Veräußerung von Vermögensanlagen für ihre Geschäftszwecke befasst ist, und (ii) Schuldverschreibungen nur Personen angeboten oder verkauft hat und anbieten oder verkaufen wird, die im Rahmen ihrer gewöhnlichen Ge-

schäftstätigkeit (für eigene oder fremde Rechnung) mit dem Erwerb, dem Halten, der Verwaltung oder der Veräußerung von Vermögensanlagen für ihre Geschäftszwecke befasst sind oder an solche Personen, bei denen ein begründeter Anlass zur Annahme besteht, dass sie Vermögensanlagen (für eigene oder fremde Rechnung) für ihre Geschäftszwecke erwerben, halten, verwalten oder veräußern werden, wenn die Emission der Schuldverschreibungen andernfalls einen Verstoß der Emittentin gegen Abschnitt 19 des Financial Services and Markets Act ("FSMA") darstellen würde.

- lediglich Aufforderungen oder Anreize zur Ausübung einer Anlagetätigkeit weitergegeben oder deren Weitergabe veranlasst hat und weitergeben und veranlassen wird (im Sinne von Abschnitt 21 FSMA), die er im Zusammenhang mit der Emission oder dem Verkauf von Schuldverschreibungen unter solchen Umständen erhalten hat, unter denen Abschnitt 21 (1) FSMA nicht auf die Emittentin anwendbar wäre, falls die Emittentin keine berechnigte Person wäre; und
- bei sämtlichen Handlungen, die er im Hinblick auf die Schuldverschreibungen im oder vom Vereinigten Königreich aus vorgenommen hat oder die auf sonstige Weise das Vereinigte Königreich betreffen, alle anwendbaren Vorschriften des FSMA eingehalten hat und einhalten wird.

Vereinigte Staaten von Amerika

Die Schuldverschreibungen sind nicht und werden nicht gemäß dem United States Securities Act von 1933 in der jeweils gültigen Fassung (der "**Securities Act**") registriert. Sie dürfen und werden weder in den Vereinigten Staaten noch an US-Personen oder für deren Rechnung oder zu deren Gunsten angeboten oder verkauft werden, sofern keine Ausnahme von den Registrierungserfordernissen des Securities Act vorliegt. Die in diesem Absatz verwendeten Begriffe haben die in Regulation S des Securities Act festgelegte Bedeutung.

Jeder Zertifikatsinhaber und jeder sonstige Anbieter sichert zu und verpflichtet sich (und von jedem künftig bestellten Anbieter wird verlangt, zuzusichern und sich zu verpflichten), dass er - soweit dies nicht ausdrücklich zugelassen ist - keine Schuldverschreibungen (i) zu irgendeinem Zeitpunkt als Teil seines Vertriebs und (ii) auf sonstige Weise vor dem Ablauf von 40 Tagen nach Abschluss des Vertriebs von sämtlichen solcher Schuldverschreibungen in den Vereinigten Staaten an US-Personen oder für Rechnung oder zugunsten von US-Personen anbieten, verkaufen oder liefern wird und dass er jedem Erwerber, an den er diese Schuldverschreibungen während der Platzierungsfrist (*distribution compliance period*) verkauft, eine Bestätigung oder sonstige Anzeige übermittelt haben wird, in der die Angebots- oder Verkaufsbeschränkungen mit Blick auf diese Schuldverschreibungen in den Vereinigten Staaten oder an US-Personen oder für Rechnung oder zugunsten von US-Personen dargelegt sind. Vor dem Ablauf von 40 Tagen nach Abschluss des Vertriebs von sämtlichen dieser Schuldverschreibungen kann ein Angebot oder Verkauf solcher Schuldverschreibungen innerhalb der Vereinigten Staaten durch einen Anbieter (unabhängig davon, ob er am Angebot der Schuldverschreibungen teilnimmt oder nicht) gegen die Registrierungserfordernisse des Securities Act verstoßen.

13. **HISTORISCHE FINANZINFORMATIONEN**

**IFRS- Konzernbericht 2007
der Stadtsparkasse Düsseldorf**

Die Stadtsparkasse Düsseldorf ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband angeschlossen.



**Stadtsparkasse
Düsseldorf**
Gegründet 1825

Inhaltsverzeichnis

Konzernlagebericht	6
A. Darstellung der Geschäftsentwicklung	6
B. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	20
C. Nachtragsbericht	26
D. Risikobericht	28
E. Prognosebericht	51
Konzern Gewinn- und Verlustrechnung nach IFRS	56
Konzernbilanz nach IFRS	57
Aufstellung der erfassten Aufwendungen und Erträge	58
Kapitalflussrechnung	60
Konzernanhang (Notes)	63
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	63
[1] Allgemeine Angaben zum Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf	63
[2] Grundlagen der Rechnungslegung	63
[3] Entsprechenserklärung mit den IFRS	64
[4] Erstanwendung der IFRS	64
[5] Risikoberichterstattung nach IFRS 7	66
[6] Angewandte IFRS	67
[7] Konsolidierungsgrundsätze	68
[8] Konsolidierungskreis	69
[9] Unternehmenszusammenschlüsse im Berichtsjahr	71
[10] Rechnungslegungsannahmen und Schätzungen	71
[11] Finanzinstrumente	72
Kategorisierung	72
Erläuterung der Bewertungsmaßstäbe	75
Ausweis des Zinsergebnisses aus Finanzinstrumenten	76
Risikovorsorge für finanzielle Forderungen der Kategorie LAR	77
Finanzanlagen	78
Verbriefte Verbindlichkeiten	78
Ansatz und Abgang	79
Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes	79

Eingebettete Derivate	79
Hedge Accounting	79
Angaben gemäß IFRS 7	80
[12] Ertragsrealisierung	80
[13] Währungsumrechnung	80
[14] Immaterielle Vermögenswerte	81
[15] Sachanlagen.....	81
[16] Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.....	82
[17] Leasinggeschäft	83
[18] Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen.....	83
Unmittelbare Verpflichtungen aus Pensionszusagen	83
Mittelbare Verpflichtungen aus Pensionszusagen.....	84
[19] Sonstige Rückstellungen	85
[20] Finanzgarantien	86
[21] Nachrangige Verbindlichkeiten	86
[22] Ertragsteuern.....	86
[23] Fremdkapitalkosten	87
Erstanwendung der IFRS – Überleitungsrechnungen.....	88
Eigenkapitalüberleitungsrechnung zum 01. Januar 2006	88
Eigenkapitalüberleitungsrechnung zum 31. Dezember 2006.....	89
GuV-Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2006	90
Erläuterung der Überleitungsrechnungen.....	91
Erläuterungen zur Konzern Gewinn und Verlustrechnung	94
[24] Zinsüberschuss	94
[25] Risikovorsorge im Kreditgeschäft.....	95
[26] Provisionsüberschuss.....	96
[27] Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften	96
[28] Handelsergebnis.....	96
[29] Finanzanlageergebnis	97
[30] Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	98
[31] Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	99
[32] Sonstige betriebliche Erträge.....	99
[33] Sonstige betriebliche Aufwendungen	100
[34] Steueraufwand / 2007: Steuerertrag	100
Segmentberichterstattung	102

Erläuterungen zur Konzern-Bilanz.....	114
[35] Barreserve.....	114
[36] Forderungen an Kreditinstitute.....	114
[37] Forderungen an Kunden.....	115
Kreditvolumen.....	115
[38] Risikovorsorge.....	116
[39] Sicherungsderivate.....	118
[40] Handelsaktiva.....	119
[41] Finanzanlagen.....	120
[42] Anteile an assoziierten Unternehmen.....	121
[43] Sachanlagen.....	122
[44] Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien.....	123
[45] Immaterielle Vermögenswerte.....	123
[46] Steueransprüche aus laufenden Steuern.....	124
[47] Steueransprüche aus latenten Steuern.....	124
[48] Sonstige Aktiva.....	124
[49] Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.....	125
[50] Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.....	125
[51] Handelspassiva.....	126
[52] Verbriefte Verbindlichkeiten.....	126
[53] Rückstellungen.....	127
[54] Steuerverpflichtungen aus laufenden Steuern.....	129
[55] Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern.....	129
[56] Nachrangige Verbindlichkeiten.....	129
[57] Sonstige Passiva.....	130
[58] Eigenkapital und Gewinnverwendung.....	131
Sonstige Angaben.....	132
[59] Risikomanagement.....	132
[60] Kapitalmanagement.....	136
[61] Eventualschulden und andere Verpflichtungen.....	138
[62] Angaben zu Leasingverhältnissen.....	139
[63] Restlaufzeitengliederung für finanzielle Verpflichtungen.....	140
[64] Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten.....	142
[65] Angaben nach IFRS 7.28.....	142
[66] Nettoergebnis je Bewertungskategorie nach IAS 39.....	143
[67] Wertpapierpensionsgeschäfte.....	143
[68] Wertpapierleihegeschäfte.....	143

[69] Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte	144
[70] Pfandbriefemission / Deckungsrechnungen	145
[71] Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen	146
[72] Bezüge und Kredite der Organe sowie der nahe stehenden Personen	147
[73] Anteilsbesitzliste	148
[74] Patronatserklärungen	151
[75] Durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer	151
[76] Abschlussprüferhonorare	151
[77] Verwaltungsrat	152
[78] Vorstand	153
Bilanzzeit	154
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	155

Konzernlagebericht

A. Darstellung der Geschäftsentwicklung

Konjunktur und wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsjahr 2007

2007 war für die wirtschaftliche Entwicklung ein gutes Jahr – für den Standort Deutschland, vor allem aber auch für die Metropolregion Düsseldorf. Die Konjunktur zeigte sich robust, die deutsche Wirtschaft ist kräftig gewachsen. Hatte die Wachstumsrate 2006 2,9 Prozent betragen, erhöhte sich im abgelaufenen Jahr das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2,5 Prozent. Preis- und kalenderbereinigt nahm das BIP um 2,6 Prozent zu – 2007 gab es 1,6 Arbeitstage weniger als im Jahr zuvor. Der Aufschwung hat sich trotz Anhebung der Mehrwertsteuer sowie einiger belastender Faktoren aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld wie gestiegene Ölpreise, Abschwächung des US-Dollars, die Immobilienkrise in den USA sowie die Finanzmarktturbulenzen in 2007 insgesamt kräftig fortgesetzt.

Trotz starkem Euro sorgte einmal mehr die Auslandsnachfrage für die stärksten Wachstumsimpulse (1,4 Prozent). Die Impulse seitens der Binnennachfrage fielen dagegen schwächer als im Vorjahr aus. Dies resultierte vor allem aus den privaten Konsumausgaben. Sie gaben trotz der guten Arbeitsmarktentwicklung und des beschleunigten (Brutto-)Lohnzuwachses nach und bremsten das Wirtschaftswachstum. Dabei wirkte sich die Mehrwertsteuererhöhung zu Beginn des Jahres negativ auf den Konsum aus. Die gestiegenen Energiepreise taten ein Übriges, um die private Konsumlust zu dämpfen.

Kräftige Preissteigerung bei Lebensmitteln und verteuerte Energiepreise ließen die Inflation stärker als in den vergangenen Jahren ansteigen. Im Jahresdurchschnitt kletterten die Verbraucherpreise um 2,2 Prozent nach 1,6 Prozent im Vorjahr.

Die günstige Konjunktur hat die Lage auf dem Arbeitsmarkt in 2007 erneut stark verbessert. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl lag bei 3,77 Millionen Menschen. Damit waren über das gesamte Jahr 2007 gesehen über 700.000 Menschen mehr in Beschäftigung als in 2006. Die Arbeitslosenquote ist im Jahresdurchschnitt 2007 auf 9,0 Prozent gesunken und lag damit 1,8 Prozent-Punkte unter dem Vorjahreswert.

Die Konjunkturberichte der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf und der Handwerkskammer Düsseldorf belegen die gute wirtschaftliche Lage der Unternehmen in der Metropolregion Düsseldorf im Berichtsjahr. Bis in den Herbst – als sich infolge der US-amerikanischen Immobilienkrise die Konjunkturerwartungen in bundesweiten Befragungen deutlich

eintrübten – meldeten beide Kammern von ihren Unternehmen noch überwiegend gute Geschäftsaussichten. Der IHK-Konjunkturklimaindex kletterte im Herbst 2007 auf einen neuen Rekordwert. Als besonders robust erwies sich die Konjunktur in der Industrie und im Dienstleistungsgewerbe. Das Konjunkturbarometer im rheinischen Handwerk wies den höchsten Wert seit 1994 aus. Den Aufschwung im Handwerk trugen vor allem technikgeprägte Handwerksbranchen: allen voran die Zulieferer und der Ausbausektor. Zu einer echten Gefahr für Wachstum und Konjunktur hat sich inzwischen der Fachkräftemangel entwickelt. Selbst an einem attraktiven Standort wie Düsseldorf haben viele Unternehmen Schwierigkeiten, die geeigneten, qualifizierten Mitarbeiter zu finden. Besonders betroffen ist dabei das Segment ‚Verarbeitendes Gewerbe/Industrie‘. Hier suchte nach Auskunft der IHK Düsseldorf fast jeder zweite Betrieb im Großraum der NRW-Landeshauptstadt Fachkräfte.

Erfreulich entwickelten sich erneut die Zahlen auf dem Arbeitsmarkt in Düsseldorf: Zum Jahresende 2007 waren 48.734 Menschen arbeitslos gemeldet. Damit sank die Arbeitslosenquote in der Landeshauptstadt von 10,9 Prozent in 2006 auf 9,7 Prozent. Auf der anderen Seite wuchs die Zahl der offenen Stellen um 12,0 Prozent auf über 7.700 Stellen. Jobmotor war wieder einmal der Mittelstand.

Branchensituation

Ab Mitte 2007 traten infolge von Problemen am Markt für zweitklassige Hypothekenkredite in den USA (Subprime Mortgages) erhebliche Verwerfungen an den internationalen Finanzmärkten auf. Sie stellen seither für das globale Finanzsystem eine ernsthafte Belastungsprobe dar. Diese Turbulenzen sorgen seit Monaten für einen Vertrauensverlust der Investoren an den Märkten. Ausgangspunkt waren stagnierende bzw. fallende Immobilienpreise in den USA, während zugleich eine schnell wachsende Zahl an Kreditnehmern ihre Kreditraten für die Hypotheken nicht mehr bezahlen konnten. Zunächst waren davon vor allem Subprime-Kredite betroffen, also Kredite, die überwiegend an Kreditnehmer mit niedriger Bonität vergeben wurden. In der Folge gerieten auch am Bankenplatz Düsseldorf Kreditinstitute in Existenz bedrohende Krisen, da sie ihre angekauften Forderungen nicht mehr am Geldmarkt refinanzieren konnten.

Trotz der erheblichen Herausforderungen hat das deutsche Banken- und Finanzsystem seine Stabilität und Funktionsfähigkeit auch unter deutlich verschlechterten Rahmenbedingungen unter Beweis gestellt. Nach den bislang veröffentlichten Zahlen der großen deutschen Kreditinstitute ist in 2007 der Einzelwertberichtigungsbedarf gestiegen.

Die Entwicklung der Marktrisiken der deutschen Banken ist insgesamt ausgewogen. Stress-tests belegen, dass Zinsänderungsrisiken sowohl für große, als auch für mittlere und kleine Banken zurückgegangen sind. Dagegen sind die risikoadjustierten Ergebnisse im Eigenhandel der Kreditbanken und Zentralinstitute infolge der Verwerfungen an den Kreditmärkten im dritten und vierten Quartal 2007 stark rückläufig.

Insgesamt hat sich die Risikotragfähigkeit des deutschen Bankensystems auf hohem Niveau stabilisiert. Mittelfristig bestehen allerdings nicht unerhebliche Ertragsrisiken, wengleich aus unterschiedlichen Gründen: Große, international tätige Institute müssen mit möglicherweise längerfristigen Rückwirkungen der Finanzmarkturbulenzen auf die Ertragsergiebigkeit einzelner volatiler Komponenten rechnen. Kleine, eher regional tätige Institute sind hingegen nicht direkt von der Subprime-Krise betroffen. Diese Institute, deren Ertragslage vorwiegend vom Zinsertrag abhängt, sind aber weiterhin mit einem – strukturellen wie zyklischen – Rückgang ihrer Zinsüberschüsse konfrontiert. Ungeachtet dessen liegen aber die Einschätzungen aus umfassenderen Bankbewertungsmodellen für die Primärinstitute der Verbände auf einem weiterhin vergleichsweise hohen Niveau. Dies unterstreicht die Stabilität dieser Bankengruppe.

Geschäftliche Entwicklung des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf

Der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf blickt auf ein zufrieden stellendes Geschäftsjahr 2007 zurück. Er behauptete am wettbewerbsintensiven Bankenplatz Düsseldorf seine starke Marktposition. Der Konzern hat in einer schwierigen Zeit Stärke und Widerstandsfähigkeit bewiesen. Gegenüber den Vergleichssparkassen im rheinischen Verbandsgebiet weist er ein überdurchschnittliches Geschäftswachstum aus. Diesen Erfolg schreiben wir vor allem dem Vertrauen unserer Kunden zu. Zugleich ist er auch der Arbeit unserer kompetenten und engagierten Mitarbeiter geschuldet.

Die Ergebnisentwicklung war stark geprägt von der flachen Zinsstrukturkurve, die nur in geringem Maße Fristentransformationserlöse zuließ. Dennoch verzeichnete der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf ein weiterhin hohes Ertragsniveau.

Die Bilanzsumme stieg um 5,0 % auf 13,6 Mrd. Euro (Vorjahr: 12,9 Mrd. Euro). Wachstumsträger waren die Kundenforderungen mit einem Bestandszuwachs von 781 Mio. Euro oder + 10,4 %. Das Wachstum liegt erneut erheblich über den Quoten vergleichbarer Sparkassen im rheinischen Verbandsgebiet.

Geschäftsentwicklung des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf	2006	2007	Veränderungen	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Bilanzsumme	12.918	13.564	+ 646	+ 5,0
Kredite an Kunden	7.507	8.288	+ 781	+ 10,4
Risikovorsorge (incl. Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten)	-229	-192	- 37	- 16,2
Kundeneinlagen ohne Nachrangkapital	6.445	6.967	+ 522	+ 8,1
Eigenkapital	1.066	1.155	+ 89	+ 8,3
davon: Bilanzgewinn	118	72	- 46	- 39,2
Mitarbeiter	2.195	2.213	+ 18	

Kreditgeschäft

Das Kreditneugeschäft entwickelte sich erfreulich. Erneut lag es über dem bereits hohen Niveau des Vorjahres. Wir haben Kredite über 1,564 Milliarden Euro neu zugesagt. Im Vorjahr hatte die Summe an Kreditzusagen 1,409 Milliarden Euro betragen. Gegenüber dem bereits starken Vorjahr ist dies ein Zuwachs von 11 Prozent. Insgesamt stieg das Kreditvolumen um 10,4 Prozent oder 781 Millionen Euro auf 8.288 Milliarden Euro. Besonders dynamisch entwickelte sich vor dem Hintergrund der positiven Konjunktur das gewerbliche Kreditgeschäft. An Firmenkunden und Institutionelle Kunden haben wir neue Darlehen in Höhe von 1,123 Milliarden Euro vergeben (Vorjahr: 858 Millionen Euro). Dies entspricht einem Wachstum von sehr guten 31 Prozent. Positiv für die Konjunkturaussichten: Der Schwerpunkt der Kreditvergabe lag bei den Investitionsdarlehen. Im Berichtszeitraum registrierten wir bei Unternehmen aller Branchen einen wachsenden Bedarf nach ergänzenden Finanzierungsformen wie Leasing und individuellen Lösungen über strukturierte Produkte.

Das Kreditgeschäft mit unseren Privatkunden weist im Vergleich zum starken Vorjahr eine rückläufige Tendenz auf. Das Neugeschäft fiel um 20 Prozent auf 441 Millionen Euro. Der Rückgang resultiert ganz wesentlich daraus, dass geringere Darlehensmittel für den Wohnungsbau vergeben wurden. Die Zusagen lagen mit 316 Millionen Euro um 20 Prozent unter dem sehr hohen Vorjahreswert von 395 Millionen Euro. Dieser ist begründet gewesen durch Mitnahmeeffekte der Kunden als Folge der Streichung der Wohnungsbauförderung. Deutliche Zuwächse verzeichnete das Konsumentenkreditgeschäft. Hier stieg die Vergabe neuer Kredite um 9,8 Prozent auf 67 Millionen Euro (Vorjahr: 61 Millionen Euro).

Kreditgeschäft	2006	2007	Veränderungen	
			Mio. EUR	in %
Kreditvolumen in Mio. EUR				
Forderungen an Kunden	7.194	7.925	731	10,2
Eventualverbindlichkeiten	313	363	50	16,0
Kredite an Kunden	7.507	8.288	781	10,4

Beteiligungen

Im Jahr 2007 konnten die Beteiligungen, die Anteile an assoziierten Unternehmen und die Anteile an Tochterunternehmen der Stadtsparkasse Düsseldorf weiter ausgeweitet werden. Von besonderer Bedeutung sind die Beteiligungen am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und an der RW Holding AG. Der RSGV ist u. a. Anteilseigner der Provinzial Rheinland, der WestLB AG sowie der Landesbausparkasse LBS West. Das Volumen stieg insgesamt um 106,2 Mio. Euro auf 473,4 Mio. Euro.

Im Berichtsjahr beteiligte sich die Stadtsparkasse Düsseldorf mit 47,8 Millionen Euro über die „Erwerbsgesellschaft der -Finanzgruppe mbH & Co. KG“ an der Landesbank Berlin Holding AG. Des Weiteren wurde das Investment in Fonds seitens der Equity Partners GmbH (EP) um 39,4 Mio. Euro ausgeweitet. Weitere Zuwächse ergaben sich u. a. aus der positiven Fair Value Änderung in Höhe von 5,2 Mio. Euro bei der RW Holding AG und einer Aufstockung der Beteiligung an der RSL Rheinische Sparkassen Leasing Beteiligungsges. mbH & Co. KG.

Als Beteiligungsunternehmen hält die -Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH (-KBG) für die Stadtsparkasse Düsseldorf Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften und nimmt vor allem Überwachungsaufgaben (Controlling und Risikosteuerung der Beteiligungen) wahr.

Die Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften der -KBG üben ihre Tätigkeiten in den drei Geschäftsbereichen Beteiligungen, Immobilien und Near Banking aus.

Die im Geschäftsjahr 2007 neu investierten Mittel wurden weitestgehend der Equity Partners GmbH (EP), einer 100 %igen Tochter der -KBG, insbesondere für Private Equity-Investments, zur Verfügung gestellt.

Die Vermögenswerte der Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften des -KBG-Teilkonzerns sind zu 74 % im Bereich Beteiligungen investiert, 6 % sind im Immobilienbereich und 20 % im Bereich Near Banking angelegt.

Die Entwicklung in den drei Geschäftsbereichen der -KBG wird im Folgenden dargestellt.

Geschäftsbereich Beteiligungen

Das kommerzielle, renditeorientierte Beteiligungsgeschäft des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf wird im Wesentlichen von der Equity Partners GmbH (EP) wahrgenommen. Die EP ist im Private Equity Markt tätig und investiert in zwei Bereiche: Unternehmensbeteiligungen und Investments in Vermögensmassen (Private Equity Fondsinvestments).

Die EP hat ihre Finanzanlagen insbesondere im Bereich des Investments in Vermögensmassen deutlich ausgeweitet. Die Gesellschaft und ihr Finanzanlagenportfolio befinden sich weiterhin in der Aufbau- bzw. Investitionsphase.

Das Portfolio entwickelte sich insgesamt planmäßig.

Das Geschäftsjahr der Equity Partners GmbH (EP) war operativ wesentlich durch den weiteren Ausbau des Portfolios geprägt. Im Bereich der Fondsinvestments konnte EP ihre Stellung als professioneller Marktteilnehmer weiter verbessern und Zugang zu zahlreichen, aussichtsreichen Fonds erlangen. Das Portfolio der Direktbeteiligungen entwickelte sich im Wesentlichen planmäßig. Im Fondsgeschäft wurden im abgelaufenen Jahr dreizehn neue Investments mit einem Zeichnungsvolumen i.H.v. 110,5 Mio. Euro neu eingegangen. Damit ergibt sich ein mit dem Stichtagskurs umgerechnetes Zusagevolumen von insgesamt 386,9 Mio. Euro, das auf 44 Private Equity Anlageprogramme verteilt ist. Die einzelnen Zeichnungen erfolgen in EURO, US-Dollar und Dänische Kronen. Aufgrund der Portfolioausweitung hat sich der Fair Value der Fondsinvestments um 49,3 Mio. Euro auf 131,4 Mio. Euro zum 31.12.2007 erhöht.

Nach den zwei operativ über den Erwartungen liegenden Geschäftsjahren 2005 und 2006 wurde das Ergebnis des Geschäftsbereiches Beteiligungen im Geschäftsjahr 2007 aufgrund der kurzen Aufstellungsfrist des Konzernabschlusses ganz wesentlich durch die Anwendung der Regelungen zur Erfassung von Beteiligungserträgen geprägt. Diese sind nur unter bestimmten Voraussetzungen phasengleich erfolgswirksam zu erfassen. Daher konnten von den insgesamt 9,6 Mio. Euro der EP zuzurechnenden Erträge von Private Equity Fonds nur 1,8 Mio. Euro ergebniswirksam für das Jahr 2007 vereinnahmt werden.

Das Vorsteuerergebnis des Geschäftsbereiches Beteiligungen ging von 3,1 Mio. Euro auf 0,4 Mio. Euro zurück.

Geschäftsbereich Immobilien

Die -Immobilienbeteiligungsgesellschaft mbH (-IBG) hält als Holdinggesellschaft für den Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf Beteiligungen im Bereich der Immobilienwirtschaft. Bei den Beteiligungsgesellschaften handelt es sich in der Regel um Projektgesellschaften, die nur für einen definierten Zeitraum gehalten werden sollen.

Das Vorsteuerergebnis des Geschäftsbereiches Immobilien beträgt – 1,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro). Planmäßig wurde die Deinvestition des Geschäftsfeldes Immobilien weiter fortgeführt. Eine Beteiligung der -IBG konnte im Jahre 2007 mit einem Buchgewinn veräußert werden. Die Geschäftsführung geht aufgrund aktueller Anfragen und Verhandlungen davon aus, das in dem Geschäftsjahr 2008 ein Grundstück, das in der Konzernbilanz als Umlaufvermögen unter den sonstigen Aktiva ausgewiesen wird, veräußert werden kann. Durch die ungünstige Entwicklung bei einer Projektgesellschaft ist mit einer Inanspruchnahme aus einer der Stadtsparkasse Düsseldorf gegebenen Haftungserklärung i.H.v. 1,2 Mio. Euro zu rechnen. Die hierfür gebildete Rückstellung, die im Konzernabschluss eliminiert wurde, trug wesentlich zu dem negativen Ergebnis bei.

Geschäftsbereich Near Banking

Der Geschäftsbereich Near Banking umfasst zum einen die 100 %igen Tochtergesellschaften -Online - Service Düsseldorf GmbH (-OL), die für die Stadtsparkasse Düsseldorf u. a. ein Servicezentrum sowie ein Callcenter betreibt, und zum anderen die -Finanz Services Düsseldorf GmbH (FSD), die hauptsächlich Lebensversicherungen und Bausparverträge vermittelt.

Die Ausweitung des restlichen Portfoliobestandes erfolgte durch Teilnahme an einer Kapitalerhöhung in Höhe von 2,5 Mio. Euro bei einer Beteiligung. Bei einer anderen Beteiligung wurde hingegen eine Abschreibung auf den Buchwert um 0,5 Mio. Euro erforderlich. Insgesamt stiegen die Umsatzerlöse für den Geschäftsbereich Near Banking des Konzerns um 9,4 % auf 8,4 Mio. Euro. Das Vorsteuerergebnis verringerte sich von 1,5 Mio. Euro auf 0,8 Mio. Euro.

Einlagengeschäft im Konzern

Einlagengeschäft Kundeneinlagen ohne Nachrangkapital in Mio. EUR	2006	2007	Veränderungen	
			Mio. EUR	in %
Spareinlagen	1.863	1.786	-77	-4,1
Sicht- und Termineinlagen	3.488	4.002	514	14,7
verbriefte Verbindlichkeiten	802	893	91	11,3
Sonstige	292	286	-6	-2,0
	6.445	6.967	522	8,1

Im Berichtszeitraum verbuchte die Stadtsparkasse Düsseldorf hohe Zuwächse im Einlagengeschäft. Insgesamt stiegen die Kundeneinlagen (ohne Nachrangkapital) um 8,1 Prozent – das entspricht 522 Mio. Euro – auf 6.967 Mio. Euro (Vorjahr: 6.445 Mio. Euro). Die Wachstumsquote liegt deutlich über der Quote der Vergleichssparkassen im rheinischen Verbandsgebiet. Zwischen den einzelnen Anlageformen kam es zu erheblichen Umschichtungen: Während die Spareinlagen um 4,1 Prozent auf 1.786 Mio. Euro zurückgingen (Vorjahr: 1.863 Mio. Euro), stiegen die Sicht- und Termineinlagen um fast 15 Prozent auf 4.002 Mio. Euro (Vorjahr: 3.488 Mio. Euro).

Wertpapierkommissionsgeschäft

Umsatzentwicklung Wertpapierkommissions- geschäft in Mio. EUR	2006	2007
Festverzinsliche Wertpapiere	581	257
Aktien	364	864
Investmentfonds	621	901
Gesamtumsatz	1.566	2.022

Mit einem erfreulichen Plus von 22 Prozent beendete der Deutsche Aktienindex DAX das Börsenjahr 2007. Es war das fünfte Jahr infolge, das der DAX mit deutlichen Zuwächsen geschlossen hat. Die Zinserhöhungen der Europäischen Zentralbank haben den Renten-

markt negativ beeinflusst. Unter zum Teil starken Schwankungen notierten die meisten Papiere schwächer. Die Umlaufrendite öffentlicher Anleihen stieg auf 4,34 Prozent.

Der Gesamtumsatz im Wertpapierkommissionsgeschäft betrug 2.022 Mio. Euro (Vorjahr: 1.566 Mio. Euro). Aufgrund des lange Zeit freundlichen Börsenumfeldes stiegen die Umsätze in Aktien um 500 Mio. Euro auf 864 Mio. Euro (Vorjahr: 364 Mio. Euro). Ebenfalls steigende Umsätze können wir bei den Investmentfonds vermelden: Sie kletterten von 621 Mio. Euro in 2006 auf 901 Mio. Euro in 2007. Deutlich abgeschwächt zeigte sich hingegen die Nachfrage nach festverzinslichen Wertpapieren. Der Umsatz ging von 581 Mio. Euro in 2006 auf 257 Mio. Euro zurück.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Die Stadtsparkasse Düsseldorf unterzieht sich zusätzlich zu dem Gruppenrating (Floor-Rating), das den Verbund der öffentlich-rechtlichen Banken insgesamt bewertet, jährlich einem externen, individuellen Ratingverfahren.

Erstmals wurde durch Moody's im Februar 2005 das Emittenten-Rating der Stadtsparkasse Düsseldorf mit Aa3 bewertet und in 2006 bestätigt. Im Berichtsjahr hat Moody's die Bewertung des Emittenten-Ratings um zwei Stufen auf Aa1 heraufgesetzt. Mit dieser Beurteilung gehört das Haus zu den drei bundesweit am besten gerateten Banken. In der Begründung hat Moody's besonders hervorgehoben:

- die hohe Marktdurchdringung unseres Hauses im Privatkunden- und im Firmenkundengeschäft,
- das gute Risikomanagement,
- die solide Finanz- und Ertragsstärke,
- die hohe Eigenkapitalausstattung,
- die Einbindung in eine wirtschaftlich starke Region und einer wirtschaftlich starken Trägerin, der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Durch dieses gute Rating sichert die Stadtsparkasse Düsseldorf ihre Position als Emittent eigener Wertpapiere, die über den Kapitalmarkt platziert werden. Die Note belegt unsere Bonität gegenüber internationalen Investoren und erleichtert den Zugang zu institutionellen Anlegern. Diese verlangen aufgrund spezieller Anlagevorschriften vielfach vom Emittenten ein eigenes, externes Rating. Ein gutes Emittenten-Rating ist zudem die Voraussetzung, um sich am Kapitalmarkt günstiger refinanzieren zu können und ermöglicht attraktivere Margen im Kundengeschäft.

Aufgrund der allgemeinen Liquiditäts- und Vertrauenskrise infolge der Probleme am Markt für zweitklassige Hypothekenkredite in den USA (Subprime) waren im Konzern Abschreibungen auf Investments in Sondervermögen erforderlich, die kreditnahe Wertpapiere bzw. ABS-Strukturen enthalten. Die Auswirkungen der Subprime-Krise sind in den Notes-Angabe [29] dargestellt.

Personalbericht

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Das erfolgreiche Geschäftsjahr 2007 hat hohe Anforderungen an die Einsatzbereitschaft und die Flexibilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtsparkasse Düsseldorf gestellt. Besonders im persönlichen Kontakt mit unseren Kunden haben sie entscheidend das Bild unseres Hauses geprägt. Es hat eine lange Tradition bei uns, die persönliche und fachliche Entwicklung unserer Belegschaft intensiv zu fördern. Uns sind selbstbewusste, engagierte Mitarbeiter, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, äußerst wichtig. Denn das ist eine ganz entscheidende Voraussetzung, um die Wettbewerbsposition der Stadtsparkasse Düsseldorf an einem stark umkämpften Markt zu festigen und auszubauen. Dies ist uns im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht zuletzt wegen der ausgezeichneten Leistungen der Mitarbeiter gelungen.

Neben der fachlichen Wissensvermittlung stand auch in 2007 die systematische Entwicklung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Führungspositionen im Vordergrund. Zur weiteren Qualifikation bieten wir ihnen ein breites Spektrum an Fortbildungsmöglichkeiten. Neben dem praxisorientierten Training am Arbeitsplatz und einer Vielzahl hausinterner Qualifikationsmaßnahmen nutzen wir auch die umfangreichen Qualifizierungsangebote der Sparkassenorganisation sowie anderer externer Einrichtungen. So können wir sicher sein, dass die von uns eingesetzten Instrumente und Entwicklungsprogramme eine umfassende Vorbereitung auf die Übernahme einer Führungsverantwortung sicherstellen. Ein Schwerpunkt liegt nach wie vor in der beruflichen Erstausbildung, die auch die dualen Studiengänge mit einschließen.

Die tariflichen Möglichkeiten zu einer verstärkten erfolgsorientierten Vergütung haben wir aktiv genutzt. Ziel ist es, die Leistungskultur der Stadtsparkasse Düsseldorf weiter zu fördern. Jede Führungskraft verfügt über ein festes Budget, mit dem individuelle Erfolge der Leistungsträger honoriert werden. Wichtige Leistungsmerkmale dabei sind Zielerreichung, Arbeitsmenge, Zusatzaufgaben, Kundenzufriedenheit, Fehlervermeidung, Selbstständigkeit, Fach- und Sozialkompetenz sowie die Bereitschaft zum Lernen. Bei den Führungskräften werden u. a. unternehmerisches Denken und Handeln, Kommunikations- und Informationsverhalten sowie die Mitarbeiterförderung bewertet. Zudem haben wir attraktive Arbeitszeitmodelle weiterentwickelt, damit wir den Kundenbedürfnissen im Vertrieb noch besser entsprechen können.

Wie bereits in den vergangenen Jahren haben wir Instrumente der internen Stellenausschreibung sowie der regelmäßigen Mitarbeitergespräche im nötigen Umfang eingesetzt. Die nach

wie vor geringe Fluktuation sowie die gestiegene Bindung der Beschäftigten an das Unternehmen bestärken uns, den eingeschlagenen Weg einer mitarbeiterorientierten Unternehmensführung nach den Grundsätzen des Stakeholder Value Prinzips weiter zu entwickeln.

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Mitbestimmungsgremien haben wir fortgesetzt und die erforderlichen Veränderungen einvernehmlich umgesetzt.

Mit der Dienstvereinbarung „Leistungsanreize“ sowie der Verpflichtung des Vorstandes, zumindest bis Ende 2011 keine betriebsbedingten Kündigungen auszusprechen, stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtsparkasse Düsseldorf besser da als viele Branchenkollegen.

Der Vorstand dankt ausdrücklich allen Beschäftigten sowie den Mitbestimmungsgremien für die geleistete Arbeit.

2007 in Zahlen

Der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf ist einer der bedeutendsten Arbeitgeber im Wirtschaftsraum der Landeshauptstadt von NRW. Die hohe Anzahl qualifizierter Beschäftigungsverhältnisse ist ein sichtbarer Ausdruck der gesellschaftlichen Verantwortung unseres Hauses für die Region. Zum 31. Dezember 2007 beschäftigte der Konzern insgesamt 2.213 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 2.195), darunter 1.570 Vollzeitbeschäftigte (Vorjahr: 1.555), 553 Teilzeitbeschäftigte (Vorjahr: 548) und 90 Auszubildende (Vorjahr: 92).

Aufgrund der vorgezogenen Vertragsabschlüsse im Rahmen der Stichtagsregelung zum Altersgrenzenanpassungsgesetz Ende 2006 fiel das Interesse an einem frühzeitigen Ruhestand in 2007 mit 20 Neuabschlüssen erwartungsgemäß niedrig aus.

Im Vergleich zum Vorjahr haben wir im Jahr 2007 konzernweit deutlich mehr neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt: Wurden im Jahre 2006 lediglich zwölf externe Kolleginnen und Kollegen eingestellt, so waren es im abgelaufenen Geschäftsjahr 89. 47 der neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ihre Aufgabe bereits im Jahre 2007 bei uns aufgenommen, 42 neu eingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden im ersten und zweiten Quartal 2008 ihre Tätigkeit bei uns beginnen. Begründet ist diese deutliche Ausweitung in Strukturveränderungen und Geschäftsausweitungen des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf entsprechend unserer Unternehmensstrategie.

Herausragende Entwicklungen in der Stadtsparkasse Düsseldorf in 2007

Anfang 2007 konnten nach Durchführung von 60 Assessmentverfahren, 41 neue Positionen als Geschäftsstellenleitungen und 16 als Filialdirektoren mit eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfolgreich im Hause besetzt werden. Dies war die Voraussetzung, um die Geschäftsstellen zu insgesamt 18 neuen Filialbereichen zusammenzufassen. Den wachsenden Ansprüchen gegenüber den Filialdirektionen haben wir durch eine intensive Schulungsreihe sowie die Erlangung des „Führungsführerscheins“, bestehend aus einem dichten Programm an E-Learning-Bausteinen, Präsenzs Schulungen und begleitenden Coachings für alle Geschäftsstellenleitungen Rechnung getragen. Bisher gab es auf dem Markt kein vergleichbares Programm, um Mitarbeiter schnell und systematisch dazu zu befähigen, adäquat zu führen.

Familie wird bei der Stadtsparkasse Düsseldorf groß geschrieben: Im Jahr 2007 schloss der Vorstand mit dem Personalrat die Dienstvereinbarung „Teilzeit“ ab. Ziel ist es, die Mütter und Väter unter unseren Mitarbeitern bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu unterstützen. Ein Baustein bei der Realisierung dieses Ziels ist das Angebot von qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen. Dank der vielen Gestaltungsfreiräume der Vereinbarung können so sowohl die betrieblichen Interessen der Stadtsparkasse Düsseldorf und ihrer Kunden als auch die Anliegen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfüllt werden.

Eine besondere Herausforderung stellte die zum 17.10.2007 in Kraft getretene Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG NW) dar, die eine deutliche Veränderung der Mitbestimmung zum Inhalt hat. Dessen ungeachtet wird der Vorstand sein Informationsverhalten gegenüber dem Personalrat auf der Basis der langjährigen, vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit beibehalten.

B. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Aus dem Jahresüberschuss der Stadtsparkasse Düsseldorf ist eine Ausschüttung entsprechend § 28 Sparkassengesetz (SpkG NW) zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke an die Landeshauptstadt Düsseldorf als Trägerin der Sparkasse vorgesehen. Über die Höhe entscheidet der Rat der Stadt Düsseldorf auf Vorschlag des Verwaltungsrates. Der verbleibende Jahresüberschuss der Stadtsparkasse Düsseldorf wird in die Sicherheitsrücklage eingestellt werden. Diese Ausschüttung soll ebenso wie die Dotierung der Sicherheitsrücklage im Konzernabschluss nachvollzogen werden. Der Teil des Konzernjahresüberschusses, der weder ausgeschüttet noch in die Sicherheitsrücklage eingestellt wurde, wird den anderen Gewinnrücklagen zugeführt. Die Basis für die weitere Geschäftsausweitung ist somit gegeben.

Die Verordnung über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Instituten, Institutsgruppen und Finanzholding-Gruppen (Solvabilitätsverordnung SolvV) ist am 01. Januar 2007 in Kraft getreten. Darin sind die vorgegebenen europäischen Mindesteigenkapitalstandards der Baseler Eigenmittelempfehlung (Basel II) in nationales Recht umgesetzt worden. Sie ersetzt den bisherigen Grundsatz I und konkretisiert die in § 10 Kreditwesengesetz (KWG) geforderte Angemessenheit der Eigenmittel. Die Bestimmungen der SolvV wurden im Sinne einer verstärkt risikoorientierten Betrachtungsweise den modernen Standards angepasst und führen zu einer risikogerechteren Eigenmittelunterlegung. Danach müssen die Institute ihre Adressrisiken, ihr operationelles Risiko sowie ihre Marktpreisrisiken quantifizieren und mit Eigenmitteln unterlegen. Die geforderte Gesamtkapitalquote beträgt mindestens acht Prozent.

Übergangsweise hatten die Institute bis Ende 2007 die Möglichkeit, ihre Eigenkapitalanforderungen vollumfänglich weiterhin auf Basis des Grundsatzes I zu berechnen. Die Stadtsparkasse Düsseldorf ist mit Wirkung zum 01.10.2007 bereits vorzeitig auf die neuen Meldebestimmungen umgestiegen. Die erstmals per 31.12.2007 erhobene Relation der Eigenmittel zu den Risiken liegt bei 12,3 Prozent (Vorjahreswert auf Basis der Grundsatz I-Berechnung nach KWG: 12,1 Prozent) und damit deutlich über dem geforderten Mindestwert von acht Prozent. Die Verbesserung der Eigenkapitalauslastung resultiert in erster Linie aus der Zuführung des Bilanzgewinnes 2006 in die Sicherheitsrücklage sowie aus der erstmaligen

Berücksichtigung nicht realisierter Reserven in notierten Wertpapieren beim Ergänzungskapital. Somit ist die Kapitalbasis für eine weitere Geschäftsausweitung gegeben.

Wir haben die Eigenkapitalanforderungen des Kreditwesengesetzes (KWG) 2007 jederzeit eingehalten. Die letztmalig zum 30.09.2007 ermittelte Grundsatz I-Relation der anrechenbaren Eigenmittel zur Summe aus gewichteten Risikoaktiva und den Risiken aus Marktpreisveränderungen lag bei 12,1 Prozent. Im Laufe des Jahres bewegte sich diese Auslastung in einer Bandbreite zwischen 11,9 Prozent und 12,6 Prozent.

Unter Berücksichtigung der Zuführung des Konzernbilanzgewinnes 2007 in die Sicherheitsrücklage sowie die anderen Gewinnrücklagen und eines anhaltend dynamischen Kreditgeschäftes rechnet der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf für das Geschäftsjahr 2008 mit einer leicht verbesserten Eigenkapitalquote.

Die Forderungen an Kunden stellen mit 58 Prozent nach wie vor den bedeutendsten Einzelposten auf der Aktivseite der Bilanz dar (Vorjahr 56 Prozent). Auf der Passivseite halten die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 45 Prozent (Vorjahr 44 Prozent) sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 26 Prozent (Vorjahr 26 Prozent) den höchsten Anteil an der Bilanzsumme. Der Bilanzanteil der verbrieften Verbindlichkeiten verringerte sich im Geschäftsjahr 2007 u. a. aufgrund der Fälligkeit eines Hypotheken-Pfandbriefes in Höhe von 100 Mio. Euro auf 18 Prozent (Vorjahr 19 Prozent).

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer ausgewogenen und planvollen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Vorschriften der Bankenaufsicht über die Liquidität der Kreditinstitute waren immer erfüllt.

Wie in den Vorjahren haben wir das Angebot der Deutschen Bundesbank zu Refinanzierungsgeschäften in Form von Offenmarktgeschäften (Hauptrefinanzierungsgeschäfte) genutzt. Die bei der WestLB AG eingeräumte Kreditlinie haben wir nur tageweise beansprucht. Weitere bedeutende Refinanzierungsgeschäfte hat unser Haus nicht vorgenommen.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften unterhielt die Stadtsparkasse Düsseldorf entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank. Auch hier haben wir die vorgeschriebenen Mindestreserven stets in der erforderlichen Höhe unterhalten.

Hinsichtlich der Steuerung der Liquiditätsrisiken verweisen wir auf die Ausführungen im Risikobericht.

Ertragslage

Trotz eines unverändert intensiven Wettbewerbes am Bankenplatz Düsseldorf hat der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf auf Basis der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) erneut ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt. Der Jahresüberschuss beläuft sich auf 72 Mio. Euro und liegt damit deutlich unter dem Vorjahreswert von 118 Mio. Euro.

Der Zinsüberschuss bleibt weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf. Das Zinsergebnis inkl. des Ergebnisses aus assoziierten Unternehmen lag zum Bilanzstichtag bei 217 Mio. Euro (Vorjahr: 236 Mio. Euro). Wesentliche Faktoren für den Rückgang waren der intensive Preiswettbewerb, die Leitzinserhöhungen der Europäischen Zentralbank, die anhaltend flache Zinskurve sowie das Ergebnis aus assoziierten Unternehmen.

Der Rückgang des Zinsergebnisses konnte durch eine Verbesserung des Provisionsergebnisses teilweise kompensiert werden. Das Vorjahresergebnis stieg um 6,3 Prozent auf 67 Millionen Euro. Hauptträger des Wachstums waren das Wertpapierkommissionsgeschäft in Folge eines deutlich höheren Umsatzvolumens, das Auslandsgeschäft, das Vermittlungsgeschäft sowie der Giroverkehr.

Das Ergebnis aus designated as at fair value Geschäften betrug 21 Mio. Euro (Vorjahr: 55 Mio. Euro). Das Bewertungs- und Veräußerungsergebnis aus designierten Finanzanlagen war deutlich rückläufig. Der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf hat im Wesentlichen Aktienportfolien der "Fair Value Option" zugeführt. Deren Performance spiegelt im Wesentlichen die Entwicklung der jeweils für den Anlageschwerpunkt maßgeblichen Benchmark wider. Im Durchschnitt zeigte die Benchmark im Geschäftsjahr 2006 eine Performance von 14,5 % p. a., während im Geschäftsjahr 2007 lediglich eine Wertentwicklung von 2,4 % im Durchschnitt erreicht wurde.

Das negative Handelsergebnis vergrößerte sich aufgrund von Rückgängen im Devisen- und Derivatehandel auf -8 Mio. Euro (Vorjahr -1 Mio. Euro).

Das Finanzanlageergebnis war mit -12 Mio. Euro negativ (Vorjahr: Überschuss 19 Mio. Euro), da die Verkaufsverluste und die Wertminderungen aus Finanzvermögen die Verkaufsgewinne deutlich überstiegen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (10 Mio. Euro) verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 2 Mio. Euro. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 14 Mio. Euro geringfügig über dem Vorjahreswert (13 Mio. Euro).

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen inkl. der Abschreibungen auf Sachanlagen erhöhten sich um 11,5 % auf 233 Mio. Euro (Vorjahr: 209 Mio. Euro). Der Anteil der darin enthaltenen Personalaufwendungen sank gegenüber dem Vorjahr deutlich um 11 Mio. Euro, in erster Linie aufgrund eines im Vorjahr berücksichtigten Einmaleffektes. Darüber hinaus veränderten sich die Personalaufwendungen nur geringfügig.

Maßgeblich verantwortlich für den Anstieg der Verwaltungsaufwendungen waren die anderen Verwaltungskosten, die um 35 Mio. Euro auf 107 Mio. Euro stiegen. Davon entfallen insgesamt 31 Mio. Euro auf den Anteil der Stadtsparkasse Düsseldorf für die Aufstockung des Reservefonds durch den Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) zur Restrukturierung der WestLB AG.

Die sonstigen Erhöhungen resultieren in erster Linie aus der Anhebung der Umsatzsteuer per 01.01.2007 von 16 Prozent auf 19 Prozent sowie aus der verstärkten Inanspruchnahme von Dienstleistungen Dritter.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen, Immaterielle Vermögenswerte und Investment Properties gingen um 1 Mio. Euro auf 9 Mio. Euro zurück.

Das Gesamtergebnis der Erträge lag mit 295 Mio. Euro um 23,4 % unter dem Vorjahreswert. Die Summe der Aufwendungen verringerte sich um 16,8 % auf 223 Mio. Euro.

Die Cost-Income-Ratio (Relation Verwaltungsaufwand zu Zins-, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus DAFV und Handelsergebnis (jeweils ohne Bewertungsanteil) sowie Ergebnis aus assoziierten Unternehmen und sonstige betriebliche Erträge abzüglich sonstiger betrieblicher Aufwendungen) betrug 80% (Vorjahr: 68 %).

Für akute Ausfallrisiken wurden bei Forderungen an Kunden ausreichende Abschreibungen und Wertberichtigungen gebildet. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft betrug 7 Mio. Euro (Vorjahr: 34 Mio. Euro). Durch eine systematische Steuerung des Risikos erwarten wir eine weitere Reduzierung der Vorsorge.

Die sog. Subprime-Krise, von der der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf nicht direkt betroffen ist, zog eine allgemeine Liquiditäts- und Vertrauenskrise an den Kapitalmärkten nach sich, die sich unmittelbar auf die Erfordernisse an die Bewertung von kreditnahen Wertpapieren bzw. ABS-Strukturen auswirkte. Aus dieser Bewertung ergab sich ein Wertminderungsaufwand von 15,1 Mio. Euro.

Auch die Investments in zwei Publikumsfonds mit Verbriefungsstrukturen wurden im Einklang mit dem Positionspapier des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) vom 10.12.2007 bewertet. Nach den allgemeinen Impairment-Kriterien war jedoch keine erfolgswirksame Abschreibung erforderlich. Die Wertminderungen führten zu einer negativen Dotierung der Neubewertungsrücklage für Eigenkapitaltitel.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ergeben insgesamt einen Erstattungsanspruch in Höhe von 31 Mio. Euro (Vorjahr: Zahllast 11 Mio. Euro). Die hierin enthaltenen laufenden Steuern ergaben für das Geschäftsjahr einen Erstattungsanspruch in Höhe von 1 Mio. Euro (Vorjahr Zahllast 27 Mio. Euro), die latenten Steuern ergaben einen Steuerertrag in Höhe von 30 Mio. Euro (Vorjahr 16 Mio. Euro).

Der Jahresüberschuss des Konzerns beträgt 72 Mio. Euro (Vorjahr 118 Mio. Euro).

Ertragslage	2006	2007	Veränderungen	
	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	
Zinsüberschuss incl. dem Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	236	217	-	19
Provisionsüberschuss	64	67	+	3
Ergebnis aus designated as at fair value Geschäften	55	21	-	34
Handelsergebnis	- 1	8	-	7
Finanzanlageergebnis	19	12	-	31
Sonstige betriebliche Erträge	12	10	-	2
	385	295	-	90
Risikovorsorge	34	7	-	27
Personalaufwand	127	116	-	11
andere Verwaltungsaufwendungen	72	108	+	36
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Wirtschaftsgüter	10	9	-	1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	13	14	+	1
Steuern	11	31	-	42
Konzernjahresüberschuss	118	72	-	46

Über die Beiträge der einzelnen Geschäftsbereiche (Segmente) zum Konzernergebnis gibt die dem Konzernanhang beigefügte Segmentberichterstattung Auskunft.

C. Nachtragsbericht

1. Bildung einer Rückstellung zur Restrukturierung der WestLB über den Reservefonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Nach dem Beschluss des Reservefondsausschusses des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes vom 21. Januar 2008 wurde der WestLB Hilfen in Höhe von 500 Mio. Euro gewährt.

Der Reservefonds des RSGV setzt sich zusammen aus Barmitteln in Höhe von 250 Mio. Euro (Einzahlungssoll) und einer Nachschusspflicht bis zur Höhe des Gesamtvolumens von 500 Mio. Euro abzüglich der vor Erbringung der Hilfeleistung bereits vorhandenen Barmittel von zurzeit 102 Mio. Euro.

Die aktuelle Lage der WestLB lässt die Inanspruchnahme einer ersten Tranche von 250 Mio. Euro erwarten. Der auf die Stadtsparkasse Düsseldorf entfallende Betrag für den Aufstockungsbetrag der Barmittel beläuft sich – entsprechend dem aktuellen risikoorientierten Beitragschlüssel – auf 11,6 Mio. Euro.

Hierfür ist im Konzernjahresabschluss 2007 die Bildung einer entsprechenden Rückstellung erforderlich.

Bei möglicher Inanspruchnahme der zweiten Tranche in Höhe von 250 Mio. Euro beträgt der Anteil der Stadtsparkasse Düsseldorf für die Nachschusspflicht 19,2 Mio. Euro.

Mit Blick auf das Vorsichtsprinzip bei der Rückstellungsbemessung hat der Vorstand der Stadtsparkasse Düsseldorf mit Beschluss vom 29. Januar 2008 eine Rückstellung für den Gesamtbetrag (Aufstockung der Barmittel und Nachschusspflicht) in Höhe von 30,8 Mio. Euro für das Geschäftsjahr 2007 zur Restrukturierung der WestLB über den Reservefonds des RSGV gebildet.

2. Personelle Veränderungen im Vorstand der Stadtsparkasse Düsseldorf

Der Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Düsseldorf hat in einer Sondersitzung am 27. Februar 2008 folgende Beschlüsse entsprechend § 14 (2) SpkG NW in Verbindung mit § 18 (2) SpkG NW gefasst:

- Herr Heinz-Martin Humme wird mit sofortiger Wirkung aus seinem Amt als Mitglied und Vorsitzender des Vorstandes abberufen.
- Herr Karl-Heinz Stiegemann wird mit sofortiger Wirkung aus seinem Amt als Mitglied des Vorstandes abberufen. Das mit Herrn Stiegemann bestehende Dienstverhältnis wird fristlos aus wichtigem Grunde gekündigt.
- Herr Peter Fröhlich wird mit sofortiger Wirkung gem. § 14 (2)b SpkG NW bis zum 30. September 2008 zum Vorsitzenden des Vorstandes berufen.
- Herr Thomas Boots ist mit Wirkung zum 01. März 2008 als stellvertretendes Mitglied des Vorstandes gem. § 18 (2) SpkG NW für 5 Jahre bestellt.

Aufgrund einer Ermächtigung des Verwaltungsrates hat der Hauptausschuss der Stadtsparkasse Düsseldorf in seiner Sitzung am 31.03.2008 folgenden Beschluss entsprechend

§ 14 (2) SpkG NW gefasst:

Das mit Herrn Heinz-Martin Humme bestehende Dienstverhältnis wird fristlos aus wichtigem Grunde gekündigt.

Weitere Vorgänge besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

D. Risikobericht

Grundsätze

Das breite Spektrum unserer Geschäftsaktivitäten ist naturgemäß mit Risiken behaftet. Diese Risiken effektiv zu identifizieren, zu messen, zu aggregieren und zu steuern ist unerlässlich. Gleichzeitig sind die verschiedenen Geschäftsaktivitäten angemessen mit Eigenkapital zu unterlegen. Wir steuern unsere Risiken und unser Kapital mit Hilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen, die eng an den Tätigkeiten der jeweiligen Bereiche ausgerichtet sind.

Die in den Berichtsteilen Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, Liquiditätsrisiken und Operationellen Risiken angegebenen Quantifizierungen beziehen sich nur auf die Stadtsparkasse Düsseldorf. Hiermit wird ein Großteil der Risiken einschließlich des Potenzials in den Sondervermögen erfasst. Zu den Beteiligungsrisiken verweisen wir auf den gesonderten Abschnitt in diesem Bericht. Die Steuerung erfolgt auf Basis der Bilanzierungs- und Bewertungsregeln des deutschen Handelsrechts (HGB).

Organisation des Risikomanagements

Ziel des Risikomanagements der Stadtsparkasse Düsseldorf ist eine aktive Steuerung der Risikopositionen. Die Aufgaben des Risikomanagements nehmen der Gesamtvorstand, der Bilanzstrukturausschuss, der Geschäftsbereich Handel sowie die Stabsstelle Risikosteuerung wahr.

Der Gesamtvorstand legt die Konzernstrategie unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten fest. Er beschließt die Höhe des zulässigen Gesamtrisikokapitals sowie die Zuordnung zu den einzelnen Risikoarten, insbesondere die Verteilung auf Adress- und Marktpreisrisiken.

Die Steuerung der Adressenrisiken auf Kundenebene obliegt neben den Geschäftsbereichen Firmenkunden und Institutionelle sowie Immobilienkunden vor allem dem Zentralbereich Kredit (Marktfolge). In komplexen Einzelfällen entscheidet ein aus Markt und Marktfolge besetztes Kreditkomitee. Der Firmenkunden- und der Risikovorstand sind Mitglieder des Komitees.

Der wöchentlich tagende Bilanzstrukturausschuss (BSA) bereitet in Diskussion mit den Fachvorständen die Entscheidungen zur Steuerung der Marktrisikopositionen vor. Im BSA sind die Fachbereiche Geschäftsfeld Asset Management, Geschäftsbereich Handel (inkl. Treasury), Zentralbereich Strategische Planung/Koordination und die Stabsstelle Risikosteuerung

erung vertreten. Der Gesamtvorstand berät einmal wöchentlich über die Ergebnisse des BSA und trifft ggf. entsprechende Entscheidungen.

Monatlich findet im Gesamtvorstand eine umfassende Bilanzstruktursitzung statt, die ebenfalls zuvor im BSA behandelt wurde. Der Geschäftsbereich Handel setzt die gefassten Beschlüsse eigenverantwortlich um.

Hinsichtlich des Managements der Beteiligungsrisiken verweisen wir auf die Ausführungen zu den Beteiligungen.

Für die Steuerung der operationellen Risiken sind die Leiter der Geschäfts- und Zentralbereiche sowie insbesondere der Zentralbereich Organisation und die Stabsstelle Risiko- steuerung verantwortlich.

Risikocontrolling und -reporting

Das Risikocontrolling und -reporting liegt in der Zuständigkeit der Stabsstelle Risikosteuerung. Deren wesentliche Aufgabe liegt darin, ein Gesamtsystem sicherzustellen und weiterzuentwickeln, das alle mit der Geschäftstätigkeit der Stadtsparkasse Düsseldorf verbundenen Risiken quantifiziert und überwacht, über sie berichtet sowie Impulse zur Risikosteuerung gibt. Gegenstand der Risikosteuerung sind insbesondere sämtliche Marktpreis-, Adressen- und operationellen Risiken sowie sonstige Risiken wie beispielsweise Liquiditäts-, Beteiligungs- und Immobilienrisiken. Die Stabsstelle ist direkt dem Risikovorstand unterstellt.

Interne Revision

Die interne Revision unterstützt den Vorstand und die weiteren Führungsebenen in ihren jeweiligen Überwachungsfunktionen. Sie prüft und bewertet alle Aktivitäten und Prozesse auf der Basis eines risikoorientierten Prüfungsplanes, den der Vorstand zu Beginn eines Jahres genehmigt.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört die Beurteilung der Geschäftsorganisation auf Angemessenheit des internen Kontrollsystems und insbesondere der Risikosteuerung und -überwachung. Die interne Revision prüft zudem das interne und externe Berichtswesen sowie die Beachtung gesetzlicher, aufsichtsrechtlicher und interner Vorschriften.

Risikotragfähigkeitskonzept

Das Risikotragfähigkeitskonzept ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtbanksteuerung. Das Ziel des Eigenkapitalmanagements der Stadtsparkasse Düsseldorf liegt darin, eine angemessene Eigenkapitalausstattung zur Realisierung der durch den Vorstand festgelegten Konzernstrategie sicherzustellen, eine angemessene Eigenkapitalrendite zu erzielen sowie die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen einzuhalten. Die Höhe des Eigenkapitals wird gemäß HGB ermittelt.

Mit dem Risikotragfähigkeitskonzept legt die Stadtsparkasse Düsseldorf fest, in welchem Umfang und in welcher Risikoklasse Risiken übernommen werden. Damit ist sichergestellt, dass die Stadtsparkasse Düsseldorf eventuell eintretende Verluste tragen kann.

Bis zum Jahr 2007 wurde das Deckungspotenzial im Rahmen eines im Wesentlichen wertorientierten Ansatzes ermittelt, der um GuV-basierte Zusatzinformationen ergänzt wurde. Das bisherige Verfahren wurde für 2008 so überarbeitet, dass die Risikotragfähigkeit zukünftig differenziert aus wertorientierter Sicht, GuV-orientiert und unter regulatorischen Aspekten gesteuert wird. Dabei bildet die wertorientierte Sichtweise für die Stadtsparkasse Düsseldorf das primäre Regelwerk, während die GuV- und die regulatorische Sichtweise jeweils als Nebenbedingungen fungieren. Die Limitvergabe erfolgt dementsprechend sowohl für den Normalfall (VOG) wie für den Worst Case (VMax) wertorientiert.

Durch Gegenüberstellung des Risikodeckungspotenzials und des Gesamthausrisikos stellt die Stadtsparkasse Düsseldorf sicher, dass eine übergreifende Risikotragfähigkeit gegeben ist. Dabei legen wir jeweils für Marktpreisrisiken, Zinsänderungsrisiken, Adressenrisiken, Beteiligungsrisiken, Immobilienrisiken, operationelle Risiken bzw. Planungsrisiken entsprechende Limite (Verlustobergrenzen und maximale Verlustgrenzen) fest.

Für 2006 und 2007 betragen die Gesamtlime zur Einzelsteuerung der Risiken 782 Mio. Euro für die Verlustobergrenzen (VOG) und 937 Mio. Euro für die maximalen Verlustgrenzen (VMax).

Verteilung der Limite Verlustobergrenzen 2006/ 2007

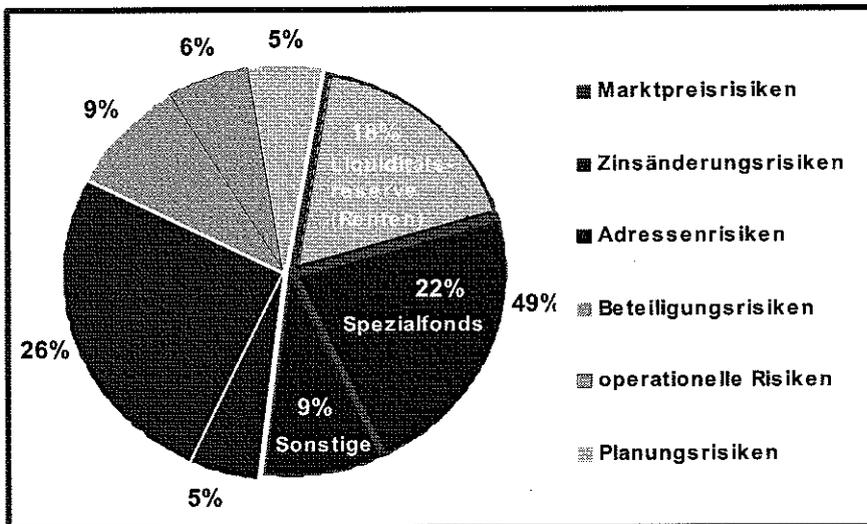


Abb. „R1“

Das Gesamthausrisiko ermitteln wir additiv. Korrelationen über die einzelnen Risikoarten bleiben unberücksichtigt. Lediglich bei den Marktpreissrisiken werden Korrelationseffekte eingerechnet.

Um sicherzustellen, dass die regulatorischen Vorgaben eingehalten werden, wurde als Stresstest der Eintritt der maximalen Verlustgrenze für die drei Risikoarten Marktpreissrisiken, Zinsänderungsrisiken und Adressenrisiken simuliert und die Auswirkungen auf den Solvabilitätskoeffizienten dargestellt. Dabei ist es aufgrund der aktuellen Steuerungsmaßnahmen zu jeder Zeit möglich, auch in diesem Fall die Solvabilitätsverordnung (SolVV) zu erfüllen. Im neuen Konzept werden auch die Worst-Case-Szenarien der übrigen Risikoarten berücksichtigt.

Arten von Risiken

Marktpreisrisiken

Nahezu alle unsere Geschäfte unterliegen dem Risiko von Änderungen in Marktpreisen und Kursen, die zu Gewinnen oder Verlusten führen. Wir unterscheiden Marktpreisrisiken in Form von Zinsänderungsrisiken Gesamthaus-, Aktien-, Creditspread- und Währungsrisiken einschließlich der jeweils dazugehörigen Optionsrisiken.

Quantifizierung

Im Rahmen der täglichen Marktpreisermittlung berechnen wir für alle Positionen die Ist-Entwicklung (realisierte Gewinne und Verluste plus Veränderung der schwebenden Gewinne / Verluste seit Jahresbeginn) sowie die Risikosimulation. Die Einzelpositionen werden dabei Portfolien zugeordnet und jedes Geschäft wird unverzüglich nach Geschäftsabschluss erfasst. Dabei berücksichtigen wir auch die Adressenrisiken der Eigenanlagen.

Die Zinsänderungsrisiken steuert die Stadtsparkasse Düsseldorf auf Basis der vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) empfohlenen Instrumente sowie auf Grundlage der Barwertmethode. Dazu werden alle zinstragenden Geschäfte in einer einheitlichen Cashflow-Übersicht dargestellt. Performance-Analysen und Barwertsimulationen ergänzen die Cashflow-Darstellung. Ziel der Barwertsimulation ist es, mögliche Chancen und Risiken auf Basis von Zinsszenarien zu quantifizieren.

Standardszenarien

Im Rahmen der Risikosimulation hat die Stadtsparkasse Düsseldorf für jede Risikoart entsprechende Standardszenarien definiert. Sie dienen der operativen Steuerung der Risiken in Verbindung mit den zugeordneten Limiten.

Als Standardszenario für Marktpreis-/Zinsänderungsrisiken wird der Value-at-Risk (Worst Case) auf folgender Basis errechnet:

Anlagebuch:	Haltedauer 10 (25) Tage
Handelsbuch:	Haltedauer 5 (7) Tage
Konfidenzniveau:	99 Prozent

Die Risikosimulation erfolgt auf Basis der historischen Simulation mit den Kursen der letzten 275 Tage.

Die Einzelsteuerung der Spezialfonds erfolgt über Anlagerichtlinien.

Weiterhin werden die Auswirkungen des Basel II-Zinsschocks von + 130 bp (Basispunkten) bzw. -190 bp berechnet. Bei einer Ad-hoc-Zinsveränderung von + 130 bp beträgt per 31.12.2007 die Barwertänderung -151 Mio. Euro. Dies entspricht 14 Prozent des haftenden Eigenkapitals (nach HGB; erstmalige Berechnung per 30.06.2007 -168 Mio. Euro, 17 Prozent).

Stress-Szenarien

Um die Auswirkungen extremer Marktentwicklungen ebenfalls abschätzen zu können, führt die Stadtsparkasse Düsseldorf ergänzend zu den Standardszenarien regelmäßig Stresstests durch. Dazu ziehen wir die größten Wochenveränderungen seit April 1997 heran.

Der Value-at-Risk für Marktpreisrisiken von Spezialfonds wird auf Grundlage der Wertentwicklung der Fondsanteile unabhängig von ihrer Konsolidierung nach IFRS ermittelt. In der Abb. „R2“ sind in der Rubrik Fonds die Spezialfonds enthalten.

Hedge-Geschäfte

Zur operativen Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden primär Derivate eingesetzt. Zur Absicherung der Zinsänderungsrisiken wurden Swaps im Rahmen des Cashflow Hedge Accountings eingesetzt. Eine Übersicht über das Derivategeschäft enthält die Notes-Angabe [39].

Limitierung und Reporting

Aus der Berechnung der Risikotragfähigkeit leitet die Stadtsparkasse Düsseldorf Limite für Marktpreisrisiken ab, die der Vorstand festlegt. Aus dem Gesamtlimit für Marktpreisrisiken ergeben sich Einzellimite auf Portfolioebene entsprechend der strategischen Ausrichtung. Analog legen wir ein separates Limit für Zinsänderungsrisiken fest.

Die Abteilung Handelsüberwachung und -kontrolle überwacht sämtliche Limite und teilt die Limitauslastungen täglich dem Gesamtvorstand sowie den jeweiligen Leitern der zuständigen Bereiche einschließlich der Innenrevision mit. Limitüberschreitungen werden dem Gesamtvorstand unverzüglich angezeigt.

Backtesting

Wir unterwerfen die Parameter der Risikosimulationen regelmäßig einem Backtesting. Dabei stellen wir die simulierten Risiken den tatsächlich eingetretenen Kursentwicklungen gegenüber. Eine Überschreitung der Ist-Ausreißer über die auf Basis des 99-prozentigen Konfidenzniveaus zu erwartenden Ausreißer wurde nicht verzeichnet.

Risikosituation

VaR-Simulation inkl. Adressrisiko	Mio. Euro
Renten und sonstiges Zinsbuch	- 29,6
Aktien	- 0,8
Fonds (incl. Spezialfonds)	- 43,0
Sonstiges	- 5,3

Abb. „R2“

Implizite Optionen werden z. Z. nicht betrachtet.

Adressenrisiken

Risikodefinition

Adressenrisiken bezeichnen Risiken, die dadurch entstehen, dass ein Kreditnehmer oder ein Kontrahent seine vertraglich vereinbarten Leistungen nicht oder nicht rechtzeitig erbringen kann. Dazu gehören bei der Stadtsparkasse Düsseldorf neben Adressenrisiken aus dem traditionellen Kreditgeschäft (Kreditnehmerrisiko) auch Emittenten- und Kontrahentenrisiken aus Handelsgeschäften.

Das Adressenrisiko unterscheidet Positions- und Vorleistungsrisiken. Positionsrisiken beinhalten das Kreditnehmerrisiko bzw. das Emittenten- sowie das Wiedereindeckungsrisiko und die offenen Posten. Vorleistungsrisiken bilden die Gefahr ab, dass der Kontrahent nach erbrachter Vorleistung seine Gegenleistung nicht erbringt.

Die Überwachung der Adressrisiken ist im Handelsbereich durch die tägliche Limitüberwachung und im Kreditbereich durch Einzellimits auf Kreditnehmerebene sowie Gesamtportfolioüberwachung sichergestellt.

Organisation

Die Überwachung und -steuerung der Adressenrisiken führen wir bei der Stadtsparkasse Düsseldorf differenziert nach Handels- und Nichthandelsgeschäften durch. Die Funktionen werden für Handelsgeschäfte analog der Regelung zu den Marktpreisrisiken wahrgenommen.

Im traditionellen Kreditgeschäft (Nichthandelsgeschäfte) legt der Gesamtvorstand auf Basis der Gesamthausstrategie die Kreditrisikostategie fest.

Die Stabsstelle Risikosteuerung ist auch für Einsatz, Weiterentwicklung und Qualitätssicherung der Verfahren zur Risikoidentifizierung und -quantifizierung, der Risikoklassifizierungsverfahren und des Risikofrühwarnsystems verantwortlich. Zudem überwacht sie das Kreditausfallrisiko auf Portfolioebene und erstellt vierteljährlich differenzierte Kreditrisikoberichte.

Die operative Umsetzung des Risikomanagements erfolgt entsprechend den Regelungen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MARisk) im Zentralbereich Kredit (Marktfolge) in den jeweiligen Marktbereichen. Er erstellt für das risikorelevante Kreditgeschäft – auch soweit es Emittenten- und Kontrahentenlimite betrifft – die zustimmende oder ablehnende schriftliche Zweitäußerung zu einem konkreten Sachverhalt im Rahmen einer Kreditentscheidung im risikorelevanten Kreditgeschäft.

Zudem fertigt der Zentralbereich Kredit die Kredit- und Sicherungsverträge sowie die Beschlussvorlagen. Er überprüft regelmäßig Sicherheiten und überwacht – neben der Stabsstelle Risikosteuerung – Intensivbetreuungsengagements ab 250.000 Euro blanko. Sanierungsengagements betreut und bearbeitet der Zentralbereich Kredit direkt.

Ausgesuchte Intensivbetreuungsengagements werden zu mindestens drei Terminen pro Jahr in der dafür vorgesehenen Monitoringsrunde besprochen; hier wird auch über die weitere Vorgehensweise entschieden. Mitglieder der Monitoringsrunde sind der zuständige Marktvorstand, der Risikovorstand, die Leiter der Marktbereiche, der Leiter des Zentralbereichs Kredit (Marktfolge) sowie der Leiter der Stabsstelle Risikosteuerung.

Die funktionale und organisatorische Trennung des Zentralbereiches Kredit und der Stabsstelle Risikosteuerung von den verantwortlichen Marktbereichen stellt eine unabhängige Risikobeurteilung und -überwachung sicher.

Bonitätsbeurteilung

Die interne Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer ist für die Steuerung der Adressenrisiken von zentraler Bedeutung. Die Stadtsparkasse Düsseldorf nutzt dafür die vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) angebotenen Verfahren StandardRating für Kreditengagements ab 100.000 Euro gewerblichen Kreditobligos (Kreditnehmereinheit gemäß § 19 (2) KWG) sowie das ImmobilienRating für Immobiliengeschäftskunden. Des Weiteren setzen wir ab August 2007 die Ratingverfahren der RatingServiceUnit GmbH (RSU GmbH; Ratingverfahren der Landesbanken) für Leasing, Großunternehmen (ab 500 Mio. Euro Umsatz) und Banken ein. Im zweiten Halbjahr 2007 haben wir zudem das Verhaltens-Scoring für Privatkunden und das Kleinstkunden-Rating für Firmenkunden (Engagement bis 250.000 Euro blanko) als Pilotprojekt begonnen. Ab 2008 werden wir diese Instrumente in vollem Umfang einsetzen.

Die Messung von Länderrisiken erfolgt auf Basis externer Ratings und Ländereinschätzungen (Bonitätsindex).

Alle im Einsatz befindlichen Risikoklassifizierungssysteme sind auf Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten kalibriert. Dabei dient die DSGV-Masterskala als einheitlicher Bezugspunkt.

DSGV-Masterskala	
Ratingnoten	Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit
1	0,01%
	0,02%
	0,03%
	0,04%
	0,05%
	0,07%
2	0,09%
	0,12%
3	0,17%
4	0,30%
5	0,40%
6	0,60%
7	0,90%
8	1,30%
9	2,00%
10	3,00%
11	4,40%
12	6,70%
13	10,00%
14	15,00%
15	20,00%
16	Wertberichtigte Engagements Ausfälle etc.
17	
18	

Abb. „R3“

Die DSGV-Skala sieht 18 Ratingklassen vor, denen Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet sind. Sie ermöglicht somit eine differenzierte Messung und Prognose von Ausfallrisiken.

Die Ratingsysteme werden von den Herstellern (DSGV bzw. RSU GmbH) laufend angepasst. Die Anpassungen übernimmt die Stadtsparkasse Düsseldorf unverzüglich.

Die Risikoklassifizierungssysteme sind integraler Bestandteil aller für die Steuerung des Kreditrisikos relevanten Geschäftsprozesse und Berichte. Insofern sind sowohl Limittabellen, Kreditbewilligungsbefugnisse und die Feststellung der für das Einzelgeschäft erforderlichen Risikoprämie daran gebunden.

Quantifizierung

Die Überwachung der Adressenrisiken inkl. Vorleistungsrisiko erfolgt für Handelsgeschäfte auf Basis der regulatorischen Anforderungen. Das Adressenrisiko beträgt per 31.12.2007 19,8 Mio. Euro (per 31.12.2006: 18,9 Mio. Euro).

Um das Adressenrisiko aus dem traditionellen Kreditgeschäft (Nicht-Handelsgeschäfte) zu ermitteln, betrachten wir alle adressrisikobehafteten Fälle ohne die bereits ausgefallenen Engagements (Basis 31.12.2006: 232,8 Mio. Euro, 30.12.2007: 203,4 Mio. Euro).

Neben der wertorientierten Sicht durch die Ermittlung des Kredit-Value-at-Risk beobachten wir insbesondere Größenklassen, Branchenverteilung, Ratingstruktur, Besicherungen und Überziehungsverhalten.

Den Kredit-Value-at-Risk berechnen wir mit dem vom DSGV empfohlenen Kreditrisikomodell CreditPortfolioView von McKinsey. Mit Hilfe dieses Modells lassen sich Adressenrisiken und künftige Wertveränderungen im Gesamtkreditportfolio prognostizieren.

Das geplante Bewertungsergebnis Kreditgeschäft ermitteln wir auf Basis der durchschnittlichen Ausfallwahrscheinlichkeiten gemäß DSGV-Masterskala und unter Berücksichtigung der Besicherungen als durchschnittlich erwarteter undiskontierter Wert. Er lag für 2007 bei 39,3 Mio. Euro.

Auf Basis der Größenklassengliederung wird die Risikokonzentration nach Engagementgröße gemessen und berichtet.

Limitierung und Reporting/Kreditrisikobericht

Das Adressenrisiko aus Handelsgeschäften ist limitiert und wird täglich von der Stabsstelle Risikosteuerung (Abt. Handelsüberwachung und -kontrolle) überwacht und berichtet.

Dem Adressenrisiko im traditionellen Kreditgeschäft haben wir im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes ein Gesamtportfoliolimit zugeordnet. Das Limit wurde vierteljährlich überwacht und im Kreditrisikobericht dargestellt. Ab Mai 2008 erfolgen Überwachung und Reporting monatlich.

Parallel beobachten und steuern wir die Adressenrisiken auf Basis der o. a. wesentlichen Aspekte (Größenklassen, Branchenverteilung, Ratingstruktur, Besicherungen und Überziehungsverhalten), der Regelungen der Kreditrisikostrategie sowie der MaRisk-konformen Prozesse. Damit erreichen wir, dass die Stadtsparkasse Düsseldorf jederzeit umfänglich über alle Adressenrisiken informiert und die Risikotragfähigkeit gewährleistet ist.

Weiterhin haben wir im Rahmen der Kreditrisikostrategie ratingabhängige Limits auf Kreditnehmerebene (Kreditnehmereinheiten gem. § 19 (2) KWG) festgelegt.

Die Stabsstelle Risikosteuerung erstellt vierteljährlich einen umfassenden Kreditrisikobericht. Darin werden die im Kreditportfolio enthaltenen Adressenrisiken in vollem Umfang dargestellt – gegliedert nach den Strukturklassen Privatkunden, Firmen- und Gewerbekunden, Risiko- und Größenklassen, Sicherheitenkategorien und Länderrisiko. Weiterhin enthält der Bericht die besonderen Bestandteile gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk).

Portfolioanalyse

Über die im Kreditrisikobericht enthaltenen strukturellen Analysen des Kreditportfolios hinaus haben wir das Kreditrisiko mit der vom DSGVO empfohlenen Software CreditPortfolioView (CpV; McKinsey) ermittelt. Ziel des Portfoliomodells ist eine umfassende Darstellung der Kreditrisiken auf Portfolioebene. Die Ergebnisse dienen dazu,

- die wertorientierte Eigenkapitalbelastung zu berechnen und in das Risikotragfähigkeitskonzept zu integrieren,
- Konzentrations-, Granularitäts- und Korrelationseffekte zu quantifizieren sowie
- künftig geeignete Risikokennzahlen und Risikobeiträge zur Portfolio- und Gesamtbanksteuerung bereitzustellen.

Das Portfoliomodell berücksichtigt neben den Adressenrisiken im engeren Sinn auch die Risiken aus Bonitätsveränderungen durch Ratingmigrationen. Die Wahrscheinlichkeitsverteilung

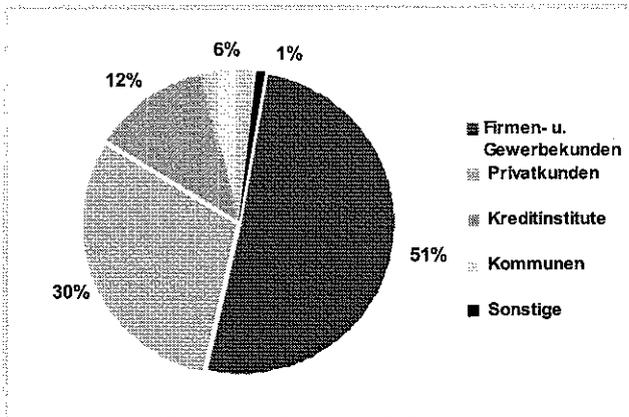
lung basiert auf einer Monte-Carlo-Simulation (numerisches Verfahren zur Simulation von Zufallsprozessen).

Als wesentliches Ergebnis wird ein Kredit-Value-at-Risk mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent und einer unterstellten Haltedauer von einem Jahr ermittelt.

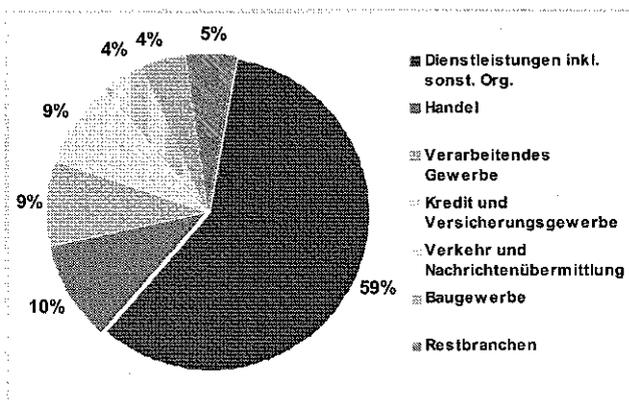
Risikosituation

Die Struktur des Kreditportfolios ist in den folgenden Grafiken dargestellt:

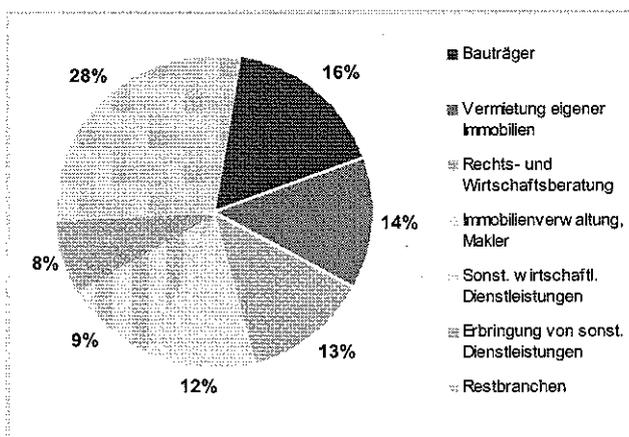
Kreditportfolio nach Kundengruppen



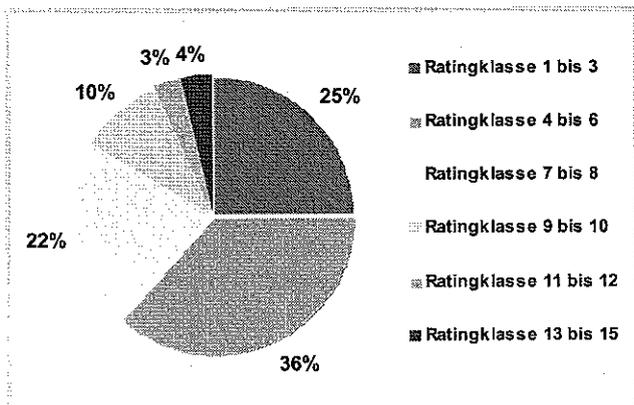
Firmen- und Gewerbekundenportfolio nach Branchen



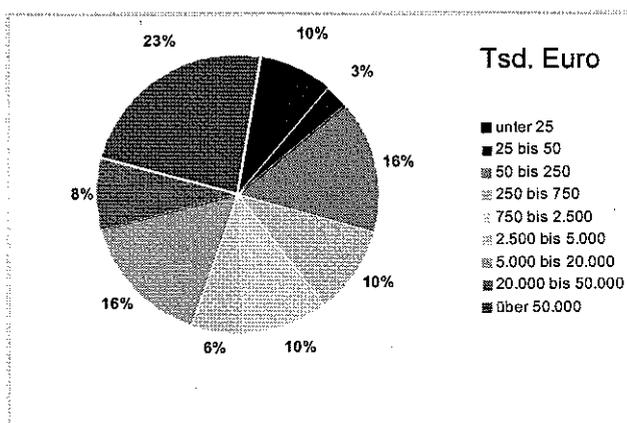
Teilportfolio Dienstleistung nach Segmenten



Geratetes Portfolio nach Ratingklassen



Kreditportfolio nach Größenklassen (Basis Einzelkreditnehmer)



Der Kredit-Value-at-Risk betrug per 31.12.2007 122 Mio. Euro (per 31.12.2006: 123,2 Mio. Euro).

Das geplante Bewertungsergebnis Kreditgeschäft (erwartete Verluste) betrug für 2007 39,3 Mio. Euro. Die Ausnutzung erfolgte zu 64,2 Prozent (Vorjahr: 37,1 Mio. Euro geplant, Ausnutzung 91 Prozent).

Liquiditätsrisiken

Risikodefinition

Als Liquiditätsrisiko bezeichnet die Stadtsparkasse Düsseldorf die Wahrscheinlichkeit, Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht und nicht in vollem Umfang nachkommen zu können.

Organisation

Das Management der Liquiditätsrisiken obliegt dem im Geschäftsfeld Asset Management angesiedelten Geschäftsbereich Handel. Der Vorstand behandelt das Liquiditätsrisiko im Rahmen seiner monatlichen Bilanzstruktursitzungen.

Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos/Quantifizierung

Liquiditätsstatus

Die Betrachtungsebene sind Cashflow-orientierte Liquiditätsrisiken bis 1 Jahr. Die Geldhandelsstelle im Geschäftsbereich Handel steuert die kurzfristige Liquidität.

Liquiditätsübersichten

Monatlich wird eine einjährige Liquiditätsübersicht erstellt.

Risikolage

Aufgrund der Geschäftsstruktur (Stadtsparkasse Düsseldorf ist Mitglied im Haftungsverbund der € -Finanzgruppe; hoher Anteil der Refinanzierung über Kundenmittel; Liquiditätslinien bei Kreditinstituten, gutes externes Rating) wird das Liquiditätsrisiko als gering eingeschätzt. Zudem verfügt die Stadtsparkasse Düsseldorf über einen hohen Anteil bonitätsmäßig erstklassiger und liquider Eigenanlagen. Die Liquiditätskennziffer des Grundsatzes II liegt mit 1,61 per 31.12.2006 und mit 1,32 per 31.12.2007 deutlich oberhalb des Schwellenwertes von 1,0.

Anpassung in 2007

Im 4. Quartal 2007 hat die Stadtsparkasse Düsseldorf das vom Rheinischen Sparkassen- und Giroverband empfohlene Programm "Liquiditätsmanager" eingesetzt und das Verfahren insgesamt überarbeitet.

Mit Hilfe dieses Tools wird monatlich ermittelt und reportet, wie stark die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennzahl unter Annahme definierter Szenarien reagiert. Insgesamt werden drei Szenarien durchgespielt (insbesondere Abzug von Einlagen, Ausfall bedeutender Kreditnehmer, Wertverlust von Eigenanlagen) und über ein Ampelsystem einer Bewertung unterzogen. Fällt die Liquiditätskennzahl hierbei in einen kritischen Bereich, sind so bereits im Vorfeld Gegensteuerungsmaßnahmen möglich. Quartalsweise wird das beschriebene Ver-

fahren um ein Stressszenario ergänzt, um so die Sensitivität der Liquiditätskennzahl unter Annahme eines Worst Case zu ermitteln.

Operationelle Risiken

Risikodefinition

Bei den operationellen Risiken handelt es sich um Risiken, die mit der allgemeinen Geschäftstätigkeit der Stadtsparkasse Düsseldorf verbunden sind. Diese können aufgrund der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, interner Infrastruktur oder durch externe Einflüsse eintreten.

Organisation

Den Umgang mit operationellen Risiken legt der Vorstand fest.

In der operativen Umsetzung verantwortet der Zentralbereich Organisation Notfallkonzepte, die den Umgang mit operationellen Risiken, die in der internen Infrastruktur und durch externe Einflüsse entstehen können, festlegen. Sie enthalten organisatorische und technische Regelungen, durch die eine einheitliche Vorgehensweise in einem Katastrophenfall sichergestellt wird. Des Weiteren werden die Aufgabenfelder Betriebssicherheit, Arbeitsplatzsicherheit und IT-Sicherheit im Zentralbereich Organisation umgesetzt.

Die Leiter der Geschäfts- und Zentralbereiche sind für das Management der operationellen Risiken (insbesondere operationeller Risiken im Bereich von Mitarbeitern und internen Verfahren) ihrer Organisationseinheit verantwortlich.

Operationelle Risiken außerhalb der Sparkasse werden im Rahmen der Überwachung des Outsourcing betrachtet. Eventuelle Schäden werden in einer Schadensfalldatenbank erfasst. Weiterhin werden mit Outsourcing verbundene Risiken in der Risikoinventur berücksichtigt.

Methodenkompetenz, Einsatz der DSGVO-OpRisk-Instrumente sowie das Berichtswesen liegen in der Stabsstelle Risikosteuerung.

Klassifizierung

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung verwendet die Stadtsparkasse Düsseldorf die nachfolgenden Risikokategorien:

Infrastruktur	IT-Sicherheit IT-Performance/IT-Ausfall IT-Funktionalität Haustechnik/Gebäude/Arbeitsplatzsicherheit
Mitarbeiter	Unsachgemäße Beratung Fähigkeit/Verfügbarkeit Unautorisierte Handlungen Bearbeitungsfehler
Interne Verfahren	Verträge Projekte Information/Kommunikation Aufbau-/Ablauforganisation
Externe Einflüsse	Outsourcing/Lieferanten/Dienstleister Kriminelle Handlungen Naturgewalten/Unfälle Gesetze/Rechtsprechung

Abb. „R4“

Quantifizierung

Die Stadtsparkasse Düsseldorf setzt zum Management und Controlling von operationellen Risiken das vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) empfohlene Verfahren ein. Es setzt sich aus einer Schadenfalldatenbank und der Risikoinventur zusammen.

Schadenfalldatenbank

Zur Erfassung und Analyse der eingetretenen Schadenfälle aus operationellen Risiken haben wir ab 2005 eine zentrale Schadenfalldatenbank aufgebaut. In dieser werden Schadenfälle sowie ggf. Maßnahmen zur Minderung und Vermeidung zukünftiger Schäden erfasst. Daneben beteiligt sich die Stadtsparkasse Düsseldorf am zentralen Informationsaustausch über den DSGV zur Verbreiterung der Datenbasis sowie zur Nutzung übergeordneter Erkenntnisse.

Risikoinventur

Im Rahmen der erstmaligen Risikoinventur im Jahr 2007 haben wir operationelle Risiken umfassend in allen Bereichen der Stadtsparkasse Düsseldorf in Form von Schadenszenarien detailliert und strukturiert erhoben. Die Einschätzung erfolgt in der Regel durch den Leiter des jeweiligen Bereichs unter Mithilfe entsprechend ausgebildeter Mitarbeiter der Stabsstelle Risikosteuerung.

In Verbindung mit der Analyse der Schadenfälle ergibt die Risikoinventur die Basis, operationelle Risiken abzuschätzen sowie Pläne zur Reduzierung und Steuerung abzuleiten.

Limitierung und Reporting

Im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes wurde für operationelle Risiken entsprechend der Regelungen gem. § 270 f. SolvV (Solvabilitätsverordnung) der Basisindikatoransatz herangezogen. Damit wurden für die Geschäftsjahre 2006 und 2007 jeweils 48 Mio. Euro berücksichtigt.

Das Limit wird derzeit einmal jährlich überarbeitet und dem Vorstand zur Entscheidung vorgelegt.

Mit Abschluss der Risikoinventur im 4. Quartal 2007 erhalten der Vorstand sowie die Leiter der jeweiligen Bereiche künftig regelmäßige Risikoberichte.

Risikosituation

Operationelle Risiken treten primär unter der Kategorie Adressenrisiken im Bereich Kreditgeschäft auf und werden dort erfasst und gesteuert. DV-Risiken sind begrenzt, da die Sparkassen Informatik als DV-Dienstleister tätig ist. Sonstige operationelle Risiken sind gering ausgeprägt bzw. durch Versicherungen abgedeckt. Folglich werden operationelle Risiken (außerhalb des Kreditgeschäfts) als nicht wesentlich klassifiziert.

Beteiligungsrisiken

Risikodefinition

Unter dem Beteiligungsrisiko versteht die Stadtsparkasse Düsseldorf die Gefahr des finanziellen Verlustes aufgrund von Wertminderungen.

Organisation

Das Beteiligungsgeschäft der Stadtsparkasse Düsseldorf umfasst direkte und indirekte Beteiligungen. Für die direkten Beteiligungen z. B. am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) erfolgt das Controlling im Zentralbereich Betriebswirtschaft bzw. über Geschäftsbesorgungsverträge durch unsere 100 %-ige Tochtergesellschaft -Kapitalbeteiligungsgesellschaft (KBG). Die Überwachung wird im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes durch die Stabsstelle Risikosteuerung vorgenommen.

Die indirekten Beteiligungen werden über die KBG gehalten. Das Risikocontrolling wird von der KBG im Rahmen ihrer Holdingfunktion wahrgenommen.

Investitionsentscheidungen der Equity Partners GmbH (einer Tochter der KBG) basieren auf einer vom Vorstand verabschiedeten Investitions-Strategie. Konkrete Entscheidungen selbst werden von einem Investmentboard als Organ der Beteiligungsgesellschaft getroffen. Das Gremium ist entsprechend den Anforderungen der MaRisk mit Vertretern aus Markt und Marktfolge besetzt.

Risikomanagement der KBG

Die Geschäftsführung der KBG begleitet ihre Tochtergesellschaften und deren Beteiligungen. Die Tochtergesellschaften verfolgen jeweils auf der Ebene ihres Unternehmens das Ziel, Risiken zu identifizieren und angemessen zu handhaben. Dazu bedienen sie sich entsprechender Berichte, wie z.B. die regelmäßigen Reportings der Equity Partners GmbH (EP). Auch die anderen Gesellschaften stellen dazu ihre entsprechenden Informationen und Daten zur Verfügung.

Die Gesamtrisikosituation der Beteiligungen wird mit den so genannten Risikoeinstufungen für die einzelnen Beteiligungen abgebildet und quartalsweise systematisch zusammengefasst in sechs Einstufungsklassen ("Schulnotenprinzip"). Die Einstufungen erfolgen durch bzw. in enger Abstimmung mit der jeweiligen Gesellschaft, die die Beteiligung hält.

Dieses Risiko-Einstufungs-System (RES) beleuchtet die jeweilige Beteiligung mit aufgeschlüsselten Einzeleinstufungen, insbesondere in folgenden Bereichen:

- Allgemeine, rechtliche und gesellschaftsrechtliche Risiken
- Absatz-/Marktrisiken
- Beschaffungsrisiken
- Leistungsrisiken
- Management-, IT-, Organisations- und Personalrisiken
- Strategische Risiken
- Finanzrisiken

Um die Risiken in den o.a. Bereichen zu quantifizieren, wird zusätzlich turnusmäßig der Value-at-Risk/Cashflow-at-Risk bei den Beteiligungen berechnet, bei denen sich eine genaue finanzielle Risiko-Quantifizierung als sinnvoll erweist. Unter üblichen Marktbedingungen wird damit der geschätzte größtmögliche Wertverlust für die Haltedauer der Beteiligung mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit ("Konfidenzniveau") ausgewiesen. Auch mit Expertenschätzungen werden die Risiken einzelner Beteiligungen qualifiziert.

Unabhängig vom Quartalsturnus werden von der §KBG Risiken auch außerplanmäßig im Sinne eines Frühwarnsystems erfasst und analysiert, wenn veränderte Umfeldbedingungen dies nahe legen. So kann z.B. eine plötzlich geänderte Steuergesetzgebung entscheidende, wertbestimmende Einflüsse auf eine Beteiligung haben, wenn diese bisher gerade besonders von ihrer steuerlichen Vorteilhaftigkeit profitiert hat.

Weiterhin werden in diesem Rahmen die wesentlichen quantitativen Entwicklungen der einzelnen Gesellschaften im Sinne von Plan-/Ist-Abweichungen analysiert.

Durch die dargestellten Maßnahmen ist sichergestellt, dass auftretende Risiken auf Seiten der Beteiligungsunternehmen bereits in einem frühen Stadium identifiziert werden und die sich daraus ergebenden Handlungsempfehlungen frühzeitig umgesetzt werden können.

Ebenso wird bei der EP ein Risikomanagement unterhalten, das das Erkennen von Risiken vor Beteiligungseingehung bzw. das frühzeitige Erkennen von Risiken bei bestehenden Beteiligungsunternehmen und Fondsinvestments zum Ziel hat. Dort stellen die vertraglichen Regelungen mit den Beteiligungsunternehmen und Fondsinvestments sicher, dass die zur Beurteilung der Risikosituation der Projektgesellschaften notwendigen Informationen der EP zur Verfügung stehen und die Gesellschaft auf aktuelle Entwicklungen reagieren kann.

Um die jederzeit angemessene Informationslage zu gewährleisten, hat EP die eingesetzten Datenbanken und Informationssysteme ausgebaut und ergänzend die strukturellen Voraussetzungen für ein funktionierendes Risikomanagement verbessert. Neben der Einführung regionalbezogen arbeitender Investmentteams wurde neben dem Controllingbereich ein separater Monitoringbereich für die Überwachung der Fondsinvestments eingerichtet.

Darüber hinaus wurden die bei EP vorhandenen, auf Risikominimierung ausgelegten internen Prozesse ebenso wie die Qualitätssicherung durch definierte Prüfungsschritte und Datenbankunterstützung weiter verfeinert. Zudem wurden die Prozesse der EP zur Risiko- steuerung - hinsichtlich Auswahl, Eingehung, Monitoring und Controlling der Investments - von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft einer Prüfung unterzogen und hinsichtlich Angemessenheit zur Zielerfüllung und Durchführungsqualität positiv bewertet.

Damit bestehen weiterhin die organisatorischen Voraussetzungen dafür, auch künftig eine Vielzahl von Private Equity Fonds zu analysieren und die erfolversprechendsten Fonds für Investments auszuwählen.

Von der Equity Partners GmbH wird anstelle der Quartalsberichte ein umfassender Halbjahresbericht über das Gesamtportfolio erstellt, in denen dezidiert zur Entwicklung der Private Equity Beteiligungen sowie der Fonds-Investments Stellung genommen wird. Zusätzlich zum Halbjahresbericht wird quartalsweise eine Übersicht zur Portfolioentwicklung abgegeben, ergänzt um wichtige Kennzahlen zu den Fonds.

Für Fondsbeteiligungen wird keine „Ratingnote“ nach dem o. g. Verfahren erstellt, sondern hier werden in einem mit der Stadtsparkasse Düsseldorf und der KBG abgestimmten Verfahren halbjährliche Einschätzungen der wesentlichen Risikofaktoren Markt, Fondsmanagement, Portfolio des Fonds sowie des Investorenservices vorgenommen. Hier kann jeweils ein geringes, mittleres oder hohes Risiko ausgewiesen werden, je nachdem, ob die aktuelle Risikostruktur der Risikostruktur bei Zeichnung entspricht oder sich verändert hat. Die von Equity Partners erstellten Darstellungen werden durch die KBG analog dem oben dargestellten Verfahren plausibilisiert.

Quantifizierung des Beteiligungsrisikos

Die Betrachtung des Risikos konzentriert sich auf die wesentlichen Beteiligungspositionen. Durch die Zuordnung von vergleichbaren Indizes zu jeder einzelnen Position werden anhand der historischen Entwicklung des jeweiligen Index die in diesen Beteiligungen vorhandenen Risiken ermittelt. Ausgenommen hierbei ist die Beteiligung der KBG; die Holding übernimmt im Rahmen ihres Controllings die Risikoeinschätzung der einzelnen Investments der KBG.

Das wertorientierte Risikolimit Beteiligungen wurde für 2007 mit 69 Mio. Euro im Normalfall (Konfidenzniveau 99,0 Prozent) und mit 78 Mio. Euro im Worst Case (Konfidenzniveau 99,9 Prozent) festgelegt. Das Limit wurde in 2007 nicht überschritten. Zum 31.12.2007 betrug die Auslastung 63 Mio. Euro bzw. 81 %.

Risikosituation

Für Fondsinvestments der Equity Partners GmbH (EP) sehen wir das Ausfallrisiko im Bereich Private Equity Fund-of-Funds auf Basis einer Studie („The Risk Profiles of Private Equity“, T. Weidig/P.-Y. Mathonet, Luxemburg, 2004) aufgrund des hohen Diversifikationsgrades als gering an. Die Entwicklung der von EP eingegangenen direkten Beteiligungen ist grundsätzlich mit den für diese Anlageklasse typischen Risiken verbunden. Durch Diversifizierung in Verbindung mit einer sorgfältigen Auswahl der Beteiligungsunternehmen gehen wir davon aus, eventuelle Ausfälle planungsgemäß durch positive Ergebnisse mit dem Gesamtportfolio deutlich überzukompensieren. Währungskursschwankungen (in US-Dollar) werden einer laufenden Überwachung unterzogen und in der strategischen Planung der Gesellschaft kalkulatorisch berücksichtigt. Ein Währungssicherungskonzept wurde etabliert.

Die Risiken im Geschäftsbereich Immobilien resultieren im Wesentlichen aus der weiteren Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften und der Umsetzung und der Einhaltung der geplanten Projektzenarien. Neben den erwarteten Verkaufserlösen sowie den unterstellten Kosten ist bei den Projekten insbesondere die Zeitkomponente ein kritischer Erfolgsfaktor, da Verzögerungen zu erhöhten Refinanzierungskosten führen. Bei ungünstiger Entwicklung können weitere Abschreibungen oder sonstige Stützungsmaßnahmen nicht ausgeschlossen werden, wobei im Rahmen des Jahresabschlusses 2007 allen derzeit bekannten Risiken Rechnung getragen wurde. Wir verweisen hier auch auf den Prognosebericht, Teil: "Künftige Entwicklung der KBG", Geschäftsbereich Immobilien.

Die Beteiligung am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) beinhaltet als Hauptrisiko die Beteiligung an der WestLB AG. Die Anfang 2008 beschlossenen Restrukturie-

rungsmaßnahmen wurden für 2007 berücksichtigt. Mögliche weitere Auswirkungen werden in 2008 intensiv beobachtet.

E. Prognosebericht

Die Wachstumsperspektiven für die deutsche Wirtschaft haben sich im Vergleich zu den Jahren 2006 und 2007 verschlechtert. Hauptgründe hierfür sind die anhaltende US-Immobilienkrise und die dadurch ausgelösten Belastungen an den Finanzmärkten. Auch die Kaufkraft der Verbraucher lässt aufgrund steigender Preise zu wünschen übrig.

Die Bundesregierung hat bei der Vorlage des Jahreswirtschaftsberichtes 2008 das Wachstum der Wirtschaft auf 1,7 Prozent veranschlagt und damit im Vergleich zum Herbst 2007 um 0,3 Prozentpunkte herabgesetzt. Die Mehrzahl der aktuellen Prognosen zum Bruttoinlandsprodukt liegt zwischen 1,7 Prozent und 1,9 Prozent. Demnach setzt sich der Aufschwung fort, auch wenn sich die Wirtschaftsdynamik in 2008 und 2009 verringern wird.

Der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf geht in der Region von einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung aus als im Bundesdurchschnitt. Der Sparkassen-Mittelstandsindex Düsseldorf (SMID), der sich in seiner Systematik am Ifo-Index orientiert, hat im Herbst 2007 eine Fortsetzung des Wachstums angezeigt, dessen Tempo deutlich über den Bundeswerten liegen wird. Der Düsseldorfer Konjunkturmonitor 2008, der von der Unternehmerschaft Düsseldorf und Umgebung bei 900 Unternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistungen erhoben wird, kommt zu vergleichbaren Ergebnissen. Demnach rechnen die Firmen in der Region für 2008 überwiegend mit besseren Geschäften und mehr Arbeitsplätzen als in 2007.

Vor dem Hintergrund dieser Erwartungen gehen wir von einer steigenden Kreditnachfrage bei unseren mittelständischen Firmenkunden aus. Der Kredit wird für die Mehrzahl der Unternehmen das zentrale Finanzierungsmittel bleiben. Daneben registrieren wir eine wachsende Nachfrage nach eigenkapitalschonenden oder eigenkapitalergänzenden Finanzierungsformen. Außerdem steigt das Interesse an strukturierten Produkten, um individuelle Finanzierungswünsche der Unternehmen darstellen zu können. Die Stadtsparkasse Düsseldorf bietet hierfür ein umfassendes Spezialwissen, das von den Unternehmen vielfach genutzt wird.

Mit der Einführung von SEPA (Single Euro Payments Area) sind die ersten Produkte eines einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrssystems geschaffen. Unser Haus bietet den Kunden im Rahmen ihres Transaktionsmanagements neue Produkte an, die insbesondere von international tätigen Unternehmen rege nachgefragt werden.

In Anlehnung an die erfolgreiche Imagekampagne „Mittelstand im Mittelpunkt“ werden wir 2008 die Produktwerbung für ausgewählte Geschäftsfelder des Geschäftsbereichs Firmenkunden und Institutionelle fortsetzen.

Im Privatkundengeschäft bleibt für 2008 die Wohnungsbaufinanzierung ein Schwerpunkt unseres Kreditgeschäftes. Angesichts einer steigenden Bevölkerungszahl in der Landeshauptstadt wächst der Bedarf an Wohnraum. Wir erwarten daher eine höhere Nachfrage nach Wohnungsbaudarlehen als in 2007.

Das Konsumentenkreditgeschäft soll in 2008 weiter ausgebaut werden. Mit attraktiven Produkten und marktgängigen Konditionen wollen wir das vorhandene Potenzial weiter nutzen.

Ein zentrales Thema des Privatkundengeschäftes bleibt die Altersvorsorge. Die Ergebnisse der Befragungen Düsseldorfer Haushalte, die unser Haus im Rahmen des „Geldbarometers“ durchgeführt hat, zeigt das wachsende Interesse breiter Bevölkerungsgruppen an einer finanziellen Absicherung im Alter. Unser Haus bietet zahlreiche Produkte für die private Altersvorsorge an.

Ein weiterer Schwerpunkt wird 2008 die Thematik „Abgeltungsteuer“ sein, die zum 1. Januar 2009 eingeführt wird. Wir erwarten, dass diese neue Steuer zu erheblichen Umschichtungen privater Vermögen führen wird. Unser Haus ist hierfür mit hoher Beratungskompetenz vorbereitet.

Im Geschäftsfeld Asset Management sehen wir für 2008 ein großes Wachstumspotenzial. Das Geschäftsfeld, in dem das Know-how aus den Geschäftsbereichen Handel, Kapitalmarkt und Private Banking gebündelt ist, verfügt über eine attraktive Klientel mit hohem Anlagebedarf. Wir gehen davon aus, 2008 weitere Mandate von institutionellen Kunden übertragen zu bekommen und weitere Kunden im Bereich des Private Banking zu gewinnen.

Künftige Entwicklung der -KBG

Die künftige Entwicklung des Teil-Konzerns wird von dem weiteren Ausbau des Investmentportfolios bei der Equity Partner (EP) gekennzeichnet sein. Dagegen ist im Geschäftsbereich Immobilien der umgekehrte Trend zu erwarten.

Geschäftsbereich Beteiligungen

Planungsgemäß wird EP im Jahre 2008 sowie in den Folgejahren das Portfolio direkter Beteiligungen an Unternehmen sowie das Fondsportfolio weiter ausbauen. Aufgrund des im Private Equity Geschäft üblichen Auseinanderfallens von Investitionseingehung und späterer Veräußerung einer Beteiligung werden auch im Jahr 2008 nur vergleichsweise geringe ertragswirksame Rückflüsse erwartet, da sich das Portfolio weiterhin im Aufbau befindet. Die Rückflüsse aus den Fondsinvestments des Jahres 2008 werden - wie im Geschäftsjahr 2007 - ganz wesentlich durch die Anwendung der Regelungen zur Erfassung von Beteiligungserträgen geprägt. Diese sind nur unter bestimmten Voraussetzungen phasengleich erfolgswirksam zu erfassen, so dass sie erst in 2009 vereinnahmt werden können. Ein nachhaltig positives Betriebsergebnis kann mittelfristig erwartet werden, wenn relevante Beteiligungsverkäufe aus dem Direktportfolio und die erwarteten Rückflüsse aus den Fondsinvestments erfolgen.

Geschäftsbereich Near Banking

Für die Wirtschaftsjahre 2008 und 2009 werden für diesen Bereich ein zufriedenstellender Geschäftsverlauf und ein positiver Betriebsergebnisbeitrag erwartet. Dazu wird bei der -Finanz Services Düsseldorf GmbH (FSD) der Schwerpunkt im Segment Versicherungen in der Vorsorge-Thematik bleiben. Die geförderten Altersvorsorgeprodukte, speziell die Riesterrente, werden dabei weiterhin eine dominierende Rolle behalten. Für das Segment Bausparen wird die Provisionsvereinbarung für das Geschäftsjahr 2008 und die Folgejahre maßgeblich die weitere Wachstumsstrategie bestimmen. Die in 2007 erfolgten personellen Investitionen haben zu einem Wachstumssprung geführt, der sich im Jahr 2008 bestätigen soll. Im Bereich der -Online-Service Düsseldorf GmbH wird angestrebt, in Hinblick auf die zu erwartende Reduzierung der Umsätze, die Kosten in gleichem Maße zu reduzieren. Zurzeit gibt es keine Planungen, neue Produkte zu entwickeln und anderen Sparkassen zur Verfügung zu stellen. Grundsätzlich wird die -OL für die Stadtsparkasse Düsseldorf nicht nur weiterhin als Servicepartner tätig sein, sondern verstärkt vertriebsunterstützend agieren.

Geschäftsbereich Immobilien

Das künftige Ergebnis der -Immobilienbeteiligungsgesellschaft mbH (-IBG) ist im Wesentlichen von dem Projektergebnis der einzelnen Beteiligungen abhängig. Die Geschäftsführung der -IBG geht auf Grund aktueller Anfragen und Verhandlungen davon aus, dass ein Grundstück, das in der Konzernbilanz unter den sonstigen Aktiva ausgewiesen wird, im Geschäftsjahr 2008 veräußert werden kann. Sofern ein planmäßiger Verkauf nicht möglich ist, sind Abschreibungen nicht auszuschließen.

Gesamtausblick

Das hohe Wachstumspotenzial in den einzelnen Geschäftsbereichen bietet eine solide Basis für eine weitere deutliche Steigerung der Bruttoerträge unserer Vertriebsseinheiten.

Für das Gesamtjahr 2008 erwarten wir weiterhin eine flache Zinsstrukturkurve. Damit bleibt der Spielraum für Fristentransformationserträge gering. Unsere wichtigste Ertragsquelle, der Zinsüberschuss, wird sich auch 2008 schwächer entwickeln als im Vorjahr. Wir gehen davon aus, dass steigende Provisionserträge den Rückgang des Zinsüberschusses zum Teil kompensieren können. Die Aufwandsseite wird auf dem Niveau des vergangenen Jahres bleiben.

Das Adressrisiko wird weiterhin auf einem stabilen, guten Niveau verbleiben. Den mit Adressrisiken einhergehenden Abschirmungsbedarf konnten wir zwar im zurückliegenden Geschäftsjahr wiederum reduzieren. Allerdings rechnen wir Ende 2008 bzw. 2009 mit einem zunehmend schwierigeren wirtschaftlichen Umfeld.

Aufgrund der Geschäftsstruktur und des sehr guten externen Ratings von Aa1 (Moody's) schätzen wir – auch vor dem Hintergrund der internationalen Liquiditätskrise des Jahres 2007 – das Liquiditätsrisiko für die Stadtsparkasse Düsseldorf weiterhin als gering ein.

Operationelle Risiken werden ab 2008 nach Einführung neuer Verfahren noch intensiver überwacht, so dass auch hier eine exaktere Analyse und insbesondere eine Risikoreduzierung möglich werden.

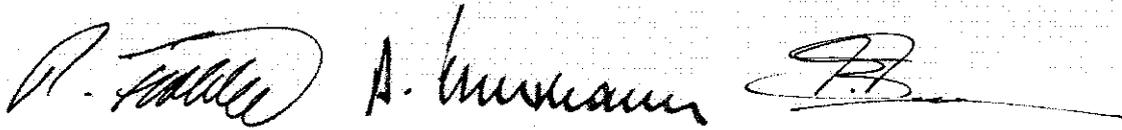
Insgesamt gehen wir für die nächsten Jahre von einer weiteren Konsolidierung der Risikosituation aus; dadurch wird die Ertragslage der Stadtsparkasse Düsseldorf positiv beeinflusst.

Für das Geschäftsjahr 2008 erwarten wir ein befriedigendes Jahresergebnis mit einem Jahresüberschuss, der auf dem Niveau des Jahres 2007 liegen sollte. Wie im vergangenen Jahr wird der Träger an der positiven Geschäfts- und Ertragsentwicklung partizipieren und eine Ausschüttung erhalten, die sich an der Größenordnung von 2007 orientieren wird. Wir werden unsere Eigenkapitalbasis für zukünftiges Wachstum unserer Geschäftsfelder weiter stärken.

Soweit aus heutiger Sicht prognostizierbar, ergeben sich aus dem 2008 und 2009 anhaltenden, wenngleich abgeschwächten Wirtschaftswachstum, in allen Geschäftsfeldern Potenziale, die wir zu einer Verbesserung der Ertragslage in 2009 nutzen wollen.

Düsseldorf, 29. April 2008

Der Vorstand



The image shows three handwritten signatures in cursive script, likely representing members of the board of directors. The signatures are written in black ink on a white background. The first signature is on the left, the second in the middle, and the third on the right. They are all written in a similar style, with fluid, connected letters.

Konzern Gewinn- und Verlustrechnung nach IFRS

für den Zeitraum 01. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007

Konzern der Stadtsparkasse Düsseldorf					
				2007	2006
	Notes	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro
Zinsüberschuss	[24]				
Zinserträge		690,6			599,8
Zinsaufwendungen		479,3			378,6
			211,3		221,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	[25]		7,4		33,9
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge				203,9	187,3
Provisionsüberschuss	[26]				
Provisionserträge			72,8		70,0
Provisionsaufwendungen			6,0		6,4
				66,8	63,6
Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften	[27]			21,3	54,9
Handelsergebnis	[28]			-8,3	-1,0
Finanzanlageergebnis	[29]			-11,6	19,2
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	[30]			5,7	14,6
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	[31]			232,9	208,5
Sonstige betriebliche Erträge	[32]			9,7	12,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	[33]			14,1	13,0
Steueraufwand / 2007: Steuerertrag	[34]			31,2	10,8
Konzernjahresüberschuss / Konzernbilanzgewinn				71,7	118,5

Konzernbilanz nach IFRS

für das Geschäftsjahr 2007

Aktiva			
	Notes	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Barreserve	[35]	73,5	125,6
Forderungen an Kreditinstitute	[36]	1.556,9	924,5
Forderungen an Kunden	[37]	7.925,4	7.193,7
Risikovorsorge	[38]	-188,5	-224,1
Sicherungsderivate	[39]	35,1	35,2
Handelsaktiva	[40]	37,9	29,7
Finanzanlagen	[41]	3.873,9	4.619,6
Anteile an assoziierten Unternehmen	[42]	92,3	89,7
Sachanlagen	[43]	75,9	80,0
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	[44]	4,4	4,5
Immaterielle Vermögenswerte	[45]	1,5	1,4
Steueransprüche aus laufenden Steuern	[46]	31,8	16,0
Steueransprüche aus latenten Steuern	[47]	22,8	0,0
Sonstige Aktiva	[48]	20,9	22,3
Summe der Aktiva		13.563,8	12.918,1

Passiva			
	Notes	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	[49]	3.488,1	3.380,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	[50]	6.074,0	5.643,0
Handelsspassiva	[51]	27,8	25,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	[52]	2.472,7	2.473,0
Rückstellungen	[53]	50,5	60,0
Steuerverpflichtungen aus laufenden Steuern	[54]	0,1	4,8
Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern	[55]	0,0	12,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	[56]	214,9	216,4
Sonstige Passiva	[57]	80,5	36,9
Konzerneigenkapital	[58]		
Gewinnrücklagen			
Sicherheitsrücklage		727,5	674,7
Andere Gewinnrücklagen		302,2	233,0
Neubewertungsrücklagen		53,8	40,4
Konzernbilanzgewinn		71,7	118,5
gesamt:		1.155,2	1.066,6
Summe der Passiva		13.563,8	12.918,1

Aufstellung der erfassten Aufwendungen und Erträge

Nach den IFRS ist zwischen erfolgswirksamen sowie erfolgsneutralen Ergebnisbestandteilen zu unterscheiden.

Das erfolgsneutrale Ergebnis des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf resultiert im Wesentlichen aus der Bewertung von AFS-Finanzinstrumenten, der Bewertung von Derivaten im Zusammenhang mit effektiven Bestandteilen von Sicherungsbeziehungen nach IAS 39 (Cashflow-Hedge Accounting), der Fortschreibung des Anteils des Konzerns an erfolgsneutralen Eigenkapitalbestandteilen von assoziierten Unternehmen sowie aus latenten Steueransprüchen bzw. -verpflichtungen auf erfolgsneutral erfasste Sachverhalte.

Der Periodengesamterfolg des Konzerns setzt sich einerseits aus dem Konzernjahresüberschuss sowie andererseits aus dem nachfolgenden erfolgsneutralen Ergebnis zusammen.

Minderheitenanteile bestehen nicht.

	31.12.2007 Mio Euro	31.12.2006 Mio Euro
Veränderung der Neubewertungsrücklage aus AFS-Finanzinstrumenten	-8,0	-38,5
(a) eigenkapitalwirksame Bewertungseffekte	-23,1	-30,1
(b) Übertragung in die GuV	19,4	-6,5
(c) Veränderung der Neubewertungsrücklage aus der Währungsumrechnung von nicht-monetären Finanzinstrumenten	-4,3	-1,9
Veränderung der Neubewertungsrücklage aus Cashflow-Hedges	8,1	41,5
(a) eigenkapitalwirksame Bewertungseffekte	19,6	41,5
(b) Übertragung in die GuV	-2,1	0,0
(c) Veränderung aufgrund erfolgsneutraler Ertragsteuern	-9,4	0,0
Veränderung des Anteils des Konzerns an erfolgsneutralen Eigenkapitalbestandteilen von assoziierten Unternehmen	8,5	0,0
Veränderung der latenten Steuern auf erfolgsneutrale Sachverhalte	4,8	-9,7
Nettoveränderung der (Neubewertungs-)Rücklage	13,4	-6,7
Sonstiger Periodenerfolg	7,1	1,4
Konzernjahresüberschuss / Konzernbilanzgewinn	71,7	118,5
Periodengesamterfolg	92,2	113,2

Im Geschäftsjahr wurden versicherungsmathematische Gewinne aus der Bewertung von Pensionszusagen in Höhe von 7,1 Mio. Euro (Vorjahr: 1,4 Mio. Euro) entsprechend IAS 19.93D direkt mit den Gewinnrücklagen verrechnet (s. Sonstiger Periodenerfolg).

Die Zusammensetzung der Neubewertungsrücklagen zum Zeitpunkt der Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS sowie zum 31.12.2006 und zum 31.12.2007 wird nachfolgend gezeigt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	01.01.2006 Mio. Euro
Eigenkapitaltitel			
Aktien und Investmentfondsanteile (AFS)	-3,3	7,2	7,6
Beteiligungen (AFS)	55,6	37,6	26,1
Neubewertungsrücklage aus der Währungsumrechnung von nicht-monetären Finanzinstrumenten	-6,1	-1,8	0,0
Zwischensumme Eigenkapitaltitel (AFS)	46,2	43,0	33,7
Fremdkapitaltitel			
Schuldverschreibungen (AFS)	-26,6	-22,4	22,5
Forderungen an Kunden (AFS)	-7,5	-0,5	2,4
Zwischensumme Fremdkapitaltitel (AFS)	-34,1	-22,9	24,9
Erfolgsneutrale Bewertung von Sicherungsderivaten (Cashflow Hedge Accounting, effektiver Anteil)	49,4	41,3	-0,1
Erfolgsneutrale Equity Fortschreibung von assoziierten Unternehmen	8,5	0,0	0,0
Neubewertungsrücklage aus erfolgsneutralen latenten Steuern	-16,2	-21,0	-11,4
Gesamt	53,8	40,4	47,1

Kapitalflussrechnung

für die Zeit vom 01. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2007

Kapitalflussrechnung für den Konzern Stadtparkasse Düsseldorf (I)

	2007	2006
	Mio. Euro	Mio. Euro
Konzernjahresüberschuss	71,7	118,5
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirks. Posten / Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- u. Finanzanlagen, Immaterielle Vermögenswerte und Investment Properties	38,6	47,9
Veränderung der Pensions- und sonstigen Rückstellungen	-2,3	1,1
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Positionen	-5,9	-47,0
Erfolge aus der Veräußerung von Anlagevermögen	14,8	-9,1
Sonstige Anpassungen	-251,4	-220,4
Veränderung des Vermögens / der Verbindlichkeiten nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute	-626,8	13,2
Forderungen an Kunden	-764,7	-551,0
Handelsaktiva	20,1	32,0
Sonstige Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	1,4	-1,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	112,4	86,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	385,5	-38,4
Einzahlungen aus der Emission von verbrieften Verbindlichkeiten	475,3	442,7
Auszahlungen aus der Rückzahlung von verbrieften Verbindlichkeiten	-491,1	-170,9
Handelspassiva	-24,7	-31,0
Sonstige Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	43,9	6,6
Zahlungsströme aus Sicherungsderivaten	25,5	0,0
Gezahlte Zinsen	-428,5	-327,2
Erhaltene Zinsen	666,1	599,7
Erhaltene Dividenden	22,7	26,0
Ertragsteuerzahlungen / -erstattungen	-28,5	-37,6
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-745,9	-59,8

Die Darstellung der Cashflows aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit sowie die Überleitung vom Zahlungsmittelfonds am Ende des letzten Geschäftsjahres auf den Zahlungsmittelfonds am Ende des Berichtsjahres folgen auf der nächsten Seite.

Kapitalflussrechnung für den Konzern Stadtparkasse Düsseldorf (II)		
	2007	2006
	Mio. Euro	Mio. Euro
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-745,9	-59,8
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	2.283,1	1.747,1
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen, Investment Properties und immateriellen Vermögenswerten	0,0	0,3
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-1.578,2	-1.679,6
Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen, Investment Properties und immateriellen Vermögenswerten	-5,0	-4,8
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	699,9	63,0
Auszahlungen an den Träger der Stadtparkasse Düsseldorf	-4,0	0,0
Einzahlungen aus der Emission von Nachrangkapital	11,5	11,9
Auszahlungen aus der Rückzahlung von Nachrangkapital	-13,6	-23,2
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-6,1	-11,3
Zahlungsmittelbestand am Ende des letzten Geschäftsjahrs	125,6	133,7
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-745,9	-59,8
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	699,9	63,0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-6,1	-11,3
Zahlungsmittelbestand am Ende des Berichtsjahrs	73,5	125,6

Im Rahmen der Kapitalflussrechnung wird der Zahlungsmittelfonds des Konzerns Stadtparkasse Düsseldorf zu Beginn des Geschäftsjahres durch die Abbildung der Zahlungsströme (Cashflows) aus der

- operativen Geschäftstätigkeit,
- der Investitionstätigkeit sowie der
- Finanzierungstätigkeit

auf den am Ende des Geschäftsjahres zur Verfügung stehenden Zahlungsmittelfonds übergeleitet. Dieser entspricht der Bilanzposition Barreserve (vgl. Notes-Angabe [35]).

Der Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode bestimmt. Danach wird der Jahresüberschuss um alle nicht zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen bereinigt. Da Zins- und Dividenden- sowie Steuerzahlungen nach IAS 7 gesondert dargestellt werden müssen, wird der Jahresüberschuss zunächst in der Position „sonstige Anpassungen“ um das Zinsergebnis sowie erfolgswirksam erfasste Steuern bereinigt.

Im Cashflow aus Investitionstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen aus Positionen dargestellt, deren Zweck im Allgemeinen in einer langfristigen Investition bzw. Nutzung begründet ist.

Unter dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit sind Eigenkapitalveränderungen durch Auszahlungen an die Trägerin der Stadtsparkasse Düsseldorf sowie Cashflows aus der Bereitstellung bzw. Rückzahlung von nachrangigen Verbindlichkeiten, die aufsichtsrechtlich dem Eigenkapital zuzurechnen sind, zu subsumieren.

Im Unterschied zu den IFRS wurde der Cashflow aus bestimmten Finanzanlagen im HGB-Konzernabschluss 2006 dem Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit zugeordnet. Damit geht nach HGB die Darstellung nach der indirekten Methode einher. Im Geschäftsjahr 2006 wurden aus diesen Investments Einzahlungen von 2.163 Tsd. Euro und Auszahlungen von 2.084 Tsd. Euro generiert, die nach HGB netto dargestellt wurden (79 Tsd. Euro). Nach IFRS sind diese Cashflows dem Cashflow aus der Investitionstätigkeit zuzurechnen.

Im Allgemeinen ist der Kapitalflussrechnung bei Kreditinstituten eine geringe Aussagekraft beizumessen, da sie einerseits keinen Aufschluss über die tatsächliche Liquiditätssituation ermöglicht und sie andererseits nicht zur internen Konzernsteuerung herangezogen wird.

Konzernanhang (Notes)

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

[1] Allgemeine Angaben zum Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf

Die Stadtsparkasse Düsseldorf ist eine Anstalt öffentlichen Rechts mit Sitz in 40212 Düsseldorf, Berliner Allee 33 sowie weiteren Filialen und Betreuungszentren innerhalb des Stadtgebiets der Stadt Düsseldorf sowie in Monheim am Rhein. Trägerin der Stadtsparkasse Düsseldorf ist die Stadt Düsseldorf. Die Stadtsparkasse Düsseldorf ist im HRA 14082 des Amtsgerichts Düsseldorf eingetragen. Ihr Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Als Universalkreditinstitut bietet die Stadtsparkasse eine Vielzahl von Finanzdienstleistungen an, die im Wesentlichen bilanzwirksame Ausleihungen und Einlagen, aber auch sonstige Dienstleistungen, umfassen. Eingebunden in die S-Finanzgruppe bietet sie Bauspar- und Investmentprodukte wie auch Leasingfinanzierungen an.

Der Schwerpunkt ihrer Geschäftstätigkeit liegt bei Privatkunden (Segment Privat- und Gewerbekunden) sowie bei kleinen und mittleren Unternehmen. In diesen Kundensegmenten verfügt sie in ihrem Geschäftsgebiet über Marktanteile von über 50%.

Zu ihren Geschäftspartnern zählen auch große Firmen- und Immobilienkunden sowie institutionelle Anleger. Letztere nutzen die Kompetenz der Sparkasse im Asset Management zur renditeorientierten Anlage ihrer Gelder.

Ihr Beteiligungsgeschäft betreibt sie im Wesentlichen über ihre Tochtergesellschaft

-Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH, die in ihren IFRS-Konzernabschluss einbezogen wird.

[2] Grundlagen der Rechnungslegung

Neben der Gewinn- und Verlustrechnung, der Bilanz und der Kapitalflussrechnung umfasst der Konzernabschluss der Stadtsparkasse Düsseldorf die Aufstellung der erfassten Aufwendungen und Erträge sowie die Notes. Darüber hinaus erstellt sie als kapitalmarktorientiertes Unternehmen im Rahmen der Notes eine Segmentberichterstattung nach IFRS 8. Ergänzende Erläuterungen zum Eigenkapital werden unter Ausnutzung des Wahlrechts nach IAS 1.97 in den Notes vorgenommen.

Gemäß § 315a HGB wird der Jahresabschluss ergänzt um den Lagebericht des Vorstands nach § 315 HGB.

Die Bilanzierung und Bewertung folgt der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern). Erträge und Aufwendungen werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der

sie wirtschaftlich zuzurechnen sind, und zeitanteilig abgegrenzt. Aus dieser periodengerechten Abgrenzung resultierende anteilige Zinsen für Finanzinstrumente werden zusammen mit der Hauptforderung bzw. –verbindlichkeit gezeigt.

Der Konzernabschluss wurde vom Vorstand am 29. April 2008 aufgestellt und entsprechend § 325 HGB i.V.m. § 328 HGB beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers (www.ebundesanzeiger.de) eingereicht.

Bei der Berichtswährung handelt es sich um den EURO. Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio. Euro) angegeben.

[3] Entsprechenserklärung mit den IFRS

Die Erstellung des Konzernabschlusses der Stadtsparkasse Düsseldorf für das Geschäftsjahr 2007 erfolgt auf der Grundlage von § 315a Abs. 1 HGB in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten und veröffentlichten International Financial Reporting Standards (IFRS) wie sie von der Europäischen Union (EU) übernommen wurden.

Ergänzend wurden die von der EU übernommenen Auslegungen durch das International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) sowie des Standing Interpretations Committee (SIC) beachtet. Für den Fall, dass die vom IASB bereits verabschiedeten, aber von der EU noch nicht übernommenen Änderungen von IAS bzw. IFRS (IAS 1, 23, 27 bzw. IFRS 3) zukünftig anzuwenden sind, erwartet die Stadtsparkasse Düsseldorf daraus keine wesentlichen Auswirkungen auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage des Konzerns. Eine Übersicht über die angewandten IFRS (Stand 31. Dezember 2007) enthält Notes-Angabe [6]. Den IFRS 8 „Geschäftssegmente“ wendet die Stadtsparkasse Düsseldorf vorzeitig an.

[4] Erstanwendung der IFRS

Die Stadtsparkasse Düsseldorf ist zum 1. Januar 2006 auf die Konzernrechnungslegung nach IFRS übergegangen. Gemäß IFRS 1 ist zum Zeitpunkt des Übergangs auf die IFRS eine Eröffnungsbilanz zu erstellen. Diese stellt den Ausgangspunkt der IFRS-Rechnungslegung dar. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden in der Eröffnungsbilanz entsprechen dem Stand der IFRS, die am Abschlussstichtag des ersten IFRS-Abschlusses gelten; dieser entspricht dem 31. Dezember 2007.

Die Erstellung der IFRS-Eröffnungsbilanz umfasst:

- Den Ansatz aller Vermögenswerte und Schulden, deren Ansatz nach IFRS vorgeschrieben ist,
- keine Berücksichtigung von Posten als Vermögenswerte oder Schulden, deren Ansatz nach IFRS nicht gestattet ist,
- die Umgliederung von Posten, die im Vergleich zu HGB nach IFRS einer anderen Kategorie Vermögenswert, Schuld oder Bestandteil des Eigenkapitals zuzuordnen sind, und
- die Bewertung aller angesetzten Vermögenswerte und Schulden gemäß IFRS.

Grundsätzlich sind bei der Erstanwendung alle zum Berichtszeitpunkt geltenden IFRS vollständig retrospektiv anzuwenden. Davon abweichend gestattet IFRS 1 für bestimmte Sachverhalte Ausnahmen von diesem Grundsatz, weil die Kosten den Nutzen für die Abschlussadressaten wahrscheinlich übersteigen würden. Darüber hinaus untersagt IFRS 1 in bestimmten Bereichen die retrospektive Anwendung der IFRS, insbesondere falls zur retrospektiven Anwendung die Beurteilung vergangener Umstände hinsichtlich des Ausgangs einer bestimmten Transaktion durch den Vorstand notwendig wäre, deren Ergebnis bereits bekannt ist.

Die Stadtparkasse Düsseldorf hat von folgenden Ausnahmen Gebrauch gemacht:

- IFRS 3 wurde für Unternehmenszusammenschlüsse vor dem Zeitpunkt der Eröffnungsbilanz nicht angewendet. Die unter HGB gewählten Konsolidierungsmethoden wurden für die entsprechenden Unternehmen, einschließlich assoziierter Unternehmen, in der IFRS-Eröffnungsbilanz beibehalten; nach HGB bestehende Firmenwerte wurden – vorbehaltlich eines Impairmenttests nach IAS 36 – übernommen; bereits abgeschriebene Geschäfts- und Firmenwerte wurden nicht wieder aktiviert.
- Die gesamten bis zum Zeitpunkt des Übergangs auf IFRS kumulierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus Pensionsverpflichtungen wurden im Eigenkapital der Eröffnungsbilanz erfasst.
- Sofern interne Kategorisierungsbestimmungen eine Zuordnung bereits vor dem Umstellungszeitpunkt bilanziell erfasster Finanzinstrumente in die Kategorien "Available for Sale" (AFS) oder "Financial Assets/Liabilities at Fair Value through Profit or Loss" (AFV/LFV) vorsehen und diese Kategorisierung den Anforderungen des IAS 39 entspricht, wurden diese Finanzinstrumente zum Zeitpunkt der Eröffnungsbilanz nachträglich designiert.
- Für die in IFRIC 4 beschriebene Bestimmung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis gemäß IAS 17 darstellt, werden die Umstände des Leasingverhältnisses zum Übergangszeitpunkt herangezogen.

- Nach IFRIC 1 zu berücksichtigende Änderungen von Rückbauverpflichtungen wurden in die Bestimmung des Wertansatzes der Verpflichtungen zum Zeitpunkt der Eröffnungsbilanz nicht einbezogen, sofern sie bereits vor dem Übergangszeitpunkt aufgetreten sind.
- Gemäß IFRS 1 wurden die Bewertungsunterschiede zwischen HGB und IFRS in der Eröffnungsbilanz direkt in den Gewinnrücklagen erfasst. Lediglich für die Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale (AFS) einerseits sowie für im Rahmen des Cashflow Hedge Accountings nach IAS 39 eingesetzte Derivate andererseits wurden die Wertänderungen bzw. effektiven Teile der Sicherungsbeziehung in der Neubewertungsrücklage als Bestandteil des Eigenkapitals nach IFRS ausgewiesen. Sämtliche Sicherungsbeziehungen entsprechen den Kriterien nach IAS 39.88.

In den Überleitungsrechnungen nach IFRS 1 erläutert der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf wie sich der Übergang von der Rechnungslegung nach HGB auf diejenige nach IFRS im Einzelnen ausgewirkt hat. Den Einfluss auf die Darstellung der Cashflows enthalten die Ausführungen zur Kapitalflussrechnung.

[5] Risikoberichterstattung nach IFRS 7

Nach dem Rechnungslegungsstandard IFRS 7 sind umfassende Angaben zu Art und Ausmaß von Risiken, die sich für den Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf aus Finanzinstrumenten ergeben, erforderlich.

Darüber hinaus ist eine Risikoberichterstattung bzw. eine Darstellung der Risikomanagementprozesse bereits Pflichtbestandteil des Konzernlageberichts nach § 315a HGB. Deshalb werden die von IFRS 7 geforderten qualitativen Angaben zum Risikomanagement im Wesentlichen im Rahmen des Risikoberichts im Konzernlagebericht dargestellt. Insofern ist dieser Risikobericht Bestandteil der Konzernberichterstattung nach IFRS.

[6] Angewandte IFRS

Der Konzernabschluss der Stadtsparkasse Düsseldorf basiert auf dem IFRS-Rahmenkonzept und den nachfolgenden IAS/IFRS:

Standard	Bezeichnung
IAS 1	Darstellung des Abschlusses
IAS 2	Vorräte
IAS 7	Kapitalflussrechnungen
IAS 8	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler
IAS 10	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
IAS 12	Ertragsteuern
IAS 16	Sachanlagen
IAS 17	Leasingverhältnisse
IAS 18	Erträge
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer
IAS 21	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse
IAS 23	Fremdkapitalkosten
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen
IAS 27	Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS
IAS 28	Anteile an assoziierten Unternehmen
IAS 32	Finanzinstrumente: Darstellung
IAS 36	Wertminderung von Vermögenswerten
IAS 37	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen
IAS 38	Immaterielle Vermögenswerte
IAS 39	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung
IAS 40	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien
IFRS 1	Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards
IFRS 3	Unternehmenszusammenschlüsse
IFRS 7	Finanzinstrumente: Angaben
IFRS 8	Geschäftssegmente

Die Standards IAS 11, 20, 26, 29, 31, 33, 34, 41, IFRS 2, 4, 5 sowie IFRS 6 werden nicht berücksichtigt, da sie für den Konzern nicht relevant sind. Ebenfalls nicht zu beachten ist der IAS 14, da die Stadtsparkasse Düsseldorf den IFRS 8 vorzeitig anwendet.

[7] Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Stadtparkasse Düsseldorf wird gemäß IAS 27.28 nach konzern-einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Soweit die Stadtparkasse Düsseldorf direkt oder indirekt über mehr als die Hälfte der Stimmrechte an anderen Unternehmen verfügt oder deren Geschäfts- oder Finanzpolitik in sonstiger Weise bestimmen kann, werden diese als Tochterunternehmen gemäß IAS 27 in den Konzernabschluss einbezogen.

Neben diesen Tochterunternehmen sind nach SIC 12 auch Einzweckgesellschaften, an deren Chancen und Risiken die Stadtparkasse mehrheitlich partizipiert, nach IFRS in den Konzernabschluss einzubeziehen.

Bei der Bestimmung eines Beherrschungsverhältnisses über ein anderes Unternehmen sind auch potenzielle Stimmrechte, die zum Bilanzstichtag ausgeübt oder umgewandelt werden könnten, zu berücksichtigen.

Tochterunternehmen werden nach der Erwerbsmethode zu dem Zeitpunkt erstmals konsolidiert, zu dem die Stadtparkasse Düsseldorf die Beherrschungsmöglichkeit über das erworbene Unternehmen erlangt. Andererseits scheiden Unternehmen zu dem Zeitpunkt aus dem Konsolidierungskreis aus, zu dem die Beherrschungsmöglichkeit der Stadtparkasse endet (Endkonsolidierung).

Bei der Kapitalkonsolidierung nach der Erwerbsmethode (IFRS 3) werden die Anschaffungskosten für den Unternehmenserwerb mit dem Konzernanteil am neu bewerteten Eigenkapital des betreffenden Unternehmens verrechnet. Dabei ergibt sich das Eigenkapital als Residualgröße zwischen den zum Zeitpunkt des Erwerbs der Unternehmensanteile zu beizulegenden Zeitwerten bewerteten Vermögenswerten, Schulden und Eventualschulden. Ein im Rahmen der Kaufpreisallokation ermittelter positiver Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem anteiligen neu bewerteten Eigenkapital wird als Geschäfts- oder Firmenwert (Goodwill) unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen. Dieser wird gemäß IAS 36 nicht planmäßig abgeschrieben, sondern mindestens jährlich einem Werthaltigkeitstest unterzogen. Gleiches gilt für die Bewertung at equity bei assoziierten Unternehmen.

Assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode gemäß IAS 28 in den Konzernabschluss einbezogen, sofern sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Die Fortschreibung der Equity-Werte erfolgt anteilig entsprechend der Veränderung des Eigenkapitals des assoziierten Unternehmens. Im Falle von erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen wird auch der Equity-Wert erfolgsneutral fortgeschrieben.

Bei Gemeinschaftsunternehmen im Sinne des IAS 31 hat sich der Konzern Stadtparkasse Düsseldorf für die Bewertung nach der Equity-Methode entschieden.

Im Rahmen der Schulden- und Erfolgskonsolidierung werden konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge gemäß IAS 27.24 eliminiert. Im Konzern angefallene Zwischenergebnisse werden neutralisiert, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

[8] Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 sind neben dem Mutterunternehmen Stadtparkasse Düsseldorf, Düsseldorf, unverändert sieben Tochterunternehmen einbezogen worden.

Darüber hinaus wurden gemäß IAS 27 i.V.m. der vom Standing Interpretations Committee (SIC) veröffentlichten Interpretation SIC 12, nach der Einzweckgesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren sind, im Geschäftsjahr insgesamt fünf (Vorjahr zehn) Spezialfonds (ausschließlich im Interesse der Stadtparkasse Düsseldorf aufgelegte Wertpapiersondvermögen) in den Konzernabschluss einbezogen. Dabei handelt es sich im Geschäftsjahr 2007 um folgende Spezialfonds:

Bezeichnung	Kapitalanlagegesellschaft	Anlageschwerpunkt
AGI-Fonds SSKD-A	Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH	Aktien
AGI-Fonds SSKD-B	Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH	Aktien / Renten
SSKD INKA Master A	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	Aktien / Wandelanleihen
SSKD INKA Master B	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	Aktien / Wandelanleihen
SSKD INKA Master C	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	Renten

Im Vorjahr wurden die folgenden Spezialfonds vollkonsolidiert:

Bezeichnung	Kapitalanlagegesellschaft	Anlageschwerpunkt
EUX-Fonds	WestLB Mellon Asset Management Kapitalanlagegesellschaft mbH	Aktien
Düssel-Fonds	WestLB Mellon Asset Management Kapitalanlagegesellschaft mbH	Aktien / Renten
WestAM Con I-Fonds	WestLB Mellon Asset Management Kapitalanlagegesellschaft mbH	Wandelanleihen
F&C Con II-Fonds	WestLB Mellon Asset Management Kapitalanlagegesellschaft mbH	Wandelanleihen
Lazard-US-SC-Fonds	Lazard Asset Management (Deutschland) GmbH	Aktien
A-SSKD-RDS-Fonds	Deka FundMaster Investmentgesellschaft mbH	Renten
SUM-INKA-Fonds	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	Aktien
UBS-MSC-Fonds	UBS Global Asset Management (Deutschland) GmbH	Aktien
UBS-EMS-Fonds	UBS Global Asset Management (Deutschland) GmbH	Aktien
FT-DEX Fonds	FRANKFURT-TRUST Investment-Gesellschaft mbH	Aktien

Im Geschäftsjahr 2006 wurden die Sondervermögen des Konzerns umstrukturiert. In diesem Zusammenhang wurden zehn Spezialfonds auf andere konsolidierte Sondervermögen verschmolzen.

Master-Fonds	verschmolzene Fonds	ehem. Kapitalanlagegesellschaft
AGI-Fonds SSKD-A	FT-DEX Fonds UBS-EMS-Fonds	FRANKFURT-TRUST Investment-Gesellschaft mbH UBS Global Asset Management (Deutschland) GmbH
AGI-Fonds SSKD-B	UBS-MSC-Fonds A-SSKD-RDS-Fonds	UBS Global Asset Management (Deutschland) GmbH Deka FundMaster Investmentgesellschaft mbH
AGI-Fonds SSKD-C	Düssel-Fonds	WestLB Mellon Asset Management
SSKD INKA Master A	EUX-Fonds F&C Con II -Fonds	WestLB Mellon Asset Management WestLB Mellon Asset Management
SSKD INKA Master B	WestAM Con I -Fonds SUM-INKA-Fonds Lazard US-SC-Fonds	WestLB Mellon Asset Management Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH Lazard Asset Management (Deutschland) GmbH

Im weiteren Verlauf des Jahres ist der Spezialfonds AGI-Fonds SSKD-C nach Veräußerung endkonsolidiert worden.

Im Vorjahr sind die folgenden fünf veräußerten Spezialfonds endkonsolidiert worden:

Bezeichnung	Kapitalanlagegesellschaft	Anlageschwerpunkt
Lazard CB 1-Fonds	Lazard Asset Management (Deutschland) GmbH	Renten
A-CB 5-Deka-Fonds	Deka FundMaster Investmentgesellschaft mbH	Renten
EM-AK-INKA-Fonds	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	Aktien
CB 4-INKA-Fonds	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	Renten
CB 3-WestAM-Fonds	Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	Renten

Aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wurde auf eine Konsolidierung weiterer vier (Vorjahr drei) Tochterunternehmen verzichtet. Die betreffenden Gesellschaften können der Anteilsbesitzliste entnommen werden. Die Anteile an diesen Unternehmen werden als Finanzinstrumente gemäß IAS 39 unter den Finanzanlagen bilanziert.

In den Konzernabschluss der Stadtsparkasse Düsseldorf wird der IFRS-Teilkonzernabschluss der -Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH, Düsseldorf, einbezogen.

Im Geschäftsjahr wurden folgende Unternehmen als at equity bewertete Unternehmen erstmalig in den Konsolidierungskreis einbezogen:

- West Factoring GmbH, Dortmund
- Sirius Seedfonds Düsseldorf GmbH & Co. KG
- SPL electronics GmbH, Niederkrüchten

Neben den voll zu konsolidierenden Tochterunternehmen und Ein Zweckgesellschaften werden insgesamt elf assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode entsprechend dem Anteil des Konzerns an deren Eigenkapital in den Konzernabschluss einbezogen.

Wegen untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage entsprechend F30 des Rahmenkonzepts der IFRS wurde auf die Bewertung at equity von 7 (Vorjahr: 8) assoziierten Unternehmen verzichtet. Die Anteile an diesen Gesellschaften werden stattdessen als Finanzinstrumente nach IAS 39 bilanziert.

Zusammengefasste Finanzinformationen zu diesen nicht einbezogenen assoziierten Unternehmen IAS 28.37 (i) enthält die nachfolgende Darstellung:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Summe der Vermögenswerte	1,7	2,2
Summe der Verpflichtungen	1,1	1,6
Eigenkapital	0,6	0,7
Ordentliche Erträge	0,6	0,4
Periodenergebnis	0,2	0,2

[9] Unternehmenszusammenschlüsse im Berichtsjahr

Im Berichtsjahr wurde der Anteil an einem Unternehmen von bisher 50 % auf 100 % erhöht. Aufgrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurde auf eine Konsolidierung dieses Tochterunternehmens weiterhin verzichtet.

[10] Rechnungslegungsannahmen und Schätzungen

Die Anwendung der IFRS erfordert in einigen Fällen Annahmen und Schätzungen durch die Stadtsparkasse Düsseldorf, die auf subjektiven Beurteilungen zukünftiger Entwicklungen beruhen und demzufolge mit Prognoseunsicherheiten behaftet sind. Auch wenn die Stadtsparkasse Düsseldorf im Rahmen der Schätzungen auf verfügbare Informationen, historische Daten und andere Beurteilungsparameter zurückgegriffen hat, können die tatsächlichen, zukünftigen Ereignisse von den Schätzungen abweichen. Dies kann sich zukünftig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken.

Annahmen und Schätzungen waren im Wesentlichen notwendig bei

- der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes (Fair Values) nicht börsennotierter Derivate,
- der Bestimmung der erwarteten Laufzeit bei bestimmten Prämiensparverträgen,
- der Bemessung der Risikovorsorge (Impairment),
- der Berechnung latenter Steuern sowie
- der Ermittlung der Pensions- und anderer Rückstellungen.

Die Annahmen und Schätzungen selbst sowie die zugrunde liegenden Beurteilungsfaktoren und Schätzverfahren werden regelmäßig überprüft und mit den tatsächlich eingetretenen Ereignissen abgeglichen.

Sofern Schätzungen erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position dargelegt (z.B. Schätzungen bei der Bewertung von Rückstellungen).

[11] Finanzinstrumente

Kategorisierung

Gemäß IAS 39 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente bilanziell zu erfassen, den nachfolgenden Kategorien zuzuordnen und in Abhängigkeit von der Kategorisierung zu bewerten. Die Stadtsparkasse Düsseldorf nimmt die Zuordnung der Finanzinstrumente entsprechend der Halteintention sowie gemäß deren Ausstattungsmerkmalen vor. Bei finanziellen Vermögenswerten unterscheidet IAS 39 folgende Kategorien:

- Finanzielle Vermögenswerte mit ergebniswirksamer Bewertung zum beizulegenden Zeitwert (financial assets at fair value through profit or loss - AFV),
- bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (held to maturity investments – HTM),
- Kredite und Forderungen (loans and receivables – LAR),
- zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (available for sale financial assets – AFS).

Von einer Nutzung der Kategorie HTM hat die Stadtsparkasse Düsseldorf abgesehen.

Bei finanziellen Verpflichtungen ist zu differenzieren nach

- finanziellen Verbindlichkeiten mit ergebniswirksamer Bewertung zum beizulegenden Zeitwert (financial liabilities at fair value through profit or loss – LFV) und
- sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten (other financial liabilities – OFL).

Kategorie AFV / LFV

Die Kategorie AFV / LFV besteht aus den folgenden zwei Unterkategorien:

- Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die mit Handelsabsicht gehalten werden (AFV / LFV – Trading) und
- freiwillig erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente (AFV / LFV - Designation).

Der Unterkategorie „Trading“ werden solche Finanzinstrumente zugeordnet, die zum Zweck der kurzfristigen Weiterveräußerung erworben wurden, Bestandteile von Handelsportfolien oder derivative Finanzinstrumente darstellen, soweit sie nicht Sicherungsinstrumente i.S.v. IAS 39.72 ff. sind. Diese Finanzinstrumente werden in Abhängigkeit von ihrer Bewertung unter den Bilanzpositionen „Handelsaktiva“ bzw. „Handelsspassiva“ ausgewiesen. Sämtliche Erfolge aus derartigen Finanzinstrumenten – mit Ausnahme der Zinsergebnisse - werden in der GuV-Position „Handelsergebnis“ abgebildet.

Die Möglichkeit der unwiderruflichen Designierung zum Zugangszeitpunkt (Fair Value Option) erlaubt auch für nicht-derivative Finanzinstrumente, die nicht mit Handelsabsicht erworben wurden, eine freiwillige erfolgswirksame Bewertung zum Fair Value. Für die Fair Value Option bestehen folgende drei Anwendungsvoraussetzungen:

- Es liegt ein strukturiertes Finanzinstrument mit einem trennungspflichtigen eingebetteten Derivat vor.
- Die Designierung erhöht die Relevanz der Jahresabschlussinformationen. Dies trifft in den folgenden Fällen zu:
 - Die Kategorisierung eliminiert oder verringert die durch das sog. Mixed Model nach IAS 39 (Bewertungsmodelle fortgeführte Anschaffungskosten und Fair Value) hervorgerufenen Inkonsistenzen bei der Bewertung bzw. Erfassung von Finanzinstrumenten (Vermeidung Accounting Mismatch).
 - Das Finanzinstrument ist Teil eines Portfolios, das für Zwecke des internen Risikomanagements auf Fair Value-Basis gesteuert wird. Gleichzeitig muss auch die Berichterstattung an das Management auf dieser Basis erfolgen.

Tatsächlich wendet die Stadtsparkasse Düsseldorf die Fair Value Option auf Aktienportfolien und strukturierte Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten an. Die Designation von Investments innerhalb von Aktienportfolien folgt der internen Risikoberichterstattung an den Vorstand auf Basis des beizulegenden Zeitwerts dieser Investments.

Anwendungsfälle zur Vermeidung des Accounting Mismatches liegen derzeit nicht vor.

Sämtliche Erfolge aus freiwillig designierten Finanzinstrumenten weist die Stadtsparkasse Düsseldorf unter dem GuV-Posten „Ergebnis aus designated as at Fair Value Geschäften“ aus, während die Bilanzzuordnung entsprechend den Charakteristika der Finanzinstrumente vorgenommen wird.

Kategorie LAR

Die Kategorie LAR ist anwendbar für nicht-derivative Finanzinstrumente mit festen oder bestimmbaren Zahlungen, sofern sie nicht auf einem aktiven Markt gehandelt werden oder mit Handelsabsicht erworben wurden. Im Wesentlichen handelt es sich bei diesen Finanzinstrumenten um Forderungen aus dem Kreditgeschäft der Stadtsparkasse Düsseldorf sowie um Schuldverschreibungen, für die kein aktiver Markt besteht.

Finanzinstrumente der Kategorie LAR werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Agien und Disagien werden effektivzinskonstant über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis vereinnahmt.

Kategorie AFS

Die Kategorie AFS umfasst alle nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte, die weder der Kategorie AFV noch LAR zugeordnet wurden. Diese Vermögenswerte werden erfolgsneutral zum Fair Value bewertet. Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag werden demgegenüber effektivzinskonstant über die Laufzeit bzw. bis zum nächsten Zinsanpassungszeitpunkt amortisiert und im Zinsergebnis vereinnahmt.

Die in der Neubewertungsrücklage als Bestandteil des Eigenkapitals erfassten Wertänderungen werden bei Abgang oder außerplanmäßiger Abschreibung (Impairment) des Finanzinstruments in die GuV übernommen.

Finanzinstrumente werden regelmäßig auf das Vorliegen eines objektiven Hinweises auf ein Impairment untersucht. Im Falle von Fremdkapitaltiteln zieht die Stadtsparkasse Düsseldorf die folgenden Kriterien als objektive Hinweise auf ein Impairment heran:

- Rating-Downgrade in den Non-Investmentgrade-Bereich oder
- Spreadveränderung zwischen Anschaffungstag (Schlusstag) und Bewertungsstichtag von mehr als 300 Basispunkten.

Auf Grundlage dieser Hinweise wird die Entscheidung für die Erfassung einer Wertminderung im Einzelfall getroffen.

Bei Eigenkapitaltiteln sowie bei Fremdkapitaltiteln, die sich in einem konsolidierten Sondervermögen befinden, liegt nach IAS 39.61 dann ein objektiver Hinweis für eine Wertminderung vor, wenn ihr Fair Value signifikant und / oder länger anhaltend unter die Anschaffungskosten absinkt. Nach Definition der Stadtsparkasse Düsseldorf ist ein signifikanter bzw. dauerhafter Rückgang dann gegeben, wenn der Fair Value der betreffenden Finanzinstrumente um mindestens 20 % unter die Anschaffungskosten gesunken ist. Das Kriterium der Dauerhaftigkeit der Wertminderung liegt definitionsgemäß auch dann vor, wenn die Wertminderung über einen Zeitraum von mehr als neun Monaten ständig vorliegt. Sofern die Kriterien erfüllt sind, wird stets eine Wertberichtigung gebildet.

Sofern die Gründe für ein Impairment entfallen sind, erfolgt eine Wertaufholung bis zur Höhe der (fortgeführten) Anschaffungskosten, die bei Fremdkapitaltiteln erfolgswirksam, im Fall von Eigenkapitalinstrumenten erfolgsneutral vorgenommen wird.

Sofern der Fair Value eines AFS-Eigenkapitalinstruments nicht verlässlich bestimmt werden kann, wird dieses zu Anschaffungskosten bewertet. In einem solchen Fall ist eine Wertaufholung bei Wegfall der Gründe für eine Wertberichtigung nicht zulässig.

Die Verwendung der Kategorie AFS unterliegt der freiwilligen Designationsentscheidung zum Zugangszeitpunkt der betreffenden finanziellen Vermögenswerte.

Die Sparkasse Düsseldorf nutzt die Kategorie AFS für alle originären finanziellen Vermögenswerte, die nicht mit der Absicht einer kurzfristigen Veräußerung gehalten werden, nicht dem originären Kreditgeschäft zuzuordnen sind oder zur erfolgswirksamen Fair Value Bewertung designiert werden. Diese umfassen Beteiligungen und Investmentfondsanteile sowie Inhaber- und Namensschuldverschreibungen, letztere soweit für sie ein aktiver Markt angenommen werden kann. Schuldverschreibungen innerhalb von konsolidierten Sondervermögen werden grundsätzlich dieser Kategorie zugeführt.

Kategorie OFL

Dieser Kategorie werden alle finanziellen Verbindlichkeiten zugeordnet, die weder Handelspassiva darstellen, noch freiwillig erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden. Verbindlichkeiten der Kategorie OFL werden zum Zeitpunkt ihres Zugangs mit ihrem Fair Value, der in der Regel den Anschaffungskosten entspricht, bewertet.

Der Ansatz dieser Verbindlichkeiten erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien bzw. Disagien werden effektivzinskonstant über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis vereinnahmt.

Rückkäufe von begebenen Schuldverschreibungen werden nicht aktivisch ausgewiesen, sondern als Tilgung von der betroffenen Passivposition abgesetzt.

Erläuterung der Bewertungsmaßstäbe

Bei Zugang werden finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen stets zum Fair Value bewertet, der im Allgemeinen den Anschaffungskosten entspricht. Die Folgebewertung hingegen hängt von der Kategorisierung ab und wird entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten (Kategorien LAR und OFL) oder zum Fair Value (Kategorien AFV, AFS und LFV) durchgeführt. Die Folgebewertung zum Fair Value wird entsprechend der Bewertungshierarchie des IAS 39.48A durchgeführt. Sofern auf einem aktiven Markt festgestellte Kurse vorliegen, werden diese zur Bewertung herangezogen. Sofern kein aktiver Markt vorliegt, bestimmt der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf den Fair Value mit Hilfe eines Bewer-

tungsverfahrens. Dazu zählen der Rückgriff auf zeitnahe Transaktionen in im Wesentlichen identischen Finanzinstrumenten oder aber Bewertungsmodelle, wie z.B. DCF-Verfahren oder Optionspreismodelle. Letztere werden vor allem zur Bewertung von sog. OTC-Derivaten verwendet. Dabei werden marktübliche Bewertungsparameter genutzt.

Bei Kundenderivaten erfolgt eine Kalibrierung der am Markt beobachtbaren relevanten Bewertungsparameter um den Bonitätsspread des Kontrahenten sowie um die Gewinn- bzw. Kostenmarge der Sparkasse. Diese Modelkalibrierung führt dazu, dass beim erstmaligen Ansatz dieser Derivate kein Gewinn erfasst wird. Eine entsprechend IAS 39.AG76 zum Zeitpunkt der Emission einer verbrieften Verbindlichkeit nicht zu vereinnahmende Gewinnmarge wurde passivisch abgegrenzt. Nachfolgend wird ein Gewinn nach dem erstmaligen Ansatz nur insoweit erfasst, wie er durch Änderungen eines Faktors –insbesondere der Restlaufzeit der betreffenden Finanzinstrumente- entstanden ist, den auch andere Marktteilnehmer bei der Preisfindung berücksichtigen würden. Hinsichtlich der Höhe des zum Bilanzstichtag noch nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Gewinns und zu seiner Veränderung im Geschäftsjahr verweist der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf auf Notes-Angabe [65].

Für Investments des Konzerns in Private Equity Fonds wird der von den Fondsgesellschaften mitgeteilte „Net Asset Value“ (Abk. „NAV“) = Nettovermögenswert oder Marktwert eines Direkt- oder Fondsinvestments oder eines Portfolios unter Zugrundelegung der Fair Values der vom jeweiligen Zielfonds gehaltenen Unternehmen entwickelt. Zur Ermittlung der Fair Values eines Unternehmens wird in der Regel auf die allgemeinen Bewertungsrichtlinien der European Private Equity & Venture Capital Association (EVCA) oder eines vergleichbaren Regelwerkes abgestellt (z.B. DCF-Methode, Multiple Methode, Börsenkurs, Bewertung auf Basis einer aktuellen Transaktion).

Ausweis des Zinsergebnisses aus Finanzinstrumenten

Zinserträge und –aufwendungen werden für alle originären zinstragenden finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in den GuV-Posten Zinsertrag bzw. Zinsaufwand ausgewiesen, soweit es sich nicht um Finanzinstrumente handelt, die den Kategorien AFV bzw. LFV durch freiwillige Designationsentscheidung (Fair Value Option) zugeordnet wurden. Diese Zinserträge bzw. –aufwendungen werden im Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften ausgewiesen.

Mit Ausnahme der Kategorien AFV und LFV werden die Zinserträge (-aufwendungen) nach der Effektivzinsmethode berechnet. Bei der Effektivzinsmethode wird der maßgebliche Zins-

satz so bestimmt, dass der Barwert der künftigen Zahlungen den Anschaffungskosten entspricht. Sofern Zahlungszeitpunkte wie etwa im Zusammenhang mit Kündigungsrechten nicht eindeutig bestimmt werden können, wird der Effektivzinssatz unter Berücksichtigung der erwarteten Zahlungszeitpunkte bestimmt. Mögliche Zahlungsausfälle aus Bonitätsverschlechterungen werden nicht einkalkuliert. In die Berechnung des Effektivzinssatzes fließen u.a. Bereitstellungsinsen sowie Agien und Disagien ein.

Zinserträge auf wertberichtigte finanzielle Vermögenswerte werden ermittelt, indem der Buchwert nach Wertberichtigung mit dem anfänglichen Effektivzins aufgezinnt wird ("Unwinding").

Risikovorsorge für finanzielle Forderungen der Kategorie LAR

Kreditforderungen werden im Rahmen des regelmäßigen Kreditüberwachungsprozesses einzeln auf ihre Werthaltigkeit geprüft. Als Auslöser für einen Impairment-Test werden u.a. die folgenden Ereignisse gesehen:

- Zahlungsverzug bzw. Überziehung,
- Signifikante Verschlechterung des Ratings gem. internem Bonitätsbeurteilungssystem,
- Gewinneinbruch,
- Rückläufige Umsätze,
- Eigenkapitalminderung,
- Insolvenzantrag.

Den identifizierten Verlustereignissen für einzelne Forderungen begegnet die Stadtsparkasse Düsseldorf durch die Bildung von barwertig berechneten Wertberichtigungen auf Basis der zukünftig noch als einbringlich erachteten Cashflows. In diese Betrachtung bezieht sie prognostizierte Cashflows aus der Verwertung von Sicherheiten ein.

Ab dem Zeitpunkt der Wertberichtigung werden die vertraglichen Zinszahlungen nicht mehr als Zinsertrag vereinnahmt, sondern als Tilgung der Forderung betrachtet. Zinserträge entstehen anschließend ausschließlich aus dem Unwinding. Das Unwinding wird als Erhöhung der Forderung erfasst.

Von der Möglichkeit der Bildung von pauschalieren Einzelwertberichtigungen für Portfolien unwesentlicher Forderungen mit Verlustereignissen macht die Sparkasse keinen Gebrauch. Bereits eingetretenen, aber noch nicht einzeln identifizierten Verlustereignissen trägt die Sparkasse durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen nach dem sog. Modell der Incurred Losses Rechnung. Dabei stellt sie die Portfolien nach homogenen Risikostrukturen zusammen. Der eingetretene Verlust wird auf Basis des Buchwertes der Forderungen unter Berücksichtigung der ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeit – bezogen auf einen Zeitraum von

zwölf Monaten – sowie der geschätzten Verlusthöhe berechnet. Zur Quantifizierung der eingetretenen Verluste entsprechend IAS 39 wird der nach dem dargestellten Verfahren ermittelte Wert um einen Korrekturfaktor bereinigt. Dieser Korrekturfaktor spiegelt denjenigen Zeitraum wider, der maximal bis zur einzelfallbezogenen Identifizierung des Verlustes im Rahmen des regelmäßigen Kreditüberwachungsprozesses ab dem Bilanzstichtag noch verstreichen kann.

Portfoliowertberichtigungen werden nicht nur für Forderungen aus dem originären Kreditgeschäft, sondern für alle Finanzinstrumente der Kategorie LAR gebildet.

Einzel- und Portfoliowertberichtigungen werden auf Wertberichtigungskonten erfasst und auf der Aktivseite der IFRS-Konzernbilanz offen gezeigt.

Finanzanlagen

Unter den Finanzanlagen werden Wertpapiere, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, Beteiligungen sowie nicht in den Konzernabschluss einbezogene Tochter- und assoziierte Unternehmen ausgewiesen.

Bestimmte Eigenkapitalinstrumente, hier insbesondere die Beteiligung der Stadtsparkasse Düsseldorf am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV), werden zu ihren historischen Anschaffungskosten bilanziert, da eine verlässliche Bestimmung ihres beizulegenden Zeitwerts nicht möglich ist. Weitere Angaben enthalten die Erläuterungen zur Bilanzposition „Finanzanlagen“.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Unter den verbrieften Verbindlichkeiten weist die Stadtsparkasse Düsseldorf begebene Inhaberschuldverschreibungen sowie begebene Inhaberpfandbriefe aus, soweit sie nicht mit einer Nachrangabrede ausgestattet sind.

Soweit verbrieft Verbindlichkeiten eingebettete trennungspflichtige Derivate enthalten, nutzt die Stadtsparkasse Düsseldorf die Kategorie LFV – Designation, um eine Trennungspflicht zu vermeiden.

Erfolge aus dem Rückkauf von eigenen Schuldverschreibungen, die gemäß den Anforderungen der IFRS als Tilgungen behandelt werden, weist die Stadtsparkasse Düsseldorf unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Aufwendungen aus.

Bereits fällige, noch nicht eingelöste Schuldverschreibungen, die als Tafelgeschäfte platziert wurden, sowie noch nicht eingelöste Kupons werden unter der Bilanzposition „Sonstige Passiva“ gezeigt.

Ansatz und Abgang

Finanzinstrumente werden erfasst, wenn die mit ihnen verbundenen Rechte und Verpflichtungen als auf ein Konzernunternehmen der Stadtsparkasse Düsseldorf im Sinne des IAS 39.14 übergegangen gelten.

Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte aus dem Vermögenswert erloschen sind oder an Konzernfremde in der Weise übertragen wurden, dass die Chancen und Risiken im Wesentlichen übergegangen sind. Ferner werden finanzielle Vermögenswerte ausgebucht, wenn die Kontrolle bzw. Verfügungsmacht übertragen wurde. Finanzielle Verpflichtungen werden bei erfolgter Tilgung ausgebucht.

Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes

Der Erstansatz von Finanzinstrumenten erfolgt zu dem Zeitpunkt, an dem die Stadtsparkasse Düsseldorf Vertragspartei der den betreffenden Finanzinstrumente zu Grunde liegenden vertraglichen Regelungen wird, d.h. wenn sie zu den vereinbarten Leistungen unbedingt berechtigt oder verpflichtet ist. Übliche Käufe (regular way contracts) von Finanzinstrumenten der Kategorien AFV und AFS werden bei Zugang zum Handelstag bilanziell erfasst, während der Erstansatz von finanziellen Forderungen der Kategorie LAR zum Erfüllungstag vorgenommen wird.

Eingebettete Derivate

Im Falle von strukturierten Finanzinstrumenten mit eingebetteten trennungspflichtigen Derivaten macht die Stadtsparkasse von der Möglichkeit der freiwilligen Designierung des Finanzinstrumentes zur erfolgswirksamen Fair Value Bewertung (Fair Value Option) Gebrauch, um eine Trennungspflicht des Derivats zu vermeiden. Aufgrund der rechtlichen Einheit von Basisvertrag und Derivat wird das gesamte Finanzinstrument unter dem Bilanzposten des Basisvertrags ausgewiesen. Erfolge werden in der GuV-Position „Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften“ gezeigt.

Hedge Accounting

Die Stadtsparkasse Düsseldorf wendet derzeit ausschließlich das Cashflow Hedge Accounting nach IAS 39 zur Absicherung des Risikos von zukünftigen Cashflow Schwankungen aus begebenen Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung an. Fair Value Änderungen der

im Rahmen der Sicherungsbeziehungen eingesetzten Derivate werden mit Ausnahme der Zinsabgrenzungen erfolgsneutral im Eigenkapital abgebildet, soweit die Sicherungsbeziehungen als effektiv im Sinne des IAS 39 anzusehen sind. Weitere Angaben können der Darstellung zur Entwicklung des Eigenkapitals bzw. dem Abschnitt Risikomanagement unter den sonstigen Angaben entnommen werden.

Angaben gemäß IFRS 7

Angaben, die nach IFRS 7 wahlweise in der Bilanz oder in den Notes dargestellt werden können, nimmt die Sparkasse Düsseldorf in den Notes vor.

[12] Ertragsrealisierung

Erträge werden berücksichtigt, wenn sie realisiert bzw. realisierbar sind. Zinsen aus verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden anteilig über die Laufzeit der betreffenden Aktiv- bzw. Passivposten verteilt. Bei Finanzinstrumenten der Kategorie AFS, LAR, OFL erfolgt dies nach der Effektivzinsmethode unter Berücksichtigung von Agien und Disagien.

[13] Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21.23a wurden sämtliche monetären Vermögenswerte und Verpflichtungen sowie Posten der Gewinn- und Verlustrechnung in Fremdwährung mit den Fixkursen der öffentlichen Banken des 28.12.2007 (letzter Handelstag) in Euro umgerechnet. Devisentermingeschäfte werden zum Terminkurs des letzten Handelstages umgerechnet.

Die Umrechnung von nicht monetären Finanzinstrumenten (z.B. Beteiligungen) der Kategorie AFS erfolgt erfolgsneutral. Die diesbezüglichen Veränderungen des Konzerneigenkapitals werden entsprechend IAS 1.96 in der Aufstellung der erfassten Aufwendungen und Erträge dargestellt. Falls Eigenkapitalinstrumente in Fremdwährung zu Anschaffungskosten bewertet werden, da ihr Fair Value nicht hinreichend verlässlich bestimmt werden kann (gemäß IAS 39.46 c), wird die Währungsumrechnung zu historischen Kursen vorgenommen.

Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung werden mit dem Kurs zum Zeitpunkt der Realisierung umgerechnet. Das erfolgswirksame Ergebnis aus der Währungsumrechnung von monetären Finanzinstrumenten wird unabhängig von der Kategorisierung nach IAS 39 im Handelsergebnis ausgewiesen.

Für die im Konzern wichtigsten Währungen gelten die folgenden Umrechnungskurse (Betrag in Währung für 1 Euro).

	31.12.2007	31.12.2006
US-Dollar (USD)	1,4704	1,3178
Schweizer Franken (CHF)	1,6597	1,6080
Japanische Yen (JPY)	165,9700	156,6700

Tochterunternehmen mit abweichender funktionaler Währung existieren nicht.

[14] Immaterielle Vermögenswerte

Unter dem Bilanzposten „Immaterielle Vermögenswerte“ werden erworbene und selbst erstellte Vermögenswerte sowie derivative Geschäfts- und Firmenwerte (Goodwill) aus Unternehmenszusammenschlüssen ausgewiesen. Derzeit verfügt die Stadtparkasse ausschließlich über erworbene immaterielle Vermögenswerte.

Immaterielle Vermögenswerte, die keinen Goodwill darstellen, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Erforderliche Wertberichtigungen werden unter dem GuV-Posten „Allgemeine Verwaltungsaufwendungen“ ausgewiesen.

Immaterielle Vermögenswerte werden über drei Jahre linear abgeschrieben.

[15] Sachanlagen

Sachanlagen werden mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten - vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der Nutzungsdauer - angesetzt. Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der physischen Abnutzung sowie der technischen Alterung ermittelt. Ebenso werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Bei Mietereinbauten in gemieteten Gebäuden sowie Leasinggegenständen, die dem Konzern wirtschaftlich zuzurechnen sind, wird die Vertragsdauer als Abschreibungsdauer zugrunde gelegt, sofern diese geringer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer. Ergeben sich über die planmäßigen Abschreibungen hinaus Wertminderungen, wird ihnen mit außerplanmäßigen Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert begegnet. Entfallen die Gründe für eine außerplanmäßige Wertberichtigung, dann wird höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten zugeschrieben. Nachträglich angefallene Anschaffungskosten werden aktiviert, soweit diese zu einer Erhöhung des zukünftigen wirtschaftlichen Nutzens führen.

Sachanlagen werden über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	20 - 55 Jahre
Betriebsvorrichtungen	4 - 25 Jahre
sonstige Einrichtungen	5 - 13 Jahre
Kraftfahrzeuge	5 Jahre
Maschinen	3 - 10 Jahre

Aus Wesentlichkeitsgründen werden geringwertige Sachanlagen im Geschäftsjahr des Zugangs direkt abgeschrieben. Gewinne aus der Veräußerung von Sachanlagen werden unter dem Posten "Sonstige betriebliche Erträge", Verluste in der Position "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen.

[16] Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Properties) sind nach dem gleichnamigen Rechnungslegungsstandard IAS 40 nach IFRS separat zu bilanzieren.

Gemäß IAS 40 werden solche Immobilien des Konzerns als Investment Properties klassifiziert, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Es ist nicht Ziel, diese Immobilien zur Erbringung von Dienstleistungen oder für eigene Verwaltungszwecke zu nutzen.

Zur Abgrenzung derjenigen Immobilien, die als Investment Property gehalten werden, von denjenigen, die vom Konzern selbst genutzt werden, sind folgende Merkmale festgehalten worden:

Investment Properties erzeugen Cash Flows, die weitgehend unabhängig von denjenigen anfallen, die von anderen vom Konzern gehaltenen Vermögenswerten generiert werden.

Die Erbringung von Dienstleistungen oder die Nutzung der Immobilien für Verwaltungszwecke führt zu Cash Flows, die nicht nur den Investment Properties, sondern auch anderen Vermögenswerten, die im normalen Geschäftsbetrieb genutzt werden, zuzurechnen sind.

Dieses Merkmal weist auf Immobilien hin, die vom Konzern selbst genutzt werden.

Für die Bilanzierung der Investment Properties verwendet die Stadtsparkasse Düsseldorf das Anschaffungskostenmodell. Die von den Gutachtern der Sparkasse durch Diskontierung der erwarteten Nettoerträge ermittelten Ertragswerte (beizulegenden Zeitwerte) der Objekte sind in den Notes angegeben.

Den linearen Abschreibungen legt die Stadtsparkasse Düsseldorf Abschreibungsdauern zwischen 20 und 55 Jahren zugrunde:

[17] Leasinggeschäft

Bei der Bilanzierung von Leasingverhältnissen wird zwischen Finanzierungsleasing und Operating Leasing unterschieden. Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand beurteilt. Ein Leasinggeschäft wird als Operating-Lease-Verhältnis eingestuft, wenn die Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, nicht auf den Leasingnehmer übertragen werden. Hingegen liegen die Chancen und Risiken bei einem Finanzierungsleasing überwiegend beim Leasingnehmer.

Aufgrund der Vermietung von Immobilien bzw. von Immobilienbestandteilen hat der Konzern Stadtparkasse Düsseldorf als Leasinggeber die Regelungen der Leasingbilanzierung nach IFRS zu beachten. Bei diesen Leasingverhältnissen handelt es sich ausschließlich um Operating Leasing. Beim Operating Leasing von Immobilien wird das Leasingobjekt in der Konzernbilanz als Vermögenswert zu fortgeführten Anschaffungskosten unter den Investment Properties ausgewiesen. Ein Ausweis unter den Sachanlagen kommt nur dann in Betracht, sofern der vermietete Gebäudeanteil zu vernachlässigen ist oder aber dessen separate Veräußerbarkeit nicht gegeben ist. Die in der Periode vereinnahmten Leasingerlöse werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst. Die Abschreibung auf die verleasten Objekte werden entsprechend unter den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Die Leasingverhältnisse, in die der Konzern als Leasingnehmer eingetreten ist, sind als Operating Leasing zu klassifizieren. In diesem Fall sind die geleisteten Leasingraten Bestandteil der sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Weitere Angaben zu Leasingverhältnissen enthält die Notes-Angabe [62].

[18] Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen

Unmittelbare Verpflichtungen aus Pensionszusagen

Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden ausschließlich für leistungsorientierte Versorgungspläne gebildet. Diese Pensionsrückstellungen werden gemäß IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt. Dieses Verfahren berücksichtigt neben den am Bilanzstichtag bekannten Renten und Anwartschaften auch zukünftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungen. Den Gutachten zum 31. Dezember 2007 liegen Trendannahmen für die Gehaltsentwicklung in Höhe von 2,50 % (Vorjahr: 2,00 %) sowie für die Rentenentwicklung von 1,50 % (Vorjahr: 2,00 %) zugrunde. Es wurde ein Abzinsungssatz von 5,45 % (Vorjahr 4,00 %) angewendet. Der Berechnung wurden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt. Die Verände-

zung des Abzinsungssatzes per 31.12.2007 ist auf die Anpassung an die Zinsstrukturkurve gem. IBOXX Corporate Bonds zurückzuführen.

Da der Konzern über kein Planvermögen verfügt, sind die Pensionsverpflichtungen in voller Höhe durch Rückstellungen gedeckt. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, welche sich aus Änderungen der Berechnungsannahmen ergeben, werden gemäß IAS 19.93A außerhalb des Periodenergebnisses erfolgsneutral innerhalb des Eigenkapitals erfasst.

Aufwendungen aus der Dotierung der Pensionsrückstellungen werden im Personalaufwand ausgewiesen. Auf einen getrennten Ausweis des Zinsaufwands für bereits erworbene Versorgungsansprüche wird verzichtet.

Mittelbare Verpflichtungen aus Pensionszusagen

Die Stadtparkasse Düsseldorf ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a der Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 01.03.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Bei diesen Pensionszusagen handelt es sich um einen leistungsorientierten Plan mehrerer Arbeitgeber – „multi employer benefit plan“ – im Sinne des IAS 19.7. Dem Umlageverfahren ist die Schwierigkeit systemimmanent, wie in IAS 19.29 für einen „multi employer benefit plan“ gefordert, eine anteilige Zuordnung von Verpflichtungsumfang und Kosten auf die einzelnen Beteiligten an dem Plan sinnvoll vorzunehmen. Diese Schwierigkeit ergibt sich daraus, dass sich die Umlagen der Mitglieder bzw. Beteiligten an deren Anteil an dem zuzusichernden Entgelt der Anspruchsberechtigten insgesamt ausrichten. Ähnliches gilt für die Schlüsselung der Sanierungsgelder. Angesichts der verursachungsunabhängigen Schlüsselung liegt der in IAS 19.32b beschriebene Fall des „risk sharing“ vor. Die Bilanzierungspraxis sieht daher gegenwärtig im Zusammenhang mit umlagefinanzierten Versorgungskassen einen Anwendungsfall des IAS 19.30, der die hilfsweise Anwendung der Regelungen für beitragsorientierte Pläne („defined contribution accounting“) auf „defined benefit“-Zusagen unter zusätzlichen Notesangaben vorschreibt.

Die Gesamtaufwendungen im Geschäftsjahr 2007 beliefen sich auf 5,7 Mio. Euro (Vorjahr 17,0 Mio. Euro). Im Vorjahr waren die Aufwendungen geprägt durch eine einmalige Sonderumlage i.H.v. 10,7 Mio. Euro aufgrund des Wechsels der Versorgungsträgerin.

Im Geschäftsjahr 2007 betrug der Umlagesatz unverändert 4,25 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts (Bemessungsgrundlage). Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolge dessen erhebt die RZVK gemäß § 63 ihrer Satzung zusätzlich zur Umlage ein so genanntes Sanierungsgeld in Höhe von 2,5 % der Bemessungsgrundlage zur teilweisen Finanzierung der Ansprüche und Anwartschaften, die vor dem 1. Januar 2002 begründet worden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte regelmäßig neu festgesetzt (§ 60 Satzung der RZVK). Nach derzeitigem Kenntnisstand ist kurzfristig nicht mit einer Veränderung des Umlagesatzes sowie der Bemessungsgrundlage zur Bestimmung des Sanierungsgeldes zu rechnen; jedoch können sich neue Erkenntnisse aus einem versicherungsmathematischen Gutachten für den neuen Deckungsabschnitt ab dem Jahr 2008 ergeben.

Zusatzbeiträge (§ 64 Satzung der RZVK) zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden derzeit nicht erhoben. In Anbetracht der mit dem Umlageverfahren verbundenen Risiken aufgrund der demografischen Entwicklung können Finanzierungslücken bzw. Beitragserhöhungen nicht ausgeschlossen werden.

Zur Bestimmung einer Vermögensunterdeckung der Versorgungszusagen wurde die Höhe der auf die Stadtparkasse Düsseldorf entfallenden nicht durch Vermögen gedeckten Versorgungsverpflichtungen der RZVK ermittelt, indem der Barwert der bestehenden Unterdeckung bestimmt und der Kapitalisierungsgrad der RZVK fiktiv darauf angerechnet wurde. Der zum Stichtag so ermittelte Wert beträgt 163,5 Mio. Euro (Vorjahr 147,3 Mio. Euro). Als Rechnungsgrundlage dienen die Richttafeln 1998 von Heubeck mit einem Rechnungszins von 2,25 % (Vorjahr 2,75 %).

[19] Sonstige Rückstellungen

Für wahrscheinliche Verpflichtungen aus belastenden Verträgen - soweit es sich bei diesen nicht um Derivate handelt - werden Rückstellungen nach bestmöglicher Schätzung in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahme gebildet. Langfristige Rückstellungen werden abgezinst, sofern der Zinseffekt wesentlich ist. Zuführungen und Auflösungen erfolgen über die GuV-Position, die inhaltlich mit der Rückstellung korrespondiert. Rückstellungen für Bonitätsrisiken im außerbilanziellen Kreditgeschäft werden zu Lasten der Risikovorsorge im Kreditgeschäft gebildet und zugunsten derselben aufgelöst.

Rückbauverpflichtungen gegenüber Dritten im Zusammenhang mit Leasingverhältnissen wird durch die Bildung entsprechender Rückstellungen begegnet.

[20] Finanzgarantien

Finanzgarantien sind Verträge, auf deren Grundlage der Konzern Stadtparkasse Düsseldorf für den Ausfall von Zahlungen aus einem Schuldinstrument gegenüber einem Dritten einsteht. Als Entgelt vereinnahmt sie in der Regel eine rätierliche Provision über die Laufzeit der Finanzgarantie. Für die Bilanzierung dieser Garantien wendet sie die Nettomethode an.

Die Entgelte werden zum Fälligkeitszeitpunkt im Provisionsertrag vereinnahmt. Bei einer drohenden Inanspruchnahme aus der Finanzgarantie wird eine Rückstellung dotiert und entsprechend den Regeln des IAS 37 bewertet. In diesem Fall werden keine weiteren Provisionserträge vereinnahmt.

[21] Nachrangige Verbindlichkeiten

Als Nachrangkapital werden nachrangige Namensschuldverschreibungen, nachrangige Schuldscheindarlehen sowie begebene nachrangige Inhaberschuldverschreibungen mit einer Mindestlaufzeit von fünf Jahren ausgewiesen. Die hier gezeigten Verbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen für die Anerkennung als sog. Ergänzungskapital und sind damit Bestandteil des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals der Sparkasse gem. § 10 KWG. Nach ihrem erstmaligen Ansatz zum Fair Value erfolgt die Bilanzierung gemäß der Kategorie OFL zu fortgeführten Anschaffungskosten.

[22] Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt entsprechend den Regelungen des IAS 12. Ergaben sich Unterschiede zwischen den Wertansätzen nach IFRS und den steuerlichen Buchwerten der Aktiva und Passiva sind Latente Steuern zu bilden, wenn diese Differenzen temporärer Natur sind und sich somit im Zeitablauf ausgleichen. Aktive Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und andere aktive Latente Steuern werden nur in der Höhe angesetzt, in der eine zukünftige Nutzung realistisch erscheint.

Für die Berechnung der zukünftigen Steueransprüche bzw. Steuerverpflichtungen werden die Steuersätze verwendet, die zum Zeitpunkt des Ausgleichs der Differenz erwartet werden. Im Geschäftsjahr 2007 wird ein Steuersatz von 31,4 % (Vorjahr: 40,0 %) zu Grunde gelegt.

Durch das im Jahr 2007 verabschiedete und im Bundesanzeiger veröffentlichte Unternehmenssteuerreformgesetz 2008 erfolgt bereits ab dem Geschäftsjahr 2007 die Bewertung der Latenten Steuern anhand der für 2008 geltenden Steuersätze. Grundsätzlich sind für die

Bewertung der tatsächlichen und der Latenten Steuern die aktuell gültigen Steuervorschriften und Steuersätze maßgeblich. Die Veröffentlichung des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 hat nach IAS 12 die Wirkung einer tatsächlichen Inkraftsetzung, wonach für die Bewertung der Latenten Steuern die angekündigten Steuersätze bereits anzuwenden sind.

Die Herabsetzung des Körperschaftsteuersatzes von 25 Prozent auf 15 Prozent führt zu einem geringeren Ausweis Latenter Steuern.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Aufwendungen und Erträge aus Latenten Steuern zusammen mit den laufenden Steueraufwendungen und -erträgen im Posten Steueraufwand bzw. Steuerertrag ausgewiesen. Die ergebniswirksame oder ergebnisneutrale Erfassung der Latenten Steuern hängt von dem maßgeblichen Sachverhalt und dessen Behandlung in der Bilanz ab.

Tatsächliche Ertragsteuern werden unmittelbar dem Eigenkapital belastet oder gutgeschrieben, wenn sich die Steuer auf Posten bezieht, die im Geschäftsjahr oder einer anderen Periode unmittelbar dem Eigenkapital gutgeschrieben oder belastet werden.

[23] Fremdkapitalkosten

Entsprechend IAS 23.8 werden Fremdkapitalkosten ohne Rücksicht auf die Verwendung des Fremdkapitals in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind (Benchmark-Methode).

Zwischenzeitlich hat das IASB eine Anpassung des IAS 23 veröffentlicht, nach der Fremdkapitalkosten zu aktivieren sind, sofern sie der Anschaffung eines Vermögenswertes direkt zurechenbar sind. Diese Änderung ist erstmals im Geschäftsjahr 2009 zu beachten. Ein Endorsement durch die EU liegt noch nicht vor.

Erstanwendung der IFRS – Überleitungsrechnungen

Eigenkapitalüberleitungsrechnung zum 01. Januar 2006

Aktiva zum 01.01.2006				
	HGB-Konzernbilanz (*) Mio. Euro	Änd. Kons.-kreis Mio. Euro	Sonstige Effekte Mio. Euro	IFRS-Konzernbilanz Mio. Euro
Barreserve	129,6	3,8	0,3	133,7
Forderungen an Kreditinstitute	905,4	23,8	5,4	934,6
Forderungen an Kunden	6.634,0	24,6	0,5	6.659,1
Risikovorsorge	-201,4	0,0	-6,4	-207,8
Sicherungsderivate	3,3	0,0	0,1	3,4
Handelsaktiva	7,4	0,4	20,1	27,9
Finanzanlagen	4.593,9	83,8	26,4	4.704,1
Anteile an assoziierten Unternehmen	86,7	0,0	-1,9	84,8
Sachanlagen	85,3	0,0	0,1	85,4
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	4,4	0,0	0,1	4,5
Immaterielle Vermögenswerte	1,6	0,0	0,0	1,6
Steueransprüche aus laufenden Steuern	10,2	0,1	0,0	10,3
Sonstige Aktiva	21,6	0,0	-0,8	20,8
Summe der Aktiva	12.282,0			12.462,4

Passiva zum 01.01.2006				
	HGB-Konzernbilanz (*) Mio. Euro	Änd. Kons.-kreis Mio. Euro	Sonstige Effekte Mio. Euro	IFRS-Konzernbilanz Mio. Euro
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	3.292,0	0,0	-0,3	3.291,7
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	5.639,2	0,0	0,8	5.640,0
Handelsspassiva	7,8	2,1	18,9	28,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.191,8	0,0	1,9	2.193,7
Sicherungsderivate	8,1	0,0	0,2	8,3
Rückstellungen	47,5	0,0	12,8	60,3
Steuerpflichtungen aus laufenden Steuern	9,8	0,0	0,0	9,8
Steuerpflichtungen aus latenten Steuern	5,2	23,0	-9,8	18,4
Nachrangige Verbindlichkeiten	226,4	0,0	1,2	227,6
Sonstige Passiva	30,0	0,0	0,4	30,4
Eigenkapital				
Sicherheitsrücklage/Bilanzgewinn	674,7	0,0	0,0	674,7
Andere Gewinnrücklagen	149,5	97,3	-15,2	231,6
Neubewertungsrücklagen	0,0	14,3	32,8	47,1
gesamt:	824,2			953,4
Summe der Passiva	12.282,0			12.462,4

(*) Nach Anpassungen an das Bilanzschema nach IFRS.

Eigenkapitalüberleitungsrechnung zum 31. Dezember 2006

Aktiva zum 31.12.2006				
	HGB-Konzernbilanz (*)	Änd. Kons.-kreis	Sonstige Effekte	IFRS-Konzernbilanz
	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro
Barreserve	124,3	1,3	0,0	125,6
Forderungen an Kreditinstitute	875,1	47,4	2,0	924,5
Forderungen an Kunden	7.172,6	6,6	14,5	7.193,7
Risikovorsorge	217,4	0,0	-6,7	-224,1
Sicherungsderivate	5,8	0,0	29,4	35,2
Handelsaktiva	21,8	4,0	3,9	29,7
Finanzanlagen	4.499,5	87,1	33,0	4.619,6
Anteile an assoziierten Unternehmen	86,9	0,0	2,8	89,7
Sachanlagen	77,7	0,0	2,3	80,0
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	4,1	0,0	0,4	4,5
Immaterielle Vermögenswerte	1,4	0,0	0,0	1,4
Steueransprüche aus laufenden Steuern	15,8	0,2	0,0	16,0
Sonstige Aktiva	23,9	0,0	-1,6	22,3
Summe der Aktiva	12.691,5			12.918,1

Passiva zum 31.12.2006				
	HGB-Konzernbilanz (*)	Änd. Kons.-kreis	Sonstige Effekte	IFRS-Konzernbilanz
	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	3.380,4	0,0	0,0	3.380,4
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	5.633,6	0,0	9,4	5.643,0
Handelspassiva	15,8	2,7	6,5	25,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.472,6	0,0	0,4	2.473,0
Sicherungsderivate	11,9	0,0	-11,9	0,0
Rückstellungen	59,9	0,0	0,1	60,0
Steuerpflichtungen aus laufenden Steuern	4,8	0,0	0,0	4,8
Steuerpflichtungen aus latenten Steuern	0,0	7,4	4,6	12,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	214,3	0,0	2,1	216,4
Sonstige Passiva	29,2	0,0	7,7	36,9
Eigenkapital				
Sicherheitsrücklage	674,7	0,0	0,0	674,7
Andere Gewinnrücklagen	149,5	97,3	-13,8	233,0
Neubewertungsrücklagen	0,0	5,6	34,8	40,4
Jahresüberschuss	44,8	33,4	40,3	118,5
gesamt:	869,0			1.066,6
Summe der Passiva	12.691,5			12.918,1

(*) Nach Anpassungen an das Bilanzschema nach IFRS.

GuV-Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2006

GuV-Überleitungsrechnung für das Geschäftsjahr 2006				
	HGB-Konzern-GuV (*) Mio. Euro	Änd. Kons.-kreis Mio. Euro	Sonstige Effekte Mio. Euro	IFRS-Konzern-GuV Mio. Euro
Zinsüberschuss	247,3	-12,5	-13,6	221,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	33,8	0,0	0,1	33,9
Provisionsüberschuss	60,8	-0,1	2,9	63,6
Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften	1,5	48,6	4,8	54,9
Handelsergebnis	-2,7	2,2	-0,5	-1,0
Finanzanlageergebnis	-1,4	-12,4	33,0	19,2
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	9,0	0,0	5,6	14,6
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	210,5	2,6	-4,6	208,5
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-4,7	1,0	2,9	-0,8
Steuerliches Ergebnis	-20,7	9,1	0,8	-10,8
Jahresüberschuss	44,8			118,5

(*) Nach Anpassungen an das GuV-Schema nach IFRS.

Erläuterung der Überleitungsrechnungen

Zur Darstellung des Übergangs auf die Konzernrechnungslegung nach den International Financial Reporting Standards hat die Stadtparkasse Düsseldorf zunächst die Aufwands- und Ertragspositionen in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzernjahresabschlusses 2006 auf das Gliederungsschema nach IFRS übergeleitet.

Gleichsam ist sie bei den Eigenkapitalüberleitungsrechnungen verfahren, indem sie Umgliederungen vom Bilanzformblatt gem. RechKredV auf die Bilanzpositionen nach IFRS vorgenommen hat.

Zur Herleitung der Ausweisänderungen gegenüber der Rechnungslegung nach dem deutschen Handelsrecht – siehe Spalten "HGB-Konzern-GuV bzw. HGB-Konzernbilanz nach Anpassungen an das Gliederungsschema nach IFRS" – verweist die Stadtparkasse Düsseldorf auf die veröffentlichten Konzernjahresabschlüsse nach dem HGB zum 31. Dezember 2005 bzw. 31. Dezember 2006.

Im Rahmen der erforderlichen Anpassungen an die Rechnungslegung nach IFRS weist die Stadtparkasse Düsseldorf die Risikovorsorge im Kreditgeschäft nach HGB offen aus und nimmt die nach HGB zulässige Überkreuzverrechnung des Bewertungsergebnisses im Kreditgeschäft mit dem Ergebnis aus Wertpapieren der sog. Liquiditätsreserve zurück. Gleichsam wurde das Konzernergebnis des Geschäftsjahres 2006 nach HGB um die Veränderung der Vorsorgereserven nach § 340f HGB für latente Risiken im Kreditgeschäft in Höhe von 18,0 Mio. Euro bereinigt. Diese nach den IFRS nicht zulässigen Reserven (149,5 Mio. Euro) wurden zum Zeitpunkt des Übergangs auf die Konzernrechnungslegung nach IFRS aufgelöst und in der angepassten HGB-Konzernbilanz den anderen Gewinnrücklagen zugeordnet.

In der jeweiligen Spalte „Änderung des Konsolidierungskreises“ zeigt sie diejenigen Effekte, die sich aus ihren nach IAS 27 i.V.m. SIC 12 gegenüber der bisherigen Konzernrechnungslegung nach dem deutschen Handelsrecht nach IFRS erstmals zu konsolidierten Wertpapiersondervermögen (Spezialfonds) ergeben. Während in der angepassten HGB-Konzernbilanz lediglich die Anteile an den Spezialfonds in der Bilanzposition Finanzanlagen zu berücksichtigen sind, werden aufgrund der Vollkonsolidierung die einzelnen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Sondervermögen in den Konzernabschluss nach IFRS einbezogen.

Wesentliche Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres 2006

Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren wurden nach IFRS den Zinserträgen zugeordnet, soweit diese nicht auf freiwillig zur erfolgswirksamen Fair Value Bewertung designierte Finanzinstrumente entfallen.

Der Zinsüberschuss verminderte sich einerseits durch die Eliminierung der im Geschäftsjahr 2006 nach HGB erfolgswirksam vereinnahmten Ausschüttungen der Spezialfonds (rd. 26,6 Mio. Euro, denen ein Zinsüberschuss aus den Investments der Sondervermögen von rd. 14,1 Mio. Euro gegenübersteht) sowie durch die Anpassung der Bewertung der Finanzinstrumente des Konzerns zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Zwar ergaben sich durch die barwertige Berechnung nach IAS 39 höhere Aufwendungen für die Dotierung von Einzelwertberichtigungen, dieser Effekt wurde jedoch durch eine geringere Dotierung von Portfoliowertberichtigungen kompensiert, so dass sich die Risikovorsorgeaufwendungen im Geschäftsjahr 2006 nur geringfügig veränderten.

Die signifikante Erhöhung des Ergebnisses aus zur erfolgswirksamen Fair Value Bewertung designierten Geschäften (plus 53,4 Mio. Euro) leitet sich im Wesentlichen aus der entsprechenden Kategorisierung der Einzelinvestments innerhalb von Aktienspezialfonds ab.

Beim Finanzanlageergebnis ist zu berücksichtigen, dass nach HGB vereinnahmte Erfolge aus der Liquidation von Wertpapiersondervermögen von rd. 17,1 Mio. Euro zu eliminieren waren, denen ein Finanzanlageergebnis der Einzelinvestments innerhalb der Sondervermögen von rd. 4,7 Mio. Euro gegenüberstand. Die weitere Erhöhung des GuV-Ausweises ergibt sich aus der gegenüber dem Niederstwertprinzip erfolgsneutralen Marktbewertung von Finanzinstrumenten der Kategorie AFS.

Die Ertragsteuern wurden um erfolgswirksame latente Steuern nach IAS 12 angepasst. Insgesamt hat sich der Steueraufwand dadurch um 9,9 Mio. Euro verringert.

Wesentliche Auswirkungen auf den Ausweis der bilanziellen Aktiva und Passiva

Bilanzielle Veränderungen aufgrund der Bewertung von Vermögenswerten und Verpflichtungen zum Fair Value spiegeln sich insbesondere in den Positionen Handelsaktiva, - passiva sowie Finanzanlagen und gegenläufig in der Position Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern wider. Wesentliche bilanzielle Effekte ergeben sich wiederum insbesondere durch die Bewertung der Einzelinvestments der Wertpapiersondervermögen zum beizulegenden Zeitwert (plus rd. 83,8 Mio. Euro innerhalb der Bilanzposition Finanzanlagen zum Zeitpunkt der Eröffnungsbilanz). Die Fair Value Bewertung der Vermögenswerte anderer Konzerngesellschaften innerhalb der Bilanzposition Finanzanlagen ergab einen zusätzlichen Effekt in Höhe von 26,4 Mio. Euro.

Bedeutende Änderungen des Ausweises der Verbindlichkeiten resultierten aus der Fair Value Bewertung von Derivaten, die den Wertansatz der Handelspassiva um insgesamt 21,0 Mio. Euro erhöhten sowie aus der Bewertung von Pensionsverpflichtungen nach IAS 19, auf die eine Erhöhung des Ausweises der Rückstellungen um 16,2 Mio. Euro entfiel. Gegenläufige Effekte auf die Bilanzposition Rückstellungen wurden bestimmt durch die Auflösung bzw. Umgliederung von Rückstellungen nach HGB. Aus den Bewertungsvorschriften des IAS 12 folgte eine Erhöhung der Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern um 13,2 Mio. Euro.

Das Eigenkapital erhöhte sich zum Zeitpunkt des Übergangs auf die Konzernrechnungslegung nach IFRS von 824,2 Mio. Euro um 129,2 Mio. Euro auf 953,4 Mio. Euro im Wesentlichen durch

- die Gewinn- und Neubewertungsrücklagen der Wertpapiersondervermögen von rd. 111,6 Mio. Euro sowie
 - die Neubewertungsrücklage aus übrigen Konzerngesellschaften von rd. 32,8 Mio. Euro.
- Gleichzeitig ergab sich ein gegenläufiger Effekt aus der Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der übrigen Konzerngesellschaften, der die Gewinnrücklagen wiederum um 15,2 Mio. Euro verminderte.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2006 zeigten sich signifikante Effekte auf das bilanzielle Eigenkapital nach IFRS im Vergleich zu demjenigen nach HGB durch die deutliche Erhöhung des Jahresüberschusses im Vergleich zum bereinigten Konzernergebnis nach HGB um plus 73,7 Mio. Euro – vor allem geprägt durch das Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften.

Grundsätzlich gelten für die Erläuterung der Überleitungsrechnung zum 31. Dezember 2006 die gleichen Aussagen wie für die Überleitungsrechnung zum Zeitpunkt der Eröffnungsbilanz. Jedoch hat sich der Bilanzausweis der Rückstellungen nur geringfügig verändert, da die Bewertung der Pensionsrückstellungen nach HGB erstmals mit einem Diskontierungszinssatz von 4,0 % (Vorjahr: 6,0 %) vorgenommen wurde.

Die Zusammensetzung der Neubewertungsrücklagen zum Zeitpunkt des Übergangs auf die Rechnungslegung nach IFRS sowie zum 31. Dezember 2006 erläutert der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf in der Aufstellung der erfassten Aufwendungen und Erträge.

Erläuterungen zur Konzern Gewinn und Verlustrechnung

[24] Zinsüberschuss

Die Zinserträge bzw. Zinsaufwendungen gliedern sich wie folgt:

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Zinserträge		
Zinserträge aus Krediten und Darlehen	454,9	398,0
Zinserträge aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	116,5	120,1
Zinserträge aus Sicherungsgeschäften i. R. von Cash Flow Hedges	31,0	23,1
Zinserträge aus AFV-Trading	62,9	38,3
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	1,0	1,7
Beteiligungen	6,8	5,8
Sonstige Zinserträge	17,5	12,8
	690,6	599,8
Zinsaufwendungen		
Zinsaufwendungen aus dem Spar- und Einlagengeschäft (OFL)	172,7	175,0
Zinsaufwendungen aus begebenen Schuldverschreibungen und Genussrechten (OFL)	151,9	68,7
Zinsaufwendungen aus Nachrangkapital	9,8	10,9
Zinsaufwendungen aus Rückstellungen	0,0	0,1
Zinsaufwendungen aus Sicherungsgeschäften i.R. von Cash Flow Hedges	24,0	26,3
Zinsaufwendungen aus AFV-Trading	66,6	37,5
Sonstige Zinsaufwendungen	54,3	60,1
	479,3	378,6
Zinsüberschuss	211,3	221,2

Aus finanziellen Vermögenswerten, die nicht der Kategorie AFV zugeordnet wurden, wurde ein Zinsertrag von 595,8 Mio. Euro (Vorjahr: 538,0 Mio. Euro) sowie aus finanziellen Verbindlichkeiten der Kategorie OFL ein Zinsaufwand von 388,6 Mio. Euro (Vorjahr: 315,2 Mio. Euro) realisiert.

In den Zinserträgen aus Krediten und Darlehen sind Zinserträge aus wertberichtigten Forderungen in Höhe von 7,5 Mio. Euro enthalten (sog. Unwinding).

In Relation zu den durchschnittlichen Risikoaktiva bzw. zum durchschnittlichen Geschäftsvolumen leiten sich folgende Zinsspannen ab:

	2007 in %	2006 in %
Auf Basis der gewichteten Risikoaktiva zum Bilanzstichtag	2,50	2,46
Auf Basis des durchschnittlichen Geschäftsvolumens	1,54	1,51

[25] Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Sowohl für einzeln identifizierte Verlustereignisse als auch für bereits eingetretene, aber noch nicht einzeln erkannte Verluste hat der Konzern Stadtparkasse Düsseldorf eine angemessene Risikovorsorge getroffen. Der Nettoaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 78,2 % vermindert.

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Zuführungen zur Risikovorsorge	60,1	83,3
Auflösungen von Risikovorsorge	54,8	48,5
Direktabschreibungen	5,6	2,3
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	1,9	2,2
Aufwendungen für die Bildung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	1,7	0,6
Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	3,3	1,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	7,4	33,9

Die Zuführungen zur Risikovorsorge und die Direktabschreibungen verteilen sich wie folgt auf die nachstehenden Forderungsklassen:

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Risikovorsorge im Kreditgeschäft für Privatkundenkredite (LAR)	15,4	25,4
Risikovorsorge im Kreditgeschäft für Geschäftskundenkredite (LAR)	42,6	33,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft für sonstige Kredite (LAR)	7,5	27,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft für Kreditinstitute	0,2	0,0
Aufwendungen für Risikovorsorge im Kreditgeschäft (gesamt)	65,7	85,6

[26] Provisionsüberschuss

Provisionserträge und Provisionsaufwendungen gliedern sich wie folgt:

	2007	2006
	Mio. Euro	Mio. Euro
Provisionserträge aus dem		
Giro- und Zahlungsverkehr	40,6	36,4
Kredit- und Darlehensgeschäft	5,2	4,6
Wertpapier- und Depotgeschäft	17,8	17,7
Sonstigen Provisionsgeschäft	9,2	11,3
Summe der Provisionserträge	72,8	70,0
Provisionsaufwendungen aus dem		
Giro- und Zahlungsverkehr	2,1	2,1
Kredit- und Darlehensgeschäft	0,5	0,0
Wertpapier- und Depotgeschäft	2,9	3,3
Sonstigen Provisionsgeschäft	0,5	1,0
Summe der Provisionsaufwendungen	6,0	6,4
Provisionsüberschuss	66,8	63,6
<i>darunter aus Finanzinstrumenten, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden</i>	35,9	29,8

[27] Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften

Das Ergebnis aus Designated as at Fair Value-Geschäften gliedert sich wie folgt:

	2007	2006
	Mio. Euro	Mio. Euro
Bewertungs- und Veräußerungsergebnis AFV/LFV		
Forderungen an Kreditinstitute	-0,4	-0,5
Finanzanlagen	10,8	45,4
Eigene Emissionen	0,4	0,5
	10,8	45,4
Zinsergebnis (AFV/LFV Designation)	10,5	9,5
Ergebnis aus Designated as at Fair Value Geschäften	21,3	54,9

[28] Handelsergebnis

Alle Finanzinstrumente des Handelsbestandes werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten des Handelsbestandes werden grundsätzlich Börsenkurse zugrunde gelegt. Für nicht börsennotierte Produkte werden die beizulegenden Zeitwerte anhand geeigneter Barwert- oder Optionspreismodelle ermittelt. Das Handelsergebnis setzt sich sowohl aus dem realisierten Ergebnis als auch aus dem unrealisierten Bewertungsergebnis zusammen.

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Ergebnis aus Wertpapieren des Handelsbestandes	0,2	0,3
Ergebnis aus Derivaten	-9,9	-3,0
Fremdwährungsergebnis	1,4	1,7
Handelsergebnis	-8,3	-1,0

Die Handelsaktivitäten bestehen aus kurs-, zins- und eigenkapitalbezogenen Geschäften. Während kursbezogene Geschäfte Gewinne und Verluste aus Termingeschäften, Optionen und Kassageschäften (Spot) in Fremdwährung beinhalten, bestehen zinsbezogene Geschäfte aus Fremdkapitalinstrumenten, Zins-/Währungsswaps, Optionen und anderen Derivaten. Eigenkapitalbezogene Geschäfte beinhalten vor allem Transaktionen in Eigenkapital-Finanzinstrumenten und in darauf bezogene Derivaten.

[29] Finanzanlageergebnis

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden die Veräußerungsergebnisse derjenigen finanziellen Vermögenswerte ausgewiesen, die mit dem Bilanzposten Finanzanlagen korrespondieren. Davon ausgenommen sind freiwillig designierte Finanzinstrumente, deren Erfolge im "Ergebnis aus designated as at Fair Value Geschäften" erfasst werden. Zusätzlich sind in der folgenden Tabelle die Bewertungsaufwendungen, -erträge aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, aus Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und an nicht nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen sowie aus Beteiligungen dargestellt:

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Ergebnis aus den Finanzanlagevermögen des AFS-Bestandes		
Veräußerungsgewinne	14,3	17,6
Veräußerungsverluste	-10,2	-10,8
Wertminderungsaufwand	-15,1	-0,2
	-11,0	6,6
Ergebnis aus den Finanzanlagevermögen des LAR-Bestandes		
Veräußerungsgewinne	0,0	13,3
Veräußerungsverluste	-0,1	-0,1
	-0,1	13,2
Bewertungsergebnis aus Beteiligungen, Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und nicht nach der Equity-Methode einbezogenen assoziierten Unternehmen		
Wertminderungen	-0,5	-0,6
	-0,5	-0,6
Finanzanlageergebnis	-11,6	19,2

Die sog. Subprime-Krise, von der der Konzern Stadtparkasse Düsseldorf nicht direkt betroffen ist, zog eine allgemeine Liquiditäts- und Vertrauenskrise an den Kapitalmärkten nach

sich, die sich unmittelbar auf die Erfordernisse an die Bewertung von kreditnahen Wertpapieren bzw. ABS-Strukturen auswirkte.

Soweit für diese Investments keine Börsen- oder Marktpreise abgeleitet werden konnten, wurden die Vorgaben des Positionspapiers des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) zu Bilanzierungs- und Bewertungsfragen im Zusammenhang mit der Subprime-Krise vom 10. Dezember 2007 zu Grunde gelegt. Ein Investment in einen ABS-Fonds innerhalb eines Sondervermögens des Konzerns wurde zum Bilanzstichtag vollständig abgeschrieben. Aus dieser Bewertung ergab sich ein Wertminderungsaufwand von 15,1 Mio. Euro. Nachdem die Investoren bereits im September 2007 zur Aufrechterhaltung der Liquidität Nachschüsse geleistet hatten, musste der Fonds Anfang 2008 endgültig abgewickelt werden (Fire Sale). Auch die Investments in zwei Publikumsfonds mit Verbriefungsstrukturen wurden nach den Vorgaben des IDW bewertet. Nach den allgemeinen Impairment-Kriterien war jedoch keine erfolgswirksame Abschreibung erforderlich. Die Wertminderungen führten zu einer negativen Dotierung der Neubewertungsrücklage für Eigenkapitaltitel.

[30] Ergebnis aus assoziierten Unternehmen

Das Ergebnis aus assoziierten Unternehmen leitet sich aus der erfolgswirksamen Fortschreibung ihrer Bewertung at equity – siehe "davon erfolgswirksame Zuschreibung" – wie folgt ab:

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Buchwert am Anfang des Geschäftsjahres	89,7	84,8
Zugänge	17,4	15,5
davon erfolgswirksame Zuschreibung	5,7	14,6
davon erfolgsneutrale Zuschreibung	8,5	0,0
davon aus Zukäufen	3,2	0,9
Abgänge	6,9	0,0
Ausschüttungen	7,9	10,6
Buchwert am Ende des Geschäftsjahres	92,3	89,7

Wesentliches assoziiertes Unternehmen ist die Gesellschaft Corpus Sireo Holding GmbH & Co. KG, an der der Konzern 25 % der Anteile hält. Sie trägt mit 5,6 Mio. Euro (Vorjahr: 13,7 Mio. Euro) zum Ergebnis bei.

Erfolgsneutrale Ergebnisbestandteile der assoziierten Unternehmen erfasst der Konzern direkt im Eigenkapital, dort in der Neubewertungsrücklage aus der erfolgsneutralen Equity-Fortschreibung von assoziierten Unternehmen (siehe auch "Aufstellung der erfassten Aufwendungen und Erträge").

[31] Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus dem Personal- und dem Sachaufwand sowie den Abschreibungen. Sie gliedern sich wie folgt:

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	92,3	102,2
Soziale Abgaben	16,6	17,4
Aufwendungen für Altersvorsorge	7,5	7,5
Personalaufwand gesamt	116,4	127,1
Sachaufwand		
Raumkosten	13,0	11,7
EDV-Kosten	19,4	18,5
Übriger Sachaufwand	75,2	41,0
Sachaufwand gesamt	107,6	71,2
Abschreibungen		
Abschreibungen auf Sachanlagen und Investment Properties	8,1	8,8
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	0,8	1,4
Abschreibungen gesamt	8,9	10,2
Gesamt	232,9	208,5

Der übrige Sachaufwand entfällt im Wesentlichen auf Aufwendungen für Pflichtbeiträge in Höhe von 33,9 Mio. Euro (Vorjahr: 3,1 Mio. Euro). Hierin sind 30,8 Mio. Euro Einzahlungen in den Reservefonds der Sparkassenorganisation enthalten. Für Öffentlichkeitsarbeit wurden 9,1 Mio. Euro (Vorjahr: 8,7 Mio. Euro) aufgewendet, für Dienstleistungen Dritter sind 13,3 Mio. Euro (Vorjahr: 11,4 Mio. Euro) verbraucht worden. Der Herstellungsaufwand für Sparkassen- und Kreditkarten betrug 3,1 Mio. Euro (Vorjahr: 3,4 Mio. Euro). Für Porto und Telekommunikation wurden 3,4 Mio. Euro (Vorjahr: 3,2 Mio. Euro) aufgewendet.

In den Aufwendungen für Altersvorsorge sind 2,3 Mio. Euro für unmittelbare Pensionszusagen enthalten (siehe Notes-Angabe [53]).

[32] Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 1,0 Mio. Euro (Vorjahr: 1,7 Mio. Euro), Erträge aus der Veräußerung von Forderungen (AFS) in Höhe von 0,8 Mio. Euro (Vorjahr: 1,0 Mio. Euro) sowie Mieterträge in Höhe von unverändert 0,6 Mio. Euro. Die übrigen sonstigen betrieblichen Erträge entfallen auf eine Vielzahl von geringfügigen Einzelpositionen.

[33] Sonstige betriebliche Aufwendungen

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergibt sich folgende Unterteilung:

	2007	2006
	Mio. Euro	Mio. Euro
Aufwendungen aus der Veräußerung von Forderungen (AFS)	8,6	0,4
Spenden	1,7	1,7
Mietaufwendungen	0,3	0,2
Übrige	3,5	10,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	14,1	13,0

[34] Steueraufwand / 2007: Steuerertrag

Die negativen Beträge in den unten stehenden Tabellen bezeichnen jeweils einen Steuerertrag.

Der Steueraufwand setzt sich wie folgt zusammen:

	2007	2006
	Mio. Euro	Mio. Euro
Laufender Ertragsteueraufwand	-1,3	26,8
Latenter Ertragsteueraufwand	-29,9	-16,0
Gesamter Steueraufwand	-31,2	10,8

Im Geschäftsjahr wurden Sicherungsderivate (vgl. Notes-Angabe [39]) vorzeitig glattgestellt. (Close Out). Der Konzern hat von den Kontrahenten Ausgleichszahlungen in Höhe von 25,5 Mio. Euro erhalten. Während die Zahlungen steuerbilanziell sofort ertragswirksam vereinnahmt werden, sind sie nach IAS 39 über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung zu verteilen. Nach IAS 12.61 waren tatsächliche Ertragsteuern in Höhe von 9,4 Mio. Euro unmittelbar dem Eigenkapital zu belasten.

Die nachfolgende Überleitungsrechnung leitet die ausgewiesenen Ertragsteuern aus den rechnerischen Ertragsteuern her:

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Ergebnis vor Ertragsteuern	40,5	129,3
Anzuwendender Steuersatz	40,0%	40,0%
Theoretisch zu erwartende Ertragsteuern	16,2	51,7
Effekte aus steuerfreien Erträgen (i.W. gemäß § 8b KStG)	-47,5	-32,9
Effekte aus periodenfremden tatsächlichen Ertragsteuern	3,5	5,6
Effekte aus steuerlich nicht abzugsfähigen Aufwendungen	8,5	3,6
Effekte aus Steuersatzänderungen	-1,0	0,0
Sonstige Steuereffekte	-10,9	-17,2
Steuererstattungen	-2,7	-2,6
SKBG	1,6	-0,2
übrige Effekte	-9,8	-14,4
Steueraufwand	-31,2	10,8

Im Geschäftsjahr 2007 verursacht die Veränderung der Verlustvorträge auf Ebene der SKBG einen sonstigen Steuereffekt in Höhe von 1,6 Mio. Euro.

Die negativen Beträge in den oben stehenden Tabellen bezeichnen jeweils einen Steuerertrag.

Hinsichtlich der Effekte aus Steuersatzänderungen siehe Notes-Angabe [22].

Segmentberichterstattung

Grundlagen der Segmentdarstellung

Die nachfolgenden Segmentinformationen beruhen auf IFRS 8 „Operating Segments“, der die Anforderungen an die Berichterstattung über die Finanzergebnisse der Geschäftssegmente einer Gesellschaft definiert. IFRS 8 folgt hierbei dem sogenannten „Management Approach“, welcher eine Konsistenz zwischen intern verwendeten und extern veröffentlichten Segmentinformationen fordert.

Insgesamt informiert die Segmentberichterstattung über die Rentabilität, Wachstumschancen und Zukunftsaussichten in den operativen Geschäftssegmenten des Konzerns.

Bestimmung von Segmenten

Als Basis zur Bestimmung der operativen Segmente dienen nach IFRS 8 interne Berichte, die der Gesamtvorstand ("Chief Operating Decision Maker") verwendet, um die finanzielle Performance von Unternehmensteilen zu beurteilen und Entscheidungen über die Zuteilung von Ressourcen zu den Unternehmensteilen zu treffen. Das „System der internen Finanzberichterstattung an die Leitungsebene“ dient dabei als Ausgangspunkt zur Identifizierung der Segmente.

Die Steuerung der Aktivitäten erfolgt bei der Stadtsparkasse Düsseldorf durch eine strategische Geschäftsbereichsrechnung, die der Organisationsstruktur entspricht. Die Risiken und Erträge der Stadtsparkasse Düsseldorf wurden hierbei in erster Linie durch die von den einzelnen Geschäftsbereichen angebotenen Produkte und Dienstleistungen determiniert.

Mit Blick auf die regionale Ausrichtung der Stadtsparkasse Düsseldorf, sog. Regionalprinzip, wurde auf die Darstellung geografischer Segmente verzichtet, da die wesentlichen Ertrags- und Kostenpositionen aus der Geschäftstätigkeit im Wirtschaftsraum Düsseldorf generiert wurden.

Zusammensetzung der Segmente

Die Segmentberichterstattung folgt der den internen Managementberichtssystemen zugrunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Auf dieser Basis wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung von Ressourcen zu den Segmenten entschieden. In den berichtspflichtigen Segmenten enthaltene weitergehende operative Segmente wurden hierbei in Anwendung des IFRS 8 wegen Ähnlichkeit zusammengefasst.

Im Geschäftsjahr 2007 wurde eine wesentliche organisatorische Änderung mit Wirkung auf die Zusammensetzung unserer Geschäftssegmente vorgenommen. Die Abteilung „Vermögensmanagement“ ist im Geschäftsjahr 2007, dem gültigen Geschäftsverteilungsplan folgend, dem Geschäftssegment „Privat- und Gewerbekunden“ und nicht mehr wie im Vorjahr dem Geschäftssegment „Private Banking“ zugeordnet worden.

Bilanzierungsmethoden

IFRS 8 erfordert die Angabe der Informationen, welche dem Gesamtvorstand zur Beurteilung der finanziellen Performance und zur Entscheidung über Ressourcenallokationen verwendet werden.

Die Managementberichterstattung bei der Stadtsparkasse Düsseldorf basiert im Geschäftsjahr 2007 vorrangig auf HGB-Rechnungslegungsstandards. Als Ausfluss dessen werden im Rahmen der internen Managementberichterstattung überwiegend Bilanzierungsmethoden angewandt, aus denen sich Bewertungs- und Ausweisunterschiede im Vergleich zum IFRS-Konzernabschluss ergeben.

Diese Unterschiede werden im Rahmen einer nachfolgend dargestellten Überleitungsrechnung von HGB auf IFRS (siehe Abschnitt: "Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss nach IFRS") bereinigt und die größten Bewertungsunterschiede nachfolgend erläutert.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten, einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS für die Geschäftsjahre 2007 und 2006.

Segmentergebnisse 2007	In Mio. Euro	Firmenkunden	Immobilienkunden	Private Banking (1)	Privat- und Gewerbekunden (1)	Handel	Sonstige (2)	Summe der Segmente Sparkasse	SKBG (3)	Summe der Segmente gesamt	Konsolidierung (4)	sonstige Effekte (4)	IFRS-Konzern gesamt
Zinsüberschuss (5)	59,1	11,8	6,5	128,4	-5,1	-0,4	200,3	5,8	206,1	-14,8	25,7	217,0	
Provisionsüberschuss (6)	13,4	2,6	3,8	43,5	1,5	5,8	79,2	8,6	79,2	2,0	-14,5	66,7	
Finanzanlageergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-25,4	13,8	-11,6	
Handelsergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-7,8	-0,5	-8,3	
sonst. betriebliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-26,3	-26,3	0,5	-25,8	-7,5	29,0	-4,3	
Ergebnis aus Designated at Fair Value Geschäften	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	13,8	7,5	21,3	
Erträge gesamt (7)	72,5	14,4	10,3	171,9	-3,5	-20,9	244,6	14,9	259,5	-39,7	61,0	280,8	
Verwaltungsaufwand (8)	-29,8	-3,9	-5,2	-116,6	-4,7	-32,9	-183,1	-13,4	-206,6	-8,5	-17,9	-232,9	
Risikoversorge	-8,8	-1,3	0,0	-6,2	17,2	21,5	-21,9	-5,2	16,7	-1,6	-22,5	-7,4	
Ergebnis vor Ertragsteuern	33,9	9,2	5,1	49,1	8,9	-32,3	73,4	-3,7	89,7	-49,8	20,6	40,5	
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	42	28	51	68	131	131	81	90	81	13,8	7,5	21,3	
Aktiva (9) (Segmentvermögen)	3.628,0	826,5	133,9	3.030,0	5.017,0	546,0	13.182,4	148,0	13.330,4	12,6	220,8	13.553,8	
Regulatorisches Kapital (10) [§ "Active Equity"]	279,3	66,7	9,3	193,6	99,1	172,7	28,1	28,1	28,1	12,6	220,8	13.553,8	
Eigenkapitalrendite vor Steuern [basierend auf dem ø "Active Equity"]	12	14	55	25	9	-19							

Erläuterungen:

- Im Rahmen von Veränderungen der Segmentzusammensetzung wurde die Abteilung „Vermögensmanagement“ nicht wie im Vorjahr dem Geschäftsbereich „Private Banking“, sondern der Abteilung „Privat- und Gewerbekunden“ zugeordnet; hieraus resultieren Verschiebungen in folgender Höhe: Zinsüberschuss: 4,2 Mio. €, Provisionsüberschuss: 1,5 Mio. €.
- Hierbei wurden neben Restgrößen, die den Segmenten nicht direkt zugerechnet werden konnten, sowie das übrige ordentliche/außerordentliche Ergebnis, auch die generierten Erträge aus den von der Stadtparkasse Düsseldorf gehaltenen nicht konsolidierten Beteiligungen berücksichtigt. Zusätzlich wurden hier die Deckungslasten (Overheadkosten) der Stadtparkasse Düsseldorf in Höhe von 32,8 Mio. € ausgewiesen, die als allgemeine Deckungslast nicht direkt den Geschäftsbereichen verursachungsgerecht zugeordnet werden konnten, u. a. planmäßige Abschreibungen auf Anlagevermögen in Höhe von 9,1 Mio. Euro.
- Die GuV-Werte der SKBG wurden auf Teilkonzernebene ermittelt und dargestellt.
- Die Effekte im Rahmen der Überleitungsrechnung von HGB nach IFRS werden im Abschnitt: „Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss nach IFRS“ weitergehend erläutert.
- Die Position „Zinsüberschuss“ umfasst zudem das Ergebnis aus assoziierten Unternehmen und at Equity bewerteten Unternehmen in Höhe von 6,0 Mio. Euro.
- Die Position „Provisionsüberschuss“ wird inkl. des Nettoergebnisses aus Finanzgeschäften ausgewiesen.
- Bei den Erträgen handelt es sich um Erträge mit externen Kunden. Intersegmentäre Erfolge im nennenswerten Umfang wurden nicht generiert. Auf weitergehende Informationen hinsichtlich der externen Kundenstruktur wird verzichtet, da sie den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs entspricht. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- Die Position „Verwaltungsaufwand“ enthält neben dem Personalaufwand und dem Sachaufwand auch die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagevermögen und Sachanlagen.
- Das „Segmentvermögen“ enthält die Bilanzaktiva. Zu beachten ist hierbei, dass die Summe der Aktiva der Konzernbereiche auf Grund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs entspricht. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- Als „regulatorisches Kapital“ wird das haftende Eigenkapital gemäß § 10 KWG ausgewiesen, wobei die Segmente mit einer Kapitalquote von 8,4% ausgewiesen sind. Abweichungen zum bilanziellen Eigenkapital resultieren im Wesentlichen für die Institutengruppe Stadtparkasse Düsseldorf aus der Einbeziehung von bankaufsichtsrechtlichen Ergänzungskapitalbestandteilen, sowie der nicht vollständigen Aufteilung der Eigenmittel auf die Segmente. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem ökonomischen Kapital zugewiesen.

Stadtparkasse Düsseldorf

Segmentergebnisse 2006													
in Mio. Euro	Firmenkunden	Immobilienkunden	Private Banking	Privat- und Gewerbetunden	Handel	Sonstige (1)	Summe der Segmente Sparkasse	SKBG	Konsolidierung	HGB-Konzern gesamt	Konsolidierung IFRS (2)	sonstige Effekte IFRS (2)	IFRS-Konzern gesamt
Zinsüberschuss (3)	55,5	10,3	7,8	116,8	48,5	7,2	246,1	6,0	-0,1	252,0	-12,5	-3,7	235,8
Provisionsüberschuss (4)	13,9	2,1	4,7	36,6	1,6	0,2	61,1	4,5	-2,0	63,6	-0,1	0,1	63,6
Finanzanlageergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-12,4	31,6	19,2
Handelsergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,2	-3,2	-1,0
sonst. betriebliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,8	-4,8	-5,6	2,9	-1,8	-4,5	1,0	2,7	-0,8
Ergebnis aus Designated at Fair Value Geschäften	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	48,6	6,3	54,9
Erträge gesamt (5)	69,4	12,4	12,5	155,4	49,3	2,6	301,6	13,4	-3,9	311,1	25,8	33,8	371,7
Verwaltungsaufwand (6)	-27,7	-4,2	-6,7	-118,6	-5,4	-41,1	-203,7	-8,5	1,7	-210,5	2,6	-0,6	-208,5
Risikoversorge	-28,8	-1,1	0,1	-4,6	-4,8	24,3	-14,9	-1,9	0,0	-16,8	0,0	-17,1	-33,9
Ergebnis vor Ertragsteuern	12,9	7,1	5,9	32,2	39,1	-14,2	83,0	3,0	-2,2	83,8	29,4	16,1	129,3
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	40	34	54	76	11		68	63		68			57
Aktiva (Segmentvermögen)	3.074,3	755,8	161,4	2.905,0	5.151,3	516,3	12.564,1	136,9	-96,7	12.604,3	126,0	187,8	12.918,1
Regulatorisches Kapital (7) (= "Active Equity")	254,4	59,8	10,1	184,3	111,3	31,1		25,6					
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem g "Active Equity")	5	12	59	17	35	-46		12					

Erläuterungen:

- (1) Hierbei wurden neben Restgrößen, die den Segmenten nicht direkt zugerechnet werden konnten, sowie das übrige ordentliche/außerordentliche Ergebnis, auch die generierten Erträge aus den von der Stadtparkasse Düsseldorf gehaltenen nicht konsolidierten Beteiligungen berücksichtigt. Zusätzlich wurden hier die Deckungslasten (Overheadkosten) der Stadtparkasse Düsseldorf in Höhe von 26,5 Mio. Euro ausgewiesen, die als allgemeine Deckungslast nicht direkt den Geschäftsbereichen verursachungsgerecht zugeordnet werden konnten.
- (2) Die Effekte im Rahmen der Überleitungsrechnung von HGB nach IFRS werden im Abschnitt: "Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss nach IFRS" weitergehend erläutert.
- (3) Die Position, "Zinsüberschuss" umfasst zudem das Ergebnis aus assoziierten Unternehmen.
- (4) Die Position, "Provisionsüberschuss" wird inkl. des Nettoergebnisses aus Finanzgeschäften ausgewiesen.
- (5) Bei den Erträgen handelt es sich um Erträge mit externen Kunden. Intersegmentäre Erfolge in nennenswerten Umfang wurden nicht generiert. Auf weitergehende Informationen hinsichtlich der externen Kundenstruktur wird verzichtet, da auf keinen einzelnen externen Kunden $\geq 10\%$ der gesamten Umsatzerlöse entfielen. Abhängigkeitsverhältnisse i.S.d. IFRS 8 bestehen somit nicht.
- (6) Die Position, "Verwaltungsaufwand" enthält neben dem Personalaufwand, und dem Sachaufwand auch die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen.
- (7) Als "regulatorisches Kapital" wird das haftende Eigenkapital gemäß § 10 KWG ausgewiesen, wobei die Segmente mit einer Kapitalquote von 8,4% ausgestattet wurden. Abweichungen zum bilanziellen Eigenkapital resultieren im Wesentlichen für die Institutgruppe Stadtparkasse Düsseldorf aus der Einbeziehung von bankenaufsichtsrechtlichen Ergänzungskapitalbestandteilen, sowie der nicht vollständigen Aufteilung der Eigenmittel auf die Segmente. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche "Active Equity" wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem ökonomischen Kapital zugewiesen.

Die nachstehenden Tabellen enthalten die auf Basis des internen Managementberichts ermittelten Ertragskomponenten aus Geschäften mit externen Kunden auf Konzernebene:

Ertragskomponenten des Bereichs Firmenkunden

Das Segment „Firmenkunden“ fasst das zentrale Firmenkundengeschäft, das dezentrale Firmenkundengeschäft, das institutionelle Geschäft, die Fachbetreuungen Auslandsgeschäft, Leasing-Sonderfinanzierungen und strukturierte Finanzierungen zusammen.

Erträge in Mio. Euro	2007	2006
Kreditgeschäft	44,9	42,0
Einlagengeschäft	21,7	20,9
Wertpapiergeschäft	1,8	1,6
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	1,8	3,2
sonstige Produkte	2,3	1,7

Ertragskomponenten des Bereichs Immobilienkunden

Das Segment „Immobilienkunden“ betreut in direkter Kundenverantwortung das Bauträgergeschäft und steuert das Produktsegment private Wohnungsbaufinanzierungen.

Erträge in Mio. Euro	2007	2006
Kreditgeschäft	12,6	11,1
Einlagengeschäft	1,5	1,1
Wertpapiergeschäft	0,0	0,1
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	0,0	0,0
sonstige Produkte	0,3	0,1

Ertragskomponenten des Bereichs Private Banking

Das Segment „Private Banking“ umfasst die Kundengruppen Vermögenskunden und Individualkunden, die von zentralen Spezialisten und Betreuern beraten werden. Zusätzlich wird über diesen Bereich das Produktsegment Wertpapiergeschäft für alle privaten Kunden gesteuert.

Erträge in Mio. Euro	2007	2006
Kreditgeschäft	1,4	1,6
Einlagengeschäft	5,5	6,8
Wertpapiergeschäft	3,3	2,8
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	0,1	1,3
sonstige Produkte	0,0	0,0

Ertragskomponenten des Bereichs Privat- und Gewerbekunden

Das Segment „Privat- und Gewerbekunden“ wird über drei Geschäftsbereiche geführt (Geschäftsbereich Nord, Geschäftsbereich Süd und Geschäftsbereich Monheim), welche aufgrund Vergleichbarkeit zu einem Segment zusammengefasst wurden. Unterstützt wird dieser Bereich durch die Abteilung Marketing- und Vertriebssupport sowie seit dem Geschäftsjahr 2007 durch die Abteilung Vermögensmanagement.

Erträge in Mio. Euro	2007	2006
Kreditgeschäft	47,8	47,8
Einlagengeschäft	104,9	94,1
Wertpapiergeschäft	9,0	2,5
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	10,0	11,0
sonstige Produkte	0,2	0,0

Ertragskomponenten des Bereichs Handel (inkl. Spezialfonds)

Das Segment „Handel“ umfasst den Eigen- und Kundenhandel, die kapitalmarktnahe Betreuung (Wertpapiergeschäft und Derivate) von ausgewählten zentralen Institutionellen bzw. Firmenkunden. Zu diesem Segment zählen ferner das Interbankengeschäft und die Steuerung der Wertpapiereinlagen. Zusätzlich ist dieses Segment mit der Steuerung der Zinsänderungsrisiken bzw. Fristentransformationsbeträge betraut.

Erträge in Mio. Euro	2007	2006
Kreditgeschäft	-19,9	91,0
Einlagengeschäft	14,2	-42,5
Wertpapiergeschäft	0,0	0,0
Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen	0,0	0,0
sonstige Produkte	2,1	1,6

Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss nach IFRS

Im den nachfolgenden Ausführungen werden die wesentlichen Überleitungsdifferenzen aus der Konsolidierung und sonstigen Effekten IFRS weitergehend erläutert.

I. Zinsüberschuss

Position	Zinsüberschuss in Mio. Euro
Konsolidierung	-14,8
sonstige Effekte	25,7
Effekte gesamt	10,9

Diese Effekte beruhen im wesentlichen Teil auf den nachfolgend dargestellten Sachverhalten:

Die Konsolidierung der Spezialfonds gemäß SIC 12 führt zu einem Effekt in Höhe von -14,8 Mio. Euro.

Im Rahmen des Einzelabschlusses der Stadtsparkasse Düsseldorf wird durch die Änderung des Bewertungsmaßstabes, insbesondere Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten, ein Effekt von 27,2 Mio. Euro erzielt. Unter Berücksichtigung sonstiger Effekte in Höhe von -1,5 Mio. Euro ergibt sich insgesamt ein Effekt von 10,9 Mio. Euro.

II. Provisionsüberschuss

Position	Provisionsüberschuss in Mio. Euro
Konsolidierung	-2,0
sonstige Effekte	14,5
Effekte gesamt	-12,5

Diese Effekte beruhen im wesentlichen Teil auf den nachfolgend dargestellten Sachverhalt: Die unter Anwendung der IFRS vorzunehmenden Umgliederungen zahlreicher Positionen beim Übergang von der internen Berichterstattung auf die externe Rechnungslegung führten zu einem Effekt von 2,1 Mio. Euro. Hinsichtlich der verbleibenden sonstigen Effekte ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass es sich bei der "Summe der Segmente Sparkasse" um Angaben auf Basis der internen Finanzberichterstattung an den Gesamtvorstand handelt. Es wurden folglich Überleitungsdifferenzen berücksichtigt. Hierbei ist insbesondere auf einen Effekt in Höhe von -16,6 Mio. Euro durch Überleitung aus der Position "Provisionsüberschuss" in die Position "sonst. betriebliches Ergebnis" hinzuweisen. Insgesamt ergibt sich ein Effekt von -12,5 Mio. Euro.

III. Finanzanlageergebnis

Position	Finanzanlageergebnis in Mio. Euro
Konsolidierung	-25,4
sonstige Effekte	13,8
Effekte gesamt	-11,6

Diese Effekte beruhen im wesentlichen Teil auf den nachfolgend dargestellten Sachverhalt: Die gemäß IFRS auf Ebene des Einzelabschlusses der Stadtsparkasse Düsseldorf vorzunehmende Umgliederung zahlreicher Positionen und der hiermit verbundene Ausweis von Erträgen und Aufwendungen, insbesondere Verkaufsgewinne und -verluste aus Finanzvermögen, führt zu einem Effekt von 13,8 Mio. Euro. Insgesamt wird somit ein Effekt von -11,6 Mio. Euro erzielt.

IV. Handelsergebnis

Position	Handelsergebnis in Mio. Euro
Konsolidierung	-7,8
sonstige Effekte	-0,5
Effekte gesamt	-8,3

Diese Effekte beruhen im wesentlichen Teil auf dem nachfolgend dargestellten Sachverhalt: Die gemäß IFRS auf Ebene des Einzelabschlusses der Stadtsparkasse Düsseldorf vorzunehmende Umgliederung zahlreicher Positionen und der hiermit verbundene Ausweis von Erträgen und Aufwendungen führt zu einem Effekt von -0,5 Mio. Euro. Insgesamt wird ein Effekt von -8,3 Mio. Euro erzielt.

V. sonst. betriebliches Ergebnis

Position	sonst. betriebliches Ergebnis in Mio. Euro
Konsolidierung	-7,5
sonstige Effekte	29,0
Effekte gesamt	21,5

Diese Effekte beruhen im wesentlichen Teil auf den nachfolgend dargestellten Sachverhalt: Im Rahmen des Einzelabschlusses wird aufgrund der Tatsache, dass unter Anwendung der IFRS die Erfolge und Verluste aus Derivaten nicht ausgewiesen werden, ein Effekt in Höhe von 2,2 Mio. Euro erzielt. Hinsichtlich der verbleibenden sonstigen Effekte ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass es sich bei der "Summe der Segmente Sparkasse" um Angaben auf Basis der internen Finanzberichterstattung an den Gesamtvorstand handelt. Es wurden folglich Überleitungsdifferenzen berücksichtigt, wobei insbesondere Close Out-Zahlungen aus der Auflösung von Sicherungsderivaten einen Effekt in Höhe von 23,4 Mio. Euro ausmachen. Insgesamt ergibt sich ein Effekt in Höhe von 21,5 Mio. Euro.

VI. Ergebnis aus Designated at Fair Value Geschäften

Position	Ergebnis aus Designated at Fair Value Geschäften in Mio. Euro
Konsolidierung	13,8
sonstige Effekte	7,5
Effekte gesamt	21,3

Diese Effekte beruhen im wesentlichen Teil auf den nachfolgend dargestellten Sachverhalt: Die gemäß IFRS auf Ebene des Einzelabschlusses der Stadtparkasse Düsseldorf vorzunehmende Umgliederung zahlreicher Positionen und der hiermit verbundene Ausweis von Erträgen und Aufwendungen führt zu einem Effekt von 7,5 Mio. Euro.

VII. Verwaltungsaufwand

Position	Verwaltungsaufwand in Mio. Euro
Konsolidierung	-8,5
sonstige Effekte	-17,9
Effekte gesamt	-26,4

Diese Effekte beruhen im wesentlichen Teil auf den nachfolgend dargestellten Sachverhalt: Im Rahmen des Einzelabschlusses der Stadtsparkasse Düsseldorf wurde unter Anwendung der IFRS und der hiermit zusammenhängenden Umgliederung zahlreicher Positionen ein Effekt von -8,4 Mio. Euro erzielt. Unter Berücksichtigung sonstiger Überleitungsdifferenzen in Höhe von -9,5 Mio. Euro ergibt sich insgesamt ein Effekt von -26,4 Mio. Euro.

VIII. Risikovorsorge

Position	Risikovorsorge in Mio. Euro
Konsolidierung	-1,6
sonstige Effekte	-22,5
Effekte gesamt	-24,1

Diese Effekte beruhen im Wesentlichen auf der im Rahmen der Anwendung von IFRS nicht vorgenommenen Kompensation der Bewertungsergebnisse von Krediten und Wertpapieren. Dies führt in der Folge zu einem Effekt von -9,3 Mio. Euro. Hinsichtlich der verbleibenden sonstigen Effekte ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass es sich bei der "Summe der Segmente Sparkasse" um Angaben auf Basis der internen Finanzberichterstattung an den Gesamtvorstand handelt. Es wurden folglich Überleitungsdifferenzen berücksichtigt, wobei insbesondere Close Out-Zahlungen aus teilaufgelösten Sicherungsderivaten einen Effekt in Höhe von rund -23,4 Mio. Euro ausmachen. Insgesamt ergibt sich ein Effekt von -24,6 Mio. Euro.

IX. Segmentvermögen

Position	Segmentvermögen in Mio. Euro
Konsolidierung	12,6
sonstige Effekte	220,8
Effekte gesamt	233,4

Diese Effekte beruhen im wesentlichen Teil auf den nachfolgend dargestellten Sachverhalten:

Die erstmalige Konsolidierung des Sondervermögens führt zu einem Effekt von 12,6 Mio. Euro.

Unter anderem durch Aufdeckung der Vorsorgereserve gemäß § 340f HGB wird auf Ebene des Einzelabschlusses der Stadtsparkasse Düsseldorf insgesamt ein Effekt in Höhe von 147,0 Mio. Euro ausgelöst. Zusätzlich hierzu führen der Ausweis der Gewinnrücklage für Cash Flow Hedges (49,4 Mio. Euro) und die im Rahmen der Erstbewertung nach IFRS eingeführte Position Neubewertungsrücklage (-11,5 Mio. Euro) und die Position Gewinnverwendung des Bilanzgewinns (35,9 Mio. Euro) insgesamt zu einem Effekt von 220,8 Mio. Euro.

Erläuterungen zur Konzern-Bilanz

[35] Barreserve

Die Barreserve entfällt auf folgende Posten:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Kassenbestand	66,5	56,6
Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	7,0	69,0
Barreserve	73,5	125,6

Der Kassenbestand sowie das Guthaben bei der Deutschen Bundesbank werden zum Nennwert ausgewiesen.

[36] Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach Geschäftsarten und Kategorien gemäß IAS 39 wie folgt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Termin- und Sichteinlagen (LAR)	75,1	95,2
Termin- und Sichteinlagen	75,1	95,2
Kredite und Darlehen (LAR)	1.297,7	306,8
Kredite und Darlehen (Designated AFV)	18,4	18,8
Kredite und Darlehen	1.316,1	325,6
Sonstige Forderungen (LAR)	165,4	503,6
Sonstige Forderungen (AFS)	0,3	0,0
Sonstige Forderungen	165,7	503,6
Forderungen an Kreditinstitute	1.556,9	924,4

Forderungen mit einem Buchwert von rd. 257,6 Mio. Euro haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

[37] Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden gliedern sich nach Geschäftsarten und darunter nach IAS 39 Kategorien wie folgt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Termin- und Sichteinlagen		
Termin- und Sichteinlagen (LAR)	651,8	490,8
	651,8	490,8
Kredite und Darlehen		
Kredite und Darlehen (LAR)	7.085,0	6.583,3
	7.085,0	6.583,3
Sonstige Forderungen		
Sonstige Forderungen (LAR)	1,8	1,7
Namenschuldverschreibungen (AFS)	186,8	117,9
	188,6	119,6
Forderungen an Kunden	7.925,4	7.193,7

Forderungen mit einem Buchwert von rd. 5.876,1 Mio. Euro haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Das Bewertungsergebnis aus sonstigen Forderungen der Kategorie AFS an Kunden in Höhe von -7,1 Mio. Euro (Vorjahr -2,8 Mio. Euro) wurde der Neubewertungsrücklage zugeführt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden enthalten die von der Stadtsparkasse Düsseldorf im Bankgeschäft ausgelegten Forderungen. Sie werden bilanziell erfasst, wenn die Zahlung an den Begünstigten erfolgt. Die Ausbuchung erfolgt bei Rückzahlung oder im Fall einer Direktabschreibung. Der Bilanzansatz von Forderungen der Kategorie LAR entspricht den fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich ggf. erforderlicher Wertberichtigungen.

Diese Wertberichtigungen zeigt die Stadtsparkasse Düsseldorf in der Bilanzposition Risikovorsorge. Für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wurden im Geschäftsjahr Wertberichtigungen in Höhe von 60,1 Mio. Euro (Vorjahr 83,3 Mio. Euro) gebildet.

Kreditvolumen

Das Kreditvolumen des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf verteilt sich wie folgt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Forderungen an Kreditinstitute	1.556,9	924,5
Forderungen an Kunden	7.925,4	7.193,7
Bürgschaften und Garantien	363,2	312,7
Gesamt	9.845,5	8.430,9

Für Bürgschaften und Garantien wurde die Methode der Nettobilanzierung nach IAS 39 gewählt. Die Betragsangabe bezieht sich in diesem Fall auf den Nominalwert der Vereinbarungen.

[38] Risikovorsorge

Erkennbaren Bonitätsrisiken wurde durch eine angemessene Risikovorsorge im Kreditgeschäft Rechnung getragen. Sie wurde durch aktivisch ausgewiesene Wertberichtigungen sowie durch Rückstellungen für das außerbilanzielle Kreditgeschäft getroffen.

Bereits eingetretene, aber noch nicht einzeln identifizierte Kreditausfälle wurden durch Portfoliowertberichtigungen für Portfolien homogener Kreditforderungen berücksichtigt. Die Höhe dieser Risikovorsorge leitet sich aus der Inanspruchnahme der Kredite, der historischen Ausfallwahrscheinlichkeit sowie der Ausfallquote zum Zeitpunkt des Ausfalls ab. Einen weiteren Parameter stellt der Zeitraum bis zur einzelfallbezogenen Identifizierung des Ausfalls dar.

Wenn Zweifel an der Einbringlichkeit einer Forderung auftreten, wird diesen durch die Bildung einer Einzelwertberichtigung Rechnung getragen. Sofern weitere Zahlungen aus der Forderung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht mehr zu erwarten sind, werden die Forderungen als uneinbringlich klassifiziert. Uneinbringliche bereits wertberichtigte Forderungen werden durch Verbrauch der Risikovorsorge ausgebucht. Wenn für eine derartige Forderung keine Einzelwertberichtigung vorliegt, wird diese direkt ergebniswirksam abgeschrieben. Direktabschreibungen werden auch dann vorgenommen, wenn die Sparkasse auf Teile einer nicht wertberichtigten Forderung verzichtet bzw. eine Forderung verkauft und der Kaufpreis niedriger ist als der Buchwert der Forderung.

Die Risikovorsorge gliedert sich dabei wie folgt auf:

Angaben in Mio. Euro	Anfangs- bestand	Zuführung	Verbrauch	Auflösung	End- bestand
Privatkundenkredite					
Einzelwertberichtigungen (Bonitätsrisiken)	69,7	11,5	20,3	11,9	49,0
Portfoliobasierte Wertberichtigungen	1,8	0,2	0,0	0,0	2,0
	71,5	11,7	20,3	11,9	51,0
Geschäftskundenkredite					
Einzelwertberichtigungen (Bonitätsrisiken)	94,9	40,8	18,1	19,0	98,6
Portfoliobasierte Wertberichtigungen	16,1	0,0	0,0	3,0	13,1
	111,0	40,8	18,1	22,0	111,7
Sonstige Kredite					
Einzelwertberichtigungen (Bonitätsrisiken)	40,8	7,4	2,5	20,5	25,2
Portfoliobasierte Wertberichtigungen	0,8	0,2	0,0	0,4	0,6
	41,6	7,6	2,5	20,9	25,8
Bilanzielles Kreditgeschäft ges.	224,1	60,1	40,9	54,8	188,5
Rückstellungen (Bonitätsrisiken) für außerbilanzielle Risiken	5,1	1,7	0,0	3,3	3,5
Gesamt	229,2	61,8	40,9	58,1	192,0

Die Entwicklung des Vorjahres zeigt die folgende Abbildung:

Angaben in Mio	Anfangsbestand	Zuführung	Verbrauch	Auflösung	Endbestand
Privatkundenkredite					
Einzelwertberichtigungen (Bonitätsrisiken)	72,4	23,7	10,9	15,5	69,7
Portfoliobasierte Wertberichtigungen	2,0	0,0	0,0	0,2	1,8
	74,4	23,7	10,9	15,7	71,5
Geschäftskundenkredite					
Einzelwertberichtigungen (Bonitätsrisiken)	85,4	32,6	4,6	18,5	94,9
Portfoliobasierte Wertberichtigungen	17,5	0,0	0,0	1,4	16,1
	102,9	32,6	4,6	19,9	111,0
Sonstige Kredite					
Einzelwertberichtigungen (Bonitätsrisiken)	29,6	27,0	2,9	12,9	40,8
Portfoliobasierte Wertberichtigungen	0,8	0,0	0,0	0,0	0,8
	30,4	27,0	2,9	12,9	41,6
Bilanzielles Kreditgeschäft ges.	207,7	83,3	18,4	48,5	224,1
Rückstellungen (Bonitätsrisiken) für außerbilanzielle Risiken	6,1	0,6	0,0	1,6	5,1
Gesamt	213,8	83,9	18,4	50,1	229,2

Direkte Abschreibungen auf Forderungen wurden im Geschäftsjahr in Höhe von 5,6 Mio. Euro (Vorjahr: 2,3 Mio. Euro) vorgenommen. Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen verzeichneten einen Betrag von 1,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2,2 Mio. Euro).

[39] Sicherungsderivate

Zum 31. Dezember 2007 wurden Zinsswaps mit einem aggregierten nominellen Wert von 500,0 Mio. Euro (Vorjahr: 830,0 Mio. Euro) und einem positiven Marktwert – Dirty Fair Value – von 35,1 Mio. Euro (Vorjahr: 35,2 Mio. Euro) zur Absicherung künftiger Zahlungsströme aus variabel verzinslichen Emissionen im Rahmen des Cashflow Hedge Accountings eingesetzt.

Der Ausweis entfällt vollständig auf Derivate, die eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben.

Im Geschäftsjahr sind 7 Sicherungsbeziehungen (Cashflow Hedges) mit einem aggregierten Nominalvolumen von 330,0 Mio. Euro vorzeitig aufgrund einer Managemententscheidung aufgelöst worden. Zum Zeitpunkt der Auflösung belief sich die auf diese Sicherungsbeziehungen bezogene Neubewertungsrücklage innerhalb des Eigenkapitals auf 25,5 Mio. Euro.

Dieser Betrag wird effektivzinskonstant über die ursprüngliche Laufzeit zu Gunsten des Zinsergebnisses aufgelöst. Im Geschäftsjahr wurde ein Betrag von 2,1 Mio. Euro erfolgswirksam erfasst.

Die zum Bilanzstichtag im Rahmen des Cashflow Hedge Accountings noch abgesicherten Zahlungsströme aus variabel verzinslichen Emissionen stellen sich wie folgt dar:

lfd. Nr.	ISIN	Nominalvolumen in Mio. Euro	Kupon zum Stichtag	Referenzzins	Valuta nächster Kupon	Fälligkeit
1	DE0001363505	100	4,466%	6-M-EURIBOR	01.02.2008	12.06.2013
2	DE0008316241	150	4,822%	6-M-EURIBOR	25.03.2008	24.09.2013
3	DE000A0BM888	100	4,679%	6-M-EURIBOR	16.05.2008	16.05.2014
4	DE0001363562	150	5,018%	6-M-EURIBOR	15.06.2008	15.12.2015

Bei den lfd. Nrn. 1 und 2 handelt sich um Teilbeträge der Gesamtemission.

[40] Handelsaktiva

Finanzinstrumente, die den Handelsaktivitäten der Stadtparkasse Düsseldorf zuzuordnen sind, weisen zum Bilanzstichtag folgenden Fair Value auf:

	31.12.2007 Mio Euro	31.12.2006 Mio Euro
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (AFV - Trading)	1,1	1,2
Positive Marktwerte der Handelsderivate	36,8	28,5
Handelsaktiva	37,9	29,7

Ein wesentlicher Bestandteil des Derivategeschäfts der Stadtparkasse Düsseldorf entfällt auf die Bereitstellung von derivativen Finanzprodukten zur Absicherung von Zinsänderungs- und sonstigen Marktpreisrisiken als Kontraktpartner für ihre Kunden.

Offene Risikopositionen aus derartigen Geschäften werden in der Regel zeitnah durch entsprechende Gegengeschäfte mit anderen Kreditinstituten geschlossen – siehe auch negative Marktwerte der Handelsderivate unter der Bilanzposition „Handelspassiva“.

Auf Derivate mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr entfällt ein Buchwert von 24,2 Mio. Euro (Dirty Fair Value).

[41] Finanzanlagen

Den Finanzanlagen sind Wertpapiere der Liquiditätsreserve, Minderheitsbeteiligungen, nicht at equity bewertete Anteile an assoziierten Unternehmen sowie nicht voll konsolidierte verbundene Unternehmen zuzuordnen:

	31.12.2007 Mio Euro	31.12.2006 Mio Euro
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (LAR)	649,2	1.253,9
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (AFS)	1.995,6	2.287,1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Designated AFV)	121,3	80,5
	2.766,1	3.621,5
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (AFS)	425,7	381,2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Designated AFV)	301,0	339,4
	726,7	720,6
Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und an nicht nach der Equity-Methode einbezogenen assoziierten Unternehmen (AFS)	381,1	277,5
Finanzanlagen	3.873,9	4.619,6

In den Finanzanlagen sind Schuldverschreibungen mit einem Buchwert von 1.282,3 Mio. Euro enthalten, die eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben (ohne anteilige Zinsen).

Hinsichtlich der Vereinnahmung von Erträgen aus Finanzanlagen sowie ihrer Veräußerung liegen folgende Beschränkungen vor:

- Zum 31. Dezember 2007 bestanden Offenmarktgeschäfte in Höhe von 779,9 Mio. Euro (Vorjahr: 1.500,6 Mio. Euro). Zur Besicherung der Geschäfte wurden zu Gunsten der Deutschen Bundesbank Verpfändungserklärungen für Wertpapiere mit einem Buchwert von 1.819,9 Mio. Euro (Vorjahr: 1.953,4 Mio. Euro) abgegeben.
- Zur Besicherung von Geschäften an der Eurex wurden Wertpapiere mit einem Beleihungswert von 54,6 Mio. Euro verpfändet.
- Im Geschäftsjahr wurden für Finanzanlagen Wertberichtigungen in Höhe von 15,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,2 Mio. Euro) vorgenommen.

Unter den Finanzanlagen wird die Pflichtmitgliedschaft am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um eine Pflichtbeteiligung, die aufgrund des Sparkassengesetzes eingegangen wurde. Die Veräußerung der Einlage ist nicht möglich. Mangels anderer Klassifizierungsmöglichkeiten erfolgte eine Zuordnung zur Bewertungskategorie AFS, obwohl keine Veräußerungsmöglichkeit für die Anteile besteht. Der

Buchwert der Pflichteinlage beläuft sich auf 138,6 Mio. Euro. Aus der Pflichtmitgliedschaft steht der Sparkasse eine Vielzahl von Vorteilen, wie z.B. die Nutzung von Markenrechten, deren Wert nicht genau quantifizierbar ist, zu. Daher wurde die Pflichtmitgliedschaft mit ihren Anschaffungskosten angesetzt.

Daneben hält der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf Anteile an der RSL Rheinische Sparkassen Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, die aufgrund ihrer Zuordnung zur Kategorie AFS zum Fair Value anzusetzen ist. Da der Fair Value im Geschäftsjahr nicht verlässlich zu ermitteln ist, wird der bisherige beizulegende Zeitwert entsprechend IAS 39.54 als Maßstab für die neuen Anschaffungskosten angenommen. Der aus der Neubewertung in der Vergangenheit in der Neubewertungsrücklage enthaltene Betrag (10,1 Mio. Euro) verbleibt dort bis der Vermögenswert abgeht oder ggf. ein Impairment vorliegt. Eine Umbuchung dieser Neubewertungsrücklage in die GuV beim Übergang auf die Bewertung zu Anschaffungskosten kommt somit nicht in Betracht.

Insgesamt entfällt auf die Beteiligung an der RSL ein Wertansatz von 18,3 Mio. Euro.

[42] Anteile an assoziierten Unternehmen

Nachfolgend stellt die Stadtsparkasse Düsseldorf zusammenfassende Finanzinformationen für die nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen entsprechend IAS 28.37 (b) bereit:

	31.12.2007 Mio Euro	31.12.2006 Mio Euro
Summe der Vermögenswerte	1.572,7	1.345,0
Summe der Verpflichtungen	1.528,7	1.268,0
Eigenkapital	44,0	77,0
Ordentliche Erträge	402,8	503,4
Jahresüberschuss	29,9	78,6

Das Geschäftsjahr der assoziierten Unternehmen entspricht demjenigen der Stadtsparkasse Düsseldorf. Für die jeweiligen Unternehmensanteile sind keine öffentlichen Kursnotierungen verfügbar. Bei drei Unternehmen übersteigt der Anteil an den Verlusten den anteiligen Beteiligungswert. Gemäß IAS 28.29 werden bei diesen assoziierten Unternehmen keine weiteren Verlustanteile erfasst. In der Bilanz wird ein Buchwert von 0,00 Euro angesetzt.

Im Geschäftsjahr 2007 wurde ein anteiliger Gewinn in Höhe von 0,6 Mio. Euro (Vorjahr: Verlust -0,4 Mio. Euro) nicht mehr erfasst. Der kumulierte nicht erfasste anteilige Verlust beträgt -2,9 Mio. Euro (Vorjahr: -3,7 Mio. Euro).

[43] Sachanlagen

Die Buchwerte der Sachanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2007 Mio Euro	31.12.2006 Mio Euro
Grundstücke und Gebäude	64,2	68,1
Betriebs- und Geschäftsausstattung	11,7	11,8
Sachanlagen	75,9	79,9

Im Vergleich zum Vorjahr stellen sich die Anschaffungs- oder Herstellungskosten sowie die kumulierten Abschreibungen wie folgt dar:

Mio. Euro	Grund- stücke und Gebäude	Betriebs- u. Geschäfts- ausstattung	Gesamt
Anschaffungs- oder Herstellungskosten			
Stand 01.01.2006	127,4	73,8	201,2
Zugänge	0,1	3,5	3,6
Abgänge	0,0	-4,0	-4,0
Umbuchungen	0,0	-0,6	-0,6
Stand 31.12.2006	127,5	72,7	200,2
Zugänge im lfd. Geschäftsjahr	0,2	3,7	3,9
Abgänge im lfd. Geschäftsjahr	0,0	-2,2	-2,2
Stand 31.12.2007	127,7	74,2	201,9
Abschreibungen			
Stand 01.01.2006	55,3	56,4	111,7
Abschreibungen	4,1	4,5	8,6
Abgänge im lfd. Geschäftsjahr	0,0	-0,1	-0,1
Stand 31.12.2006	59,4	60,8	120,2
Abschreibungen im lfd. Geschäftsjahr	4,1	3,9	8,0
Abgänge im lfd. Geschäftsjahr	0,0	-2,2	-2,2
Stand 31.12.2007	63,5	62,5	126,0
Buchwert zum 31.12.2006	68,1	11,9	80,0
Buchwert zum 31.12.2007	64,2	11,7	75,9

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Mio. Euro	Buchwert 01.01.2007	Zugänge	Abgänge	Umbu- chungen	Abschrei- bungen	Buchwert 31.12.2007
Grundstücke und Gebäude	68,1	0,2	0,0	0,0	4,1	64,2
Betriebs- und Geschäftsausstattung	11,9	3,7	0,0	0,0	3,9	11,7
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	80,0	3,9	0,0	0,0	8,0	75,9

[44] Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien

Nachfolgende Tabelle stellt die Entwicklung der Buchwerte der Investment Properties dar:

	Tsd. Euro
Buchwert zum 01.01.2006	4.522
Abschreibungen	-62
Buchwert zum 31.12.2006	4.460
Abschreibungen	-62
Buchwert zum 31.12.2007	4.398

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) der Investment Properties beträgt unverändert zum Vorjahr 6,0 Mio. Euro.

Aus Investment Properties wurden im Geschäftsjahr unverändert Mieterträge von 0,2 Mio. Euro erzielt. Die aus den Investment Properties erzielten Erträge sind als Erträge aus Operating-Leasing zu klassifizieren. Weitere Angaben enthält Notes-Angabe [62].

[45] Immaterielle Vermögenswerte

Die immateriellen Vermögenswerte von 1,5 Mio. Euro (Vorjahr: 1,4 Mio. Euro) entfallen ausschließlich auf erworbene EDV-Software.

Folgende Tabelle zeigt die Anschaffungs- oder Herstellungskosten sowie die kumulierten Abschreibungen im Vergleich zum Vorjahr:

	Mio. Euro
Anschaffungskosten zum 01.01.2006	13,0
Zugänge	1,1
Abgänge (Verkauf, Stilllegungen)	-0,1
Anschaffungskosten zum 31.12.2006	14,0
Zugänge im lfd. Geschäftsjahr	1,0
Abgänge im lfd. Geschäftsjahr (Verkauf, Stilllegungen)	-0,1
Anschaffungs- oder Herstellungskosten zum 31.12.2007	14,9
Kumulierte Abschreibungen zum 01.01.2006	11,4
Abschreibungen	1,2
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2006	12,6
Abschreibungen im lfd. Geschäftsjahr	0,8
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2007	13,4
Buchwert zum 31.12.2006	1,4
Buchwert zum 31.12.2007	1,5

Wertminderungen bzw. Wertaufholungen von immateriellen Vermögenswerten werden in der GuV-Position „Allgemeine Verwaltungsaufwendungen“ erfasst.

[46] Steueransprüche aus laufenden Steuern

Steueransprüche aus laufenden Steuern betragen im Geschäftsjahr 31,8 Mio. Euro (Vorjahr: 16,0 Mio. Euro).

[47] Steueransprüche aus latenten Steuern

Steueransprüche aus latenten Steuern wurden für noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge sowie für temporäre Unterschiede zwischen den Wertansätzen der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten in der Konzernbilanz nach IFRS und deren Wertansätzen nach steuerlichen Vorschriften gebildet:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Handelsspassiva	8,4	8,8
Finanzanlagen	24,5	8,9
Rückstellungen	2,5	9,7
Steuerliche Verlustvorträge	1,0	3,2
Risikovorsorge	1,4	8,2
Übrige Bilanzpositionen	40,7	19,8
Steueransprüche aus latenten Steuern	78,5	58,6
Netting	55,7	58,6
Steueransprüche aus latenten Steuern nach Netting	22,8	0,0

Die Veränderung der latenten Ertragssteueransprüche auf steuerliche Verlustvorträge ist im Wesentlichen auf einen nicht mehr nutzbaren steuerlichen Verlustvortrag bei einem Tochterunternehmen zurückzuführen.

Zur Höhe und zur Veränderung der Steuerlatenzen, die direkt mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, verweist die Stadtsparkasse Düsseldorf auf die "Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen".

[48] Sonstige Aktiva

Die sonstigen Aktiva bestehen im Wesentlichen aus sonstigen Vermögenswerten in Höhe von 20,9 Mio. Euro (Vorjahr 22,0 Mio Euro). Hierunter befindet sich ein Baugrundstück des Umlaufvermögens (IAS 2) mit einem Buchwert von 11,7 Mio. Euro (Vorjahr 11,6 Mio. Euro). Des Weiteren werden im Geschäftsjahr 2007 erbrachte Leistungen im Zusammenhang mit der Vermittlung von Investmentprodukten in Höhe von 2,3 Mio. Euro (Vorjahr 2,2 Mio. Euro) gezeigt.

[49] Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten setzen sich wie folgt zusammen.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Termin- und Sichteinlagen		
Termin- und Sichteinlagen (OFL)	1.809,8	1.531,0
	1.809,8	1.531,0
Begebene Namensschuldverschreibungen, -geldmarktpapiere		
Begebene Namensschuldverschreibungen, -geldmarktpapiere (OFL)	1.108,7	1.107,4
	1.108,7	1.107,4
Aufgenommene Schuldscheindarlehen		
Aufgenommene Schuldscheindarlehen (OFL)	268,2	470,4
	268,2	470,4
Sonstige Verbindlichkeiten		
Sonstige Verbindlichkeiten (OFL)	301,4	271,6
	301,4	271,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.488,1	3.380,4

Verbindlichkeiten mit einem Buchwert von rd. 1.586,5 Mio. Euro haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

[50] Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Der Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ beinhaltet im Wesentlichen Spareinlagen, täglich fällige und Termineinlagen, begebene Namensschuldverschreibungen sowie aufgenommene Schuldscheindarlehen und sonstige Verbindlichkeiten. Sie gliedern sich wie folgt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Termin- und Sichteinlagen		
Termin- und Sichteinlagen (OFL)	4.002,0	3.488,2
	4.002,0	3.488,2
Spareinlagen		
Spareinlagen (OFL)	1.786,1	1.863,4
	1.786,1	1.863,4
Begebene Namensschuldverschreibungen, -geldmarktpapiere		
Begebene Namensschuldverschreibungen, -geldmarktpapiere (OFL)	171,6	143,8
	171,6	143,8
Aufgenommene Schuldscheindarlehen		
Aufgenommene Schuldscheindarlehen (OFL)	113,9	147,2
	113,9	147,2
Sonstige Verbindlichkeiten		
Sonstige Verbindlichkeiten (OFL)	0,4	0,5
	0,4	0,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.074,0	5.643,1

Verbindlichkeiten mit einem Buchwert von rd. 278,5 Mio. Euro haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

[51] Handelspassiva

Unter den Handelspassiva werden die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die nicht als Sicherungsgeschäfte im Rahmen des Hedge Accountings nach IAS 39 eingesetzt werden, in Höhe von 27,8 Mio. Euro (Vorjahr 25,0 Mio. Euro), ausgewiesen.

Auf Derivate mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr entfällt ein Buchwert von 23,7 Mio. Euro (Dirty Fair Value).

Ein wesentlicher Bestandteil des Derivategeschäfts der Stadtsparkasse Düsseldorf entfällt auf die Bereitstellung von derivativen Finanzprodukten zur Absicherung von Zinsänderungs- und sonstigen Marktpreisrisiken als Kontraktpartner für ihre Kunden.

Offene Risikopositionen aus derartigen Geschäften werden in der Regel zeitnah durch entsprechende Gegengeschäfte mit anderen Kreditinstituten geschlossen – siehe auch positive Marktwerte der Handelsderivate unter der Bilanzposition „Handelsaktiva“.

[52] Verbriefte Verbindlichkeiten

Der Posten „Verbriefte Verbindlichkeiten“ umfasst begebene Emissionen der Stadtsparkasse Düsseldorf, die durch eine auf den Inhaber lautende Urkunde verbrieft sind. Diese setzen sich aus Inhaberschuldverschreibungen und Inhaberpfandbriefen zusammen.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Begebene Schuldverschreibungen (OFL)		
Öffentliche Pfandbriefe	200,4	291,8
Inhaberschuldverschreibungen	2.253,2	2.161,4
	2.453,6	2.453,2
Begebene Schuldverschreibungen (Designated LFV)		
Inhaberschuldverschreibungen	19,1	19,8
	19,1	19,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.472,7	2.473,0

Begebene Schuldverschreibungen werden nominell zu Zinssätzen zwischen 1,50 % und 6,00 % (Vorjahr: 1,25 % bis 6,00 %) verzinst. In der Bilanzposition sind Verbindlichkeiten mit einem Buchwert von 1.844,0 Mio. Euro enthalten, die eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben (ohne anteilige Zinsen).

Der Rückzahlungsbetrag der zur erfolgswirksamen Fair Value Bilanzierung designierten verbrieften Verbindlichkeiten beläuft sich auf 18,0 Mio. Euro (Vorjahr: 18,0 Mio. Euro).

Inhaberschuldverschreibungen der Stadtsparkasse Düsseldorf werden als langfristige Anlageform vor allem von ihren Kunden nachgefragt.

[53] Rückstellungen

Die Rückstellungen gliedern sich wie folgt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	30,0	37,2
Andere Rückstellungen	20,5	22,8
Rückstellungen	50,5	60,0

Der Posten Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen entfällt auf leistungsorientierte Pensionszusagen an aktive und ehemalige Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene sowie weitere Pensionsempfänger. Die Höhe der Rückstellung richtet sich nach der anzuwendenden Versorgungsregelung.

Bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen nach IAS 19 sind bestimmte versicherungsmathematische Annahmen zu treffen. Dem Auftrag für das versicherungsmathematische Gutachten durch einen externen Versicherungsmathematiker lagen folgende Annahmen zugrunde:

	31.12.2007 in %	31.12.2006 in %
Zinsfuß für die Abzinsung der Verpflichtungen	5,45	4,00
Gehalts- bzw. Anwartschaftsdynamik	2,50	2,00
Rentendynamik	1,50	2,00
Fluktuation	0,00	0,00

Im Geschäftsjahr 2007 wurde der Zinsfuß für die Bestimmung des Barwerts der Pensionsverpflichtungen erstmals auf Basis des Index IBOXX Corporate Bonds bestimmt.

Der Barwert der Pensionsverpflichtung - versicherungsmathematischer Sollwert - hat sich wie folgt entwickelt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Barwert der Pensionsverpflichtung zum 1. Januar	37,7	38,7
Zuführungen		
Laufender Dienstzeitaufwand	0,8	0,8
Zinsaufwand	1,5	1,5
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	-7,1	-1,4
Effekte aus Anpassungen der Pensionszusagen	0,0	0,6
Verbrauch		
Erbrachte Pensionsleistungen	2,4	2,5
Barwert der Pensionsverpflichtung zum 31. Dezember	30,5	37,7

Die Rückstellung für die Pensionsverpflichtungen hat die Stadtparkasse Düsseldorf aus dem Barwert der Pensionsverpflichtung zum Bilanzstichtag abgeleitet:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Barwert der Pensionsverpflichtungen	30,5	37,7
Nicht erfasster nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	0,5	0,5
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	30,0	37,2

Entsprechend der Ausübung des Wahlrechts nach IAS 19.93A erfasst die Stadtparkasse Düsseldorf versicherungsmathematische Gewinne und Verluste direkt in voller Höhe erfolgsneutral im Eigenkapital.

Angaben nach IAS 19.120A (p):

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	01.01.2006 Mio. Euro
Barwert der Pensionsverpflichtungen	30,5	37,7	38,7
Gewinne aus erfahrungsbedingten Anpassungen der Verpflichtung	0,3	1,1	0,0
Gewinne aus der Änderung sonstiger Annahmen	6,8	0,3	0,0

Der nachfolgende Rückstellungsspiegel zeigt die Entwicklung der anderen Rückstellungen im Geschäftsjahr auf:

Mio. Euro	Stand 01.01.2007	Verbrauch	Auflösung	Zuführung/ Änderung Konsolidierungs- kreis	Stand 31.12.2007
Rückstellungen für andere Verpflichtungen an Arbeitnehmer	16,7	2,9	0,4	2,9	16,3
Rückstellungen im außerbilanziellen Kreditgeschäft	5,1	0,0	3,3	1,7	3,5
Sonstige Rückstellungen	1,0	0,3	0,2	0,2	0,7
Gesamt	22,8	3,2	3,9	4,8	20,5

Bei den Rückstellungen für andere Verpflichtungen an Arbeitnehmer handelt es sich im Wesentlichen um Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen und aus Beihilfezusagen.

[54] Steuerverpflichtungen aus laufenden Steuern

Für Steuerverpflichtungen aus laufenden Ertragsteuern wurden im Geschäftsjahr 2007 Rückstellungen in Höhe von 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 4,8 Mio. Euro) gebildet.

[55] Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern

Die aktiven und passiven latenten Steuern wurden saldiert. Die Stadtsparkasse Düsseldorf hat einen rechtlich durchsetzbaren Anspruch auf Verrechnung von Forderungen und Verpflichtungen aus laufenden Steuern. Außerdem beziehen sich die aktiven und passiven latenten Steuern auf Ertragsteuern, die von der gleichen Steuerbehörde erhoben werden und die gleiche steuerpflichtige Einheit betreffen.

Latente Steuerverpflichtungen entfallen auf folgende Bilanzposten:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Handelsaktiva	7,5	7,0
Sicherungsderivate	11,1	16,5
Finanzanlagen	11,1	28,3
Sachanlagen	9,0	11,3
Rückstellungen	10,2	0,5
Risikovorsorge	5,6	5,7
Übrige Bilanzpositionen	1,2	1,3
Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern	55,7	70,6
Netting mit den aktiven lat. Steuern	55,7	58,6
Steuerverpflichtungen aus latenten Steuern nach Netting	0,0	12,0

[56] Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Bedingungen für die eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG; damit zählen sie zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln der Stadtsparkasse Düsseldorf.

Ihre Nachrangigkeit bezieht sich auf die Rangfolge der Befriedigung von Gläubigeransprüchen im Insolvenz- bzw. Liquidierungsfall. Nachrangige Verbindlichkeiten werden in diesem Fall erst nach Erfüllung aller Ansprüche vorrangiger Gläubiger zurückgezahlt. Außerordentliche Kündigungsrechte wurden bei den nachrangigen Verbindlichkeiten nicht eingeräumt. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder in eine andere Schuldform ist nicht vereinbart worden. Sie sind ausschließlich der Kategorie OFL zugeordnet und werden demnach zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Nachrangige Sparkassenkapitalbriefe	102,5	108,6
Nachrangige Schuldscheindarlehen	87,1	83,0
Nachrangige Inhaberschuldverschreibungen	25,3	24,8
Nachrangige Verbindlichkeiten	214,9	216,4

Im Geschäftsjahr betrug der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten 9,8 Mio. Euro (Vorjahr: 10,9 Mio. Euro).

Eine nachrangige Emission mit einem Buchwert von 23,6 Mio. Euro übersteigt 10% des Gesamtbetrags der Bilanzposition. Diese Emission ist im Geschäftsjahr 2013 fällig.

Die übrigen nachrangigen Verbindlichkeiten sind mit einer Durchschnittsverzinsung von 4,61 % (Vorjahr: 4,48 %) – bezogen auf ihren Nennwert - sowie einer ursprünglichen Laufzeit von 5 bis 11 Jahren (Vorjahr: 5 bis 11) ausgestattet. Der Bilanzausweis entfällt mit 208,1 Mio. Euro auf nachrangige Verbindlichkeiten, die eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben (ohne anteilige Zinsen).

Aufgrund der Nachrangabreden werden die hier ausgewiesenen Verbindlichkeiten in Höhe von 185,4 Mio. Euro (Vorjahr: 194,8 Mio. Euro) als Ergänzungskapital dem aufsichtsrechtlichen Eigenkapital hinzugerechnet.

[57] Sonstige Passiva

Der Posten Sonstige Passiva setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Rechnungsabgrenzungsposten	5,8	6,2
Einbehaltene Zinsabschlagsteuer	7,6	4,5
Abgegrenzte Schulden für Leistungen Dritter	37,6	5,8
Übrige sonstige Passiva	29,5	20,4
Sonstige Passiva	80,5	36,9

[58] Eigenkapital und Gewinnverwendung

Das Eigenkapital des Konzerns hat sich im Geschäftsjahr wie folgt verändert:

	31.12.2007 Mio. Euro	Verän- derung	31.12.2006 Mio. Euro
Gewinnrücklagen			
Sicherheitsrücklage	727,5	52,8	674,7
Andere Gewinnrücklagen	302,2	69,2	233,0
Veränderungsrechnung			
Einstellungen in die anderen Gewinnrücklagen		61,7	
Versicherungsmathematische Gewinne des Geschäftsjahres		7,1	
Sonstige Anpassungen		0,4	
Neubewertungsrücklagen	53,8	13,4	40,4
Konzernbilanzgewinn	71,7	-46,8	118,5
Eigenkapital	1.155,2	88,6	1.066,6

Aus dem Konzernbilanzgewinn des Vorjahres wurden 4,0 Mio. Euro an die Stadt Düsseldorf ausgeschüttet. Darüber hinaus wurden 52,8 Mio. Euro in die Sicherheitsrücklage und 61,7 Mio. Euro in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

Weiterhin hat sich das Konzerneigenkapital im Geschäftsjahr durch Einbeziehung bisher als unwesentlich eingestufte assoziierter Unternehmen im Rahmen der Equity-Bewertung erfolgsneutral um 0,4 Mio. Euro erhöht.

Im Geschäftsjahr wurden versicherungsmathematische Gewinne aus der Bewertung von Pensionszusagen in Höhe von 7,1 Mio. Euro (Vorjahr: 1,4 Mio. Euro) entsprechend IAS 19.93D direkt mit den Gewinnrücklagen verrechnet.

Hinsichtlich der Veränderung der Neubewertungsrücklagen aus der erfolgsneutralen Bewertung bestimmter Sachverhalte nach den Regelungen der IFRS verweist der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf auf die „Aufstellung der erfassten Aufwendungen und Erträge“.

Aus dem Jahresüberschuss der Stadtsparkasse Düsseldorf ist eine Ausschüttung entsprechend § 28 Sparkassengesetz (SpkG NW) zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke an die Landeshauptstadt Düsseldorf als Trägerin der Sparkasse vorgesehen. Über die Höhe entscheidet der Rat der Stadt Düsseldorf auf Vorschlag des Verwaltungsrates. Der verbleibende Jahresüberschuss der Stadtsparkasse Düsseldorf wird in die Sicherheitsrücklage eingestellt werden. Diese Ausschüttung soll ebenso wie die Dotierung der Sicherheitsrücklage im Konzernabschluss nachvollzogen werden. Der Teil des Konzernjahresüberschusses, der weder ausgeschüttet noch in die Sicherheitsrücklage eingestellt wurde, wird den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

Sonstige Angaben

[59] Risikomanagement

Effiziente Risikomanagementsysteme sind eine unabdingbare Voraussetzung für den Geschäftserfolg der Stadtsparkasse Düsseldorf. Die Verfahren zur Bewertung, Steuerung und Überwachung der aus Finanzinstrumenten resultierenden Risikoexposition der Stadtsparkasse Düsseldorf einschließlich des Reportings an die verantwortlichen Gremien wurden bereits im Risikobericht als Bestandteil des Lageberichts erläutert.

In diesem Abschnitt bereitet die Stadtsparkasse Düsseldorf weitere Informationen auf, die eine Beurteilung der Bonität ihres Forderungsportfolios bzw. der ausfallrisikobehafteten Finanzinstrumente ermöglichen.

Ausfallrisikobehaftete Finanzinstrumente schließen sämtliche Transaktionen ein, bei denen Verluste entstehen können, weil ein Geschäftspartner des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Die Berechnung des nachfolgend angegebenen Bruttobetrags der ausfallrisikobehafteten Finanzinstrumente erfolgt ohne die Berücksichtigung von erhaltenen Sicherheiten oder sonstigen risikomindernden Vereinbarungen und stellt damit das maximale Ausfallrisiko des Konzerns dar.

Gebildete Einzelwertberichtigungen wurden jeweils von den Buchwerten abgesetzt. Soweit nicht anders angegeben, wurden Stückzinsen bei der Ermittlung der dargestellten Werte – wie auch bei den nachfolgenden Tabellen in diesem Abschnitt – nicht berücksichtigt.

	Bruttobetrag der ausfallrisikobehafteten Finanzinstrumente	
	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Kredite und Forderungen (LAR)	9.207,0	7.827,1
Kredite und Forderungen (AFS)	186,2	117,2
Kredite und Forderungen (AFV)	18,3	18,3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (LAR)	639,6	1.246,5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (AFS)	1.958,5	2.245,3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (AFV)	121,3	80,3
Investments in Fondsanteile (AFS)	557,1	406,9
Derivate	65,6	62,7
Zwischensumme	12.753,6	12.004,3
Unwiderrufliche Kreditzusagen	445,3	398,4
Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sowie sonstige finanzielle Verpflichtungen	608,9	525,1
Gesamt	13.807,8	12.927,8

Die o. a. Investments in Fondsanteile enthalten u. a. Investments in Vermögensmassen, die kreditnahe Strukturen enthalten.

Durch die Angabe des Bruttobetrags der ausfallrisikobehafteten Kredite und Forderungen (LAR) wird das tatsächliche Ausfallrisiko des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf überzeichnet. Insbesondere für Kredite und Forderungen gegenüber Kunden bestehen risikomindernde Sicherheiten vorwiegend in Form von Grundpfandrechten sowie Sicherungsüberreibungen, Forderungsabtretungen, Bürgschaften sowie sonstige Sicherheiten. Die Besicherungsquote im Kundenkreditgeschäft (Inanspruchnahmen und Kreditzusagen) gemäß den Vorschriften der Beleihungsgrundsätze für Sparkassen beträgt 38 Prozent.

Zur Risikoklassifizierung ihres Forderungsportfolios verwendet die Stadtsparkasse das DSGV-Standard-Rating für Forderungen und andere Fremdkapitalinstrumente. Die den Ratingstufen zugeordneten Ausfallwahrscheinlichkeiten werden im Risikobericht dargelegt.

Eine Gliederung der nicht einzelwertberichtigten Forderungen, sonstigen Fremdkapitaltitel sowie Derivate entsprechend der Risikoklassifizierung gem. DSGV-Rating zeigt die konservative Auswahl der Kreditnehmer bzw. Kontrahenten der Stadtsparkasse Düsseldorf.

	Ausfallwahrscheinlichkeit (PD)	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden		Finanzanlagen und Handelsaktiva	
		31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Ratingklasse 1	<= 0,09%	851,9	245,2	873,9	1.430,5
Ratingklasse 2	<= 0,12%	131,6	79,5	25,6	3,5
Ratingklasse 3	<= 0,17%	142,2	178,1	3,7	2,3
Ratingklasse 4	<= 0,30%	305,7	170,4	7,5	3,8
Ratingklasse 5	<= 0,40%	337,3	305,3	5,0	3,0
Ratingklasse 6	<= 0,60%	211,9	248,5	0,9	0,5
Ratingklasse 7	<= 0,90%	415,8	215,7	0,4	0,0
Ratingklasse 8	<= 1,30%	191,1	131,7	0,2	0,4
Ratingklasse 9	<= 2,00%	166,8	227,3	1,2	0,0
Ratingklasse 10	<= 3,00%	101,7	147,2	0,0	0,0
Ratingklasse 11	<= 4,40%	36,8	57,5	0,6	0,0
Ratingklasse 12	<= 6,70%	29,8	31,5	0,5	0,0
Ratingklasse 13	<= 10,00%	71,0	95,2	0,0	0,0
Ratingklasse 14	<= 15,00%	2,6	29,1	0,0	0,0
Ratingklasse 15	<= 20,00%	15,0	7,4	0,0	0,0
Nicht geratet	-,-	5.964,9	5.526,4	77,5	61,5
Gesamt		8.976,1	7.696,0	997,0	1.505,5

Zum Zwecke der internen Risikobetrachtung wird der Gesamtbestand der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden in Teilportfolien mit unterschiedlichem Risikogehalt aufgeteilt. Hiernach unterscheidet die Stadtsparkasse Düsseldorf zwischen den Teilportfolien Unter-

nehmen, Privatkunden, Kommunen, Kreditinstitute und Sonstige. Ihr risikorelevantes Kreditgeschäft betreibt sie vor allem im Teilportfolio Unternehmen, für das eine vollständige Ratingdurchdringung ab einem Forderungsvolumen von Tsd. 100 Euro umgesetzt wurde. Für weitere Teilportfolien werden Ratingverfahren ab dem Geschäftsjahr 2008 entsprechend ihrem Risikogehalt sukzessive eingeführt.

Das Volumen der nicht gerateten Forderungen bezieht sich im Wesentlichen auf einwandfreie Adressen wie Banken und Kommunen und auf kleinteiliges Mengenkreditgeschäft mit Privatkunden, das sowohl hinreichend besichert als auch diversifiziert ist.

Soweit auf ausfallrisikobehaftete Finanzinstrumente trotz eines bestehenden Zahlungsverzugs noch keine Wertberichtigungen zu bilden waren, sind diese in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

	Ausfallrisikobehaftete Finanzinstrumente mit Zahlungsverzug	
	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Kontokorrentkredite (LAR)		
3 Monate oder weniger	27,5	41,5
Mehr als 3 Monate, weniger als 6 Monate	37,0	32,3
Mehr als 6 Monate, weniger als 12 Monate	28,1	32,0
Mehr als 12 Monate	87,0	68,5
Sonstige Kredite (LAR)		
3 Monate oder weniger	33,2	24,3
Mehr als 3 Monate, weniger als 6 Monate	4,4	6,5
Mehr als 6 Monate, weniger als 12 Monate	4,0	3,8
Mehr als 12 Monate	3,2	1,9
Gesamt		
3 Monate oder weniger	60,7	65,8
Mehr als 3 Monate, weniger als 6 Monate	41,4	38,8
Mehr als 6 Monate, weniger als 12 Monate	32,1	35,8
Mehr als 12 Monate	90,2	70,4

Unter Abwägung von Nutzen und Kosten wurde auf die Ermittlung des Wertes der für diese Forderungen bestehenden Sicherheiten verzichtet.

Sofern für ausfallrisikobehaftete Forderungen aufgrund der Bonität der Kontrahenten Konditionen oder Tilgungspläne neu verhandelt wurden (Restrukturierungen), hat die Stadtsparkasse Düsseldorf das Ausfallrisiko durch Einzelwertberichtigungen ausreichend abgesichert. Restrukturierte Finanzinstrumente ohne Wertberichtigung bestehen in der Regel nicht.

Zum Bilanzstichtag eingetretene Verluste wurden bilanziell durch die Dotierung einer Einzelwertberichtigung oder durch eine Direktabschreibung berücksichtigt. Bei der Bemessung der Risikovorsorge werden die geschätzten zukünftigen Cashflows aus der Verwertung von Sicherheiten barwertig angesetzt.

Nachfolgend stellt der Konzern Stadtparkasse Düsseldorf Angaben zu finanziellen Vermögenswerten, die zum Abschlussstichtag als wertgemindert identifiziert wurden, dar:

	Wertberichtigte Finanzinstrumente					
	fortgef. AK vor Wertberichtigung		Risikovorsorge / Rückstellungen im Kreditgeschäft		Barwert bestehender Sicherheiten	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
Forderungen an Kunden (LAR)	230,6	272,8	172,8	205,4	133,8	177,8
Finanzanlagen						
Schuldverschreibungen (AFS)	15,1	0,0	15,1	0,0	0,0	0,0
Aktien, andere nichtfestverz. Wertpapiere (AFS)	0,0	0,4	0,0	0,2	0,0	0,0
Summe Finanzanlagen	15,1	0,4	15,1	0,2	0,0	0,0
Zwischensumme:	245,7	273,2	187,9	205,6	133,8	177,8
Finanzgarantien, Unwiderr. Kreditzusagen	5,6	7,8	3,5	5,1	0,3	0,5
Gesamt	251,3	281,0	191,4	210,7	134,1	178,3

Zusätzliche Angaben zur Nettozuführung zur Risikovorsorge unter Angabe der Kreditnehmerbranchen enthalten die Erläuterungen zur Bilanzposition „Risikovorsorge“.

Hinsichtlich der Faktoren, die der Konzern Stadtparkasse Düsseldorf als objektive Hinweise auf ein Impairment heranzieht, wird auf Notes-Angabe [11] verwiesen.

Adressenausfallrisiken bestehen bei der Sparkasse im Wesentlichen in Form von Kreditrisiken aus dem originären Kreditgeschäft sowie in Form von Emittenten- bzw. Kontrahentenrisiken aus dem Wertpapier- und Derivategeschäft. Eine Aufgliederung nach wirtschaftlich nicht selbständigen und sonstigen Privatpersonen, öffentlichen Haushalten und Unternehmen sowie Unternehmen und wirtschaftlich selbständigen Privatpersonen – hier nach Branchen – zeigt folgende Ausfallrisikokonzentrationen:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Wirtschaftlich nicht selbständige Personen	2.681,6	2.625,7
Öffentliche Haushalte	1.221,1	953,5
Kreditinstitute	3.135,0	3.402,0
Wirtschaftlich selbständige Personen und Unternehmen		
Land- und Forstwirtschaft	28,8	27,1
Energie- und Wasserversorgung	36,5	52,3
Verarbeitendes Gewerbe	401,9	340,2
Baugewerbe	158,1	148,0
Handel	400,5	401,1
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	217,8	208,6
Versicherungsgewerbe	1.634,7	1.324,3
Dienstleistungen	3.057,5	2.935,6
Sonstige	123,1	105,3
	6.058,9	5.542,5
Gesamt	13.096,6	12.523,7

Bestehende Ausfallrisikokonzentrationen im traditionellen Kreditgeschäft aufgrund des Regionalprinzips begegnet die Stadtsparkasse Düsseldorf durch Limitsysteme sowie durch eine Diversifizierung bei den Eigenanlagen.

[60] Kapitalmanagement

Ziel des Eigenkapitalmanagements der Stadtsparkasse Düsseldorf ist die Sicherstellung einer angemessenen Eigenkapitalausstattung zur Realisierung der durch den Vorstand festgelegten Konzernstrategie, die Erzielung einer angemessenen Eigenkapitalrendite sowie die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen.

Das zur Abschirmung der Risiken aus ihren geschäftlichen Aktivitäten zur Verfügung stehende Risikodeckungspotenzial hat die Stadtsparkasse Düsseldorf bis zum Geschäftsjahr 2007 im Wesentlichen wertorientiert bestimmt. Hierbei verfolgte sie einen Nettoansatz, bei dem neben dem wirtschaftlichen Eigenkapital (Sicherheitsrücklage sowie Vorsorgereserven nach dem deutschen Handelsrecht) nicht realisierte Erträge und Korrekturposten für erwartete

Verluste und Aufwendungen sowie Provisionserträge des Folgejahres berücksichtigt werden. Während die wertorientierte Bestimmung des Risikodeckungspotenzials die eigentliche Steuerungsgröße darstellt, besteht die strenge Nebenbedingung in der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen.

Das bisherige Verfahren wurde für 2008 so überarbeitet, dass die Risikotragfähigkeit zukünftig differenziert aus wertorientierter Sicht, GuV-orientiert und unter regulatorischen Aspekten gesteuert wird. Dabei bildet die wertorientierte Sichtweise für die Stadtsparkasse Düsseldorf das primäre Regelwerk, während die GuV- und die regulatorische Sichtweise jeweils als Nebenbedingungen fungieren.

Die Stadtsparkasse Düsseldorf befolgt die vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht aufgestellten Basler Eigenkapitalanforderungen sowie die mit der Solvabilitätsverordnung zum 01. Januar 2007 in deutsches Recht umgesetzten Richtlinien (Capital Requirements Directive) des Europäischen Rates.

Nach der Solvabilitätsverordnung (SolV) sind Institute verpflichtet, ihre Adress-, Marktpreis- und operationellen Risiken zu quantifizieren und mit Eigenmitteln zu unterlegen. Danach muss das Verhältnis zwischen den Eigenmitteln und den Eigenmittelanforderungen 8 Prozent betragen. Die Eigenmittel setzen sich zusammen aus dem haftenden Eigenkapital, bestehend aus Kern- und Ergänzungskapital.

Derzeit werden die Eigenmittel noch auf der Basis der Einzelabschlüsse der Konzerngesellschaften noch nach nationalen Rechnungslegungsvorschriften ermittelt.

Das Kernkapital der Sparkasse entspricht im Wesentlichen der Sicherheitsrücklage. Das Ergänzungskapital setzt sich aus den langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten, den nicht realisierten Reserven in Wertpapieren sowie den stillen Vorsorgereserven nach § 340f HGB zusammen. Letztere Position wurde nach den IFRS zu Gunsten der Gewinnrücklage der Sparkasse aufgelöst.

Nachstehend wird das aufsichtsrechtliche Eigenkapital aus dem bilanziellen Eigenkapital hergeleitet:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Bilanzielles Eigenkapital nach IFRS	1.155,2	1.066,6
abzgl. Konzerngewinn	71,7	118,5
abzgl. Neubewertungsrücklagen	53,8	40,4
abzgl. aufsichtsrechtlicher Abzugsposten	1,4	1,3
Bilanzielles Eigenkapital nach Anpassungen	1.028,3	906,4
davon aufsichtsrechtliches Kernkapital	689,9	637,1
davon Ergänzungskapital (Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB)	131,5	149,5
Zwischensumme a):	821,4	786,6
Übrige aufsichtsrechtliche Eigenkapitalbestandteile:		
Als Ergänzungskapital anerkannte nachrangige Verbindlichkeiten	185,4	194,8
Nicht realisierte Reserven in Wertpapieren	49,3	0
Zwischensumme b):	234,7	194,8
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital gesamt a)+b)	1.056,1	981,4

Die Mindestkapitalanforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wurden von der Stadtparkasse Düsseldorf erfüllt.

[61] Eventualschulden und andere Verpflichtungen

Eventualschulden beruhen auf vergangenen Ereignissen, die in der Zukunft zu möglichen – zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages jedoch nicht wahrscheinlichen – Verpflichtungen führen. Diese Verpflichtungen entstehen durch den Eintritt ungewisser zukünftiger Ereignisse, deren Erfüllungsbetrag nicht mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann.

Bei den Eventualschulden und anderen Verpflichtungen des Konzerns der Stadtparkasse Düsseldorf handelt es sich im Wesentlichen um potenzielle zukünftige Verpflichtungen, die sowohl aus bereit gestellten Bürgschaften als auch aus gegenüber Kunden getroffenen, jedoch noch nicht abgerufenen Kreditzusagen resultieren.

Die Betragsangaben repräsentieren mögliche Verpflichtungen bei vollständiger Ausnutzung der Kreditzusagen sowie bei Inanspruchnahme des Konzerns aus den Bürgschaften.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Eventualschulden		
Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	363,2	312,7
	363,2	312,7
andere Verpflichtungen		
Verpflichtungen aus unwiderruflichen Kreditzusagen	445,3	398,4
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	0,0	0,7
	445,3	399,1
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	245,7	212,4
Gesamt	1.054,2	924,2

Bürgschaften sowie Kreditzusagen unterliegen einer eingehenden Bonitätsprüfung im Rahmen der Kreditentscheidungsprozesse. Gemäß ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen hat die Stadtparkasse Düsseldorf die Möglichkeit, Kreditzusagen bei einer wesentlichen Bonitätsverschlechterung der Kreditnehmer bis zur Auszahlung zu widerrufen.

[62] Angaben zu Leasingverhältnissen

Leasingverhältnisse der Stadtparkasse Düsseldorf werden nach einem systematischen Verfahren danach klassifiziert, ob es sich bei den Vertragsverhältnissen um Finanzierungsleasing- oder Operating-Leasingverhältnisse handelt. Dabei handelt es sich ausschließlich um solche Verträge, die die Sparkasse als Leasingnehmer kontrahiert.

Aus zum Bilanzstichtag bestehenden Operating-Leasingverhältnissen – Konzern als Leasingnehmer - entstehen in den nachfolgenden Perioden noch die nachstehenden Mindestleasingzahlungen:

	31.12.2007 Tsd. Euro	31.12.2006 Tsd. Euro
Restlaufzeiten		
Bis 1 Jahr	6.918	7.024
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	15.949	21.024
Über 5 Jahre	3.768	19.079
Gesamt	26.635	47.127

Bei den betreffenden Leasingverhältnissen handelt es sich im Wesentlichen um

- angemietete Immobilien, in denen Geschäftsstellen betrieben werden,
- geleaste Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich der Fahrzeuge der Geschäftsleitung sowie
- gemietete Sicherheitseinrichtungen und geleastes IT-Equipment.

Aus zum Bilanzstichtag bestehenden Operating-Leasingverhältnissen erhält der Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf in den nachfolgenden Perioden folgende Mindestleasingzahlungen:

	31.12.2007	31.12.2006
	Tsd. Euro	Tsd. Euro
Restlaufzeiten		
Bis 1 Jahr	260	272
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	0	28
Über 5 Jahre	0	0
Gesamt	260	300

Die Leasingverhältnisse entfallen ausschließlich auf fremdvermietete Immobilien. Der Konzern hat Mietverträge sowohl mit festen Grundmietzeiträumen als auch mit unbestimmten Laufzeiten abgeschlossen. Die in 2007 ausgelaufenen Leasingverhältnisse wurden als unbefristete Verträge mit Kündigungsfristen bis zu zwölf Monaten weitergeführt. Bei den unbefristeten Verträgen werden nur die Mindestleasingzahlungen erfasst, die innerhalb des unkündbaren Zeitraums, das heißt innerhalb der Kündigungsfrist, erwartet werden.

[63] Restlaufzeitengliederung für finanzielle Verpflichtungen

Die vertragliche Restlaufzeit für finanzielle Verpflichtungen wird als Zeitraum zwischen dem Bilanzstichtag und der vertraglich vereinbarten Fälligkeit der Verbindlichkeit oder von Teilzahlungsbeträgen definiert. Verpflichtungen mit unbestimmter Laufzeit wurden dem ersten Laufzeitband zugeordnet. Teilzahlungsbeträge bedeuten neben Tilgungen auch vertragliche Fälligkeiten von Zinszahlungen. Zur Bestimmung der Cashflows aus variabel verzinslichen Verpflichtungen wurden die Spot Rates zum Bilanzstichtag verwendet.

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Bis 1 Monat	1.806,9	30,4
1 bis 3 Monate	36,5	1.609,2
3 Monate bis 1 Jahr	114,3	115,4
1 Jahr bis zu 5 Jahren	639,8	391,7
Mehr als 5 Jahre	1.450,6	1.209,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Bis 1 Monat	3.742,0	2.849,8
1 bis 3 Monate	1.839,0	2.338,5
3 Monate bis 1 Jahr	162,2	230,0
1 Jahr bis zu 5 Jahren	314,2	112,9
Mehr als 5 Jahre	160,3	80,9
Handelspassiva		
Bis 1 Monat	0,0	-0,4
1 bis 3 Monate	0,1	3,6
3 Monate bis 1 Jahr	-1,4	2,3
1 Jahr bis zu 5 Jahren	13,4	4,3
Mehr als 5 Jahre	7,3	-3,0
Verbriefte Verbindlichkeiten		
Bis 1 Monat	0,0	46,0
1 bis 3 Monate	57,5	14,8
3 Monate bis 1 Jahr	583,1	476,7
1 Jahr bis zu 5 Jahren	738,5	855,0
Mehr als 5 Jahre	1.476,1	1.505,2
Nachrangige Verbindlichkeiten		
Bis 1 Monat	0,8	2,7
1 bis 3 Monate	1,7	1,8
3 Monate bis 1 Jahr	8,3	17,3
1 Jahr bis zu 5 Jahren	140,7	131,0
Mehr als 5 Jahre	105,1	110,2

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden enthalten die Vorjahreswerte noch Angaben nach dem deutschen Handelsrecht.

Die Cashflows aus Handelspassiva beziehen sich ausschließlich auf Derivate, die zum Bilanzstichtag einen negativen Fair Value aufweisen und nicht Gegenstand von Sicherungsbeziehungen nach IAS 39 sind.

[64] Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Soweit Finanzinstrumente nicht bereits zum Fair Value bilanziert werden, wird ihr Marktwert den für die Bilanzierung maßgeblichen fortgeführten Anschaffungskosten gegenübergestellt.

	31.12.2007	
	Buchwert	Marktwert
	Mio. Euro	Mio. Euro
Finanzielle Vermögenswerte		
Forderungen an Kunden / Forderungen an Kreditinstitute (LAR)	9.282	9.417
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (LAR)	640	633
Summe	9.922	10.050
Finanzielle Verbindlichkeiten		
Spar- und Einlagengeschäft (OFL)	9.799	9.772
Begebene Schuldverschreibungen (OFL)	2.446	2.440
Summe	12.245	12.212

Bei Finanzinstrumenten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr wird ihr Buchwert als hinreichender Schätzer für den Marktwert angesehen. In diesem Fall wird auf eine gesonderte Berechnung des Marktwertes verzichtet.

Bei den Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden beinhalten die angegebenen Fair Values auch den Barwert der Kosten- bzw. Gewinnmarge. Soweit der Fair Value die Anschaffungskosten aus diesem Grund übersteigt (bei finanziellen Vermögenswerten) bzw. unterschreitet (bei finanziellen Verbindlichkeiten), wird die Differenz nicht unmittelbar, sondern als Bestandteil der Zinszahlungen über die Laufzeit vereinnahmt.

[65] Angaben nach IFRS 7.28

Wie bereits in Notes-Angabe [11] beschrieben, bestimmt die Sparkasse Düsseldorf den Fair Value von Finanzinstrumenten, welche nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden, entweder auf Basis der Preisfindung anderer beobachtbarer aktueller Markttransaktionen oder aber mittels marktüblicher Bewertungsmethoden. Die Bewertung anhand von Bewertungsmethoden auf der Basis von Marktparametern trifft insbesondere auf sog. OTC-Derivate zu.

Gemäß IAS 39 entspricht der Fair Value von Finanzinstrumenten grundsätzlich dem Transaktionspreis. Bei nach IAS 39.AG76A nicht direkt bei Zugang erfolgswirksam zu erfassenden Abweichungen zwischen Transaktionspreis und Fair Value erfolgt eine Verteilung über die Restlaufzeit der betreffenden Instrumente.

Die Abweichungen, die noch nicht in der Gewinn- und Verlustrechnungen realisiert worden sind, setzen sich wie folgt zusammen:

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Nicht vereinnahmter Unterschiedsbetrag zu Beginn der Periode	6,2	5,8
Zugänge durch Neugeschäft	2,3	1,5
Im Geschäftsjahr anteilig vereinnahmte Unterschiedsbeträge	2,7	1,1
Nicht vereinnahmter Unterschiedsbetrag am Ende der Periode	5,8	6,2

[66] Nettoergebnis je Bewertungskategorie nach IAS 39

Aus den einzelnen Bewertungskategorien von Finanzinstrumenten ergeben sich folgende Ergebnisbeiträge:

	2007 Mio. Euro	2006 Mio. Euro
Loans and Receivables (LAR)	492,6	417,3
Other Financial Liabilities (OFL)	-388,6	-315,2
Available for Sale (AFS)	71,1	66,7
davon erfolgsneutrales Ergebnis	-8,0	-38,5
davon erfolgswirksames Ergebnis	79,1	105,2
Held for Trading (AFV/LFV - Trading)	-13,0	-1,9
Designated as at Fair Value (AFV/LFV - Designation)	21,3	54,9

Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt unabhängig von Art und Funktion der Finanzinstrumente entsprechend ihrer Zuordnung zu den Bewertungskategorien nach IAS 39. Dabei werden alle Ergebniskomponenten – bestehend aus dem Zins-, dem Veräußerungs- sowie dem Bewertungsergebnis – einbezogen.

Die Gewinne und Verluste der Kategorie AFS im Berichtszeitraum, die direkt im Eigenkapital verbucht wurden sowie dem Eigenkapital entnommene und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Beträge, enthält die Aufstellung der erfassten Aufwendungen und Erträge.

[67] Wertpapierpensionsgeschäfte

Wie im Vorjahr war die Stadtsparkasse Düsseldorf zum Bilanzstichtag weder als Pensionsnehmerin noch als -geberin Vertragspartnerin von Wertpapierpensionsgeschäften.

[68] Wertpapierleihegeschäfte

Entsprechend dem Vorjahresstichtag wurden Wertpapierleihegeschäfte zum 31. Dezember 2007 nicht unterhalten.

[69] Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte

Vermögenswerte wurden im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften, Wertpapiergeschäften an der EUREX / CCP, Offenmarktgeschäften mit der Deutschen Bundesbank sowie nach den Vorschriften des Pfandbriefgesetzes als Sicherheit für eigene Verbindlichkeiten übertragen.

Nach Bilanzpositionen gliedern sich die Buchwerte der übertragenen Vermögenswerte wie folgt:

	31.12.2007 Mio. Euro	31.12.2006 Mio. Euro
Forderungen an Kunden	460,9	100,3
Finanzanlagen	2.005,7	2.136,3
Gesamt	2.466,6	2.236,6

Vermögenswerte mit einem Buchwert von 232,1 Mio. Euro (Vorjahr: 219,1 Mio. Euro) wurden gemäß dem Pfandbriefgesetz als Deckungsmasse für begebene öffentliche und Hypothekenpfandbriefe in einem Sperrdepot hinterlegt.

Für Offenmarktgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank wurden Sicherheiten mit einem Buchwert von 2.169,9 Mio. Euro (Vorjahr: 1.953,4 Mio. Euro) gestellt.

In Pfanddepots bei der Clearstream Banking AG sowie der dwpbank waren zum Bilanzstichtag Wertpapiere mit einem Buchwert von 64,6 Mio. Euro (Vorjahr: 64,2 Mio. Euro) als Sicherheit für Geschäfte an der Eurex / CCP verwahrt.

[70] Pfandbriefemission / Deckungsrechnungen

Der Konzern hat in 2003 einen öffentlichen Pfandbrief nach „altem“ Pfandbriefgesetz mit einem Nominalwert von 100,0 Mio. Euro platziert. Darüber hinaus wurde in 2006 nach „neuem“ Pfandbriefgesetz ein öffentlicher Pfandbrief über 100,0 Mio. Euro und in 2007 ein Hypothekendarlehenpfandbrief über 25 Mio. Euro platziert.

Die Deckungsrechnungen stellen sich zum 31.12.2007 wie folgt dar:		
Öffentlicher Pfandbrief (nach „altem“ Pfandbriefgesetz):	Nominalwert in TEuro	Barwert in TEuro gem. PfandBarwertV
Ordentliche Deckung: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	93.980	99.707
Forderungen an Kunden (Kommunalkredite)	16.949	17.270
Ersatzdeckung: Forderungen an Kreditinstitute	3.000	3.000
Deckungswerte insgesamt:	113.929	119.977
Summe des deckungspflichtigen öffentlichen Pfandbriefes	100.000	99.583
Überdeckung:	13.929	20.394
Öffentlicher Pfandbrief (nach „neuem“ Pfandbriefgesetz):	Nominalwert in TEuro	Barwert in TEuro gem. PfandBarwertV
Ordentliche Deckung: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere gegenüber regionalen Gebietskörperschaften.	112.680	118.697
Deckungswerte insgesamt:	112.680	118.697
Summe des deckungspflichtigen öffentlichen Pfandbriefes	100.000	98.914
Überdeckung:	12.680	19.783
Risikobarwert: gem. PfandBarwertV	Öffentl. Pfandbrief	Deckungswerte
Verschiebung um + 250 Basispunkte	94.639	113.567
Verschiebung um – 250 Basispunkte	103.494	124.193
Hypothekendarlehenpfandbrief (nach „neuem“ Pfandbriefgesetz):	Nominalwert in TEuro	Barwert in TEuro gem. PfandBarwertV
Ordentliche Deckung: Forderungen an Kunden (grundpfandrehtlich gesicherte Darlehen)	94.363	95.121
Ersatzdeckung Forderungen an Kreditinstitute	1.880	1.994
Deckungswerte insgesamt:	96.243	97.115
Summe des deckungspflichtigen Hypothekendarlehenpfandbriefes	25.000	25.131
Überdeckung:	71.243	71.984
Risikobarwert: gem. PfandBarwertV	Hypothekendarlehenpfandbrief	Deckungswerte
Verschiebung um + 250 Basispunkte	22.714	88.373
Verschiebung um – 250 Basispunkte	27.891	107.390

[71] Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Transaktionen mit nahe stehenden Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet. Keines dieser Geschäfte ist oder war für den Konzern wesentlich.

Der Umfang der getätigten Geschäfte stellte sich wie folgt dar:

Tochterunternehmen	31.12.2007	31.12.2006
	Tsd. Euro	Tsd. Euro
Aktivpositionen		
Forderungen gegenüber Kunden	9.132,1	12.219,3
Passivpositionen		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	189,3	78,7

at equity konsolidierte Unternehmen	31.12.2007	31.12.2006
	Tsd. Euro	Tsd. Euro
Aktivpositionen		
Forderungen gegenüber Kunden	23.091,2	27.850,9
Passivpositionen		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10.271,7	9.229,1

Mitglieder des Managements sowie sonstige nahe stehende Personen	31.12.2007	31.12.2006
	Tsd. Euro	Tsd. Euro
Aktivpositionen		
Forderungen gegenüber Kunden	7.693,4	7.489,0
Passivpositionen		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.466,0	3.341,5

Herr Humme (damaliger Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse Düsseldorf und Aufsichtsratsmitglied der CORPUS Immobiliengruppe GmbH & Co. KG) hat im Jahr 2006 eine Immobilie von einer Tochtergesellschaft der CORPUS Immobiliengruppe (Kaufpreis 650 Tsd. Euro) erworben.

[72] Bezüge und Kredite der Organe sowie der nahe stehenden Personen

Die Gesamtbezüge der Organmitglieder und der Mitglieder des Managements sowie der sonstigen nahe stehenden Personen im Jahr 2006 gliedern sich wie folgt:

	Vorstand	Frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene	Verwaltungsrat
	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro
Gesamtbezüge für Organtätigkeiten	1.753,0	1.504,6	180,9
Vergütungen für Tätigkeiten in Organen von Tochtergesellschaften	1,3	-	-
Vorschüsse und Kredite	1.139,2	-	4.378,2

Für das Jahr 2007 stellen sich die Werte wie folgt dar:

	Vorstand	Frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene	Verwaltungsrat
	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro
Gesamtbezüge für Organtätigkeiten	1.726,9	1.403,0	213,9
Vergütungen für Tätigkeiten in Organen von Tochtergesellschaften	1,1	-	-
Vorschüsse und Kredite	1.424,6	-	4.231,2

Die Gesamtbezüge des Vorstandes der Stadtsparkasse Düsseldorf im Jahr 2007 setzen sich aus 1,5 Mio. Euro Festbezügen und 0,3 Mio. Euro variabler Vergütung zusammen.

Mitglieder des Vorstandes sowie Mitglieder des Managements erhielten für ihre Aufsichtsrats- bzw. Geschäftsführerfunktionen bei den assoziierten Unternehmen des Konzerns 109,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 45,6 Tsd. Euro) an Vergütungen.

[73] Anteilsbesitzliste

Konzern Stadtparkasse Düsseldorf per 31.12.2007

An folgenden Unternehmen halten wir Anteile von mindestens 20%:

I. Unmittelbare Beteiligungen

Name	Sitz	Anteil am Kapital v. H.	Anteil am Kapital I	Klassifizierung	In den Konzernabschluss einbezogen	Anmerkungen*
≡ Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH	40212 Düsseldorf	100,00	6.900.000,00	Tochterunternehmen	Vollkonsolidierung	
RBS Kapitalbeteiligungsgesellschaft Rheinisch-Bergischer Sparkassen mbH	40212 Düsseldorf	30,00	1.180.500,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity	weitere 20 % werden mittelbar über die SKBG gehalten
SWD Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG	40225 Düsseldorf	25,99	2.594.800,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity	
CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG	50931 Köln	22,63	11.143.363,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity	Angabe wegen 'Unmittelbarer Beteiligung' von 22,63% - gesamte Beteiligung beträgt 25,00%
Düsseldorf Business School GmbH an der Heinrich-Heine-Universität	40593 Düsseldorf	22,12	50.000,00	assoziiertes Unternehmen	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung

II. Special Purpose Entities (SPE's) / Ein Zweckgesellschaften

Name	Sitz	Anteil am Kapital v. H.	Anteil am Kapital I	Klassifizierung	In den Konzernabschluss einbezogen	Anmerkungen*
SSKD INKA Master A, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	40213 Düsseldorf	100,00	190.532.387,10	SPE	Vollkonsolidierung	
SSKD INKA Master B, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	40213 Düsseldorf	100,00	216.989.888,74	SPE	Vollkonsolidierung	
SSKD INKA Master C, Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	40213 Düsseldorf	100,00	100.000.000,00	SPE	Vollkonsolidierung	
AGI-Fonds SSKD-A, Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH	60329 Frankfurt am Main	100,00	82.464.393,59	SPE	Vollkonsolidierung	
AGI-Fonds SSKD-A, Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH	60329 Frankfurt am Main	100,00	139.009.977,23	SPE	Vollkonsolidierung	

Stadtparkasse Düsseldorf

III. Mittelbare Beteiligungen

Name	Sitz	Anteil am Kapital		Klassifizierung	In den Konzernabschluss einbezogen	Anmerkungen
		v. H.	1			
vermittelt über <u>Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH</u>						
Equity Partners GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	1.000.000,00	Tochterunternehmen	Vollkonsolidierung	
<u>Online-Service Düsseldorf GmbH</u>	40543 Düsseldorf	100,00	51.129,19	Tochterunternehmen	Vollkonsolidierung	EAV mit KBG
<u>Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH</u>	40212 Düsseldorf	100,00	765.000,00	Tochterunternehmen	Vollkonsolidierung	EAV mit KBG
<u>Finanz-Services Düsseldorf GmbH</u>	40212 Düsseldorf	100,00	51.129,19	Tochterunternehmen	Vollkonsolidierung	EAV mit KBG
Kreditserviceagentur Rheinland GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	25.000,00	Tochterunternehmen	nicht einbezogen	Gründung in 2004; von untergeordneter Bedeutung
BDV Broadcaststudio Düsseldorf Vermietungsgesellschaft mbH	40213 Düsseldorf	100,00	25.564,59	Tochterunternehmen	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung
Engel AG	42327 Wuppertal	70,00	563.350,00	Tochterunternehmen	nicht einbezogen	Jahresabschluss 2000; keine Einbeziehung wegen Entrenschungsvertrag
Sirtus Seedfonds Düsseldorf GmbH & Co. KG	40225 Düsseldorf	54,53	50.000,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity	
Sirtus Seedfonds Düsseldorf Verwaltungs GmbH	40225 Düsseldorf	50,00	12.500,00	assoziiertes Unternehmen	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung
ecobil Gesellschaft für Abrechnungstechnik mbH	47807 Krefeld	35,71	75.000,00	assoziiertes Unternehmen	nicht einbezogen	Jahresabschluss 2004; von untergeordneter Bedeutung
Corpus Immobiliengruppe Beteiligungs GmbH	50931 Köln	25,00	7.500,00	assoziiertes Unternehmen	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung
WestFactoring GmbH	44137 Dortmund	25,00	95.000,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity	
Ideenkapital Media Finance AG	40212 Düsseldorf	24,60	12.300,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity	
RBS Kapitalbeteiligungsgesellschaft Rheinisch-Bergischer Sparkassen mbH	40212 Düsseldorf	20,00	787.000,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity	
CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG	50931 Köln	2,37	1.164.329,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity	auf Konzernebene einbezogen (insg. 25 %)

Stadtsparkasse Düsseldorf

- vermittelt über Equity Partners GmbH							
Equity Partners Unternehmensbeteiligungs GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	1.000.000,00	Tochterunternehmen	Vollkonsolidierung		
NHEP Düsseldorf Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	40212 Düsseldorf	43,80	10.950,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity		
MRY Multi Reverse Vending GmbH	40216 Düsseldorf	43,57	23.650,00	assoziiertes Unternehmen	nicht einbezogen	Jahresabschluss 2004; von untergeordneter Bedeutung	
Trapco AG	48712 Gescher	33,33	700.000,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity		
Traporal GmbH	48712 Gescher	33,33	85.000,00	assoziiertes Unternehmen	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung	
SPL electronics GmbH	41372 Niederkrüchten	27,00	8.100,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity		
- vermittelt über Equity Partners Unternehmensbeteiligungs GmbH							
Golf-Forum Grafenberg Verwaltungs-GmbH	40623 Düsseldorf	48,97	50.100,00	Tochterunternehmen	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung; Tochter aufgrund Option auf weitere Anteile	
PACVision AG	41179 M' Gladbach	30,00	22.500,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity		
- vermittelt über Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH							
Büropark Brüsseler Straße GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	50.000,00	Tochterunternehmen	Vollkonsolidierung		
Grundstücksentwicklungs-Gesellschaft Düsseldorf GmbH	40589 Düsseldorf	50,00	25.000,00	assoziiertes Unternehmen	at Equity		
Grundstücksgesellschaft Düsseldorf GmbH	40878 Ratingen	50,00	50.000,00	assoziiertes Unternehmen	nicht einbezogen	von untergeordneter Bedeutung	

¹ Unternehmen werden wegen untergeordneter Bedeutung nicht einbezogen, wenn ihr Jahresergebnis, ihr Eigenkapital oder ihre Bilanzsumme weniger als 1 % des Jahresergebnisses, Eigenkapitals oder der Bilanzsumme des Konzerns Sparkasse (unmittelbare Beteiligungen) bzw. des Teilkonzerns -Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH (mittelbare Beteiligungen) beträgt (s. Notes Tz. 8).

[74] Patronatserklärungen

Die Stadtsparkasse Düsseldorf hat für die nachfolgend aufgeführten Tochtergesellschaften eine Patronatserklärung abgegeben, in der sie sich verpflichtet, abgesehen vom Fall eines politischen Risikos, dafür Sorge zu tragen, dass diese ihre Verpflichtungen erfüllen.

Name	Sitz
☒-Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH	Düsseldorf
☒-Online Service Düsseldorf GmbH	Düsseldorf
☒-Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf
Grundstücksgesellschaft Düsseldorf GmbH	Ratingen

[75] Durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2007	2006
Vollzeitbeschäftigte	1.463	1.440
Teilzeit- und Ultimokräfte	518	521
	1.981	1.961
Auszubildende	76	76
Gesamt	2.057	2.037

[76] Abschlussprüferhonorare

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf, ist gemäß § 27 Abs. 2 und § 38 des Sparkassengesetzes Nordrhein-Westfalen sowie § 340k HGB gesetzlicher Abschlussprüfer der Stadtsparkasse Düsseldorf; sie ist auch Konzernabschlussprüfer. Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:

	31.12.2007 Tsd. Euro	31.12.2006 Tsd. Euro
a) für die Abschlussprüfung	495	479
b) für sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	27	0
c) für sonstige Leistungen	0	0
Gesamt	522	479

[77] Verwaltungsrat

Vorsitzendes Mitglied

Joachim Erwin,

Oberbürgermeister

Mitglieder

Gudrun Hock,
Bürgermeisterin, Beigeordnete a.D.
1. Stellvertreterin des vorsitzenden Mitglieds

Dirk Elbers,
Bürgermeister, Rentmeister
2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Friedrich G. Conzen,
Selbständiger Einzelhandelskaufmann

Bernd Hebbing,
Tätigkeit in Aufsichtsräten

Helga Leibauer,
Hausfrau

Dr. Ulrich Müller, (bis 13.12.2007)
Wissenschaftlicher Angestellter

Günter Bosbach, (ab 14.12.2007)
Pensionierter Kriminalhauptkommissar

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann,
Freiberuflich in der Buchverlagsbranche tätig

Wolfgang Scheffler,
Lehrer

Ursula Schiefer,
Hausfrau

Ursula Schlösser,
Kommunalbeamtin bei der Stadt Kerpen

Günter Wurm,
Dipl. Verwaltungswirt, Beamter

Stellvertreter

Annette Steller,
Geschäftsführerin der SPD-Ratsfraktion

Harald Wachter,
Selbständiger Unternehmensberater

Hildegard Kempkes,
Lehrerin a.D.

Olaf Lehne,
Rechtsanwalt

Petra Kammerevert,
Dipl. Sozialwissenschaftlerin

Karl-Heinz Göbel,
Betriebsschlosser

Thomas Nicolin,
Kfm. Leiter

Günter Karen-Jungen,
Verwaltungsangestellter im Vorruhestand

Dr. Alexander Fils,
Kunstverleger

Wally Hengsberger,
Sekretärin

Karl-Josef Keil,
Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt
Düsseldorf a.D.

Arbeitnehmervertreter (Mitarbeiter/-innen der Stadtparkasse Düsseldorf)

Mitglieder

Sandra Enenkel

Frank Hinrichs

Herbert Kleber

Silvia Kusel

Wilfried Preisendörfer

Axel Roscher

Stellvertreter

Petra Sassenhausen

Bodo Plata

Rudi Petruschke

Bettina Braun-Thul

Detlef Schnierer

Gerd Lindemann

[78] Vorstand

Heinz-Martin Humme

Vorsitzender (bis 26.02.2008)

Bernd Eversmann

Peter Fröhlich

Mitglied (bis 26.02.2008)

Vorsitzender (ab 27.02.2008 bis 30.09.2008)

Karl-Heinz Stiegemann

Mitglied (bis 26.02.2008)

Thomas Boots

Stellvertreter gemäß § 18 Abs. 2 SpkG (ab 01.03.2008)

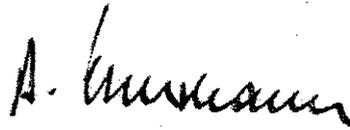
Bilanzzeit

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

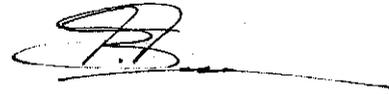
Düsseldorf, 29. April 2008
Der Vorstand



Fröhlich
Vorsitzender



Eversmann
Mitglied



Boots
stv. Mitglied

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Stadtsparkasse Düsseldorf aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang - sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 01.01.2007 bis 31.12.2007 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstandes der Stadtsparkasse Düsseldorf. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 30. April 2008

Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Engel
Wirtschaftsprüfer

Tiemann
Wirtschaftsprüfer

Konzernbericht 2006

Die Stadtsparkasse Düsseldorf ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband angeschlossen.



Stadtsparkasse
Düsseldorf

Gegründet 1825

Inhaltsverzeichnis

Konzernlagebericht	3
Konzernbilanz	32
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	34
Eigenkapitalspiegel	35
Kapitalflussrechnung	36
Konzernanhang	37
Segmentberichterstattung	54
Bericht des Verwaltungsrates	60
Anteilsbesitzliste	61

KONZERNLAGEBERICHT

A. Darstellung der Geschäftsentwicklung

Die Konjunkturlage im Geschäftsjahr 2006

Das reale Bruttoinlandsprodukt ist in 2006 deutlich stärker gewachsen als von den Wirtschaftsforschungsinstituten zu Beginn des Jahres prognostiziert. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stieg es um 2,7 % (Vorjahr: 0,9 %). Das Wachstum wurde dabei von der Binnen- als auch der Auslandsnachfrage getragen. Im Bereich der Inlandsnachfrage legten sämtliche Endnachfrageaggregate zu. Dies signalisiert, dass der Aufschwung auf einer breiten Basis steht. Erfreulich ist das Wiedererstarren der Binnennachfrage, die über Jahre kaum Wachstumsimpulse zum Bruttoinlandsprodukt gegeben hat.

Die freundliche Konjunkturlage hat zu einer deutlich verbesserten Beschäftigungslage geführt. Im Durchschnitt des gesamten Jahres ist die Arbeitslosigkeit kräftig gesunken, und zwar um knapp 400.000 auf rd. 4,5 Millionen Menschen. Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, belief sich im Jahresdurchschnitt auf 10,8 % und war damit fast einen ganzen Prozentpunkt niedriger als im Jahr davor.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist in 2006 dank der günstigeren Konjunkturlage auf den niedrigsten Stand seit 2000 gefallen. 31.300 Unternehmen mussten wegen Insolvenz ihre Geschäftstätigkeit einstellen. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Rückgang von 15,1 %.

Die Jahresinflationsrate hat sich im Berichtsjahr um 1,7 % erhöht. Maßgebliche Faktoren für die steigenden Verbraucherpreise waren in erster Linie höhere Energiekosten sowie administrativ verfügte Preiserhöhungen.

Die positive wirtschaftliche Gesamtlage hat in 2006 die Metropolregion Düsseldorf erfasst. Während die IHK Düsseldorf in ihrem Konjunkturbericht für die Region zu Jahresbeginn noch skeptisch von einem „Aufschwung ohne Kraft“ berichtete, zeichnete sie im Spätsommer ein fast schon euphorisches Bild der wirtschaftlichen Lage in der Region: „Die Konjunktur in der Region Düsseldorf/mittlerer Niederrhein hat sich im Jahresverlauf 2006 viel besser entwickelt, als die Unternehmen noch zu Jahresbeginn erwartet hatten. Ihre Geschäftslage im Spätsommer 2006 schätzen sie so gut ein, wie zuletzt im Wiedervereinigungsboom Anfang der 90er Jahre“.

Eine positive Beurteilung der wirtschaftlichen Perspektiven meldete ebenfalls das Handwerk im Kammerbezirk Düsseldorf. Der von der Kammer berechnete Geschäftsklimaindex kletterte auf ein Niveau, das zuletzt im Jahr 2000 erreicht worden war. Angesichts der guten wirtschaftlichen Lage haben die Handwerksunternehmen wieder vermehrt Arbeitskräfte eingestellt. Der Kammerbericht dazu:

„Seit mehr als zehn Jahren melden die Betriebe erstmals wieder einen positiven Saldo zwischen Neueinstellungen und Personalabbau“.

Die gute Konjunktur hat die Zahl der Unternehmensinsolvenzen auch in Düsseldorf deutlich zurückgehen lassen. Allein im dritten Quartal 2006 verzeichnete die Landeshauptstadt hier einen Rückgang von 30 %.

Erfreuliche Entwicklung auch auf dem hiesigen Arbeitsmarkt: Von Januar bis Dezember 2006 ist die Zahl der Arbeitslosen um mehr als 8.000 gesunken. Am Jahresende waren rd. 47.000 Arbeitssuchende bei der Düsseldorfer Agentur für Arbeit registriert; das waren 11 % weniger als Ende 2005. Die Arbeitslosenquote für das Stadtgebiet Düsseldorf verringerte sich von 12,5 % (Ende 2005) auf 10,9 % (Ende 2006). Eine deutlich höhere Zahl an offenen Stellen meldeten die Unternehmen der Arbeitsagentur. Insgesamt wurden im Laufe des Jahres rd. 38.700 offene Stellen gemeldet. Knapp 10.000 oder 31 % mehr als im Vorjahr. Der Stellenzuwachs kam aus dem Dienstleistungssektor und dem verarbeitenden Gewerbe. Jobmotor war wieder einmal mehr der Mittelstand.

Branchensituation

Die Stabilität des deutschen Finanzsystems hat sich in 2006 weiter verbessert. Nach Einschätzung der Deutschen Bundesbank hat sich die Risikolage deutscher Banken weiter entspannt, zugleich erhöhte sich die Risikotragfähigkeit merklich.

Finanzintermediäre und -märkte profitierten von einem günstigen makroökonomischen Umfeld. Dies ging einher mit gestiegenen Ertragschancen für Banken, insbesondere im handels- und provisionsabhängigen Geschäft. Die günstigen Finanzierungsbedingungen trugen zudem zu einer verbesserten Kreditqualität der deutschen Unternehmen und privaten Haushalte bei.

Im Durchschnitt konnten die deutschen Kreditinstitute ihre Eigen- und Kernkapitalquoten im abgelaufenen Jahr deutlich verbessern. Dazu trug auch der rückläufige Risikovorsorgeaufwand bei.

Insbesondere bei den Sparkassen und Kreditgenossenschaften stand deren wichtigste Ertragsquelle, der Zinsüberschuss, unter Druck. Neben der flachen Zinsstruktur sind die Zinsspannen bereits seit längerem einem Erosionsprozess ausgesetzt. Dies betrifft sowohl die Einlagenseite, als auch – und noch wichtiger – die Kreditseite.

Im deutschen Bankensektor hat sich ein beachtlicher Fusions- und Übernahmeprozess vollzogen, in dessen Folge sich die Zahl der Kreditinstitute in den letzten 15 Jahren mehr als halbiert hat. Auch in 2006 haben innerhalb der drei Säulen der deutschen Kreditinstitute Banken fusioniert. Allerdings gab es in 2006 weniger Fusionen als in den Jahren zuvor. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern bleibt der deutsche Bankenmarkt fragmentiert und weist die geringste Konzentration auf.

Geschäftliche Entwicklung des Konzerns Stadtparkasse Düsseldorf

Der Konzern Stadtparkasse Düsseldorf blickt auf ein zufrieden stellendes Geschäftsjahr 2006 zurück und behauptete am wettbewerbsintensiven Bankenplatz Düsseldorf seine starke Marktposition.

Gegenüber den Vergleichssparkassen im rheinischen Verbandsgebiet weist der Konzern Stadtparkasse Düsseldorf ein überdurchschnittliches Geschäftswachstum aus.

Die Ergebnisentwicklung war stark geprägt von der veränderten Zinsentwicklung im Vergleich zu den Vorjahren. Trotz der Belastungen durch die flache Zinsstrukturkurve verzeichnet der Konzern Stadtparkasse Düsseldorf ein weiterhin hohes Ertragsniveau.

Die Bilanzsumme stieg um 3,6 % auf 12,6 Mrd. Euro (Vorjahr: 12,2 Mrd. Euro). Wachstumsträger waren die Kundenforderungen mit einem Bestandszuwachs von 607 Mio. Euro oder + 9,3 %. Das Wachstum liegt erheblich über den Quoten vergleichbarer Sparkassen im rheinischen Verbandsgebiet von durchschnittlich + 1,6 %.

Geschäftsentwicklung des Konzerns Stadtparkasse Düsseldorf	2005	31.12.2006	Veränderungen	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Bilanzsumme	12.166	12.604	+ 438	+ 3,6
Kredite an Kunden	6.551	7.158	+ 607	+ 9,3
Kundeneinlagen	6.456	6.626	+ 170	+ 2,6
Rücklagen	613	675	+ 62	+ 10,1
Bilanzgewinn	61	63	+ 2	+ 3,3
Mitarbeiter	2.226	2.195	- 31	

Kreditgeschäft

Das Kreditneugeschäft entwickelte sich im Geschäftsjahr 2006 erfreulich und lag über dem hohen Niveau des Vorjahres. Kredite über 1.409 Mio. Euro wurden neu zugesagt (Vorjahr: 1.349 Mio. Euro). Gegenüber dem schon sehr starken Vorjahr ist dies ein Zuwachs von 4 %. Das Kreditvolumen stieg insgesamt um 9,3 % oder 607 Mio. Euro auf 7.158 Mio. Euro. Auf Wachstumskurs blieb nach dem sehr dynamischen Neugeschäft im Vorjahr das gewerbliche Kreditgeschäft. Für die Firmenkunden und Institutionellen Kunden wurden neue Darlehen in Höhe von 858 Mio. Euro vergeben (Vorjahr: 815 Mio. Euro). Der Schwerpunkt lag bei den Investitionsdarlehen. Wie im Vorjahr registrierten wir aber über alle Branchen einen ständig wachsenden Bedarf nach ergänzenden Finanzierungsformen wie Leasing und individuellen Lösungen über strukturierte Produkte.

Das Kreditgeschäft mit unseren Privatkunden konnten wir ebenfalls deutlich ausweiten. Das Neugeschäft stieg um 3 % auf 551 Mio. Euro (Vorjahr: 534 Mio. Euro). Hier profitierten wir von der hohen Nachfrage nach Wohnungsbaudarlehen. Die Zusagen lagen mit 395 Mio. Euro um 2 % über dem hohen Vorjahresniveau. Erfreulich entwickelte sich auch das Konsumentenkreditgeschäft. Hier stieg die Vergabe neuer Kredite aufgrund innovativer Produktpflege um 17 % auf 61 Mio. Euro (Vorjahr: 52 Mio. Euro).

Kreditgeschäft				
Kreditvolumen in Mio. EUR	2003	2004	2005	2006
Forderungen an Kunden	5.889	5.910	6.302	6.845
Eventualverbindlichkeiten	201	219	249	312
Kredite an Kunden	6.090	6.129	6.551	7.157
Treuhandkredite/Wechsel	7	13	12	1
	6.097	6.142	6.563	7.158

Beteiligungen

Im Jahr 2006 konnten die Beteiligungen, die Anteile an assoziierten Unternehmen und die Anteile an verbundenen Unternehmen des Konzerns Stadtparkasse Düsseldorf weiter ausgeweitet werden. Das Volumen stieg um 36,3 Mio. Euro auf 346,7 Mio. Euro.

Die Beteiligungen am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und an der RW Holding AG sind dabei von besonderer Bedeutung. Die Buchwerte blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert. Der RSGV ist u. a. Anteilseigner bei der Provinzial Rheinland, der WestLB AG sowie der Landesbausparkasse LBS West.

Das Beteiligungsgeschäft des Konzerns Stadtparkasse Düsseldorf ist sowohl direkt (i. W. Betreuung der Beteiligungen am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband, der RW Holding AG, der Städtischen Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG [SWD], der S-Direkt-Verwaltungs-GmbH & Co. KG und der Kapitalbeteiligungsgesellschaft Rheinischer Sparkassen mbH [RBS]) als auch indirekt (gehalten über die -Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH [-KBG]) organisiert. Die -KBG nimmt als Holding der Stadtparkasse Düsseldorf vor allem Überwachungsaufgaben (Controlling und Risikosteuerung der Beteiligungen) wahr.

Die Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften der -KBG üben ihre Tätigkeiten in den drei Geschäftsbereichen Beteiligungen, Immobilien und Near Banking aus.

Die im Geschäftsjahr 2006 neu investierten Mittel wurden weitestgehend der Equity Partners GmbH (EP), einer 100 %igen Tochter der -KBG, insbesondere für Private Equity-Investments, zur Verfügung gestellt.

Die Vermögenswerte des -KBG -Teilkonzerns sind zu 70 % im Bereich Direktbeteiligungen investiert, 20 % sind im Immobilienbereich und 10 % im Bereich Near Banking angelegt.

Die Entwicklung in den drei Geschäftsbereichen der -KBG wird im Folgenden dargestellt.

Geschäftsbereich Beteiligungen

Das Beteiligungsgeschäft wird im Wesentlichen von der Equity Partners GmbH (EP) wahrgenommen und gliedert sich in zwei Bereiche: Unternehmensbeteiligungen und Investments in Vermögensmassen (Fondsinvestments).

Die EP hat ihre Finanzanlagen insbesondere im Bereich des Investments in Vermögensmassen deutlich ausgeweitet. Die Gesellschaft und ihr Finanzanlagenportfolio befinden sich weiterhin in der Aufbau- bzw. Investitionsphase.

Das Portfolio entwickelte sich insgesamt planmäßig. Bei einzelnen Fonds konnten die üblichen Aufwandsüberhänge in der Startphase bereits früher als erwartet kompensiert werden.

Nach dem sehr guten Geschäftsjahr 2005 liegt das Ergebnis der EP für das Jahr 2006 auch wieder weit über der operativen Planung. Das Jahresergebnis der Gesellschaft weist einen Gewinn von 5,8 Mio. Euro aus. Dazu trugen im Wesentlichen die Rekapitalisierung einer Unterbeteiligung und die zu diesem frühen Zeitpunkt unerwartet hohen Erträge aus zwei Fondsinvestments bei.

Daneben fungiert die Equity Partners Unternehmensbeteiligungs GmbH (EP UBG) als Holding für Beteiligungen nach dem UBGG. Aus Beteiligungen der EP UBG wurde ein Ertrag i. H. v. 0,9 Mio. Euro erzielt, dem keine Verluste aus Beteiligungsverkäufen und Abschreibungen auf Finanzanlagen gegenüberstanden.

Geschäftsbereich Immobilien

Die -Immobilienbeteiligungsgesellschaft mbH (-IBG) hält als Holdinggesellschaft für den Konzern Stadtsparkasse Düsseldorf Beteiligungen im Bereich der Immobilienwirtschaft. Bei den Beteiligungsgesellschaften handelt es sich in der Regel um Projektgesellschaften, die nur für einen definierten Zeitraum gehalten werden sollen.

Die -IBG schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag von 0,4 Mio. Euro ab. Im Berichtszeitraum wurde keine Projektgesellschaft erworben bzw. veräußert. Insgesamt wird davon ausgegangen, dass die weiteren Projekte der Gesellschaft über stille Reserven verfügen, so dass über die Totalperiode bis zur Abwicklung der Projekte nicht mit wesentlichen negativen Projektergebnissen gerechnet wird.

Geschäftsbereich Near Banking

Der Geschäftsbereich Near Banking umfasst zum einen die 100 %igen Tochtergesellschaften **OL-Online – Service Düsseldorf GmbH (OL)**, die für die Stadtparkasse Düsseldorf u. a. ein Servicezentrum sowie ein Callcenter betreibt, und zum anderen die **Finanz Services Düsseldorf GmbH (FSD)**, die hauptsächlich Lebensversicherungen und Bausparverträge vermittelt. Die **OL** führte ihre Geschäftstätigkeit weiter linear fort und erzielte im Wesentlichen aufgrund von Kosteneinsparungen ein um rd. 34 % über dem Planwert liegendes Ergebnis vor Ergebnisabführung. Während der Umsatz der FSD um 5 % stieg, wurde hingegen ein Ergebnis vor Ergebnisabführung von ca. 1,1 Mio. Euro unter dem Rekordergebnis des Vorjahres erwirtschaftet.

Einlagengeschäft im Konzern

Einlagengeschäft Kundeneinlagen nach Produkten in Mio. EUR	2003	2004	2005	2006
Spareinlagen	2.256	2.046	1.885	1.837
Sichteinlagen	2.175	2.033	2.956	2.850
Termineinlagen	575	939	580	792
Sparkassenbriefe	295	263	206	144
Schuldverschreibungen	811	706	616	801
Sonstige Nachrang	147	202	219	202
	6.259	6.189	6.456	6.626

Das Einlagengeschäft verlief moderat und war geprägt von Umschichtungen zwischen den einzelnen Anlageformen. Insgesamt stiegen die Kundeneinlagen (einschließlich Schuldverschreibungen und nachrangigen Verbindlichkeiten) um 2,6 % auf 6.626 Mio. Euro (Vorjahr: 6.456 Mio. Euro). Die Wachstumsrate liegt deutlich über der Quote der Vergleichssparkassen im rheinischen Verbandsgebiet (+ 1,0 %). Während sich die Spareinlagen um 2,6 % auf 1.837 Mio. Euro zurückbildeten (Vorjahr: 1.885 Mio. Euro), stieg der Bestand der Schuldverschreibungen um erfreuliche 30,0 % auf 801 Mio. Euro (Vorjahr: 616 Mio. Euro). Der Bestand der Sparkassenbriefe reduzierte sich deutlich um 62 Mio. Euro oder 30,1 % auf 144 Mio. Euro. Die Bestände der Sichteinlagen sanken um 3,6 % auf 2.850 Mio. Euro. Einen deutlichen Anstieg verzeichneten wir bei den Termineinlagen. Die Bestände wurden um erfreuliche 212 Mio. Euro oder 36,6 % auf 792 Mio. Euro ausgeweitet (Vorjahr: 580 Mio. Euro).

Wertpapierkommissionsgeschäft

Umsatzentwicklung Wertpapierkommissions- geschäft in Mio. EUR	2003	2004	2005	2006
Festverzinsliche Wertpapiere	416	456	991	581
Aktien	204	202	338	364
Investmentfonds	506	458	502	621
Gesamtumsatz	1.126	1.116	1.831	1.566

Mit einem Plus von 22 % beendete der deutsche Aktienindex DAX das Börsenjahr 2006. Aufgrund der Zinspolitik der EZB tendierten die Rentenmärkte dagegen im Jahresverlauf zunehmend schwächer. Der Gesamtumsatz im Wertpapierkommissionsgeschäft bei der Stadtparkasse Düsseldorf betrug 1,6 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,8 Mrd. Euro). Stark nachgefragt waren festverzinsliche Wertpapiere. Bei den Aktien überwogen die Verkäufe. Erfreulich der Gesamtumsatz im Fondsgeschäft: er stieg um 23,7 % auf 621 Mio. Euro.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Die Stadtparkasse Düsseldorf stellt sich jährlich einem externen Rating-Verfahren, um sich durch eine hohe Bonitätsbewertung kostengünstig am Kapitalmarkt refinanzieren zu können. Die erstmals im Februar 2005 von der Rating-Agentur Moody's verliehene Rating-Note Aa3 wurde im Geschäftsjahr 2006 erneut von Moody's bestätigt. Dabei stellt die Ratingagentur wie im Vorjahr bei der Begründung auf vier wesentliche Punkte ab:

- die gute Verankerung im Retailgeschäft und im Markt mit kleineren und mittleren Unternehmen;
- die solide Finanz- und Ertragsstärke der Stadtparkasse Düsseldorf;
- die gute Eigenkapitalausstattung unseres Hauses und
- die Einbindung in eine wirtschaftlich starke Region mit einer gut diversifizierten Branchenstruktur sowie einem wirtschaftlich starken Träger, der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Mit Wirkung vom 01. Juli 2006 hat die Stadtparkasse Düsseldorf das strategische Geschäftsfeld „Asset-Management“ implementiert. Unter dem Dach des Asset-Managements fassen wir alle Eigenhandelsaktivitäten, das Wertpapier-, Devisen- und Derivategeschäft, das Portfoliomanagement, die Vermögensverwaltung und auch das Private Banking der Stadtparkasse Düsseldorf zusammen. Aus dieser Bündelung von Kompetenzen im Beratungs- und Kapitalmarktgeschäft entstehen erhebliche Synergieeffekte für unser Haus, und es kann ein deutlicher Mehrwert für unsere Kunden erzielt werden.

Personal

Zum 31. Dezember 2006 beschäftigte der Konzern Stadtparkasse Düsseldorf insgesamt 2.195 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 2.226), darunter 1.555 Vollzeitbeschäftigte (Vorjahr: 1.568), 92 Auszubildende (Vorjahr: 101) und 548 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 557), die die vielfältigen Möglichkeiten der Teilzeitarbeit in unserem Hause nutzten.

Durch das Altersgrenzenanpassungsgesetz wurde im Jahr 2006 die stufenweise Anhebung der Altersgrenze für den Renteneintritt von bisher 65 auf das 67. Lebensjahr bis 2029 beschlossen. Die Stadtparkasse Düsseldorf hat daraufhin im Berichtsjahr 113 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Chance gegeben, im Rahmen der Altersteilzeitregelungen einen frühzeitigen Ruhestand zu nutzen.

Mit der Dienstvereinbarung „Leistungsanreize“ geht die Stadtparkasse Düsseldorf weit über die Regelungen des Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes (TVöD) hinaus. Sie garantiert darin allen Beschäftigten 13,5 Gehälter und bietet den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Motivation eine Beteiligung am Unternehmenserfolg, der den tariflichen Rahmen weit übersteigt.

Die Verlängerung der Dienstvereinbarung für Beschäftigungssicherung trägt ebenfalls zur Steigerung der Arbeitsplatzattraktivität bei. Mit ihr verzichtet die Stadtparkasse Düsseldorf auf betriebsbedingte Kündigungen bis zum 31.12.2011.

Bei der Personalentwicklung der Stadtparkasse Düsseldorf lag ein Handlungsschwerpunkt im ersten Quartal 2006 auf dem Start der JMS Junior Management School in unserem Hause. 47 Schülerinnen und Schüler der Oberstufe begannen im Mai 2006 mit der zweijährigen Zusatzqualifikation zum „Junior Manager“, die in Kooperation mit der IHK Düsseldorf mit unserer Unterstützung in unseren Räumlichkeiten durchgeführt wird. Wir übernehmen damit gesamtgesellschaftliche Verantwortung und vergeben Stipendien an bis zu 50 Schülerinnen und Schüler durch Übernahme von 50 % des Teilnahmebetrages.

Ab 2007 wird die Stadtparkasse Düsseldorf Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit geben können, ihre Kinder in einem Betriebskindergarten unterzubringen. 30 Kindergartenplätze können in Kooperation mit der AWO Arbeiterwohlfahrt Düsseldorf für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im kommenden Jahr in Anspruch genommen werden.

Im Konzern Stadtparkasse Düsseldorf wurde erstmals die Möglichkeit eines neuen Berufsbildes genutzt. Die -Finanz-Services Düsseldorf GmbH (FSD) hat in Kooperation mit der Stadtparkasse Düsseldorf am 1. August 2006 eine Auszubildende eingestellt, die den Beruf „Kaufrau für Versicherung und Finanzen“ erlernt.

Die Verbindung aus sozialem Engagement in unserem Geschäftsgebiet und dem Ausbildungsziel unserer neuen Mitarbeiter wurde erfolgreich im Projekt „Blaumann statt Bankerdress“ betrieben.

Die zum 1. August 2006 bei der Stadtparkasse Düsseldorf eingestellten Auszubildenden erlebten durch ihren fachmännisch geführten Aufbau von Spiel- und Klettergeräten in der Hermann-Gmeiner-Grundschule (Monheim) die Stärken von Teamarbeit. Neben einer deutlichen Steigerung der Sozialkompetenz erwarben unsere Auszubildenden neue Kompetenzen im körperlichen und technischen Bereich – Erfahrungen, die sie in den beruflichen Alltag übertragen können.

Ein ganzheitliches Angebot im Sinne von Prävention, Ausgleichssport und Entspannung richten wir an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtparkasse Düsseldorf mit unserem Gesundheitsmanagement. Die breite Angebotspalette wurde im Rahmen eines ersten Gesundheitstages im September des vergangenen Jahres präsentiert und zum Ausprobieren bereitgestellt. Die Veranstaltung stieß auf reges Interesse und ist auch für 2007 fest geplant.

B. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Die Sicherheitsrücklage des Konzerns Stadtparkasse Düsseldorf beläuft sich auf 733,5 Mio. Euro (Vorjahr: 674,7 Mio. Euro). Dabei ist die aus dem Bilanzgewinn 2006 vorgesehene Zuführung bereits eingerechnet.

Der Konzern verfügt über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. Die Relation der anrechenbaren Eigenmittel zur Summe aus gewichteten Risikoaktiva und den Risiken aus Marktpreisveränderungen überschritt per 31.12.2006 mit 12,1 % (Vorjahr: 11,9 %) deutlich den von der Bankenaufsicht vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 %. Die Eigenkapitalanforderungen des Kreditwesengesetzes (KWG) wurden jederzeit eingehalten. Die Kapitalbasis für eine weitere Geschäftsausweitung ist somit gegeben.

In der Bilanzstruktur haben sich im Vergleich zum Vorjahr kaum Veränderungen ergeben. Die bedeutendsten Einzelposten stellen auf der Aktivseite die Forderungen an Kunden mit 54 % (Vorjahr: 52 %) sowie die Wertpapiere (Schuldverschreibungen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere) mit 34 % (Vorjahr: 36 %) dar. Auf der Passivseite halten die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 45 % (Vorjahr: 46 %) sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 27 % (Vorjahr: 27 %) den höchsten Anteil an der Bilanzsumme. Der Bilanzanteil der verbrieften Verbindlichkeiten stieg im Geschäftsjahr 2006 u. a. aufgrund der Neuemission eines öffentlichen Pfandbriefes in Höhe von 100 Mio. Euro auf 20 % (Vorjahr: 18 %).

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit des Konzerns Stadtparkasse Düsseldorf war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Vorschriften der Bankenaufsicht über die Liquidität der Kreditinstitute wurden stets erfüllt.

Das Angebot der Deutschen Bundesbank zu Refinanzierungsgeschäften in Form von Offenmarktgeschäften (Hauptrefinanzierungsgeschäfte) wurde in erheblichem Umfang genutzt. Die bei der Westdeutschen Landesbank AG eingeräumte Kreditlinie wurde dispositionsbedingt beansprucht. Weitere bedeutende Refinanzierungsgeschäfte wurden nicht vorgenommen.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften unterhielt die Stadtparkasse entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank. Die vorgeschriebenen Mindestreserven wurden jederzeit in der erforderlichen Höhe unterhalten.

Hinsichtlich der Steuerung der Liquiditätsrisiken wird auf die Ausführungen im Risikobericht verwiesen.

Ertragslage

Die Ertragslage 2006 unseres Hauses auf Basis der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) zeigt ein zufrieden stellendes Ergebnis.

Der Zinsüberschuss bleibt weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle des Konzerns Stadtparkasse Düsseldorf. Einschließlich laufender Erträge gemäß Posten 3 der GuV lag das Zinsergebnis zum Bilanzstichtag bei 252 Mio. Euro (Vorjahr: 272 Mio. Euro). Wesentliche Ursachen für den Rückgang waren das gegenüber dem Vorjahr zwar erhöhte, aber immer noch niedrige Zinsniveau, die starke Verflachung der Zinskurve sowie der Rückgang vergleichsweise hoch verzinslicher Anlagen festverzinslicher Wertpapiere in Folge der Veränderung der Wertpapierbestände.

Der Provisionsüberschuss konnte um 8,9 % auf 61 Mio. Euro (Vorjahr: 56 Mio. Euro) verbessert werden. Hauptträger des Wachstums waren das Wertpapierkommissionsgeschäft, das Vermittlungsgeschäft sowie der Giroverkehr.

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften, d. h. das Ergebnis aus dem Handel mit Wertpapieren, Devisen und Derivaten, zeigt ein gegenüber dem Vorjahr verbessertes Ergebnis von 3 Mio. Euro (Vorjahr: 1 Mio. Euro).

Aufgrund geringer Handelsaktivitäten bei Future-Geschäften waren sowohl die sonstigen betrieblichen Erträge (- 9 Mio. Euro) als auch die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 9 Mio. Euro) für diese Geschäfte im Berichtsjahr rückläufig. Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich um 8 Mio. Euro auf 17 Mio. Euro. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gingen um 5 Mio. Euro auf 21 Mio. Euro (Vorjahr: 26 Mio. Euro) zurück. Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen nahmen um 9 Mio. Euro oder 4,8 % zu. Der Anstieg resultiert i. H. v. 5 Mio. Euro aus der Erhöhung der Rückstellungen für Altersteilzeit. Bei der Berechnung der Pensionsrückstellungen auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln wurde erstmals ein Abzinsungssatz von 4 % zugrunde gelegt (Vorjahr: 6 %). Daraus ergab sich ein zusätzlicher Aufstockungsbedarf von ebenfalls 5 Mio. Euro.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (GuV-Posten 9) sowie die Abschreibungen auf Sachanlagen (GuV-Posten 10) erhöhten sich um 3,4 % auf 210 Mio. Euro (Vorjahr: 203 Mio. Euro). Maßgeblich verantwortlich für den Anstieg waren die darin enthaltenen Personalaufwendungen einschließlich der sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützungen, die um 8,5 % auf 128 Mio. Euro (Vorjahr: 118 Mio. Euro) stiegen.

Dies beruht im Wesentlichen auf einem Einmaleffekt: Aus steuerlichen Erwägungen wurde der Restbetrag für die nach dem Wechsel der Zusatzversorgungskasse im Jahre 2001 für die Jahre bis 2015 erhobene Sonderumlage in Höhe von 11 Mio. Euro von der Stadtparkasse Düsseldorf vollständig abgelöst.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen (GuV-Posten 10) gingen um 1 Mio. Euro auf 13 Mio. Euro zurück. Gleichzeitig verringerte sich der Sachaufwand um 1 Mio. Euro auf 70 Mio. Euro. Erfreulich waren der Rückgang der Aufwendungen für Informationstechnologie sowie Grundstücke und Gebäude. Im Gegenzug erhöhten sich die Ausgaben für Werbung, Pflichtbeiträge sowie Aus- und Fortbildungsmaßnahmen.

Das Gesamtergebnis der Erträge (GuV-Posten 1-8) lag mit 333 Mio. Euro um 21 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert. Die Summe der Aufwendungen (GuV-Posten 9-11) erhöhte sich um 1,3 % auf 232 Mio. Euro.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere gemäß § 340f Absatz 3 Handelsgesetzbuch (HGB) sowie Abschreibungen auf Beteiligungen gemäß § 340c HGB werden nach Verrechnung mit korrespondierenden Erträgen ausgewiesen. Der Saldo des Bewertungsergebnisses (GuV-Posten 12-15) belief sich im Berichtsjahr auf - 17 Mio. Euro (Vorjahr: + 45 Mio. Euro).

Für akute Ausfallrisiken wurden bei Forderungen an Kunden ausreichende Abschreibungen und Wertberichtigungen gebildet. Durch eine systematische Steuerung gehen wir von einer weiteren Konsolidierung der Risikosituation aus.

Trotz höherer Kursgewinne lag der Saldo aus Zu- und Abschreibungen sowie Kursgewinnen und Kursverlusten der Wertpapiere der Liquiditätsreserve aufgrund höherer Abschreibungen unter dem Vorjahreswert.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (GuV-Posten 21) belaufen sich auf 21 Mio. Euro (Vorjahr: 29 Mio. Euro).

Der Jahresüberschuss beträgt 62,8 Mio. Euro (Vorjahr 141,4 Mio. Euro).

Nach Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtparkasse Düsseldorf und vorbehaltlich eines noch erforderlichen Beschlusses des Trägers soll aus dem Jahresüberschuss der Stadtparkasse eine Ausschüttung von 4 Mio. Euro zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke an die Landeshauptstadt Düsseldorf erfolgen. Der verbleibende Betrag i. H. v. 58,8 Mio. Euro wird in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

Das Ergebnis ermöglicht eine angemessene Aufstockung des Eigenkapitals als Basis für die weitere Geschäftsausweitung.

Ertragslage	2005 in Mio. Euro	2006 in Mio. Euro	Veränderungen in Mio. Euro
Zinsüberschuss (Gewinn- und Verlustrechnung Posten 1 – 4)	272	252	- 20
Provisionsüberschuss	56	61	+ 5
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	1	3	+ 2
Sonstige betriebliche Erträge	25	17	- 8
	354	333	- 21
Personalaufwand	118	128	+ 10
Sachaufwand	71	70	- 1
Abschreibungen auf Sachanlagen	14	13	- 1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	26	21	- 5
Betriebsergebnis vor Bewertung	125	101	- 24
Bewertungsergebnis (Gewinn- und Verlustrechnung Posten 12 – 15)	+ 45	- 17	- 62
Steuern	29	21	- 8
Jahresüberschuss	141	63	- 78
Vorwegzuführung zur Sicherheitsrücklage	80	0	- 80
Konzerngewinn	61	63	+ 2

Über die Beiträge der einzelnen Geschäftsbereiche (Segmente) zum Konzernergebnis gibt die dem Konzernanhang beigefügte Segmentberichterstattung Auskunft.

C. Nachtragsbericht

Unter der Prämisse, dass die Westdeutsche Landesbank AG aus dem Bieterverfahren um die Landesbank Berlin Holding AG ausscheidet, hat sich die Stadtparkasse Düsseldorf bereit erklärt, Anteile in Höhe von 47,86 Mio. Euro zu erwerben.

Im Januar 2007 beteiligte sich die -KBG an der neugegründeten Sirius Seedfonds Düsseldorf Verwaltungs GmbH i. G. mit 12,5 Tausend Euro und hält 50 % der Geschäftsanteile. Diese Gesellschaft ist der Komplementär der ebenfalls neugegründeten Sirius Seedfonds Düsseldorf GmbH & Co. KG, bei der sich die -KBG als Kommanditistin zu einer Kapitaleinlage i. H. v. 5 Mio. Euro verpflichtet hat. Die Gesellschaft beginnt mit der Eintragung in das Handelsregister, was Mitte Februar 2007 erfolgte.

Die stille Beteiligung der EP UBG an der HJS Fahrzeugtechnik GmbH & Co. KG (HJS) i. H. v. 7 Mio. Euro wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2007 von der EP gekauft. Im selben Monat übte HJS eine Option zur teilweisen Sondertilgung dieser stillen Beteiligung aus und zahlte 2 Mio. Euro an die EP zurück.

Weitere Vorgänge besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

D. Risikobericht

Die Ausübung von Bankgeschäften beinhaltet naturgemäß die Übernahme von Risiken, wobei wir folgende Risikoarten unterscheiden:

- Adressenrisiken
- Marktpreisrisiken
- Beteiligungsrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Operationelle Risiken

Die aktive Steuerung und die gezielte Transformation dieser Risiken sind Kernfunktionen der Stadtsparkasse Düsseldorf.

Die Stabsstelle Risikosteuerung trägt die Verantwortung für sämtliche Aktivitäten zur Risikoüberwachung auf Portfolioebene und berichtet regelmäßig über die Risikolage direkt an die Geschäftsleitung. Organisatorisch ist die Risikosteuerung dabei von den Marktbereichen getrennt.

Die eingesetzten Regelungen und Instrumente zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken entsprechen den Erfordernissen des § 25a KWG sowie den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Je nach Risikoart und Geschäftsfeld kommen verschiedene Methoden des Risikomanagements zum Einsatz, die dem jeweiligen Geschäftsumfang und der Geschäftskomplexität angemessen sind und regelmäßig durch die Innenrevision geprüft werden.

Der Ausgangspunkt der Risikosteuerung ist das vorhandene Risikodeckungspotenzial, welches die Risikotragfähigkeit der Stadtsparkasse begrenzt. Ziel ist eine effiziente institutsweite Allokation von Eigenkapital als Basis für eine dynamische Geschäftstätigkeit mit einem angemessenen Risikoertragsverhältnis. Auf dieser Grundlage beschließt der Vorstand Verlustobergrenzen bzw. Risikolimiten für die jeweiligen Geschäftsbereiche, die verschiedenen Risikoarten und Portfolien.

Bestandteile des Deckungspotenzials sind das Eigenkapital, die Bewertungsreserven sowie das geplante Betriebsergebnis vor Bewertung.

Aufsichtsrechtlich wird das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die Summe der gewichteten risikotragenden Aktiva und der Risiken aus Marktrisikopositionen im Solvabilitätskoeffizienten ausgedrückt. Mit einem erneut verbesserten Solvabilitätskoeffizienten von 12,3 % (Vorjahr: 12,1 %) überschreiten wir den im Grundsatz I KWG vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % deutlich.

Adressenrisiken

Das Risiko, Verluste aus dem Ausfall vertraglich zugesicherter Leistungen zu erleiden, umfasst neben den Adressenrisiken aus dem traditionellen Kreditgeschäft auch das Emittenten- und Kontrahentenrisiko aus Handelsgeschäften.

Die Kredit- und Risikopolitik der Stadtsparkasse Düsseldorf ist in einer vom Vorstand verabschiedeten Kreditrisikostategie gem. MaRisk dokumentiert und stellt somit eine einheitliche Richtlinie für die Vergabe von Krediten dar. Auf Basis der Erfahrungen, die seit dem Inkrafttreten der Kreditrisikostategie in 2004 gewonnen werden konnten, wurde die Kreditrisikostategie zuletzt in 2006 angepasst und verfeinert.

Über die Entwicklung und die aktuelle Situation sämtlicher Adressenrisiken wird der Vorstand im Rahmen eines MaRisk-konformen Risikoberichtes regelmäßig informiert.

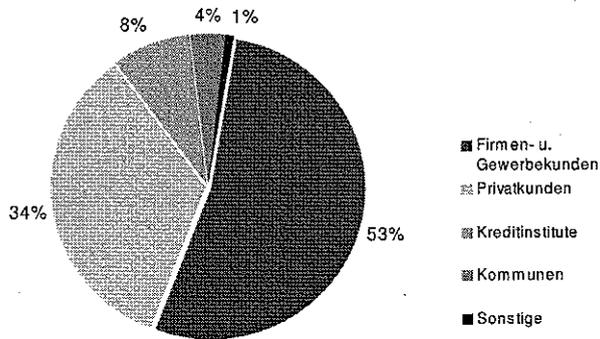
Zur Überwachung und Steuerung der Adressenrisiken verwendet die Stadtsparkasse Düsseldorf ein umfangreiches Instrumentarium zur Risikomessung. Beispielsweise kommt für die wertorientierte Sicht auf das Kreditportfolio das Kreditrisikomodell Credit Portfolio View (CPV) zum Einsatz. Mit Hilfe dieses Modells lassen sich künftige Wertveränderungen im Kreditportfolio prognostizieren. Darüber hinaus können Kreditkonzentrationen als wichtiger Risikotreiber im Kreditbuch identifiziert werden.

Auf Einzelfallebene nutzt die Stadtsparkasse Düsseldorf zur Bonitätsbeurteilung ihrer Kunden ausgewählte Ratingverfahren. Die Erweiterung der bestehenden Palette eingesetzter Instrumente befindet sich für zusätzliche Ratingmodule für Leasinggesellschaften, Banken und Großunternehmen sowie Scoringmodule für den Privatkundenbereich weiterhin in der Planungsphase. Die jeweiligen Ratingeinstufungen sind u. a. auch die Grundlage für die Ermittlung risikoadjustierter Kreditkonditionen und stellen die Basis für bonitätsabhängige Kreditbewilligungsbefugnisse dar.

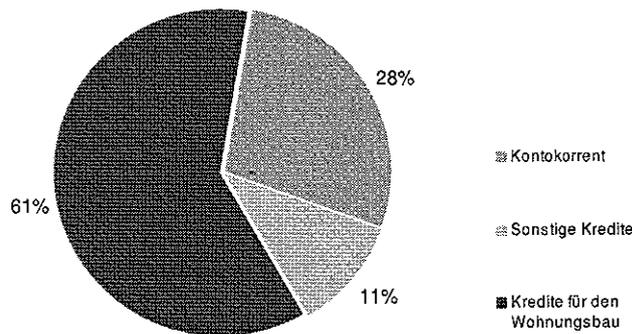
Neben dem beschriebenen Instrumentarium haben wir in 2006 testweise für bestimmte Bereiche ein Frühwarnsystem zur Erkennung latenter Kreditrisiken eingesetzt. Hierbei werden über ein EDV-gestütztes Verfahren risikorelevante Kundeninformationen gesammelt und bewertet. Sobald bestimmte Indikatoren auf eine Verschlechterung der Bonität hinweisen, wird künftig umgehend die Betreuungsintensität des Kunden überprüft, um so bereits frühzeitig Gegensteuerungsmaßnahmen ergreifen zu können und Kreditverluste zu verhindern bzw. zu begrenzen.

Die Stadtsparkasse Düsseldorf überwacht ihr Kreditportfolio zudem laufend anhand struktureller Merkmale. Insbesondere die Betrachtung des Kreditgeschäftes nach Kundengruppen, Wirtschaftszweigen, Größenklassen, Ratingnoten und Sicherheitenkategorien sowie deren zeitlicher Veränderung sind wichtige Informationen zur Abschätzung und Steuerung des Risikogehalts im Kreditportfolio.

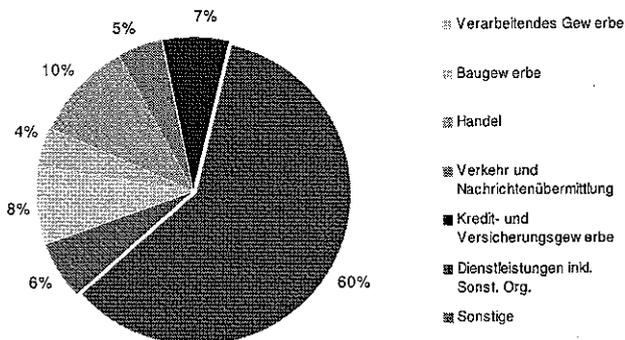
Zusammensetzung Kreditportfolio nach Kundengruppen

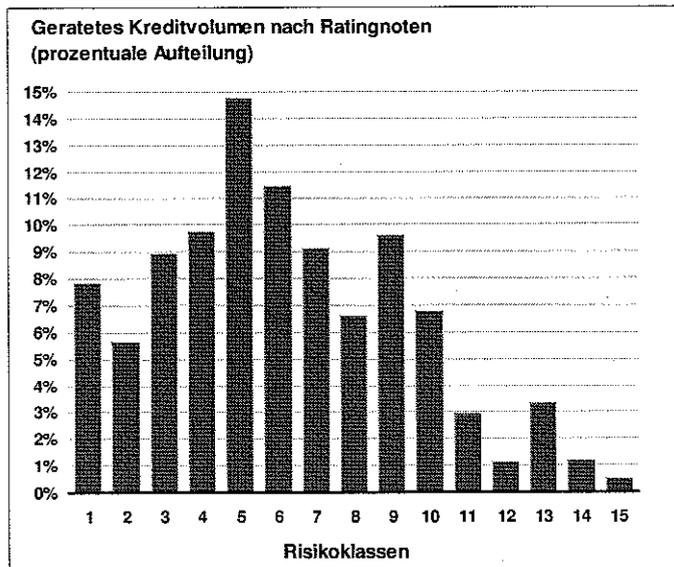


Zusammensetzung Privatkundenportfolio nach Produktgruppen



Zusammensetzung Firmen- und Gewerbekundenportfolio nach Branchen





Auf Basis des o. a. vorhandenen Deckungspotenzials und unter Berücksichtigung der übrigen Risikoarten wird durch den Vorstand jährlich ein Gesamtlimit für Adressenrisiken festgesetzt. Die Limiteinhaltung wird dabei durch die Stabsstelle Risikosteuerung unterjährig überwacht.

In 2006 bewegten sich die Geschäfte jederzeit im Rahmen der festgelegten Grenzen.

Die Emittenten- und Kontrahentenrisiken werden durch sorgfältige Auswahl der Vertragspartner unter Beachtung hoher Rating-Standards begrenzt. Über Limitauslastungen und Ratingänderungen wird der Vorstand mindestens einmal pro Monat unterrichtet.

Die mit Auslandsforderungen verbundenen Risiken (Länder- und Transferrisiken) werden gesondert überwacht und analysiert. Insgesamt ist das Volumen von untergeordneter Bedeutung und betrifft zu über 99 % Länder, denen ein geringes bzw. normales Risiko zuzuordnen ist.

Für alle ausfallbedrohten Engagements nehmen wir rechtzeitig in Form von Wertberichtigungen eine Risikoabschirmung vor. Aufgrund der Einschätzung der zuständigen Markt- und Marktfolgeeinheiten wird auf Basis des jeweiligen Obligos sowie einer risikoorientierten Bewertung ggf. vorhandener Sicherheiten durch die Marktfolge der Abschirmungsbedarf abschließend festgelegt. Dieses Verfahren sowie die intensive Überprüfung dieser Thematik durch die interne Revision stellt eine ausreichende Abschirmung aller kritischen Kreditengagements sicher.

Insgesamt bewegen sich die Adressenrisiken in einem überschaubaren Rahmen. Die Risikosituation ist im Verhältnis zu den getroffenen Risikovorsorgemaßnahmen, dem ausreichenden Deckungspotenzial sowie dem Geschäftsvolumen ausgewogen.

Marktpreisrisiken

Unter den Marktpreisrisiken fassen wir Bonitäts-, Zinsänderungs- und Währungsrisiken zusammen. Außerdem sind Optionsrisiken zu beachten.

In der Risikobetrachtung sind die Währungsrisiken für die Stadtsparkasse Düsseldorf zu vernachlässigen, da sie vom Gesamtvolumen von untergeordneter Bedeutung sind und zum überwiegenden Teil unverzüglich durch entsprechende Gegengeschäfte abgesichert werden.

Die Zinsänderungsrisiken steuern wir für das Gesamthaus auf Basis der vom DSGV (Deutscher Sparkassen- und Giroverband) empfohlenen Instrumente und auf Grundlage der Barwertmethode. Dazu werden alle zinstragenden Geschäfte (außerhalb des Handelsbuches) in einer einheitlichen Cash-Flow-Übersicht dargestellt. Performanceanalysen und Barwertsimulationen ergänzen die Cash-Flow-Darstellung. Ziel der Barwertsimulation ist die Quantifizierung möglicher Chancen und Risiken aufgrund prognostizierter sowie fest vorgegebener Zinsszenarien. Die Managementinformationen werden ergänzt um die Aufgliederung des Basispunktrisikos der Gesamtbank nach den diversen Portfolien bzw. Steuerungsinstrumenten. Zur operativen Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden primär Derivate eingesetzt. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Bobl- und Bundfutures (Terminkontrakte auf mittel- bzw. langfristige Schuldverschreibungen des Bundes). Zur Absicherung der Zinsänderungsrisiken aus langfristig aufgenommenen Refinanzierungsmitteln wurden in korrespondierender Höhe und Laufzeit Payer-Swaps eingesetzt. Die zum Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte sind dem Anhang zu entnehmen.

Zur Beschränkung der mit den Marktpreisrisiken verbundenen Ausfallrisiken besteht ein internes Limitierungssystem. Neben der Grundvoraussetzung, dass für jede Investition eine gem. MaRisk durch die Marktfolge Kredit votierte Linie zur Verfügung stehen muss, bestehen weitere risikominimierende Regelungen. Beispielsweise dürfen Unternehmensanleihen nicht im spekulativen Bereich, d. h. schlechter BBB-, gekauft werden. Zum Bilanzstichtag befanden sich ca. 99 % der im Depot gehaltenen Bestände in den Ratingbereichen AAA bis A. Eine vom Handel unabhängige Überwachung der Ratingnoten bzw. der Veränderungen erfolgt durch die Risikosteuerung.

Für die Handelsgeschäfte gemäß MaRisk werden täglich die Marktpreisrisiken mit Hilfe eines Value-at-Risk-Ansatzes erfasst. Unser Haus überwacht die Marktpreisrisiken täglich auf Basis folgender Grundvorgaben:

Haltedauer Anlagebuch:	10 Tage Value-at-risk	25 Tage worst case
Haltedauer Handelsbuch:	5 Tage Value-at-risk	7 Tage worst case
Konfidenzniveau:	99 %	

Die Parameter der Risikosimulationen werden regelmäßig einem Backtesting unterworfen. Ferner wird quartalsweise ein Stresstest auf die MaRisk-relevanten Bestände vorgenommen. Das tägliche MaRisk-Risikoreporting erfolgt an den Vorstand, seine Verhinderungsvertreter sowie das Geschäftsfeld Asset Management.

Zur weiteren Optimierung des Risikocontrollings wurde Anfang 2006 die von der Sparkassen Informatik GmbH & Co. KG zur Verfügung stehende Anwendung Simcorp Dimension als MaRisk-Tool implementiert.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken obliegt dem Gesamtvorstand. Der wöchentlich tagende Bilanzstrukturausschuss, der mit Mitgliedern des Vorstandes und Vertretern der Fachbereiche besetzt ist, bereitet die Entscheidungsfindung vor.

Im Verlauf des Jahres 2006 lagen die durchschnittlichen und auch die maximalen Marktpreisrisiken sowohl im Rahmen der Value-at-risk Betrachtung wie auch im worst case Szenario durchweg deutlich unter den festgesetzten Risikolimiten und Verlustgrenzen.

Beteiligungsrisiken

Für das Beteiligungsgeschäft der Sparkasse Düsseldorf besteht eine explizite Beteiligungsstrategie. Für die ertragsorientierten Beteiligungen, die nicht ausschließlich strategischen Zielen dienen, wurden spezielle Limite festgelegt. Die Einhaltung dieser Limite war in 2006 immer gewährleistet.

Das Controlling der Beteiligungen ist organisatorisch vom Management des Beteiligungsportfolios getrennt.

Die Geschäfts- und Ergebnisentwicklung der Beteiligungen und deren Risikolage werden durch quartalsweise Berichte dargestellt. Es basiert u. a. auf einem Risikoklassifizierungsverfahren, welches verschiedene Indikatoren zu einer Gesamtnote verdichtet. Zudem werden Investitionsentscheidungen ab bestimmten Größenordnungen einem Investmentausschuss übertragen.

Risikomanagement der -KBG

Die Geschäftsführung der -KBG begleitet ihre Tochtergesellschaften und ihre Beteiligungen. Hierzu werden quartalsweise Berichte zu jeder Gesellschaft erstellt, in denen die zusammengetragenen Informationen über die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Unternehmen verdichtet aufbereitet werden. Diese Quartalsberichte dienen einerseits dem Beteiligungscontrolling der -KBG andererseits werden sie dem Vorstand der Sparkasse Düsseldorf zur Verfügung gestellt. Die -KBG kommt damit ihrer zentralen Controllingfunktion als Beteiligungsholding nach.

Die Gesamtrisikosituation wird mit den sogenannten Risikoeinstufungen für die einzelnen Investments abgebildet und quartalsweise systematisch in sechs Einstufungsklassen ("Schulnotenprinzip") zusammengefasst. Die Einstufungen erfolgen durch bzw. in enger Abstimmung mit der jeweiligen Beteiligungsgesellschaft der Beteiligung(en), bei Immobilien also z. B. durch die / mit der -IBG.

Dieses Risiko-Einstufungs-System (RES) beleuchtet die jeweilige Beteiligung mit aufgeschlüsselten Einzeleinstufungen, insbesondere in folgenden Bereichen:

- Allgemeine, rechtliche und gesellschaftsrechtliche Risiken
- Absatz-/Marktrisiken
- Beschaffungsrisiken
- Leistungsrisiken
- Management, IT, Organisation, Personal
- Strategische Risiken
- Finanzrisiken.

Um die Risiken dieser Bereiche zu quantifizieren, wird zusätzlich turnusmäßig der Value-at-Risk/Cash-flow-at-Risk berechnet, bei denen sich eine genaue finanzielle Risiko-Quantifizierung als sinnvoll erweist. Unter üblichen Marktbedingungen wird damit der geschätzte größtmögliche Wertverlust für die Haltedauer der Beteiligung mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit ("Konfidenzniveau") ausgewiesen.

Unabhängig vom Quartalsturnus werden von der -KBG Risiken auch außerplanmäßig im Sinne eines Frühwarnsystems erfasst und analysiert, wenn veränderte Umfeldbedingungen dies nahelegen. So kann z. B. eine geänderte Steuergesetzgebung entscheidende, wertbestimmende Einflüsse auf ein Investment haben, wenn diese bisher gerade besonders von ihrer steuerlichen Vorteilhaftigkeit profitiert hat.

Weiterhin werden in diesem Rahmen die wesentlichen quantitativen Entwicklungen der einzelnen Gesellschaften im Sinne von Plan-/Ist-Abweichungen analysiert.

Durch die dargestellten Maßnahmen ist sichergestellt, dass auftretende Risiken auf Seiten der Beteiligungsunternehmen bereits in einem frühen Stadium identifiziert werden und die sich daraus ergebenden Handlungsempfehlungen frühzeitig umgesetzt werden können.

Ebenso wird bei der EP ein Risikomanagement unterhalten, das das Erkennen von Risiken vor Beteiligungseingehung bzw. das frühzeitige Erkennen von Risiken bei bestehenden Beteiligungsunternehmen und Fondsinvestments zum Ziel hat. Dort stellen die vertraglichen Regelungen mit den Beteiligungsunternehmen und Fondsinvestments sicher, dass die zur Beurteilung der Risikosituation der Projektgesellschaften notwendigen Informationen der EP zur Verfügung stehen und die Gesellschaft auf aktuelle Entwicklungen reagieren kann. Um die jederzeit angemessene Informationslage zu gewährleisten, hat die EP die dort eingesetzten Datenbanken und Informationssysteme weiter verbessert und ergänzend den Bereich Monitoring ausgebaut.

Von der EP wird anstelle der Quartalsberichte ein umfassender Halbjahresbericht über das Gesamtportfolio erstellt, in dem dezidiert zur Entwicklung der Private Equity Beteiligungen sowie der Fondsinvestments Stellung genommen wird. Zusätzlich zum Halbjahresbericht wird quartalsweise eine verbale Stellungnahme zur Portfolioentwicklung abgegeben, ergänzt um wichtige Kennzahlen zu den Fonds.

Für Fondsbeteiligungen wird keine „Ratingnote“ nach dem o. g. Verfahren ermittelt. Die von EP erstellten Angaben, werden durch die -KBG analog dem oben dargestellten Verfahren überprüft.

Für Fondsinvestments sehen wir das Ausfallrisiko im Bereich Private Equity Fund-of-Funds auf Basis einer aktuellen Studie („The Risk Profiles of Private Equity“, T. Wiedig/P.-Y. Mathonet, Luxemburg, 2004) aufgrund des hohen Diversifikationsgrades als gering an.

Dennoch sind bei drei der von EP gehaltenen Dachfondsgesellschaften die uneingeschränkten Bestätigungsvermerke der Wirtschaftsprüfer für das Jahr 2005 mit hinweisenden Zusätzen versehen. Diese Zusätze zielen auf inhärente Unsicherheiten der angesetzten Fair Values, die aufgrund fehlender Verfügbarkeit der Marktwerte derartiger Investments wesentlich von den Verwertungswerten abweichen könnten. Dabei kann die Abweichung werterhöhend oder wertmindernd sein.

Die Wirtschaftsprüfer der Dachfondsgesellschaften halten die angewendeten Verfahren zur Bildung der Fair Values für angemessen. Die Jahresabschlüsse der EP zum 31. Dezember 2005 und 2006 sind von ihrem Abschlussprüfer jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden.

Liquiditätsrisiken

Die Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Stadtsparkasse ist Aufgabe des Geschäftsbereichs Handel.

Die Entwicklung der kurzfristigen Ein- und Auszahlungen wird in einem monatlichen Liquiditätsbericht an den Vorstand dargestellt.

Die Stadtsparkasse verfügt über ausreichend kurzfristig liquidierbare Anlagen und über Linien bei anderen Kreditinstituten, um Liquiditätsspitzen abzudecken. Die durch den Wegfall der Gewährträgerhaftung bedingten Auswirkungen auf die Refinanzierungsmöglichkeiten konnten durch das im Jahr 2005 vergebene und in 2006 bestätigte Moody's Rating von Aa3 ausgeglichen werden. Vor diesem Hintergrund und den bestehenden Voraussetzungen zur Begebung von Pfandbriefen haben sich die Refinanzierungsmöglichkeiten tendenziell erweitert.

Operationelle Risiken

Unter dieser Risikoart sind alle Risiken zu verstehen, die durch menschliche oder systembedingte Schwächen, durch unangemessene Ausgestaltung von Prozessen und aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen entstehen. Auf Grundlage des Basisindikatoransatzes wird diesem Risiko in der Risikotragfähigkeitsanalyse Rechnung getragen.

Den Schwerpunkt der Steuerung bilden die betriebliche und die IT-Sicherheit (einschl. Funktionsfähigkeit der Systeme, Datensicherheit und Berechtigungssystematik). Mit Blick auf mögliche Notfallszenarien, insbesondere für Ausfälle der EDV, bestehen entsprechende Notfallpläne, um auch in diesen Situationen einen gesicherten Geschäftsbetrieb aufrechterhalten zu können. In bestimmten Bereichen,

z. B. im Wertpapierhandel, werden zur Überprüfung der Notfallpläne regelmäßige Übungen mit anschließender Analyse durch die Fachbereiche und die interne Revision durchgeführt.

Zur Begrenzung von Risiken wurden Versicherungen abgeschlossen. Rechtliche Risiken reduzieren wir durch sorgfältige Prüfung der vertraglichen Grundlagen durch die eigene Rechtsabteilung, durch Hinzuziehung von Experten und durch den Einsatz gebräuchlicher Standardverträge.

Ende 2005 wurde eine Schadensfalldatenbank implementiert, in der alle wesentlichen Schadensfälle erfasst werden, um so eine entsprechende Analyse und Bewertung bestimmter Schadensquellen zu ermöglichen. Das für 2006 in Planung befindliche Projekt zur strukturierten Erhebung der Thematik Operationelle Risiken über alle Funktionsbereiche der Stadtparkasse Düsseldorf wird nun im 1. Quartal 2007 gestartet.

Risikoquantifizierung

Das Kreditrisikomodell Credit Portfolio View zur Quantifizierung des Value-at-Risk und der erwarteten Verluste befindet sich derzeit noch in der Phase der Überprüfung und Feinjustierung. Es ist geplant, diesen Prozess in 2007 abzuschließen.

Das Marktpreisrisiko belief sich per 31.12.2006 auf 43,2 Mio. Euro. Zugrunde gelegt wurde das Value-at-Risk-Szenario mit 10 Tagen Haltedauer bei einem Konfidenzniveau von 99 %.

Hinsichtlich Liquiditätsrisiken und Operationelle Risiken wurden in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband Aktivitäten zur wertorientierten Ermittlung des Risikos aufgenommen.

Gesamtrisikolage

Auf Basis des vorhandenen Deckungspotenzials im Verhältnis zu den eingegangenen Risiken verfügt der Konzern über eine ausreichende Risikotragfähigkeit, die auch deutlichen Raum für die weitere geschäftliche Entwicklung gibt.

Bei der Verteilung des zur Verfügung stehenden Deckungspotenzials in Form von Verlustobergrenzen bzw. -maximalwerten auf die einzelnen Geschäftsbereiche sowie das Beteiligungsportfolio werden ausreichende Reserven berücksichtigt. Diese Reserven sind so gestaltet, dass auch für den extrem unwahrscheinlichen Fall, dass alle wesentlichen Risiken gleichzeitig eintreten, bei Durchführung bestimmter kompensatorischer Maßnahmen zur Reduzierung der aufsichtsrechtlichen Risikoaktiva genügend Eigenkapital vorhanden ist, um den Geschäftsbetrieb aufrechtzuerhalten.

Vor diesem Hintergrund bewerten wir in der zusammenfassenden Betrachtung aller Risikokategorien das Gesamtbild der Risikolage durchweg positiv.

Um dies auch weiterhin sicherstellen zu können, werden die Verfahren und Instrumente sowie die organisatorischen Voraussetzungen zur Steuerung und Begrenzung der unterschiedlichen Risikoarten kontinuierlich überprüft, verbessert und weiterentwickelt. Ziel ist es, alle wesentlichen Risiken frühzeitig zu erkennen und offen zu legen, um so den kontrollierten Umgang mit den Risiken zu ermöglichen und letztendlich die Eintrittswahrscheinlichkeit von Verlusten zu verringern.

E. Prognosebericht

Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben seit Herbst 2006 ihre Konjunkturprognosen deutlich nach oben gesetzt. Die aktuellen Daten sprechen für ein robustes Wachstum. Lagebeurteilung und Geschäftserwartungen sind zuletzt gestiegen. Jahrelange Lohnzurückhaltung und die Restrukturierung der Unternehmen haben zu einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich geführt.

Inzwischen bildet neben dem Export der private Konsum eine Stütze der Konjunktur. Selbst die Mehrwertsteuererhöhung um 3 %-Punkte zu Beginn des Jahres wird nach Einschätzung der meisten Prognosen lediglich im 1. Quartal 2007 zu einer Delle führen, ohne den Aufschwung zu gefährden. Einige Institute und internationalen Organisationen wie der Internationale Währungsfonds (IWF) gehen für die deutsche Volkswirtschaft von einem lang anhaltenden selbsttragenden Aufschwung aus. Die Wachstumsprognosen für 2007 werden in einer Spannweite von 0,9 % bis 2,1 % veranschlagt.

Die günstigen wirtschaftlichen Aussichten in der Eurozone und die über dem Zielkorridor liegende Geldmenge haben die Europäische Zentralbank (EZB) zu einer restriktiveren Geldpolitik veranlasst. Seit dem 1. Dezember 2005 hat die EZB den maßgeblichen Leitzins in mehreren Schritten auf 3,75 % erhöht. Weitere Zinserhöhungen im Verlauf des Jahres 2007 sind wahrscheinlich (zuletzt am 08. März 2007).

Der Konzern Stadtparkasse Düsseldorf geht von einer robusten wirtschaftlichen Lage in der Region aus. Der Sparkassen-Mittelstandsindex Düsseldorf (SMID), der sich in seiner Systematik an dem Ifo-Index orientiert, zeichnet das Bild eines soliden Aufschwungs. Eine von dem Bad Homburger Ferni Wirtschaftsforschungsinstitut aufgelegte Studie über die langfristigen Wirtschaftsperspektiven in deutschen Wirtschaftsregionen bescheinigt der Metropolregion Düsseldorf eine ausgezeichnete Position. Mit München und Stuttgart werden der Landeshauptstadt Nordrhein-Westfalens für die Zukunft die besten Chancen vorhergesagt.

Vor diesem Hintergrund erwarten wir insbesondere bei unseren mittelständischen Firmenkunden eine steigende Kreditnachfrage. Der Kredit wird weiterhin die Grundlage für die Finanzierung der meisten mittelständischen Unternehmen bleiben. Allerdings steigt die Frage nach neuen eigenkapitalschonenden oder eigenkapitalergänzenden Produkten. Die Stadtparkasse Düsseldorf hat deshalb in diesem Segment neue Produkte entwickelt, die auf wachsendes Interesse der Kunden stoßen. In Anlehnung an die erfolgreiche Imagekampagne „Mittelstand im Mittelpunkt“ werden wir in 2007 Produktwerbung für ausgewählte Geschäftsfelder des Geschäftsbereichs Firmenkunden/Institutionelle einführen.

Im Privatkundengeschäft werden wir das Wohnungsbaufinanzierungsgeschäft weiter ausbauen. Angesichts der nach wie vor günstigen Zinskonditionen und des attraktiven Investitionsstandortes für wohnwirtschaftliche Objekte gehen wir von einer hohen Nachfrage in diesem Bereich aus.

Klassische Werbemaßnahmen und unsere traditionelle Immobilienmesse im Frühjahr 2007 werden die Vertriebsaktivitäten unterstützen.

Das Konsumentenkreditgeschäft soll in 2007 weiter wachsen. Mit attraktiven Produkten und der Ausweitung des Online-Kreditabschlusses wollen wir das Geschäftspotenzial hier weiter nutzen.

Ein weiterer Schwerpunkt im Privatkundengeschäft wird das Thema Altersvorsorge sein. Die Ergebnisse der von uns angeregten Marktforschungsstudien zeigen in diesem Bereich ein hohes Nachfrageinteresse.

Im bilanziellen Einlagengeschäft werden aufgrund des Zinsniveaus weiterhin Einlagen mit kurzer Laufzeit im Mittelpunkt des Kundeninteresses stehen. Die Wertpapierersparnisbildung unserer Kunden sollte sich nachhaltiger entwickeln als 2006. Eine breite Angebotspalette bietet für alle Kundengruppen interessante Investitionsmöglichkeiten.

Das steigende Zinsniveau wird im Geschäftsjahr 2007 die Gewinn- und Verlustrechnung der Stadsparkasse Düsseldorf belasten. Hiervon ist insbesondere die wichtigste Ertragsquelle, der Zinsüberschuss, betroffen. Er wird sich voraussichtlich um fast 10 % zurückbilden. Die höheren Erträge aus dem Provisionsüberschuss werden diesen Rückgang nicht kompensieren können, so dass wir von einem um rund 5 % niedrigeren Bruttoertrag als in 2006 ausgehen. Die Aufwandsseite wird auf dem Niveau der vergangenen Jahre bleiben.

Kreditrisiken und der damit einhergehende Abschirmungsbedarf konnten im zurückliegenden Geschäftsjahr weiterhin deutlich reduziert werden. Diese positive Entwicklung ist auf die seit mehreren Jahren intensiv betriebene Einführung der Risikomanagementsysteme und ein geändertes Risikobewusstsein der Mitarbeiter zurückzuführen.

Bei den Marktpreis- und Zinsänderungsrisiken konnte die Zinssteigerung in 2006 durch eine kurze Duration sowie Sicherungsmaßnahmen auf Konzernebene aufgefangen werden. Den für 2007 erwarteten Zinssteigerungen bei weiterhin flacher Zinsstrukturkurve wird auf Basis einer veränderten Asset Allocation Rechnung getragen. Vor diesem Hintergrund und dem seit langem bewährten Überwachungssystem unseres Hauses, ist auch für diese Risikofelder keine nachhaltig negative Entwicklung zu erkennen.

Die Operationellen Risiken werden durch die Einführung neuer Verfahren künftig noch intensiver überwacht werden können, so dass auch hier eine exaktere Analyse und insbesondere Reduzierung von Risiken möglich wird. Auch für diese Risikoart sind wir davon überzeugt, ausreichende Mittel zur Abdeckung möglicher Verluste zur Verfügung gestellt zu haben.

Künftige Entwicklung der -KBG

Die künftige Entwicklung der -KBG wird von dem weiteren Ausbau des Investmentportfolios bei der EP gekennzeichnet sein. Dagegen ist im Geschäftsbereich Immobilien der umgekehrte Trend zu erwarten, da hier auf Basis der bestehenden Beschlusslage versucht wird, die einzelnen Beteiligungsprojekte zu beenden.

Geschäftsbereich Beteiligungen

Planungsgemäß wird EP im Jahre 2007 sowie in den Folgejahren das Portfolio direkter Beteiligungen an Unternehmen sowie das Fondsportfolio weiter ausbauen. Aufgrund des im Private Equity Geschäft üblichen Auseinanderfallens von Investitionseingehung und späterer Veräußerung einer Beteiligung werden auch für das Jahr 2007 trotz des guten Ergebnisses für das Jahr 2006 nur geringe Rückflüsse erwartet. Ein nachhaltig positives Betriebsergebnis kann mittelfristig erwartet werden, wenn relevante Beteiligungsverkäufe aus dem Direktportfolio und die erwarteten Rückflüsse aus den Fondsinvestments erfolgen.

Für die Zukunft wird ein weiteres Wachstum der anzulegenden Gelder und die Eingehung erfolgversprechender Investments erwartet, um für die Investoren eine hohe Rendite bei angemessenen Risiken zu erwirtschaften.

Geschäftsbereich Near Banking

Für das Wirtschaftsjahr 2007 werden für den Geschäftsbereich Near Banking ein zufriedenstellender Geschäftsverlauf und ein positiver Betriebsergebnisbeitrag zum Teilkonzernergebnis erwartet. Dazu wird bei der FSD der Schwerpunkt im Segment Versicherungen in der Vorsorge-Thematik liegen. Da der Bedarf an privater und betrieblicher Altersvorsorge durch weitere Rentenkürzungen, z. B. die Rente mit 67 Jahren, weiter wächst, wird in 2007 ein deutlicher Wachstumsschub bei den Versicherungserlösen erwartet. Im Segment Bausparen nimmt die Bedeutung von Bausparverträgen als Finanzierungsinstrument weiter zu. Aufgrund personeller Verstärkungen sollen in diesem Segment die vorhandenen Wachstumspotentiale ausgeschöpft werden. Im Bereich der -OL wird angestrebt, den Umsatz und die Kosten stabil zu halten.

Geschäftsbereich Immobilien

Das künftige Ergebnis der -IBG ist im wesentlichen vom Projektergebnis der einzelnen Beteiligungen abhängig. Die Gesellschaft geht davon aus, dass ein Beteiligungsprojekt kurzfristig abgeschlossen werden kann. Ebenso kann ein anderes Projekt 2007 beendet werden, sofern eine aufschiebende Bedingung aus einem bereits abgeschlossenen Kaufvertrag eintritt.

Insgesamt gehen wir für die nächsten zwei Jahre von einer weiteren Konsolidierung der Risikosituation mit den damit verbundenen positiven Einflüssen auf die Ertragslage des Konzerns Stadtparkasse Düsseldorf aus.

Für das Geschäftsjahr 2007 erwarten wir ein befriedigendes Jahresergebnis mit einem höheren Jahresüberschuss als in 2006. Wie im vergangenen Jahr wird der Träger der Stadtparkasse Düsseldorf an der positiven Geschäfts- und Ertragsentwicklung partizipieren und eine Ausschüttung erhalten, die sich am Niveau von 2006 orientieren wird. Wir werden unsere Eigenkapitalbasis für weiteres Wachstum unserer Geschäftsfelder weiter stärken.

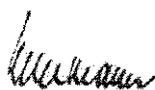
Soweit aus heutiger Sicht prognostizierbar, sollte der Wirtschaftsaufschwung auf einem soliden Fundament stehen. Wir gehen für 2008 von einem weiterhin wachsenden Bruttoinlandsprodukt aus. Hieraus ergeben sich in allen Geschäftsfeldern Potenziale, die wir nutzen wollen, was zu einer Verbesserung der Ertragslage in 2008 führen sollte.

Düsseldorf, 17. April 2007

Der Vorstand



Humme



Eversmann



Fröhlich



Stiegemann

S Konzernabschluss

zum 31. Dezember 2006

des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf

Land Nordrhein-Westfalen

Regierungsbezirk Düsseldorf

Aktivseite

Konzernbilanz zum 31.12.2006

				31.12.2005
1. Barreserve	Euro	Euro	Euro	130. EUR
a) Kassenbestand		55.351.362,41		55.113
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		68.978.799,37		63.034
			124.330.161,78	118.147
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		-,-		11.497
			-,-	11.497
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		42.452.117,16		7.807
b) andere Forderungen		853.916.372,63		902.253
			896.368.489,79	910.060
4. Forderungen an Kunden			6.844.847.467,91	6.301.542
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	2.563.063.696,82 Euro			(1.940.901)
Kommunalkredite	222.267.304,44 Euro			(393.181)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-,-)
ab) von anderen Emittenten	554.171.915,07			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	503.789.189,04 Euro			(-,-)
		554.171.915,07		-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	691.222.315,08			702.268
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	691.222.315,08 Euro			(702.268)
bb) von anderen Emittenten	2.116.724.344,39			2.624.077
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.066.972.220,73 Euro	2.807.946.659,47		(2.674.458)
c) eigene Schuldverschreibungen		15.140.611,17		6.827
			3.377.259.185,71	3.335.172
Nennbetrag	15.219.810,00 Euro			(8.723)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			877.655.448,75	1.044.211
7. Beteiligungen			259.746.125,83	223.670
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-,-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-,-)
8. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen			86.928.307,62	98.720
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-,-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-,-)
9. Anteile an verbundenen Unternehmen			27.500,00	26
darunter:				
an Kreditinstituten	-,- Euro			(-,-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-,-)
10. Treuhandvermögen			789.469,18	899
darunter:				
Treuhandkredite	789.469,18 Euro			(899)
11. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
12. Immaterielle Anlagewerte			1.391.352,25	1.626
13. Sachanlagen			81.839.653,17	89.666
14. Sonstige Vermögensgegenstände			39.985.875,06	33.998
15. Rechnungsabgrenzungsposten			13.171.699,86	9.191
Summe der Aktiva			12.604.340.736,91	12.165.842

Passivseite

	Euro	Euro	Euro	31.12.2005 Tsd. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		30.403.437,59		16.799
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		3.370.896.555,04		3.284.990
			3.401.299.992,63	3.301.789
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.670.035.099,05			1.733.448
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	166.506.000,87			151.403
		1.836.541.099,92		1.884.851
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	2.849.811.495,02			2.956.352
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	935.713.754,08			746.511
		3.785.525.249,10		3.742.883
			5.622.066.349,02	5.627.714
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		2.496.699.174,10		2.206.904
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		-,-,-		-,-,-
			2.496.699.174,10	2.206.904
darunter:				
Geldmarktpapiere	-,-,- Euro			(-,-,-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,-,- Euro			(-,-,-)
4. Treuhandverbindlichkeiten			789.469,18	899
darunter: Treuhandkredite	789.469,18 Euro			(899)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			16.844.592,81	17.739
6. Rechnungsabgrenzungsposten			26.060.293,72	23.467
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		30.392.581,93		25.953
b) Steuerrückstellungen		4.770.608,00		14.970
c) andere Rückstellungen		53.686.620,55		45.943
			88.849.810,48	86.866
8. Nachrangige Verbindlichkeiten			214.269.447,04	226.399
9. Genusssrechtskapital			-,-,-	-,-,-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,-,- Euro			(-,-,-)
10. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		-,-,-		-,-,-
b) Kapitalrücklage		-,-,-		-,-,-
c) Gew innrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	674.664.422,96			613.309
cb) andere Rücklagen	-,-,-			-,-,-
		674.664.422,96		613.309
d) Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter		-,-,-		-,-,-
e) Konzerngewinn		82.797.184,97		61.356
			737.461.607,93	674.665
Summe der Passiva			12.604.340.736,91	12.165.842
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,-,-		-,-,-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		312.737.168,89		248.750
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		-,-,-		-,-,-
			312.737.168,89	248.750
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-,-		-,-,-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		656.250,00		-,-,-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		398.447.692,76		283.104
			399.103.942,76	283.104

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006

	Euro	Euro	Euro	1.1.-31.12.2005 Tsd. EUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	403.713.972,20			370.009
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	116.275.443,87			115.351
		519.989.416,07		485.351
2. Zinsaufwendungen		321.805.644,79		269.781
			198.183.771,28	215.579
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	37.946.471,95			(39.451)
b) Beteiligungen	6.794.422,03			(6.099)
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	-,-			(-,-)
d) Anteilen an assoziierten Unternehmen	9.039.804,28			(11.222)
			53.780.898,26	56.772
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			-,-	-,-
5. Provisionserträge	66.209.454,36			(60.606)
6. Provisionsaufwendungen	5.399.555,16			(5.153)
			60.809.899,20	55.473
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften			2.744.492,89	1.498
8. Sonstige betriebliche Erträge			17.043.771,47	24.785
			332.562.633,10	354.098
9. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	102.200.413,62			(91.337)
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Alters- versorgung 8.741.267,34 Euro	25.881.918,27	128.062.331,89		(26.822)
				(118.158)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		69.911.609,95		(9.873)
			197.993.941,84	(71.044)
				189.203
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			12.498.074,02	18.854
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen			21.496.911,29	25.460
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rück- stellungen im Kreditgeschäft		14.930.560,92		(-,-)
13. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rück- stellungen im Kreditgeschäft		-,-		(40.427)
			14.930.560,92	40.427
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlage- vermögen behandelte Wertpapiere		1.845.563,30		(-,-)
15. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		-,-		(4.122)
			1.845.563,30	4.122
16. Aufwendungen aus Verlustübernahme			-,-	-,-
17. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			83.797.581,73	176.130
18. Außerordentliche Erträge			-,-	(-,-)
19. Außerordentliche Aufwendungen			-,-	(-,-)
20. Außerordentliches Ergebnis			-,-	-,-
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20.748.773,29			(28.584)
22. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 11 ausgewiesen	251.623,47			(190)
			21.000.396,76	28.774
23. Jahresüberschuss			62.797.184,97	141.356
24. Anteile anderer Gesellschafter am Konzernergebnis			-,-	-,-
			62.797.184,97	141.356
25. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage	-,-			(-,-)
b) aus anderen Rücklagen	-,-			(-,-)
			-,-	-,-
			62.797.184,97	141.356
26. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage	-,-			(80.000)
b) in andere Rücklagen	-,-			(-,-)
			-,-	-,-
			-,-	80.000
27. Konzerngewinn			62.797.184,97	61.356

Eigenkapitalspiegel

Der Eigenkapitalspiegel des Konzerns Stadtparkasse Düsseldorf informiert über die Entwicklung des Konzerneigenkapitals. Die Darstellung des Eigenkapitalspiegels erfolgt in enger Anlehnung an den DRS 7.

Mio. EUR	Stadtparkasse Düsseldorf (Muttergesellschaft)			Minderheits- gesellschafter	Konzern- eigenkapital
	Gewinn- rücklagen	Konzern- gewinn/- verlust	Eigenkapital gem. Kon- zernbilanz	Minderheiten- kapital	
Bestand zum 31.12.2004	502,7	30,6	533,3	0,0	533,3
Konzernjahresüberschuss 2005	0,0	141,4	141,4	0,0	141,4
Zuführung zur Sicherheitsrücklage	80,0	-80,0	0,0	0,0	0,0
Zuführung aus dem Bilanzgewinn Vorjahr	30,6	-30,6	0,0	0,0	0,0
Entnahmen aus den Konzerngewinnrücklagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Änderungen des Konsolidierungskreises	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bestand zum 31.12.2005	613,3	61,4	674,7	0,0	674,7
Konzernjahresüberschuss 2006	0,0	62,8	62,8	0,0	62,8
Zuführung zur Sicherheitsrücklage	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zuführung aus dem Bilanzgewinn Vorjahr	61,4	-61,4	0,0	0,0	0,0
Entnahmen aus den Konzerngewinnrücklagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Änderungen des Konsolidierungskreises	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bestand zum 31.12.2006	674,7	62,8	737,5	0,0	737,5

Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung informiert über die Entwicklung der Zahlungsmittel des Konzerns Stadtparkasse Düsseldorf. In getrennter Darstellung wird der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit, der Cashflow aus Investitionstätigkeit sowie der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit ausgewiesen. Die Summe aus diesen Zahlungsströmen stimmt mit der Veränderung des Zahlungsmittelfonds in der Berichtsperiode überein.

Zum Zahlungsmittelfonds gehören der Kassenbestand, die Guthaben bei der Deutschen Bundesbank sowie die Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind. Die Kapitalflussrechnung ist eng an den bankspezifischen DRS 2-10 angelehnt.

Für Kreditinstitute ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung als gering anzusehen. Die Kapitalflussrechnung ersetzt für uns weder die Liquiditäts- bzw. Finanzplanung noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt.

Cashflow-Betrachtung in Mio. EUR	2006	2005
Konzernjahresüberschuss (einschließlich Ergebnisanteile von Minderheitsgesellschaftern)	62,8	61,4
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus laufender Tätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen	68,7	-13,4
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen (Passiva 7a und 7c)	12,2	13,0
Andere zahlungsunwirksame Erträge	-9,0	-11,2
Gewinn (-) / Verlust (+) aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen	0,0	-6,5
Sonstige Anpassungen (Saldo)	-215,4	-226,4
Zwischensumme	-80,7	-183,1
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus laufender Geschäftstätigkeit (nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile)		
Forderungen an Kreditinstitute	-32,8	-104,1
Forderungen an Kunden	-559,9	-353,7
Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagevermögen)	78,9	-264,4
Andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-6,1	-7,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	87,3	395,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-9,2	352,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	280,4	-87,5
Andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-2,1	1,2
Erhaltene Zinsen und Dividenden	558,8	523,0
Gezahlte Zinsen	-298,5	-267,9
Außerordentliche Einzahlungen	-	-
Außerordentliche Auszahlungen	-	-
Ertragsteuerzahlungen	31,0	-30,6
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	50,7	-26,5
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	8,0	12,5
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,4	0,1
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	47,7	-34,6
Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen	-4,8	-4,5
Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	-	-
Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	-	-
Mittelveränderungen aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	-	-
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-44,1	-26,5
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	-	80,0
Auszahlungen an Minderheitsgesellschafter	-	-
Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo)	-11,9	10,0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-11,9	90,0
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	129,6	92,6
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	50,7	-26,5
Cashflow aus Investitionstätigkeit	44,1	-26,5
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-11,9	90,0
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	124,3	129,6

Anhang zum Konzernabschluss 2006

I. Allgemeine Angaben

Die Stadtsparkasse Düsseldorf veröffentlicht für das Geschäftsjahr 2006 einen Konzernabschluss gemäß §§ 290 ff. Handelsgesetzbuch (HGB).

Der Konzernabschluss der Finanzgruppe Stadtsparkasse Düsseldorf wurde nach den Vorschriften des HGB sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Daneben wurden die vom Deutschen Standardisierungsrat verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gem. § 342 Abs. 2 HGB bekannt gegebenen Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) zur Kapitalflussrechnung (DRS 2-10), zur Segmentberichterstattung (DRS 3-10) sowie zum Konzerneigenkapital (DRS 7) berücksichtigt.

Die Lageberichterstattung erfolgt in enger Anlehnung an DRS 5-10 (Risikoberichterstattung) sowie DRS 15 (Lageberichterstattung).

DRS 10 – latente Steuern – und DRS 11 – Berichterstattung über Beziehungen zu nahe stehenden Personen – wenden wir nicht an. Die gesetzlichen Vorschriften wurden beachtet.

Soweit andere bekannt gegebene Deutsche Rechnungslegungsstandards gesetzliche Vorschriften konkretisieren, wurde dies der Bilanzierung und Bewertung zugrunde gelegt. Eine von den Empfehlungen der DRS abweichende Nutzung gesetzlicher Wahlrechte behalten wir uns vor (vgl. Angaben zu III. und IV.). Anhangangaben erfolgen im gesetzlich geforderten Umfang.

II. Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Finanzgruppe Stadtsparkasse Düsseldorf wurde den gesetzlichen Vorschriften entsprechend nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Das Geschäftsjahr aller in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften entspricht dem Kalenderjahr.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge, die zwischen einbezogenen Unternehmen zum Jahresende bestanden bzw. angefallen sind, wurden eliminiert. Zwischenergebnisse sind nach dem Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung der Unternehmen in den Konzernabschluss nicht angefallen. Vor der erstmaligen Einbeziehung wurden sie als für den Konzern realisiert betrachtet.

Die Erstkonsolidierung für die Firmengruppe wurde zum 01.01.2002 bzw. für nachfolgende Erwerbe zum Erwerbszeitpunkt durchgeführt.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Buchwertmethode.

Gemeinschaftsunternehmen wurden at Equity bewertet.

Die Bewertung der Anteile an assoziierten Unternehmen erfolgte nach der Equity-Methode auf Basis der Buchwerte. Der Equity-Wert wird zu jedem Konzernabschlussstichtag auf seine Werthaltigkeit überprüft. Übersteigt der Equity-Wert den beizulegenden Zeitwert, so wird eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen (DRS 8.28).

Unterschiedsbeträge aus der Aufrechnung des Beteiligungsbuchwerts mit dem anteiligen Eigenkapital wurden aktiviert und werden erfolgswirksam über ihre wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Im Berichtszeitraum wurden erstmalig drei assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode berücksichtigt. Der hierbei entstandene Geschäfts- oder Firmenwert beläuft sich auf 18 Tsd. €.

Sofern die assoziierten Unternehmen von der Stadtparkasse Düsseldorf abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anwenden, wurden diese nicht angepasst.

III. Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss wurden neben der Stadtparkasse Düsseldorf folgende sieben verbundene inländische Unternehmen einbezogen:

s - Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf
Equity Partners GmbH, Düsseldorf
s - Immobilien Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf
s - Finanz Services Düsseldorf GmbH, Düsseldorf
s - online-Service Düsseldorf GmbH, Düsseldorf
Büropark Brüsseler Straße GmbH, Düsseldorf
EP Unternehmensbeteiligungs GmbH, Düsseldorf

Im Einzelnen ergibt sich folgende Zuordnung im Konzernabschluss:

	Vorjahr	Zugänge	Abgänge	Berichtsjahr
Verbundene Unternehmen	9	-	-	9
davon in den Konzernabschluss einbezogen	7	-	-	7
gem. § 296 Abs. 1 S. 1 HGB nicht einbezogen	1	-	-	1
gem. § 296 Abs. 2 HGB nicht einbezogen	1	-	-	1
Assoziierte Unternehmen (at Equity bewertet gem. § 311 Abs. 1 HGB)	9	3	-	12
Assoziierte Unternehmen (nicht at Equity bewertet gem. § 311 Abs. 2 HGB)	6	-	1	5
Gemeinschaftsunternehmen (at Equity bewertet gem. § 311 Abs. 1 HGB)	2	-	-	2
Gemeinschaftsunternehmen (nicht at Equity bewertet gem. § 311 Abs. 2 HGB)	1	-	-	1

Tochterunternehmen ohne wesentliche Bedeutung für die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Konzerns wurden nicht in den Konzernabschluss einbezogen.

Insgesamt wurde ein verbundenes inländisches Unternehmen nach § 296 Abs. 2 HBG nicht konsolidiert. Die Bilanzsumme dieses Unternehmens beträgt weniger als 0,1 % der addierten Konzernbilanzsumme.

Ein verbundenes Unternehmen wurde gem. § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB aufgrund gesellschaftsrechtlicher Besonderheiten nicht in den Konzernabschluss einbezogen.

Fünf assoziierte Unternehmen mit einem Gesamtbuchwert von weniger als 0,1 Mio. € und ein Gemeinschaftsunternehmen mit einem Gesamtbuchwert von weniger als 0,1 Mio. € wurden nicht at Equity bewertet, da sie für die Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind.

IV. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1 Allgemeines

Für den Konzernabschluss der Finanzgruppe gelten die Ausweis-, Bewertungs- und Verfahrensgrundsätze der Stadtparkasse Düsseldorf. Dementsprechend wurden die Abschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen einheitlich nach den für die Stadtparkasse Düsseldorf geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erstellt.

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute haben wir zum Nennwert bilanziert. Von Dritten erworbene Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen wurden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden kapitalanteilig nach der Zinsstaffelmethode auf die Darlehenslaufzeit bzw. Festzinsfrist verteilt, zum Jahresabschluss 2006 erstmals auch für Förderdarlehen, die entsprechend der jeweiligen Programmrichtlinie mit einem Auszahlungseinbehalt versehen sind. Laufzeitzinsdarlehen haben wir zum Zeitwert bilanziert.

Für akute Ausfallrisiken wurden bei Forderungen an Kunden in Höhe des zu erwartenden Ausfalls Einzelwertberichtigungen gebildet. Außerdem haben wir nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt. Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute.

Der Wechselbestand wurde zum Zeitwert bilanziert.

Alle Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet; dabei machen wir von der Möglichkeit der Durchschnittsbewertung Gebrauch.

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen, die nicht in den Konzernabschluss einbezogen wurden, sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen wegen dauernder Wertminderung, bilanziert. Ausstehende vertragliche Verpflichtungen zur Leistung von Einlagen wurden gemäß IDW RS HFA 18 behandelt.

Die immateriellen Anlagewerte und das Sachanlagevermögen wurden entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer im Wesentlichen linear abgeschrieben. Die Abschreibungen von Neuananschaffungen im Bereich der immateriellen Anlagewerte und der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgen pro rata temporis. Geringwertige Vermögensgegenstände (bis 410,00 € Anschaffungskosten) werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Ab dem Geschäftsjahr 2005 neu angeschaffte Software wurde nach den Grundsätzen des Rechnungslegungsstandards HFA 11 des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. bilanziert.

Verbindlichkeiten sind mit den Rückzahlungsbeträgen angesetzt. Die Disagien zu Verbindlichkeiten wurden in den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite aufgenommen.

Unterschiedsbeträge zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag bei Verbindlichkeiten werden auf deren Laufzeit verteilt.

Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten wurden in ausreichender Höhe gebildet. Die Pensionsrückstellungen wurden unter Zugrundelegung eines Abzinsungssatzes von 4 % (Vorjahre 6 %) auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005G berechnet. Die daraus resultierenden Aufwendungen von 5,0 Mio. € wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Zusätzlich wurden Aufwandsrückstellungen (§ 249 Abs. 2 HGB) gebildet.

Einen Abgrenzungsposten für zukünftige Steuerentlastungen haben wir nicht gebildet.

Options- und Termingeschäfte wurden zum Marktpreis am Abschlussstichtag bewertet. Für Bewertungsverluste haben wir Rückstellungen gebildet, Bewertungsgewinne blieben ohne Ansatz. Im Rahmen der verbundenen Bewertung haben wir die Bewertungserfolge gegeneinander aufgerechnet.

Die im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsderivate wurden in die Betrachtung des gesamten Zinsänderungsrisikos einbezogen und somit nicht einzeln bewertet.

Im Jahr 2006 haben wir das Verfahren der Abgrenzung von Upfront-Payments bei Zinsderivaten mit Tilgungsstruktur umgestellt. Die Verteilung erfolgt nun nicht mehr in direkter Abhängigkeit der Tilgungsstruktur, sondern zu Laufzeitbeginn in Bezug auf den Basisbetrag des Swaps. Erst wenn eine Tilgung erfolgt, wird der auf den Tilgungsanteil anfallende Teil unmittelbar aufgelöst.

2 Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgte nach den Vorschriften des § 340h HGB. Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens und Schulden sowie nicht abgewickelte Kassageschäfte wurden mit Kassakursen am Bilanzstichtag in € umgerechnet. Für am Jahresende nicht abgewickelte Termingeschäfte wurde der Terminkurs des Bilanzstichtages für die Restlaufzeit herangezogen.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Die Währungspositionen, die der zentralen Steuerung des Währungsrisikos zuzurechnen sind, unterliegen gemäß Definition einer besonderen Deckung. Erträge aus der Umrechnung besonders gedeckter Geschäfte wurden erfolgswirksam vereinnahmt.

Die Sparkasse erfüllt die Kriterien der besonderen Deckung weitgehend durch den Abschluss von betrags- und fristenkongruenten Gegengeschäften sowie durch die Führung von Währungspositionen.

3 Erläuterungen zur Konzernbilanz sowie zur Konzerngewinn- und Verlustrechnung

Die zu Posten oder Unterposten der Konzernbilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge enthalten keine anteiligen Zinsen.

3.1 **AKTIVA 3**

Forderungen an Kreditinstitute	€	2005 Tsd.€
---------------------------------------	----------	-----------------------

In diesem Posten sind enthalten:

- Forderungen an die eigene Girozentrale.....	327.280.442,16	322.422
-----------------------------------------------	----------------	---------

Der Unterposten b) - andere Forderungen - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate.....	20.587.883,47	169.623
- mehr als drei Monate bis ein Jahr.....	713.155.529,33	624.411
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre.....	74.041.386,30	89.918
- mehr als fünf Jahre.....	13.654.801,75	5.098

In dem Unterposten b) sind enthalten:

- nachrangige Forderungen.....	32.058.066,06	32.057
--------------------------------	---------------	--------

3.2 **AKTIVA 4**

Forderungen an Kunden	€	2005 Tsd.€
------------------------------	----------	-----------------------

In diesem Posten sind enthalten:

- Forderungen an verbundene Unternehmen.....	0,00	0
- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.....	3.550.146,61	4.053
- Forderungen an assoziierten Unternehmen	47.021.959,66	32.942
- nachrangige Forderungen	13.315.490,54	9.527
- darunter:		
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.809.737,21	611

Für diese Forderungen bestehen Haftungsfreistellungen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Höhe von 8.525.250,00 €.

Dieser Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate	655.668.860,10	743.398
- mehr als drei Monate bis ein Jahr.....	450.118.544,82	554.135
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre.....	1.311.410.875,00	1.124.591
- mehr als fünf Jahre.....	3.873.571.296,13	3.421.958
- Forderungen mit unbestimmter Laufzeit.....	540.731.782,82	446.016

	€	2005 Tsd.€
Der unter Aktiva 4 Unterausweis „darunter durch Grundpfandrechte gesichert“ angegebene Vorjahresbetrag ist mit dem Betrag des Geschäftsjahres nicht vergleichbar, weil der Zuwachs in der Hauptsache aus der Anwendung verfeinerter Datenverarbeitungsprogramme bei der Ermittlung der Beträge resultiert.		
3.3 AKTIVA 5		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
In diesem Posten sind enthalten:		
- Beträge, die bis zum 31.12.2007 fällig werden.....	911.813.492,98	
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind		
- börsennotiert.....	3.314.256.190,27	3.317.685
- nicht börsennotiert.....	63.002.995,44	17.487
In dem Unterposten b) - Anleihen und Schuldverschreibungen - sind enthalten:		
- nachrangige Forderungen.....	10.588.073,71	10.588
3.4 AKTIVA 6		
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
In diesem Posten sind enthalten:		
- Investmentanteile von 11 Spezialfonds mit einem Buchwert von.....	549.938.251,14	753.950
Alleinige Anteilsinhaberin ist die Sparkasse. Die Anteilscheine sind nur mit Zustimmung der jeweiligen Gesellschaft übertragbar. Die Sparkasse kann Sachauskehrung der Vermögenswerte verlangen.		
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind		
- börsennotiert.....	83.380.831,61	64.301
- nicht börsennotiert.....	75.371.500,00	188.445
3.5 AKTIVA 7 / AKTIVA 8 / AKTIVA 9		
Beteiligungen / Assoziierte Unternehmen / Anteile an verbundenen Unternehmen		
An folgenden großen Kapitalgesellschaften halten wir mehr als 5% der Stimmrechte: SWD Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG (25,99%)		

	€	2005 Tsd. €
Von den Beteiligungen, die in börsenfähigen Wertpapieren verbrieft sind, sind:		
- börsennotiert.....	3.170,01	3
- nicht börsennotiert.....	0,00	0
<p>Die nach § 313 Abs. 2 HBG notwendigen Angaben über den Anteilsbesitz der Stadtparkasse Düsseldorf wurden gemäß § 313 Abs. 4 HGB in einer gesonderten Aufstellung beim Handelsregister Düsseldorf (HR Auszug 14082) hinterlegt.</p>		
3.6	AKTIVA 10	
	Treuhandvermögen	
<p>Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden dar.</p>		
3.7	AKTIVA 12	
	Immaterielle Anlagewerte	
<p>In diesem Posten ist ausschließlich EDV-Software enthalten.</p>		
3.8	AKTIVA 13	
	Sachanlagen	
<p>In diesem Posten sind enthalten:</p>		
- im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude.....	64.022.578,00	70.113
3.9	AKTIVA 14	
	Sonstige Vermögensgegenstände	
<p>In diesem Posten sind enthalten:</p> <p>Geschäftsanteile an Genossenschaften in Höhe von 97.571,44 € (Vorjahr 97.571,44 €) und erstmalig eine Münzsammlung in Höhe von 264.080,00 € (Vorjahr Aktiva 13), die dem Anlagevermögen zuzurechnen sind.</p> <p>Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und Gebäude in Höhe von 11.582.454,93 € (Vorjahr 11.931.880,39 €)</p>		
3.10	AKTIVA 15	
	Rechnungsabgrenzungsposten	
<p>In diesem Posten ist enthalten der Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten in Höhe von.....</p>		
	7.558.343,26	3.790
3.11	Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von	128.402
	105.561.922,39	

**Entwicklung des Anlagevermögens
in Euro**

Finanzanlagevermögen	Beteiligungen	Beteiligung an assoziierten Unternehmen	Anteile an verbundenen Unternehmen	
Bilanzwert am Vorjahresende	223.675.730,49	86.729.218,51	27.500,00	
Veränderungen im Geschäftsjahr	36.070.395,34	199.089,11	0,00	
Bilanzwert 31.12.2006	259.746.125,83	86.928.307,62	27.500,00	
(Vorjahr)	(223.675.730,49)	(86.729.218,51)	(27.500,00)	
Sonstiges Anlagevermögen	Immaterielle Anlagewerte	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsaus- stattung	Sonstige Vermögens- gegenstände
Anschaffungskosten	12.988.027,56	133.384.846,85	73.697.032,18	97.571,44
Zugänge	1.148.021,49	132.251,93	3.491.968,67	0,00
Abgänge	106.333,14	0,00	3.984.492,22	0,00
Umbuchungen	0,00	0,00	572.159,37	572.159,37
Zuschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Kumulierte Abschreibungen	12.638.363,66	63.424.678,11	60.885.116,76	308.079,37
Bilanzwert 31.12.2006	1.391.352,25	70.092.420,67	11.747.232,50	361.651,44
(Vorjahr)	(1.626.431,75)	(76.437.733,26)	(13.228.234,67)	(97.571,44)
Abschreibungen Geschäftsjahr	1.380.104,99	6.477.564,52	4.640.404,51	308.079,37
(Vorjahr)	(1.269.452,26)	(6.464.846,90)	(6.119.678,56)	(0,00)

**3.12 PASSIVA 1
Verbindlichkeiten gegenüber
Kreditinstituten**

€

**2005
Tsd.€**

In diesem Posten sind enthalten:

- Weiterleitungsmittel, zu denen die betreffenden zweckgebundenen Darlehen als Sicherheit an das Förderinstitut abgetreten wurden.....	188.074.162,83	153.732
- Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale.....	34.275.873,06	28.320

Der Unterposten b) - mit vereinbarter Laufzeit
oder Kündigungsfrist - setzt sich nach
Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate.....	1.609.195.379,22	1.393.007
- mehr als drei Monate bis ein Jahr.....	115.375.139,44	70.562
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre.....	391.730.362,57	594.409
- mehr als fünf Jahre.....	1.209.359.302,43	1.194.009

3.13 PASSIVA 2		2005
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	€	Tsd.€
In diesem Posten sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.....	19.469,87	22
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.....	3.205.420,61	1.847
- Verbindlichkeiten gegenüber assoziierten Unternehmen.....	10.970.949,09	14.309
Der Unterposten a) ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate.....	58.738.603,64	12.059
- mehr als drei Monate bis ein Jahr.....	75.314.831,68	105.157
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre.....	28.194.916,79	30.021
- mehr als fünf Jahre.....	2.515.099,29	3.536
Der Unterposten b) bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate.....	609.757.466,32	424.070
- mehr als drei Monate bis ein Jahr.....	154.653.994,69	114.555
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre.....	84.658.771,92	163.872
- mehr als fünf Jahre.....	78.406.682,14	77.292
3.14 PASSIVA 3		
Verbriefte Verbindlichkeiten		
Im Unterposten a) - begebene Schuldverschreibungen - sind bis zum 31.12.2007 fällige Beträge enthalten:.....		
	485.400.406,03	
3.15 PASSIVA 4		
Treuhandverbindlichkeiten		
Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.		
3.16 PASSIVA 6		
Rechnungsabgrenzungsposten		
In diesem Posten ist enthalten der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Zahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von.....		
	18.125.246,26	16.150

		2005	
3.17 PASSIVA 7	€	Tsd.€	
Rückstellungen			
Im Unterposten b) – Steuerrückstellungen – sind u.a. Rückstellungen für latente Steuern enthalten in Höhe von.....			
	0,00	5.160	
3.18 PASSIVA 8			
Nachrangige Verbindlichkeiten			
Die Bedingungen für diese eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a Satz 1 KWG. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen.			
Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrages:			
21.733.769,46 €; Zerobonds; Fälligkeit 7. Oktober 2013;			
Ein außerordentliches Kündigungsrecht ist nicht eingeräumt.			
Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Durchschnittsverzinsung von 4,48 % und ursprüngliche Laufzeiten von fünf bis elf Jahren. Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden 14.704.663,85 € zur Rückzahlung fällig.			
Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in Höhe von.....			
	9.987.832,93	10.607	
		angefallen.	
3.19			
Unter den Passiva und den Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von.....			
	77.218.368,92	72.352	
3.20			
Für die Verbindlichkeiten aus Offenmarktgeschäften mit der zentralen Notenbank sind marktfähige Wertpapiere mit einem Buchwert von insgesamt			
	1.500.610.000,00	1.300.264	
		als Sicherheit übertragen worden.	

- 3.21** Der Konzern hat - neben Handelsgeschäften - zur Sicherung von Währungs- und Zinsänderungsrisiken Termingeschäfte abgeschlossen. Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte verteilen sich auf Devisentermingeschäfte, Zinsswaps, Zinsterminkontrakte und Zinsoptionsgeschäfte sowie Forwardzinsswappgeschäfte. Darüber hinaus wurden strukturierte Produkte mit Termingeschäftskomponenten in Form von Anleihen mit Sonderkündigungsrechten, rating-abhängigen und ratinglichen Zinsvereinbarungen, Asset Backed Securities sowie Credit Linked Notes (CLN) abgeschlossen.

Bei den Termingeschäften in fremder Währung und den zinsbezogenen Termingeschäften handelt es sich überwiegend um Deckungs- und Sicherungsgeschäfte.

- 3.22** Zum Bilanzstichtag gliedern sich die derivativen Finanzinstrumente wie folgt:

	Nominalbeträge				Zeitwerte ¹	Buchwerte	
	in Mio. €					in Mio. €	in Mio. €
	nach Restlaufzeiten						Optionsprämie/Var-Margin up-front
	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre	Insgesamt			
Zins-/zinsindexbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
Termingeschäfte							
Zinsswaps einschließl. Forwardswaps	109	788	1.617	2.514	60 -19	(A14) 3 (P6) 4	6
Optionen							
Longpositionen	2	53	73	129	1	(A13) 2	
Shortpositionen	2	57	73	132	-1	(P5) 2	
Börsen-Produkte							
Termingeschäfte							
Zeichnung Ziel-Zins-Expander IHS über das Jahresende	25			25	25		
Optionen							
Longpositionen							
Shortpositionen							
Summe²	138	899	1.763	2.800	65		
Währungsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
Termingeschäfte							
Devisentermingeschäfte [*]	190	1		190	2 0		
Summe²	190	1		190	1		

1) Aus Sicht des Konzerns negative Werte werden mit Minus angegeben.
 2) Eventuelle Abweichungen in den Summen beruhen auf maschinelle Rundungen.
^{*} € Gegenwerte

Für Zinsswaps wurden die Zeitwerte als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Dabei fanden die Swap-Zinskurven per 31.12.2006 Verwendung, die den Währungen der jeweiligen Geschäfte entsprechen und den Veröffentlichungen der Agentur Reuters entnommen wurden. Die ausgewiesenen Zeitwerte enthalten keine Abgrenzungen und Kosten (clean price).

In den Zinsswaps sind Cash-Flow-Hedges zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos in Höhe von 830,0 Mio. € mit Restlaufzeiten von über 5 Jahren enthalten.

Der Zeitwert des Terminkontraktes wurde wie folgt ermittelt:

Da eine amtliche Notierung am Stichtag noch nicht bestand, wurde der Kaufpreis zur Marktbewertung herangezogen.

Zur Ermittlung der Zeitwerte von Devisentermingeschäften wurde der Terminkurs am Bilanzstichtag für die entsprechenden Restlaufzeiten herangezogen. Diese wurden den Veröffentlichungen der Agentur Reuters entnommen.

Zeitwerte von Caps wurden auf der Basis der Methode Black 76 (adaptierte Black-Scholes-Formel) ermittelt. Hierzu wurden Swap-Zinskurven und die den Restlaufzeiten entsprechenden Zinsvolatilitäten per 31.12.2006 aus der Quelle Reuters herangezogen.

Bei den Kontrahenten der derivativen Finanzinstrumente handelt es sich um deutsche Kreditinstitute, die eigene Girozentrale und Kreditinstitute aus dem OECD-Raum. Zusätzlich wurden Devisentermingeschäfte, Zinsswaps und Caps mit Kunden abgeschlossen.

- 3.23** Der Konzern hat in 2003 einen öffentlichen Pfandbrief und in 2004 einen Hypothekenpfandbrief (jeweils nach „altem“ Pfandbriefgesetz) mit einem Nominalwert von jeweils 100,0 Mio. € platziert. Darüber hinaus wurde in 2006 nach „neuem“ Pfandbriefgesetz ein festverzinslicher öffentlicher Pfandbrief mit einer Laufzeit von drei Jahren über 100,0 Mio. € platziert.

Die Deckungsrechnungen stellen sich zum
31.12.2006 wie folgt dar:

Öffentlicher Pfandbrief (nach „altem“ Pfandbriefgesetz):	Nominalwert in T€	Barwert in T€ gem. PfandBarwertV
<u>Ordentliche Deckung:</u>		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	93.670	99.360
Forderungen an Kunden (Kommunalkredite)	17.310	17.853
<u>Ersatzdeckung:</u>		
Forderungen an Kreditinstitute	3.000	3.000
<u>Deckungswerte insgesamt:</u>	113.980	120.213
Summe des deckungspflichtigen öffentlichen Pfandbriefes	100.000	99.743
<u>Überdeckung:</u>	13.980	20.470
Hypothekendarlehen (nach „altem“ Pfandbriefgesetz):	Nominalwert in T€	Barwert in T€ gem. HypBarwertV
<u>Ordentliche Deckung:</u>		
Forderungen an Kunden (grundpfandrechlich gesicherte Darlehen)	100.328	105.614
<u>Ersatzdeckung:</u>		
Forderungen an Kunden (Kommunalkredite)	9.408	9.959
<u>Deckungswerte insgesamt:</u>	109.736	115.573
Summe des deckungspflichtigen Hypothekendarlehen	100.000	99.038
<u>Überdeckung:</u>	9.736	16.535
Öffentlicher Pfandbrief (nach „neuem“ Pfandbriefgesetz):	Nominalwert in T€	Barwert in T€ gem. PfandBarwertV
<u>Ordentliche Deckung:</u>		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere gegenüber regionalen Gebietskörperschaften mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren.	112.728	122.235
<u>Deckungswerte insgesamt:</u>	112.728	122.235
Summe des deckungspflichtigen öffentlichen Pfandbriefes	100.000	99.274
<u>Überdeckung:</u>	12.728	22.961
<u>Risikobarwert:</u> gem. PfandBarwertV	Öffentl. Pfandbrief	Deckungs- werte
Verschiebung um + 250 Basispunkte	92.899	116.575
Verschiebung um – 250 Basispunkte	106.267	128.329

3.24 In den sonstigen betrieblichen Erträgen (GuV Posten 8) sind Erfolge aus Sicherungsgeschäften für Wertpapiere der Liquiditätsreserve in Höhe von 3.535.267,50 € enthalten.

3.25 Im GuV Posten 11 (sonstige betriebliche Aufwendungen) sind Aufwendungen für Sicherungsgeschäfte zu Wertpapieren der Liquiditätsreserve in Höhe von 4.909.842,05 € enthalten.

3.26 Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf, ist gemäß § 27 Abs. 2 und § 38 Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen sowie § 340k HGB gesetzlicher Abschlussprüfer. Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:

a.) für die Abschlussprüfung	T€	479
b.) für sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	T€	-
c.) für sonstige Leistungen	T€	-

3.27 Die Stadtsparkasse Düsseldorf ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 01.03.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2006 betrug der Umlagesatz 4,25 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts (Bemessungsgrundlage). Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolge dessen erhebt die RZVK gemäß § 63 ihrer Satzung zusätzlich zur Umlage ein so genanntes Sanierungsgeld in Höhe von 2,5% der Bemessungsgrundlage zur teilweisen Finanzierung der Ansprüche und Anwartschaften, die vor dem 1. Januar 2002 begründet worden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte regelmäßig neu festgesetzt (§ 60 Satzung der RZVK). Zusatzbeiträge (§ 64 Satzung der RZVK) zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden zur Zeit nicht erhoben. In Anbetracht der mit dem Umlageverfahren verbundenen Risiken aufgrund der demografischen Entwicklung können Finanzierungslücken bzw. Beitragserhöhungen nicht ausgeschlossen und nicht quantifiziert werden.

Gemäß vertraglicher Vereinbarung zwischen der Stadt Düsseldorf als bisheriger Versorgungsträgerin und der RZVK war zum Ausgleich der mit der seinerzeitigen Übernahme der Versorgungsverpflichtungen verbundenen wirtschaftlichen Nachteile für die Jahre 2001 bis 2015 eine zusätzliche Sonderumlage zu leisten. Nach entsprechenden rätierlichen Zahlungen zu Lasten des ordentlichen Personalaufwandes in den Jahren 2001 bis 2005 wurde die restliche Ausgleichsverpflichtung in Höhe von 10,7 Mio. € aus steuerlichen Erwägungen im Geschäftsjahr 2006 zu Lasten des aperiodischen Personalaufwandes barwertig abgelöst.

Im Jahr 2006 betragen die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung 15.944.931,29 €.

3.28 Am Bilanzstichtag bestehen aus der Bilanz nicht ersichtliche finanzielle Verpflichtungen in Höhe von ca. 211.500.000,00 €.

4 Sonstige Angaben

- 4.1** Den Mitgliedern sowie dem stellvertretenden Mitglied des Vorstandes der Stadtsparkasse Düsseldorf wurden Gesamtbezüge in Höhe von 1.753.042,03 € gezahlt. Für die Mitglieder des Vorstandes der Stadtsparkasse Düsseldorf bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 3.723.444,00 €. Dieser Personengruppe wurden Vorschüsse und Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 1.139.181,02 € gewährt.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes der Stadtsparkasse Düsseldorf und deren Hinterbliebene wurden Gesamtbezüge in Höhe von 1.504.615,65 € gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 16.828.007,00 €.

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Verwaltungsrates sowie des Beirates der Stadtsparkasse Düsseldorf betragen 180.860,48 €. An diese Personengruppe waren Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 4.378.226,21 € ausgereicht.

Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung informiert über Rentabilität, Wachstumschancen, Zukunftsaussichten und Investitionsrisiken in den Unternehmensbereichen des Konzerns. Die Segmentergebnisse spiegeln das interne Berichtssystem der Stadtparkasse Düsseldorf wider.

Die Steuerung der Aktivitäten erfolgt bei der Stadtparkasse Düsseldorf durch eine strategische Geschäftsbereichsrechnung, die der Organisationsstruktur entspricht. Ausgehend von der strategischen Geschäftsbereichsrechnung folgt die Abgrenzung der Kundensegmente mit ihren dazugehörigen Marktbereichen dem Risk and Reward Ansatz (homogene Chancen und Risiken), dem Management-Approach (Widerspiegelung der internen Berichtsstruktur in den Segmenten) sowie den Größenklassenkriterien des DRS 3 bzw. 3-10:

- Das Segment Firmenkunden fasst das zentrale Firmenkundengeschäft, das dezentrale Firmenkundengeschäft, das institutionelle Geschäft, die Fachbetreuungen Auslandsgeschäft, Leasing-Sonderfinanzierungen und strukturierte Finanzierungen zusammen.
- Das Segment Immobilienkunden betreut in direkter Kundenverantwortung das Baurärgeschäft und steuert das Produktsegment private Wohnungsbaufinanzierungen.
- Das Segment Private Banking umfasst die Kundengruppen Vermögenskunden und Individualkunden, die von zentralen Spezialisten und Betreuern beraten werden. Zusätzlich wird über diesen Bereich das Produktsegment Wertpapiergeschäft für alle privaten Kunden gesteuert.
- Das Segment Privat- und Gewerbekunden wird über drei Geschäftsbereiche geführt. Unterstützt wird dieser Bereich durch die Abteilung Marketing- und Vertriebsupport sowie die Wertpapierstabsstelle, die seit dem vierten Quartal 2006 organisatorisch dem Geschäftsfeld Asset Management zugeordnet ist.
- Das Segment Handel umfasst den Eigen- und Kundenhandel, die kapitalmarktnahe Betreuung (Wertpapiergeschäft und Derivate) von ausgewählten zentralen Institutionellen bzw. Firmenkunden. Zu diesem Segment zählen ferner das Interbankengeschäft und die Steuerung der Wertpapiereigenanlagen. Zusätzlich ist dieses Segment mit der Steuerung der Zinsänderungsrisiken bzw. Fristentransformationsbeiträge betraut.
- Das Segment Teilkonzern -KBG umfasst die Holding „Sparkassenkapitalbeteiligungsgesellschaft mbH“ (-KBG) und ihre konsolidierten Gesellschaften.
- In der Spalte „Sonstige und Konsolidierung“ sind neben segmentübergreifenden Konsolidierungsvorgängen die Ergebnisbeiträge abgebildet, die vom Gesamtvorstand übergreifend verantwortet werden und somit nicht in den Verantwortungsbereich der einzelnen Segmente fallen. In diesem Segment enthalten sind auch Verwaltungsaufwendungen über 26,5 Mio. €, die als allgemeine Deckungslast gemäß Teilkostenrechnung nicht direkt den Geschäftsbereichen verursachungsgerecht zugeordnet werden können. Zudem werden u. a. Veränderungen der Vorsorgereserven ausgewiesen.

Bereits im 4. Quartal 2005 wurde die Kalkulation der variablen Passivprodukte auf die Methode der gleitenden Marktzinssätze umgestellt. Diese Änderung wirkt nun für das gesamte Jahr 2006. Dadurch kommt es innerhalb der Segmente zu Verschiebungen bei den Bruttoerträgen (vom GB Handel zugunsten der übrigen Segmente).

Die Erträge und die Aufwendungen wurden verursachungsgerecht den Segmenten zugeordnet. Die Zinskonditionsbeiträge werden gemäß Marktzinsmethode als Teile des Zinsüberschusses bei den Kunden-Geschäftsbereichen ausgewiesen. Die Position „Verwaltungsaufwand“ beinhaltet den Personalaufwand, den Sachaufwand sowie die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen.

Das Ergebnis nach Risikovorsorge entspricht dem Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit vor Steuern.

Das „Segmentvermögen“ enthält die Bilanzaktiva. Die „Segmentverbindlichkeiten“ enthalten die Bilanzpassiva abzüglich des bilanziellen Eigenkapitals.

Die Risikopositionen umfassen die jahresdurchschnittlichen Risikoaktiva sowie die Marktrisikopositionen gemäß dem bankaufsichtsrechtlichen Grundsatz I.

Als regulatorisches Kapital wird das haftende Eigenkapital gem. §§ 10 ff. KWG ausgewiesen, wobei die Segmente mit einer Kapitalquote von 8,4 % ausgestattet wurden. Abweichungen zum bilanziellen Eigenkapital resultieren im Wesentlichen für die Institutgruppe Stadtparkasse Düsseldorf aus der Einbeziehung von bankaufsichtsrechtlichen Ergänzungskapitalbestandteilen sowie der nicht vollständigen Aufteilung der Eigenmittel auf die Segmente. Die Zuordnung des Eigenkapitals erfolgte auf Basis der internen Geschäftsbereichsrechnung.

Die wesentlichen Ertrags- und Kostenpositionen sowie die aus der Geschäftstätigkeit resultierenden Risiken sind aufgrund des Regionalprinzips auf den Wirtschaftsraum Düsseldorf beschränkt. Dem entsprechend wird eine Segmentierung nach Regionen weitestgehend mit den Gesamtkonzernwerten aus der Segmentierung nach Kundengruppen übereinstimmen.

Die Darstellung des Segmentberichtes erfolgte in enger Anlehnung an den bankenspezifischen DRS 3-10.

Segmentberichterstattung des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf 2006 in Mio. Euro	Firmenkunden	Immobilienkunden	Private Banking	Privat- und Gewerbekunden	Handel	Teilkonzerns KBG	Sonstige und Konsolidierung	Konzern gesamt
Zinsüberschuss (inkl. Erträge GuV 3a-d und 4)	55,5	10,3	7,8	116,8	48,5	6,0	7,1	252,0
Risikovorsorge/Bewertung (GuV 12-16)	-28,8	-1,1	0,1	-4,6	-4,8	-1,9	24,3	-16,8
Provisionsüberschuss / Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	13,9	2,1	4,7	38,6	1,6	4,5	-1,8	83,6
sonst. betriebliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,8	2,9	-6,6	-4,5
Verwaltungsaufwand	-27,7	-4,2	-6,7	-118,6	-5,4	-8,5	-39,4	-210,5
Ergebnis nach Risikovorsorge	12,9	7,1	5,9	32,2	39,1	3,0	-16,4	83,8
Segmentvermögen	3.074,3	755,8	161,4	2.905,0	5.151,3	136,9	419,6	12.604,3
Segmentverbindlichkeiten	1.583,3	77,4	678,6	4.122,2	5.108,7	9,3	287,4	11.866,9
Risikopositionen	3.028,1	711,4	119,9	2.193,9	1.324,7	304,5	370,3	8.052,8
regulatorisches Kapital	254,4	59,8	10,1	184,3	111,3	25,6	31,1	
Rentabilität des regulatorischen Kapitals	5%	12%	59%	17%	35%	12%		
Aufwand/Ertrag-Relation	40%	34%	54%	76%	11%	63%		

Segmentberichterstattung des Konzerns Stadtsparkasse Düsseldorf 2005 in Mio. Euro	Firmenkunden	Immobilienkunden	Private Banking	Privat- und Gewerbekunden	Handel	Teilkonzerns KBG	Sonstige und Konsolidierung	Konzern gesamt
Zinsüberschuss (inkl. Erträge GuV 3a-d und 4)	47,7	9,6	5,6	109,8	84,3	11,9	3,4	272,3
Risikovorsorge/Bewertung (GuV 13-17)	-23,3	-5,7	0,1	-4,1	-0,5	-4,5	82,6	-44,6
Provisionsüberschuss / Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	13,4	1,1	4,0	37,7	0,0	4,2	-3,4	57,0
sonst. betriebliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0	-1,3	3,3	-2,7	-0,7
Verwaltungsaufwand	-24,9	-3,8	-5,6	-123,1	-4,2	-7,8	-33,7	-203,1
Ergebnis nach Risikovorsorge	12,9	1,2	4,1	20,3	78,3	7,1	46,2	170,1
Segmentvermögen	2.961,4	649,7	136,9	2.758,2	5.289,4	103,4	266,8	12.165,8
Segmentverbindlichkeiten	1.612,8	56,8	614,7	4.053,3	4.905,6	8,7	239,3	11.491,2
Risikopositionen	2.761,8	628,8	119,5	2.112,2	1.328,1	204,5	526,1	7.681,0
regulatorisches Kapital	232,0	52,8	10,0	177,4	111,6	17,2	44,2	
Rentabilität des regulatorischen Kapitals	6%	2%	41%	11%	70%	41%		
Aufwand/Ertrag-Relation	41%	36%	58%	83%	5%	40%		

4.2 **Verwaltungsrat**

Vorsitzendes Mitglied

Joachim Erwin,
Oberbürgermeister

Mitglieder

Gudrun Hock,
*Bürgermeisterin, Beigeordnete für Jugend und
Soziales bei der Stadt Essen*

1. Stellvertreterin des vorsitzenden Mitglieds

Dirk Elbers,
Bürgermeister, Rentmeister

2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Friedrich G. Conzen,
Selbständiger Einzelhandelskaufmann

Bernd Hebbing,
Tätigkeit in Aufsichtsräten

Helga Leibauer,
Hausfrau

Dr. Ulrich Müller,
Wissenschaftlicher Angestellter

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann,
Freiberuflich in der Buchverlagsbranche tätig

Wolfgang Scheffler,
Lehrer

Ursula Schiefer,
Hausfrau

Ursula Schlösser,
Kommunalbeamtin bei der Stadt Kerpen

Günter Wurm,
Dipl. Verwaltungswirt, Beamter

Stellvertreter

Annette Steller,
Geschäftsführerin der SPD-Ratsfraktion

Harald Wachter,
Selbständiger Unternehmensberater

Hildegard Kempkes,
Lehrerin a.D.

Olaf Lehne,
Rechtsanwalt

Petra Kammerevert,
Dipl. Sozialwissenschaftlerin

Karl-Heinz Göbel,
Betriebsschlosser

Thomas Nicolin,
Kfm. Leiter

Günter Karen-Jungen,
*Verwaltungsangestellter im
Vorruhestand*

Dr. Alexander Fils,
Kunstverleger

Wally Hengsberger,
Sekretärin

Karl-Josef Keil,
*Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt
Düsseldorf a.D.*

Arbeitnehmervertreter (Mitarbeiter/innen der Stadtsparkasse Düsseldorf)

Rudolf Hildmann (bis 14.12.2006)

Sandra Enenkel (ab 15.12.2006)

Frank Hinrichs

Herbert Kleber

Silvia Kusel

Wilfried Preisendörfer

Axel Roscher

Petra Sassenhausen

Bodo Plata

Rudi Petruschke

Sandra Enenkel (bis 14.12.2006)

Bettina Braun-Thul (ab 15.12.2006)

Detlef Schnierer

Gerd Lindemann

4.3 Vorstand

Heinz-Martin Humme	Vorsitzender
Bernd Eversmann	
Peter Fröhlich	
Karl-Heinz Stiegemann	(ab 01.09.2006)
Ulrich H. Maurer	Stellvertreter gemäß § 18 Abs. 2 SpkG (bis 30.11.2006)

4.4 Mitgliedschaft in Aufsichtsgremien folgender Kapitalgesellschaften gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Folgendes Mitglied des Vorstandes und ein Mitarbeiter der Stadtparkasse sind Mitglieder des Aufsichtsrates folgender Kapitalgesellschaften:

Heinz-Martin Humme	Mitglied des Aufsichtsrates der DS Technologie Werkzeugmaschinenbau GmbH, Mönchengladbach
	Mitglied des Aufsichtsrates der SWD Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG
Klaus Mauersberger	Mitglied des Aufsichtsrates der SWD Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG

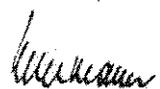
4.5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt wurden
beschäftigt:

Vollzeitkräfte	1.440
Teilzeit- und Ultimokräfte	521
	<u>1.961</u>
Auszubildende	76
	<u>76</u>
insgesamt	<u>2.037</u>

Düsseldorf, 17. April 2007

Der Vorstand

Humme Eversmann Fröhlich Stiegemann

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Stadtparkasse Düsseldorf aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel sowie Segmentberichterstattung - und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 01.01.2006 bis 31.12.2006 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstandes der Stadtparkasse Düsseldorf. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und über den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, 18. April 2007

Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Engel
Wirtschaftsprüfer

Langer
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat hat im Geschäftsjahr 2006 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Der Verwaltungsrat wurde vom Vorstand direkt und über den Bilanzprüfungsausschuss über die Erstellung des Konzernabschlusses 2006 informiert.

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes hat den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht 2006 geprüft.

Mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk testierte die Prüfungsstelle, dass der Konzernabschluss – inklusive der Eigenkapitalentwicklung, der Kapitalflussrechnung sowie der Segmentberichterstattung – und der Konzernlagebericht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

Den vom Vorstand vorgelegten Konzernabschluss und den Konzernlagebericht 2006 hat der Verwaltungsrat auf Empfehlung des Bilanzprüfungsausschusses gebilligt.

Der Konzerngewinn in Höhe von 62.797.184,97 EUR wird nach Abzug der noch vom Rat der Stadt Düsseldorf zu beschließenden Ausschüttung, die nach Empfehlung des Verwaltungsrates 4.000.000,00 € betragen soll, in die Sicherheitsrücklage des Konzerns eingestellt.

Düsseldorf, den 24. April 2006

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates



Joachim Erwin
Oberbürgermeister

Konzern Stadtparkasse Düsseldorf per 31.12.2006

An folgenden Unternehmen halten wir Anteile von mindestens 20%:

I. Unmittelbare Beteiligungen

Name	Sitz	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital 31.12.2006	Jahresergebnis 2006	Klassifizierung	In den Konzernabschluss einbezogen	Anmerkungen
Kapitelbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH	40212 Düsseldorf	100,00	6.200.000,00	854.617,76	Tochterunternehmen	Vollkonsolidierung	
RBS Kapitalbeteiligungsgesellschaft Rheinisch-Bergischer Sparkassen mbH	40212 Düsseldorf	30,00	3.834.688,11	176.481,14	assoziiertes Unternehmen	at Equity	
SVD Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG	40228 Düsseldorf	24,39	2.594.800,00	1.125.740,38	assoziiertes Unternehmen	at Equity	
Düsseldorf Business School GmbH an der Heinrich-Heine-Universität	40933 Düsseldorf	25,51	50.000,00	4.692,78	assoziiertes Unternehmen		von untergeordneter Bedeutung
Corpus Immobilientruppe GmbH & Co. KG	50931 Köln	22,63	11.413.363,00	20.494.998,65	assoziiertes Unternehmen	at Equity	

II. Mittelbare Beteiligungen

Name	Sitz	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital 31.12.2006	Jahresergebnis 2006	Klassifizierung	In den Konzernabschluss einbezogen	Anmerkungen
Equity Partners GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	1.000.000,00	6.142.172,37	Tochterunternehmen	Vollkonsolidierung	
Online-Service Düsseldorf GmbH	40549 Düsseldorf	100,00	51.129,19	0,00	Tochterunternehmen	Vollkonsolidierung	EAV mit KEG
Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH	40212 Düsseldorf	100,00	765.000,00	23.282.435,37	Tochterunternehmen	Vollkonsolidierung	EAV mit KEG
Finanz-Service Düsseldorf GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	51.129,19	0,00	Tochterunternehmen	Vollkonsolidierung	EAV mit KEG
Kreditserviceagentur Rheinland GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	25.000,00	20.128,81	Tochterunternehmen		Bildung in 2004; von untergeordneter Bedeutung
Engel AG	42327 Völpertal	70,00	883.350,00	-1.077.941,36	Tochterunternehmen		Jahresabschluss 2006; gem. § 236 Abs. 1 S. 1 HGB nicht einbezogen
BDV Broadcaststudio Düsseldorf Vermögensgesellschaft mbH	40213 Düsseldorf	50,00	12.782,30	3.051,09	Gemeinschaftsunternehmen		von untergeordneter Bedeutung
ecodill Gesellschaft für Abrechnungstechnik mbH	47807 Krefeld	35,71	75.000,00	19.137,65	assoziiertes Unternehmen		Jahresabschluss 2004; von untergeordneter Bedeutung
Corpus Immobiliengruppe Beteiligung GmbH	50931 Köln	25,00	7.500,00	12.111,63	assoziiertes Unternehmen	at Equity	
KeenKapital Media Finance AG	40212 Düsseldorf	24,60	246.000,00	-232.865,05	assoziiertes Unternehmen	at Equity	
ETL Beteiligungsgesellschaft mbH	45128 Essen	24,69	760.000,00		assoziiertes Unternehmen	at Equity	
ETL Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	45128 Essen	24,93	750.000,00		assoziiertes Unternehmen	at Equity	
Corpus Immobilientruppe GmbH & Co. KG*	50931 Köln	2,37	1.161.328,00	20.494.998,65	assoziiertes Unternehmen	at Equity	

*Zugehörige Tochterunternehmen: 100% an der Gesellschaft Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG

Name	Sitz	Anteil am Kapital v.H.	Kapital €	Eigenkapital 31.12.2005 €	Jahresergebnis 2005 €	Klassifizierung	In den Konzernabschluss einbezogen	Anmerkungen ¹
* Vermittelt über Equity Partners GmbH								
Equity Partners Unternehmensbeteiligungs GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	1.000.000,00	427.787,48	-553.365,37	Tochterunternehmen	Vollkonsolidierung	
NHEP Düsseldorf Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	40212 Düsseldorf	43,80	10.950,00	20.034.434,14	11.723.293,62	assoziiertes Unternehmen	at Equity	Jahresabschluss 2004; von untergeordneter Bedeutung
MRV Multi Reverse Vending GmbH	40215 Düsseldorf	43,57	29.650,00	210.769,96	147.051,44	assoziiertes Unternehmen	at Equity	
Trapo AG	48712 Gescher	33,33	700.000,00	1.657.070,70	34.472,93	assoziiertes Unternehmen	at Equity	
Traprol GmbH	48712 Gescher	33,33	85.000,00	GRÜNDUNG IN 2006		assoziiertes Unternehmen	at Equity	
SPL electronics GmbH	41372 Niederkrüchten	27,00	8.100,00	160.298,53	16.677,59	assoziiertes Unternehmen	-	von untergeordneter Bedeutung
IPE Euro Wagon L. P.	St. Heller, Jersey 1E4 BPX, Charnel Islands	24,40	7.536.158,34	26.597.204,00	-42.796,00	Vermögensmasse / Fonds	-	Investment in Vermögensmasse: kein assoziiertes Unternehmen
* Vermittelt über Equity Partners Unternehmensbeteiligungs GmbH								
Golf-Forum Grafenberg Verwaltungs-GmbH	40629 Düsseldorf	48,97	50.100,00	-1.111.200,90	-18.292,73	assoziiertes Unternehmen	-	von untergeordneter Bedeutung
PACVision AG	41179 M'gladbach	30,00	22.500,00	-56.024,58	-505.038,15	assoziiertes Unternehmen	at Equity	
* Vermittelt über Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH								
Büropark Brüsseler Straße GmbH	40212 Düsseldorf	100,00	50.000,00	8.366.504,11	-250.980,91	Tochterunternehmen	Vollkonsolidierung	
Grundstückentwicklungs-Gesellschaft Düsseldorf GmbH	40589 Düsseldorf	50,00	25.000,00	-5.408.298,65	284.041,40	Gemeinschaftsunter- nehmen	at Equity	
Grundstücksgesellschaft Düsseldorf GmbH	40878 Ratingen	50,00	50.000,00	-2.135.119,49	-373.213,32	Gemeinschaftsunter- nehmen	at Equity	
SMH Sparkasse Mannesmann Hoffmeister Projektentwicklung GmbH & Co. KG	45473 Mülheim/Ruhr	20,00	620.000,00	26.118.380,26	186.947,42	assoziiertes Unternehmen	at Equity	

Die Angabe des Jahresergebnisses ist bei den Unternehmen entfallen, deren Jahresüberschuss / Jahresfehibetrag wegen eines Gewinnabführungsvertrages regelmäßig ausgeglichen ist.

¹ Zur Begründung der untergeordneten Bedeutung gemäß § 296 Abs. 2 HGB bzw. § 311 Abs. 2 HGB vgl. Angaben im Anhang

Jahresabschluss



zum 31. Dezember 2007

der Stadtsparkasse Düsseldorf

Land Nordrhein-Westfalen

Regierungsbezirk Düsseldorf

Aktivseite
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2007

	Euro	Euro	Euro	31.12.2006 Tsd. EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		66.488.038,49		55.348
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		7.030.415,93		68.979
			73.518.454,42	124.327
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		---		-
b) Wechsel		---		-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		9.375.342,50		42.452
b) andere Forderungen		1.501.402.916,16		853.918
			1.510.778.258,66	896.368
4. Forderungen an Kunden			7.558.158.824,56	6.845.194
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	2.756.353.026,30 Euro			(2.563.064)
Kommalkredite	539.579.070,13 Euro			(222.267)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		---		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	---			(-)
ab) von anderen Emittenten		20.260.295,08		554.172
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	20.260.295,08 Euro			(503.789)
		20.260.295,08		554.172
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	582.349.075,69			691.222
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	582.349.075,69 Euro			(691.222)
bb) von anderen Emittenten		1.800.337.985,14		2.116.724
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.776.720.485,14 Euro		2.382.687.060,83	2.807.946
				(2.066.972)
		4.110.643,57		15.141
c) eigene Schuldverschreibungen			2.407.057.999,48	3.377.259
Nennbetrag	4.084.000,00 Euro			(15.220)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			1.100.225.815,25	877.655
7. Beteiligungen			286.855.103,84	238.995
darunter:				
an Kreditinstituten	---			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	---			(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			140.087.146,63	113.587
darunter:				
an Kreditinstituten	---			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	---			(-)
9. Treuhandvermögen			675.689,43	789
darunter:				
Treuhandkredite	675.689,43 Euro			(789)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			---	-
11. Immaterielle Anlagewerte			1.350.713,00	1.265
12. Sachanlagen			46.959.170,00	51.440
13. Sonstige Vermögensgegenstände			41.843.607,79	24.068
14. Rechnungsabgrenzungsposten			14.906.633,39	13.152
Summe der Aktiva			13.182.417.416,45	12.564.099

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2007

Passivseite

	Euro	Euro	Euro	31.12.2006 Tsd. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		1.024.522.918,19		30.403
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>2.473.577.786,89</u>		<u>3.370.897</u>
			3.498.100.705,08	<u>3.401.300</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.823.484.999,34			1.670.035
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>145.209.806,82</u>			<u>166.506</u>
		1.768.694.806,16		1.836.541
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	2.978.636.195,41			2.849.149
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>1.321.491.457,85</u>			<u>940.421</u>
		4.300.127.653,26		<u>3.789.570</u>
			6.068.822.459,42	<u>5.626.111</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		2.484.083.521,01		2.496.699
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>---</u>		<u>-</u>
			2.484.083.521,01	2.496.699
darunter:				
Geldmarktpapiere	---	Euro		(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	---	Euro		(-)
4. Treuhandverbindlichkeiten			675.689,43	789
darunter: Treuhandkredite	675.689,43	Euro		(789)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			19.846.537,28	16.739
6. Rechnungsabgrenzungsposten			26.669.892,41	26.081
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		30.287.637,93		30.393
b) Steuerrückstellungen		<u>3.039.500,00</u>		<u>4.766</u>
c) andere Rückstellungen		<u>79.932.090,15</u>		<u>51.703</u>
			113.259.228,08	86.862
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			---	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			212.772.101,48	214.269
10. Genusssrechtskapital			---	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	---	Euro		(-)
11. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		---		-
b) Kapitalrücklage		---		-
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	691.269.620,08			638.406
cb) andere Rücklagen	<u>---</u>			<u>-</u>
		691.269.620,08		638.406
d) Bilanzgewinn		<u>66.917.662,18</u>		<u>56.863</u>
			758.187.282,26	695.269
Summe der Passiva			13.182.417.416,45	12.584.099
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		---		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>363.163.802,51</u>		<u>312.737</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>---</u>		<u>-</u>
			363.163.802,51	312.737
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		---		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		---		656
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>445.294.666,87</u>		<u>398.448</u>
			445.294.666,87	399.104

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007**

	Euro	Euro	Euro	1.1.-31.12.2006 Tsd. EUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	452.170.119,54			403.621
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	110.566.661,44			116.276
		562.736.800,98		519.897
2. Zinsaufwendungen		372.561.068,82		321.927
			190.175.732,16	197.970
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		26.162.400,97		(37.946)
b) Beteiligungen		11.474.623,04		(7.622)
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		6.000.000,00		(2.500)
			43.637.024,01	48.068
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			---	-
5. Provisionserträge		67.717.614,45		(63.826)
6. Provisionsaufwendungen		5.099.273,13		(5.400)
			62.618.341,32	58.426
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften			1.776.378,86	2.744
8. Sonstige betriebliche Erträge			15.807.976,91	15.679
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			---	-
			314.015.453,26	322.889
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	88.066.995,33			(98.015)
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	23.118.761,77			(25.146)
darunter: für Alters- versorgung 7.449.943,37 Euro		111.185.757,10		(123.161)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		104.799.221,55		(8.660)
			215.984.978,65	(70.212)
				193.373
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			9.124.526,57	10.347
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			14.818.144,40	21.271
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rück- stellungen im Kreditgeschäft		---		(14.915)
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rück- stellungen im Kreditgeschäft		16.675,05		(-)
			16.675,05	14.915
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlage- vermögen behandelte Wertpapiere		---		(-)
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		---		(-)
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme		---		-
18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil		---		-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			74.104.478,69	82.983
20. Außerordentliche Erträge		---		(-)
21. Außerordentliche Aufwendungen		---		(-)
22. Außerordentliches Ergebnis		---		-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		6.946.892,28		(25.880)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewie		239.924,23		(240)
			7.186.816,51	26.120
25. Jahresüberschuss			66.917.662,18	56.863
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			---	-
			66.917.662,18	56.863
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		---		(-)
b) aus anderen Rücklagen		---		(-)
			---	-
			66.917.662,18	56.863
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		---		(-)
b) in andere Rücklagen		---		(-)
			---	-
29. Bilanzgewinn			66.917.662,18	56.863

Anhang

1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute haben wir zum Nennwert bilanziert. Von Dritten erworbene Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen wurden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden kapitalanteilig nach der Zinsstaffelmethode auf die Darlehenslaufzeit bzw. Festzinsfrist verteilt. Laufzeitzinsdarlehen haben wir zum Zeitwert bilanziert.

Für akute Ausfallrisiken wurden bei Forderungen an Kunden in Höhe des zu erwartenden Ausfalls Einzelwertberichtigungen gebildet. Außerdem haben wir nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt. Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute.

Der Wechselbestand wurde zum Zeitwert bilanziert.

Alle Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet; dabei machen wir von der Möglichkeit der Durchschnittsbewertung Gebrauch.

Die Sparkasse ist von der Subprime-Krise nicht direkt betroffen. Aufgrund der allgemeinen Liquiditäts- und Vertrauenskrise waren allerdings Abschreibungen für Fonds und Fonds-in-Fonds-Investments erforderlich, die kreditnahe Wertpapiere bzw. ABS-Strukturen enthalten.

Bei der Bewertung der in diesen Fonds enthaltenen kreditnahen Wertpapiere, deren beizulegender Wert nicht aus Börsen- oder Marktpreisen abgeleitet werden konnte, wurden die Vorgaben des Positionspapiers des IdW zu Bilanzierungs- und Bewertungsfragen im Zusammenhang mit der Subprime-Krise vom 10.12.2007 zugrunde gelegt. Die Wertansätze wurden plausibilisiert.

Darüber hinaus halten wir Anteile an zwei Publikumsfonds mit Verbriefungsstrukturen im Eigenbestand, die nicht bzw. nur in geringem Umfang in US-Subprimes investiert sind. Die von den Fondsgesellschaften mitgeteilten Jahresabschlusswerte basieren auf veröffentlichten Preisen (Bloomberg) bzw. auf einer indikativen Bewertung unter Zuhilfenahme existierender Marktpreise, theoretischer Modelle und Testorders. Dies erfolgte unter Berücksichtigung der im Rundschreiben des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes vom 03.12.2007 [Konzept zur Behandlung von Kreditstrukturen (ABS und vergleichbare Instrumente) im Jahresabschluss nach HGB] genannten Kriterien.

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen wegen dauernder Wertminderung, bilanziert. Ausstehende vertragliche Verpflichtungen zur Leistung von Einlagen wurden gemäß des Rechnungslegungsstandards HFA 18 des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. behandelt.

Die immateriellen Anlagewerte und das Sachanlagevermögen wurden mit den höchsten steuerlich zulässigen Sätzen abgeschrieben. Geringwertige Vermögensgegenstände (bis 410,00 € Anschaffungskosten) werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Ab dem Geschäftsjahr 2005 neu angeschaffte Software wurde nach den Grundsätzen des Rechnungslegungsstandards HFA 11 des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. bilanziert.

Verbindlichkeiten sind mit den Rückzahlungsbeträgen angesetzt. Die Disagien zu Verbindlichkeiten wurden in den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite aufgenommen.

Unterschiedsbeträge zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag bei Verbindlichkeiten werden auf deren Laufzeit verteilt.

Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten wurden in ausreichender Höhe gebildet. Die Pensionsrückstellungen wurden unter Zugrundelegung eines Abzinsungssatzes von 4 % auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005G berechnet.

Zusätzlich wurden Aufwandsrückstellungen (§ 249 Abs. 2 HGB) gebildet.

Für die Aufstockung des Reservefonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) zur Restrukturierung der Westdeutschen Landesbank Girozentrale (WestLB), hat die Sparkasse Rückstellungen in Höhe von 30,8 Mio. € eingestellt.

Einen Abgrenzungsposten für zukünftige Steuerentlastungen haben wir nicht gebildet.

Options- und Termingeschäfte wurden zum Marktpreis am Abschlussstichtag bewertet. Für Bewertungsverluste haben wir Rückstellungen gebildet, Bewertungsgewinne blieben ohne Ansatz. Im Rahmen der verbundenen Bewertung haben wir die Bewertungserfolge gegeneinander aufgerechnet.

Strukturierte Produkte werden als einheitlicher Vermögensgegenstand bzw. Schuld bilanziert.

Die im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsderivate wurden in die Betrachtung des gesamten Zinsänderungsrisikos einbezogen und somit nicht einzeln bewertet.

2 **Währungsumrechnung**

Die Währungsumrechnung erfolgte nach den Vorschriften des § 340h HGB. Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens und Schulden sowie nicht abgewickelte Kassageschäfte wurden mit Kassakursen am Bilanzstichtag in EUR umgerechnet.

Für am Jahresende nicht abgewickelte Termingeschäfte wurde der Terminkurs des Bilanzstichtages für die Restlaufzeit herangezogen.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Die Währungspositionen, die der zentralen Steuerung des Währungsrisikos zuzurechnen sind, unterliegen gemäß Definition einer besonderen Deckung. Erträge aus der Umrechnung besonders gedeckter Geschäfte wurden erfolgswirksam vereinnahmt.

Die Sparkasse erfüllt die Kriterien der besonderen Deckung weitgehend durch den Abschluss von betrags- und fristenkongruenten Gegengeschäften sowie durch die Führung von Währungspositionen.

3 **Erläuterungen zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung**

Die zu Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge enthalten keine anteiligen Zinsen.

3.1 **AKTIVA 3**

Forderungen an Kreditinstitute

	€	2006 Tsd. €
In diesem Posten sind enthalten:		
-Forderungen an die eigene Girozentrale	326.535.323,67	327.280
Der Unterposten b) – andere Forderungen – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
-bis drei Monate	132.741.390,02	20.588
-mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.073.705.591,48	713.156
-mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	93.195.502,21	74.041
-mehr als fünf Jahre	164.375.350,60	13.655
In dem Unterposten b) sind enthalten:		
-nachrangige Forderungen	0,00	32.058

3.4 AKTIVA 6
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

In diesem Posten sind enthalten:

-Investmentanteile von 5 Master-Spezialfonds mit einem Buchwert von.....	714.161.760,66	549.938
--------------------------------------------------------------------------	----------------	---------

Alleinige Anteilsinhaberin ist die Sparkasse. Die Anteilscheine sind nur mit Zustimmung der jeweiligen Gesellschaft übertragbar. Die Sparkasse kann Sachauskehrung der Vermögenswerte verlangen.

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind

-börsennotiert	92.229.839,79	83.381
-nicht börsennotiert	123.272.629,80	75.372

Ein ABS-Fonds (gehebeltes Mandat), der in einem unserer Master KAG-Fonds enthalten ist, wurde zum 31.12.2007 in Höhe des Buchwerts (15,1 Mio. €) abgeschrieben. Nachdem die Investoren bereits im September 2007 zur Aufrechterhaltung der Liquidität Nachschüsse geleistet hatten, musste Anfang 2008 der Fonds endgültig abgewickelt werden (Fire sale).

Des Weiteren waren in diesem Master KAG-Fonds kreditnahe Wertpapiere enthalten, deren beizulegender Wert nicht aus Börsen- oder Marktpreisen abgeleitet werden konnte (Ende 2007 Buchwerte von insgesamt 21,0 Mio. €). Nennenswerte Abschreibungen auf diese Wertpapiere waren nicht erforderlich. Darüber hinaus wies ein zweiter KAG-Fonds minimale ABS-/CLN-Bestände aus (Marktwert: 1,1 Mio. €). Abschreibungsbedarf resultierte hieraus jedoch nicht.

Die von uns gehaltenen Anteile an zwei Publikumsfonds mit Verbriefungsstrukturen im Eigenbestand wurden gemäß den Vorgaben bewertet. Dies führte im Ergebnis zu Abschreibungen in Höhe von 3,6 Mio. € bzw. 2,9 Mio. €. Die Restbuchwerte dieser Publikumsfonds betragen 35,5 Mio. € bzw. 21,7 Mio. €.

Die Aufwendungen sind im GuV-Posten 14 verrechnet.

Weitere von der aktuellen Liquiditäts- und Vertrauenskrise betroffene Wertpapiere bzw. Fonds, die nicht zu Börsen- oder Marktpreisen bewertet werden konnten, halten wir nicht.

3.5

2006

AKTIVA 7

Beteiligungen

€

Tsd. €

Die Beteiligungen haben sich wie folgt entwickelt:

Bilanzwert am Vorjahresende.....	238.995.103,84	238.994
Nettoveränderung	+ 47.860.000,00	+ 1
Bilanzwert am Jahresende	286.855.103,84	238.995

An folgenden großen Kapitalgesellschaften halten wir mehr als 5% der Stimmrechte:
SWD Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG (25,99%).

Von den Beteiligungen, die in börsenfähigen Wertpapieren verbrieft sind, sind:

-börsennotiert	3.170,01	3
-nicht börsennotiert	0,00	0

Die Angaben des Anteilsbesitzes nach § 285 Nr. 11 HGB erfolgen in einer gesonderten Aufstellung.

3.6

AKTIVA 8

Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen haben sich wie folgt entwickelt:

Bilanzwert am Vorjahresende.....	113.587.146,63	81.137
Nettoveränderung	+ 26.500.000,00	+ 32.450
Bilanzwert am Jahresende	140.087.146,63	113.587

Die Angaben des Anteilsbesitzes nach § 285 Nr. 11 HGB erfolgen in einer gesonderten Aufstellung.

3.7 AKTIVA 9
Treuhandvermögen

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden dar.

3.8 AKTIVA 11 2006
Immaterielle Anlagewerte Tsd. €

In diesem Posten ist ausschließlich EDV-Software enthalten.

Die immateriellen Anlagewerte haben sich wie folgt entwickelt:

Anschaffungskosten	13.691.324,63	12.767
Zugänge im Geschäftsjahr	848.494,59	1.031
Abgänge im Geschäftsjahr	58.000,68	106
Abschreibungen insgesamt	13.131.105,54	12.426
Bilanzwert am Jahresende	1.350.713,00	1.265
Abschreibungen im Geschäftsjahr	763.077,59	1.342

3.9 AKTIVA 12
Sachanlagen

In diesem Posten sind enthalten:

-im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	30.372.960,00	34.403
-Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.389.162,00	11.634

Das Sachanlagevermögen hat sich wie folgt entwickelt:

Anschaffungskosten	205.803.674,08	206.727
Zugänge im Geschäftsjahr	3.892.508,98	3.564
Abgänge im Geschäftsjahr	2.195.367,07	3.915
Umbuchungen	0,00	572
Abschreibungen insgesamt	160.541.645,99	154.364
Bilanzwert am Jahresende	46.959.170,00	51.440
Abschreibungen im Geschäftsjahr	8.361.448,98	9.005

3.10 AKTIVA 13
Sonstige Vermögensgegenstände

In diesem Posten sind Geschäftsanteile an Genossenschaften in Höhe von 97.571,44 € (Vorjahr 97.571,44 €) enthalten, die dem Anlagevermögen zuzurechnen sind.

3.11 Aktiva 14
Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten sind enthalten:

-der Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten in Höhe von	8.272.745,79	7.558
-der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von	283.515,70	0

3.12 Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von	66.180.769,22	105.562
		2006

3.13 PASSIVA 1	€	Tsd. €
-----------------------	---	--------

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In diesem Posten sind enthalten:

-Weiterleitungsmittel, zu denen die betreffenden zweckgebundenen Darlehen als Sicherheit an das Förderinstitut abgetreten wurden	229.519.364,53	188.074
-Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	190.165.336,83	34.276

Der Unterposten b)- mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

-bis drei Monate	790.337.120,12	1.609.195
-mehr als drei Monate bis ein Jahr	63.030.492,04	115.375
-mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	351.207.785,21	391.730
-mehr als fünf Jahre	1.235.282.563,20	1.209.359

3.14 PASSIVA 2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

-Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.844.400,12	6.959
-Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.....	12.101.759,00	11.275

Der Unterposten a) ab) – Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

-bis drei Monate	21.774.203,03	58.739
-mehr als drei Monate bis ein Jahr	93.956.286,33	75.315
-mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	25.553.509,96	28.195
-mehr als fünf Jahre	2.488.904,33	2.515

Der Unterposten b) bb) – andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

-bis drei Monate	949.536.590,19	614.464
-mehr als drei Monate bis ein Jahr	107.890.823,65	154.654
-mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	108.519.689,46	84.659
-mehr als fünf Jahre	141.958.328,38	78.407

3.15 PASSIVA 3
Verbriefte Verbindlichkeiten

€ 2006
Tsd. €

Im Unterposten a) - begebene Schuldverschreibungen – sind bis zum 31.12.2008 fällige Beträge enthalten:

634.854.840,58

3.16 PASSIVA 4
Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

3.17 **PASSIVA 6**

**Rechnungsabgrenzungs-
posten**

In diesem Posten ist enthalten der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von

15.797.971,66 18.125

3.18

PASSIVA 9

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Bedingungen für diese von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a Satz 1 KWG. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen.

Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10% des Gesamtbetrages:

22.793.349,40 €; Zerobonds;
Fälligkeit 7.Oktober 2013;

Ein außerordentliches Kündigungsrecht ist nicht eingeräumt.

Die übrigen nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Durchschnittsverzinsung von 4,61% und ursprüngliche Laufzeiten von fünf bis elf Jahren. Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden 3.695.791,88 € zur Rückzahlung fällig.

Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in Höhe von angefallen.

9.842.945,28 9.988

	2006
	€ Tsd. €
3.19 Unter den Passiva und den Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von	82.287.536,44 77.218
3.20 Für die Verbindlichkeiten aus Offenmarktgeschäften mit der zentralen Notenbank in Höhe von 779.927.236,01 € (Vorjahr: 1.500.610.000,00 €) sind marktfähige Wertpapiere mit einem Buchwert von 1.816.581.940,00 € (Vorjahr: 1.947.510.434,33 €) und Forderungen an öffentliche Schuldner in Höhe von 350.000.000,00 € (Vorjahr: 0,00 €) als Sicherheit übertragen worden.	
3.21 Die Sparkasse hat – neben Handelsgeschäften – zur Sicherung von Währungs- und Zinsänderungsrisiken Termingeschäfte abgeschlossen. Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte verteilen sich auf Devisentermingeschäfte, Devisenoptionsgeschäfte, Zinsswaps, Zinsoptionsgeschäfte und Forwardzinsswapgeschäfte sowie aktienindexbezogene Geschäfte.	

Bei den Termingeschäften in fremder Währung handelt es sich überwiegend um Deckungs- und Sicherungsgeschäfte.

3.22 Zum Bilanzstichtag gliedern sich die derivativen Finanzinstrumente wie folgt:

Teil A	Nominalbeträge in Mio. Euro				Zeit- werte ¹ in Mio. Euro	Buchwerte in Mio. Euro	
	nach Restlaufzeiten					Options- Prämie/ Var- Margin/ up-front	Rück- stellung (P7)
	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre	Insge- samt ²			
Zins-/Zinsindexbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
Termingeschäfte							
Zinsswaps einschließl. Forward- swaps	479	583	1.440	2.502	54 -16	(A14) 4 (P6) 5	3
Optionen							
Longpositionen	6	60	36	102	1	(A13) 1	
Shortpositionen	6	63	36	105	-1	(P5) 1	
Summe²	492	706	1.512	2.710	37		
Währungsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
Termingeschäfte							
Devisentermingeschäfte	133	16		149	3 -2		
Optionen							
Longpositionen	4	38		42		(A13) 1	
Shortpositionen	4	38		42		(P5) 1	
Summe²	141	92		233			

- 1) Aus Sicht der Sparkasse negative Werte werden mit Minus angegeben.
2) Eventuelle Abweichungen in den Summen beruhen auf maschinellen Rundungen.
* €-Gegenwerte

Teil B	Nominalbeträge in Mio. Euro				Zeit- werte ¹ in Mio. Euro	Buchwerte in Mio. Euro	
	nach Restlaufzeiten					Options- Prämie/ Var- Margin/ up-front	Rück- stellung (P7)
	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre	Insge- samt ²			
Aktien-/aktienindexbezogene Geschäfte							
Börsen-Produkte							
Termingeschäfte	5			5			
Summe²	5			5			

- 1) Aus Sicht der Sparkasse negative Werte werden mit Minus angegeben.
2) Eventuelle Abweichungen in den Summen beruhen auf maschinellen Rundungen.

Für Zinsswaps wurden die Zeitwerte als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Dabei fanden die Swap-Zinskurven per 31.12.2007 Verwendung, die den Währungen der jeweiligen Geschäfte entsprechen und aus den Veröffentlichungen der Agentur Reuters stammen. Die ausgewiesenen Zeitwerte (clean price) enthalten keine Abgrenzungen und Kosten.

In den Zinsswaps sind Cash-Flow-Hedges zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos von 500,0 Mio. € mit Restlaufzeiten von über 5 Jahren enthalten.

Zur Ermittlung der Zeitwerte von Devisentermingeschäften wurden die Terminkurse am Bilanzstichtag für die entsprechenden Restlaufzeiten herangezogen. Diese wurden auf Basis der Marktdaten der Agentur Reuters (FX-Kassakurs, FX-Renditekurven) ermittelt.

Zeitwerte von Optionen (Caps, Swaptions, Devisenoptionen) wurden auf der Basis der Methode Black 76 (adaptierte Black-Scholes-Formel) ermittelt. Hierzu wurden Swap-Zinskurven und die den Restlaufzeiten entsprechenden Zinsvolatilitäten per 31.12.2007 aus der Quelle Reuters herangezogen.

Bei den Kontrahenten der derivativen Finanzinstrumente handelt es sich um deutsche Kreditinstitute, die eigene Girozentrale und Kreditinstitute aus dem OECD-Raum. Zusätzlich wurden Devisentermingeschäfte, Zinsswaps und Optionen mit Kunden abgeschlossen.

- 3.23** Die Sparkasse Düsseldorf hat in 2003 einen öffentlichen Pfandbrief nach „altem“ Pfandbriefgesetz mit einem Nominalwert von 100,0 Mio. € platziert. Darüber hinaus wurde in 2006 nach „neuem“ Pfandbriefgesetz ein öffentlicher Pfandbrief über 100,0 Mio. € und in 2007 ein Hypothekendarlehen über 25,0 Mio. € platziert.

Die Deckungsrechnungen stellen sich zum 31.12.2007 wie folgt dar:

Öffentlicher Pfandbrief

(nach „altem“ Pfandbriefgesetz):

	Nominalwert in T€	Barwert in T€ gem. PfandBarwertV
<u>Ordentliche Deckung:</u>		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	93.980	99.707
Forderungen an Kunden (Kommunalkredite)	16.949	17.270
<u>Ersatzdeckung:</u>		
Forderungen an Kreditinstitute	3.000	3.000
<u>Deckungswerte insgesamt:</u>	113.929	119.977
Summe des deckungspflichtigen öffentlichen Pfandbriefes	100.000	99.583
<u>Überdeckung:</u>	13.929	20.394

Öffentlicher Pfandbrief

(nach „neuem“ Pfandbriefgesetz):

	Nominalwert in T€	Barwert in T€ gem. PfandBarwertV
<u>Ordentliche Deckung:</u>		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere gegenüber regionalen Gebietskörperschaften.	112.680	118.697
<u>Deckungswerte insgesamt:</u>	112.680	118.697
Summe des deckungspflichtigen öffentlichen Pfandbriefes	100.000	98.914
<u>Überdeckung:</u>	12.680	19.783

Risikobarwert:
gem. PfandBarwertV

	Öffentl. Pfandbrief	Deckungswerte
Verschiebung um + 250 Basispunkte	94.639	113.567
Verschiebung um – 250 Basispunkte	103.494	124.193

Hypothekendarlehen
(nach „neuem“ Pfandbriefgesetz):

	Nominalwert in T€	Barwert in T€ gem. HypBarwertV
<u>Ordentliche Deckung:</u>		
Forderungen an Kunden (grundpfandrechtl. gesicherte Darlehen)	94.363	95.121
<u>Ersatzdeckung:</u>		
Forderungen an Kreditinstitute	1.880	1.994
<u>Deckungswerte insgesamt:</u>		
	96.243	97.115
Summe des deckungspflichtigen Hypothekendarlehen	25.000	25.131
<u>Überdeckung:</u>	71.243	71.984

	Hypo. Pfandbrief	Deckungswerte
<u>Risikobarwert:</u> gem. PfandBarwertV		
Verschiebung um + 250 Basispunkte	22.714	88.373
Verschiebung um – 250 Basispunkte	27.891	107.390

3.24 In den sonstigen betrieblichen Erträgen (GuV Posten 8) sind Erfolge aus Sicherungsgeschäften für Wertpapiere der Liquiditätsreserve in Höhe von 2.423.887,50 € enthalten.

3.25 Im GuV Posten 12 (sonstige betriebliche Aufwendungen) sind Aufwendungen für Sicherungsgeschäfte zu Wertpapieren der Liquiditätsreserve in Höhe von 8.596.365,50 € enthalten.

3.26 Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf, ist gemäß § 27 Abs. 2 und § 38 Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen sowie § 340k HGB gesetzlicher Abschlussprüfer unseres Jahresabschlusses. Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:

a.) für die Abschlussprüfung	T€ 495
b.) für sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	T€ 27
c.) für sonstige Leistungen	T€ -

3.27 Die Stadtparkasse Düsseldorf ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 01.03.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2007 betrug der Umlagesatz 4,25 % des Zusatzversorgungspflichtigen Entgelts (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2008 unverändert. Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolge dessen erhebt die RZVK gemäß § 63 ihrer Satzung zusätzlich zur Umlage ein so genanntes Sanierungsgeld in Höhe von 2,5% der Bemessungsgrundlage zur teilweisen Finanzierung der Ansprüche und Anwartschaften, die vor dem 1. Januar 2002 begründet worden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte regelmäßig neu festgesetzt (§ 60 Satzung der RZVK). Zusatzbeiträge (§ 64 Satzung der RZVK) zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden zur Zeit nicht erhoben. In Anbetracht der mit dem Umlageverfahren verbundenen Risiken aufgrund der demografischen Entwicklung können Finanzierungslücken bzw. Beitragserhöhungen nicht ausgeschlossen und nicht quantifiziert werden.

Im Jahr 2007 betragen die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung 5.226.548,15 €.

4

Sonstige Angaben

- 4.1 Den Mitgliedern des Vorstandes wurden Gesamtbezüge in Höhe von 1.726.864,25 € gezahlt. Für die Mitglieder des Vorstandes bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 4.480.768,00 €. Dieser Personengruppe wurden Vorschüsse und Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 1.424.626,49 € gewährt.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden Gesamtbezüge in Höhe von 1.402.987,96 € gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 16.356.724,00 €.

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Verwaltungsrates sowie des Regionalbeirates betragen 213.912,89 €. An diese Personengruppe waren Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 4.231.206,45 € ausgereicht.

4.2 Verwaltungsrat

Vorsitzendes Mitglied

Joachim Erwin,
Oberbürgermeister

Mitglieder

Gudrun Hock,
Bürgermeisterin, Beigeordnete a.D.
1. Stellvertreterin des vorsitzenden Mitglieds

Dirk Elbers,
Bürgermeister, Rentmeister
2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Friedrich G. Conzen,
Selbständiger Einzelhandelskaufmann

Bernd Hebbing,
Tätigkeit in Aufsichtsräten

Helga Leibauer,
Hausfrau

Dr. Ulrich Müller, (bis 13.12.2007)
Wissenschaftlicher Angestellter

Günter Bosbach, (ab 14.12.2007)
Pensionierter Kriminalhauptkommissar

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann,
Freiberuflich in der Buchverlagsbranche tätig

Stellvertreter

Annette Steller,
Geschäftsführerin der SPD-Ratsfraktion

Harald Wachter,
Selbständiger Unternehmensberater

Hildegard Kempkes,
Lehrerin a.D.

Olaf Lehne,
Rechtsanwalt

Petra Kammerevert,
Dipl. Sozialwissenschaftlerin

Karl-Heinz Göbel,
Betriebsschlosser

Thomas Nicolin,
Kfm. Leiter

Wolfgang Scheffler,
Lehrer

Ursula Schiefer,
Hausfrau

Ursula Schlösser,
Kommunalbeamtin bei der Stadt Kerpen

Günter Karen-Jungen,
Verwaltungsangestellter im
Vorruhestand

Dr. Alexander Fils,
Kunstverleger

Wally Hengsberger,
Sekretärin

Günter Wurm,
Dipl. Verwaltungswirt, Beamter

Karl-Josef Keil,
Geschäftsführer der Arbeiterwohl-
fahrt Düsseldorf a.D.

Arbeitnehmervertreter (Mitarbeiter/innen der Stadtparkasse Düsseldorf)

Sandra Enenkel
Frank Hinrichs
Herbert Kleber
Silvia Kusel
Wilfried Preisendörfer
Axel Roscher

Petra Sassenhausen
Bodo Plata
Rudi Petruschke
Bettina Braun-Thul
Detlef Schnierer
Gerd Lindemann

4.3 Vorstand

Heinz-Martin Humme	Vorsitzender (bis 26.02.2008)
Bernd Eversmann	
Peter Fröhlich	Mitglied (bis 26.02.2008)
	Vorsitzender (ab 27.02.2008 bis 30.09.2008)
Karl-Heinz Stiegemann	Mitglied (bis 26.02.2008)
Thomas Boots	Stellvertreter gemäß § 18 Abs. 2 SpkG (ab 01.03.2008)

4.4 Mitgliedschaft in Aufsichtsgremien folgender Kapitalgesellschaften gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Folgendes Mitglied des Vorstandes ist Mitglied des Aufsichtsrates folgender Kapitalgesellschaften:

Heinz-Martin Humme	Mitglied des Aufsichtsrates der DS Technologie Werkzeugmaschinenbau GmbH, Mönchengladbach
	Mitglied des Aufsichtsrates der SWD Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG

4.5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

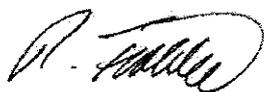
Vollzeitkräfte	1.405
Teilzeit- und Ultimokräfte	497
	<hr/>
	1.902
Auszubildende	74
	<hr/>
insgesamt	1.976
	<hr/>

Versicherung des Vorstandes

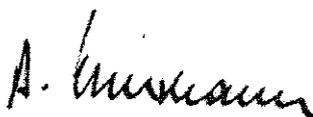
Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Sparkasse so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Sparkasse beschrieben sind.

Düsseldorf, 31. März 2008

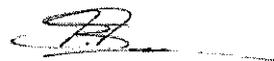
Der Vorstand



Fröhlich
Vorsitzender



Eversmann
Mitglied



Boots
stv. Mitglied

LAGEBERICHT

A. Darstellung der Geschäftsentwicklung

Konjunktur und wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsjahr 2007

2007 war für die wirtschaftliche Entwicklung ein gutes Jahr – für den Standort Deutschland, vor allem aber auch für die Metropolregion Düsseldorf. Die Konjunktur zeigte sich robust, die deutsche Wirtschaft ist kräftig gewachsen. Hatte die Wachstumsrate 2006 2,9 Prozent betragen, erhöhte sich im abgelaufenen Jahr das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2,5 Prozent. Preis- und kalenderbereinigt nahm das BIP um 2,6 Prozent zu – 2007 gab es 1,6 Arbeitstage weniger als im Jahr zuvor. Der Aufschwung hat sich trotz Anhebung der Mehrwertsteuer sowie einiger belastender Faktoren aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld wie gestiegene Ölpreise, Abschwächung des US-Dollars, die Immobilienkrise in den USA sowie die Finanzmarkturbulenzen in 2007 insgesamt kräftig fortgesetzt.

Trotz starkem Euro sorgte einmal mehr die Auslandsnachfrage für die stärksten Wachstumsimpulse (1,4 Prozent). Die Impulse seitens der Binnennachfrage fielen dagegen schwächer als im Vorjahr aus. Dies resultierte vor allem aus den privaten Konsumausgaben. Sie gaben trotz der guten Arbeitsmarktentwicklung und des beschleunigten (Brutto-)Lohnzuwachses nach und bremsten das Wirtschaftswachstum. Dabei wirkte sich die Mehrwertsteuererhöhung zu Beginn des Jahres negativ auf den Konsum aus. Die gestiegenen Energiepreise taten ein Übriges, um die private Konsumlust zu dämpfen.

Kräftige Preissteigerung bei Lebensmitteln und verteuerte Energiepreise ließen die Inflation stärker als in den vergangenen Jahren ansteigen. Im Jahresdurchschnitt kletterten die Verbraucherpreise um 2,2 Prozent nach 1,6 Prozent im Vorjahr.

Die günstige Konjunktur hat die Lage auf dem Arbeitsmarkt in 2007 erneut stark verbessert. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl lag bei 3,77 Millionen Menschen. Damit waren über das gesamte Jahr 2007 gesehen über 700.000 Menschen mehr in Beschäftigung als in 2006. Die Arbeitslosenquote ist im Jahresdurchschnitt 2007 auf 9,0 Prozent gesunken und lag damit 1,8 Prozent-Punkte unter dem Vorjahreswert.

Die Konjunkturberichte der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf und der Handwerkskammer Düsseldorf belegen die gute wirtschaftliche Lage der Unternehmen in der Metropolregion Düsseldorf im Berichtsjahr. Bis in den Herbst – als sich infolge der US-amerikanischen Immobilienkrise die Konjunkturerwartungen in bundesweiten Befragungen deutlich eintrübten – meldeten beide Kammern von ihren Unternehmen noch überwiegend gute Geschäftsaussichten. Der IHK-Konjunkturklimaindex kletterte im Herbst 2007 auf einen neuen Rekordwert. Als besonders robust erwies sich die Konjunktur in der Industrie und im Dienstleistungsgewerbe. Das Konjunkturbarometer im rheinischen Handwerk wies den höchsten Wert seit 1994 aus. Den Aufschwung im Handwerk trugen vor allem technikgeprägte Handwerksbranchen: allen voran die Zulieferer und der Ausbausektor. Zu einer echten Gefahr für Wachstum und Konjunktur hat sich inzwischen der Fachkräftemangel entwickelt. Selbst an einem attraktiven Standort wie Düsseldorf haben viele Unternehmen Schwierigkeiten, die geeigneten, qualifizierten Mitarbeiter zu finden. Besonders betroffen ist dabei das Segment ‚Verarbeitendes Gewerbe/Industrie‘. Hier suchte nach Auskunft der IHK Düsseldorf fast jeder zweite Betrieb im Großraum der NRW-Landeshauptstadt Fachkräfte.

Erfreulich entwickelten sich erneut die Zahlen auf dem Arbeitsmarkt in Düsseldorf: Zum Jahresende 2007 waren 48.734 Menschen arbeitslos gemeldet. Damit sank die Arbeitslosenquote in der Landeshauptstadt von 10,9 Prozent in 2006 auf 9,7 Prozent. Auf der anderen Seite wuchs die Zahl der offenen Stellen um 12,0 Prozent auf über 7.700 Stellen. Jobmotor war wieder einmal der Mittelstand.

Branchensituation

Ab Mitte 2007 traten infolge von Problemen am Markt für zweitklassige Hypothekenkredite in den USA (Subprime Mortgages) erhebliche Verwerfungen an den internationalen Finanzmärkten auf. Sie stellen seither für das globale Finanzsystem eine ernsthafte Belastungsprobe dar. Diese Turbulenzen sorgen seit Monaten für einen Vertrauensverlust der Investoren an den Märkten. Ausgangspunkt waren stagnierende bzw. fallende Immobilienpreise in den USA, während zugleich eine schnell wachsende Zahl an Kreditnehmern ihre Kreditraten für die Hypotheken nicht mehr bezahlen konnten. Zunächst waren davon vor allem Subprime-Kredite betroffen, also Kredite, die überwiegend an Kreditnehmer mit niedriger Bonität vergeben wurden. In der Folge gerieten auch am Bankenplatz Düsseldorf Kreditinstitute in Existenz bedrohende Krisen, da sie ihre angekauften Forderungen nicht mehr am Geldmarkt refinanzieren konnten.

Trotz der erheblichen Herausforderungen hat das deutsche Banken- und Finanzsystem seine Stabilität und Funktionsfähigkeit auch unter deutlich verschlechterten Rahmenbedingungen unter Beweis gestellt. Nach den bislang veröffentlichten Quartalsberichten der großen deutschen Kreditinstitute ist allerdings in 2007 mit einer moderaten Zunahme der Engagements mit Einzelwertberichtigungsbedarf zu rechnen.

Die Entwicklung der Marktrisiken der deutschen Banken ist insgesamt ausgewogen. Stresstests belegen, dass Zinsänderungsrisiken sowohl für große, als auch für mittlere und kleine Banken zurückgegangen sind. Dagegen sind die risikoadjustierten Ergebnisse im Eigenhandel der Kreditbanken und Zentralinstitute infolge der Verwerfungen an den Kreditmärkten im dritten und vierten Quartal 2007 stark rückläufig.

Insgesamt hat sich die Risikotragfähigkeit des deutschen Bankensystems auf hohem Niveau stabilisiert. Mittelfristig bestehen allerdings nicht unerhebliche Ertragsrisiken, wenngleich aus unterschiedlichen Gründen: Große, international tätige Institute müssen mit möglicherweise längerfristigen Rückwirkungen der Finanzmarkturbulenzen auf die Ertragsergiebigkeit einzelner volatiler Komponenten rechnen. Kleine, eher regional tätige Institute sind hingegen nicht direkt von der Subprime-Krise betroffen. Dies trifft auch auf die Stadtparkasse Düsseldorf zu. Diese Institute, deren Ertragslage vorwiegend vom Zinsertrag abhängt, sind aber weiterhin mit einem – strukturellen wie zyklischen – Rückgang ihrer Zinsüberschüsse konfrontiert. Ungeachtet dessen liegen aber die Einschätzungen aus umfassenderen Bankbewertungsmodellen für die Primärinstitute der Verbünde auf einem weiterhin vergleichsweise hohen Niveau. Dies unterstreicht die Stabilität dieser Bankengruppe.

Geschäftliche Entwicklung der Stadtparkasse Düsseldorf

Geschäftsentwicklung der Stadtparkasse Düsseldorf	2006	31.12.2007	Veränderungen	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Bilanzsumme	12.564	13.182	618	4,9
Kredite an Kunden	7.159	7.922	763	10,7
Kundeneinlagen	6.630	7.123	493	7,4
Rücklagen	638	691	53	8,3
Bilanzgewinn	57	67	10	17,7
Mitarbeiter	2.114	2.124		

Die Stadtsparkasse Düsseldorf blickt auf ein zufrieden stellendes Geschäftsjahr 2007 zurück. Sie behauptete am wettbewerbsintensiven Bankenplatz Düsseldorf ihre starke Marktposition. Sie hat in einer schwierigen Zeit Stärke und Widerstandsfähigkeit bewiesen. Gegenüber den Vergleichssparkassen im rheinischen Verbandsgebiet weist sie ein überdurchschnittliches Geschäftswachstum aus. Diesen Erfolg schreiben wir vor allem dem Vertrauen unserer Kunden zu. Zugleich ist er auch der Arbeit unserer kompetenten und engagierten Mitarbeiter geschuldet.

Die Ergebnisentwicklung war stark geprägt von der flachen Zinsstrukturkurve, die nur in geringem Maße Fristentransformationserlöse zuließ. Dennoch verzeichnete die Stadtsparkasse Düsseldorf ein weiterhin hohes Ertragsniveau. Die Bilanzsumme stieg um 4,9 Prozent auf 13,2 Milliarden Euro. Im Jahr zuvor waren es 12,6 Milliarden Euro gewesen. Wachstumsträger waren wie im vergangenen Jahr die hohen Kreditvergaben an unsere Kunden. Sie wuchsen um 763 Millionen Euro oder 10,7 Prozent auf rund acht Milliarden Euro. Das Wachstum liegt erneut erheblich über den Quoten vergleichbarer Sparkassen im rheinischen Verbandsgebiet. Bei diesen Häusern hat es 2007 durchschnittlich 3,6 Prozent betragen.

Kreditgeschäft

Kreditgeschäft	2003	2004	2005	2006	2007
Kreditvolumen in Mio. EUR					
Forderungen an Kunden	5.904	5.909	6.304	6.845	7.558
Eventualverbindlichkeiten	201	219	248	313	363
Kredite an Kunden	6.105	6.128	6.552	7.158	7.921
Treuhandkredite/Wechsel	7	13	12	1	1
	6.112	6.141	6.564	7.159	7.922

Das Kreditneugeschäft entwickelte sich erfreulich. Erneut lag es über dem bereits hohen Niveau des Vorjahres. Wir haben Kredite über 1,564 Milliarden Euro neu zugesagt. Im Vorjahr hatte die Summe an Kreditzusagen 1,409 Milliarden Euro betragen. Gegenüber dem bereits starken Vorjahr ist dies ein Zuwachs von 11 Prozent. Insgesamt stieg der Kreditbestand um 10,7 Prozent oder 763 Millionen Euro auf 7,922 Milliarden Euro. Besonders dynamisch entwickelte sich vor dem Hintergrund der positiven Konjunktur das gewerbliche Kreditgeschäft. An Firmenkunden und Institutionelle Kunden haben wir neue Darlehen in Höhe von 1,123 Milliarden Euro vergeben (Vorjahr: 858 Millionen Euro). Dies entspricht einem Wachstum von sehr guten 31 Prozent. Positiv für die Konjunkturaussichten: Der Schwerpunkt der Kreditvergabe lag bei den Investitionsdarlehen. Im Berichtszeitraum registrierten wir bei Unternehmen aller Branchen einen wachsenden Bedarf nach ergänzenden Finanzierungsformen wie Leasing und individuellen Lösungen über strukturierte Produkte.

Das Kreditgeschäft mit unseren Privatkunden weist im Vergleich zum starken Vorjahr eine rückläufige Tendenz auf. Das Neugeschäft fiel um 20 Prozent auf 441 Millionen Euro. Der Rückgang resultiert ganz wesentlich daraus, dass geringere Darlehensmittel für den Wohnungsbau vergeben wurden. Die Zusagen lagen mit 316 Millionen Euro um 20 Prozent unter dem sehr hohen Vorjahreswert von 395 Millionen Euro. Dieser ist begründet gewesen durch Mitnahmeeffekte der Kunden als Folge der Streichung der Wohnungsbauförderung. Deutliche Zuwächse verzeichnete das Konsumentenkreditgeschäft. Hier stieg die Vergabe neuer Kredite um 9,8 Prozent auf 67 Millionen Euro (Vorjahr: 61 Millionen Euro).

Beteiligungen

Das Beteiligungsgeschäft der Stadtparkasse Düsseldorf ist sowohl direkt als auch indirekt (gehalten über die 100prozentige Tochter ^aKBG) organisiert. Die ^a-Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH ^a KBG) nimmt als Holding der Stadtparkasse Düsseldorf vor allem Überwachungsaufgaben (Controlling) wahr.

Die Beteiligungen der Sparkasse und ihre Anteile an verbundenen Unternehmen stiegen im Jahr 2007 um 74,3 Millionen Euro auf 426,9 Millionen Euro. Die Erhöhung resultiert aus Eigenkapitalzuführungen an die ^aKBG. Ihr Buchwert erhöhte sich um 26,5 Millionen Euro auf insgesamt 140,1 Millionen Euro. Die Mittel wurden überwiegend der Equity Partners GmbH zur Verfügung gestellt. Sie betreut und verwaltet im Rahmen der Gesamtstrategie unseres Hauses die Geschäftsfelder Private Equity und Venture Capital.

Zudem beteiligte sich die Stadtparkasse Düsseldorf mit 47,8 Millionen Euro über die „Erwerbsgesellschaft der ^a-Finanzgruppe mbH & Co. KG“ an der Landesbank Berlin Holding AG.

Daneben sind die Beteiligungen am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband - RSGV (Buchwert 138,9 Millionen Euro), an der CORPUS Immobiliengruppe GmbH & Co. KG (Buchwert 67,3 Millionen Euro) sowie an der RW Holding AG (Buchwert 23,0 Millionen Euro) von Bedeutung. Der RSGV ist u. a. Anteilseigner der Provinzial Rheinland, der WestLB AG sowie der Landesbausparkasse LBS West. Die Buchwerte blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Einlagengeschäft

Einlagengeschäft Kundeneinlagen nach Produkten in Mio. EUR	2003	2004	2005	2006	2007
Spareinlagen	2.256	2.046	1.885	1.837	1.769
Sichteinlagen	2.170	2.035	2.957	2.849	2.979
Termineinlagen	580	949	589	797	1.150
Sparkassenbriefe	295	263	206	144	146
Schuldverschreibungen	811	706	616	801	879
Sonstige					
Genussrechtskapital	-	-	-	-	-
Nachrang	147	202	213	202	200
	6.259	6.201	6.466	6.630	7.123

Im Berichtszeitraum verbuchte die Stadtsparkasse Düsseldorf hohe Zuwächse im Einlagengeschäft. Insgesamt stiegen die Kundeneinlagen um 7,4 Prozent – das entspricht 493 Millionen Euro – auf 7,123 Milliarden Euro (Vorjahr: 6,630 Milliarden Euro). Die Wachstumsquote liegt deutlich über der Quote der Vergleichssparkassen im rheinischen Verbandsgebiet (+ 2,8 Prozent). Zwischen den einzelnen Anlageformen kam es zu erheblichen Umschichtungen: Während die Spareinlagen um 3,8 Prozent auf 1,769 Milliarden Euro zurückgingen (Vorjahr: 1,837 Milliarden Euro), stiegen die Sichteinlagen um fast fünf Prozent auf 2,979 Milliarden Euro (Vorjahr: 2,849 Milliarden Euro). Die Termineinlagen kletterten gar um erfreuliche 44,3 Prozent auf 1,150 Milliarden Euro (Vorjahr: 797 Millionen Euro). Der Bestand der Schuldverschreibungen konnte um ca. zehn Prozent auf 879 Millionen Euro ausgeweitet werden (Vorjahr: 801 Millionen Euro). Der Bestand der Sparkassenbriefe stieg nur geringfügig um zwei Millionen Euro auf 146 Millionen Euro.

Wertpapierkommissionsgeschäft

Wertpapiergeschäft					
Umsatzentwicklung					
Wertpapierkommissions- geschäft in Millionen EUR	2003	2004	2005	2006	2007
Festverzinsliche Wertpapiere	416	456	991	581	257
Aktien	204	202	338	364	864
Investmentfonds	506	458	502	621	901
Gesamtumsatz	1.126	1.116	1.831	1.566	2.022

Mit einem erfreulichen Plus von 22 Prozent beendete der Deutsche Aktienindex DAX das Börsenjahr 2007. Es war das fünfte Jahr infolge, dass der DAX mit deutlichen Zuwächsen geschlossen hat. Die Zinserhöhungen der Europäischen Zentralbank haben den Rentenmarkt negativ beeinflusst. Unter zum Teil starken Schwankungen notierten die meisten Papiere schwächer. Die Umlaufrendite öffentlicher Anleihen stieg auf 4,34 Prozent.

Der Gesamtumsatz im Wertpapierkommissionsgeschäft betrug 2,022 Milliarden Euro (Vorjahr: 1,566 Milliarden Euro). Aufgrund des lange Zeit freundlichen Börsenumfeldes stiegen die Umsätze in Aktien um 500 Millionen Euro auf 864 Millionen Euro (Vorjahr: 364 Millionen Euro). Ebenfalls steigende Umsätze können wir bei den Investmentfonds vermelden: Sie kletterten von 621 Millionen Euro in 2006 auf 901 Millionen Euro in 2007. Deutlich abgeschwächt zeigte sich hingegen die Nachfrage nach festverzinslichen Wertpapieren. Der Umsatz ging von 581 Millionen Euro in 2006 auf 257 Millionen Euro zurück.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Die Sparkasse Düsseldorf unterzieht sich zusätzlich zu dem Gruppenrating (Floor-Rating), das den Verbund der öffentlich-rechtlichen Banken insgesamt bewertet, jährlich einem externen, individuellen Ratingverfahren.

Erstmals wurde durch Moody's im Februar 2005 das Emittenten-Rating der Sparkasse Düsseldorf mit Aa3 bewertet und in 2006 bestätigt. Im Berichtsjahr hat Moody's die Bewertung des Emittenten-Ratings um zwei Stufen auf Aa1 heraufgesetzt. Mit dieser Beurteilung gehört das Haus zu den drei bundesweit am besten gerateten Banken. In der Begründung hat Moody's besonders hervorgehoben:

- die hohe Marktdurchdringung unseres Hauses im Privatkunden- und im Firmenkundengeschäft,
- das gute Risikomanagement,
- die solide Finanz- und Ertragsstärke,
- die hohe Eigenkapitalausstattung,
- die Einbindung in eine wirtschaftlich starke Region und einer wirtschaftlich starken Trägerin, der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Durch dieses gute Rating sichert die Sparkasse Düsseldorf ihre Position als Emittent eigener Wertpapiere, die über den Kapitalmarkt platziert werden. Die Note belegt unsere Bonität gegenüber internationalen Investoren und erleichtert den Zugang zu institutionellen Anlegern. Diese verlangen aufgrund spezieller Anlagevorschriften vielfach vom Emittenten ein eigenes, externes Rating. Ein gutes Emittenten-Rating ist zudem die Voraussetzung, um sich am Kapitalmarkt günstiger refinanzieren zu können und ermöglicht attraktivere Margen im Kundengeschäft.

Die Sparkasse ist von der Subprime-Krise nicht direkt betroffen. Aufgrund der allgemeinen Liquiditäts- und Vertrauenskrise waren allerdings Abschreibungen für Fonds und Fonds-in-Fonds-Investments erforderlich, die kreditnahe Wertpapiere bzw. ABS-Strukturen enthalten. Die Auswirkungen der Subprime-Krise sind in den Anhangangaben erläutert.

Personalbericht

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Das erfolgreiche Geschäftsjahr 2007 hat hohe Anforderungen an die Einsatzbereitschaft und die Flexibilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtsparkasse Düsseldorf gestellt. Besonders im persönlichen Kontakt mit unseren Kunden haben sie entscheidend das Bild unseres Hauses geprägt. Es hat eine lange Tradition bei uns, die persönliche und fachliche Entwicklung unserer Belegschaft intensiv zu fördern. Uns sind selbstbewusste, engagierte Mitarbeiter, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, äußerst wichtig. Denn das ist eine ganz entscheidende Voraussetzung, um die Wettbewerbsposition der Stadtsparkasse Düsseldorf an einem stark umkämpften Markt zu festigen und auszubauen. Dies ist uns im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht zuletzt wegen der ausgezeichneten Leistungen der Mitarbeiter gelungen.

Neben der fachlichen Wissensvermittlung stand auch in 2007 die systematische Entwicklung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Führungspositionen im Vordergrund. Zur weiteren Qualifikation bieten wir ihnen ein breites Spektrum an Fortbildungsmöglichkeiten. Neben dem praxisorientierten Training am Arbeitsplatz und einer Vielzahl hausinterner Qualifikationsmaßnahmen nutzen wir auch die umfangreichen Qualifizierungsangebote der Sparkassenorganisation sowie anderer externer Einrichtungen. So können wir sicher sein, dass die von uns eingesetzten Instrumente und Entwicklungsprogramme eine umfassende Vorbereitung auf die Übernahme einer Führungsverantwortung sicherstellen. Ein Schwerpunkt liegt nach wie vor in der beruflichen Erstausbildung, die auch die dualen Studiengänge mit einschließen.

Die tariflichen Möglichkeiten zu einer verstärkten erfolgsorientierten Vergütung haben wir aktiv genutzt. Ziel ist es, die Leistungskultur der Stadtparkasse Düsseldorf weiter zu fördern. Jede Führungskraft verfügt über ein festes Budget, mit dem individuelle Erfolge der Leistungsträger honoriert werden. Wichtige Leistungsmerkmale dabei sind Zielerreichung, Arbeitsmenge, Zusatzaufgaben, Kundenzufriedenheit, Fehlervermeidung, Selbstständigkeit, Fach- und Sozialkompetenz sowie die Bereitschaft zum Lernen. Bei den Führungskräften werden u. a. unternehmerisches Denken und Handeln, Kommunikations- und Informationsverhalten sowie die Mitarbeiterförderung bewertet. Zudem haben wir attraktive Arbeitszeitmodelle weiterentwickelt, damit wir den Kundenbedürfnissen im Vertrieb noch besser entsprechen können.

Wie bereits in den vergangenen Jahren haben wir Instrumente der internen Stellenausschreibung sowie der regelmäßigen Mitarbeitergespräche im nötigen Umfang eingesetzt. Die nach wie vor geringe Fluktuation sowie die gestiegene Bindung der Beschäftigten an das Unternehmen bestärken uns, den eingeschlagenen Weg einer mitarbeiterorientierten Unternehmensführung nach den Grundsätzen des Stakeholder Value Prinzips weiter zu entwickeln.

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Mitbestimmungsgremien haben wir fortgesetzt und die erforderlichen Veränderungen einvernehmlich umgesetzt.

Mit der Dienstvereinbarung „Leistungsanreize“ sowie der Verpflichtung des Vorstandes, zumindest bis Ende 2011 keine betriebsbedingten Kündigungen auszusprechen, stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtparkasse Düsseldorf besser da als viele Branchenkollegen.

Der Vorstand dankt ausdrücklich allen Beschäftigten sowie den Mitbestimmungsgremien für die geleistete Arbeit.

2007 in Zahlen

Die Stadtsparkasse Düsseldorf ist einer der bedeutendsten Arbeitgeber im Wirtschaftsraum der Landeshauptstadt von NRW. Die hohe Anzahl qualifizierter Beschäftigungsverhältnisse ist ein sichtbarer Ausdruck der gesellschaftlichen Verantwortung unseres Hauses für die Region. Zum 31. Dezember 2007 beschäftigte die Stadtsparkasse Düsseldorf insgesamt 2.124 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2006: 2.114), darunter 1.504 Vollzeitbeschäftigte (2006: 1.495), 532 Teilzeitbeschäftigte (2006: 527) und 88 Auszubildende (2006: 92). 37 Prozent der aktiv Beschäftigten sind jünger als 40 Jahre, 49 Prozent sind zwischen 40 und 54 Jahren alt und 14 Prozent sind 55 Jahre oder älter.

144 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befinden sich in der Arbeits- oder Freizeitphase der Altersteilzeit, weitere 75 haben einen Altersteilzeitvertrag, der nach dem 31.12.2007 beginnt, abgeschlossen. Aufgrund der vorgezogenen Vertragsabschlüsse im Rahmen der Stichtagsregelung zum Altersgrenzenanpassungsgesetz Ende 2006 fiel das Interesse an einem frühzeitigen Ruhestand in 2007 mit 20 Neuabschlüssen erwartungsgemäß niedrig aus.

58 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnten 2007 auf eine 25jährige Beschäftigungszeit zurückblicken. 22 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter feierten ihr 40jähriges Dienstjubiläum. Im Zusammenhang mit einer Fluktuationsrate von nur 1,8 Prozent dokumentiert dies die hohe Betriebstreue der Belegschaft.

Im Vergleich zum Vorjahr haben wir im Jahr 2007 deutlich mehr neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt: Wurden im Jahre 2006 lediglich zwölf externe Kolleginnen und Kollegen eingestellt, so waren es im abgelaufenen Geschäftsjahr 88. 46 der neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ihre Aufgabe bereits im Jahre 2007 bei uns aufgenommen, 42 neu eingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden im ersten und zweiten Quartal 2008 ihre Tätigkeit bei uns beginnen. Begründet ist diese deutliche Ausweitung in Strukturveränderungen und Geschäftsausweitungen der Stadtsparkasse Düsseldorf entsprechend unserer Unternehmensstrategie.

Herausragende Entwicklungen in 2007

Anfang 2007 konnten nach Durchführung von 60 Assessmentverfahren, 41 neue Positionen als Geschäftsstellenleitungen und 16 als Filialdirektoren mit eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfolgreich im Hause besetzt werden. Dies war die Voraussetzung, um die Geschäftsstellen zu insgesamt 18 neuen Filialbereichen zusammenzufassen. Den wachsenden Ansprüchen gegenüber den Filialdirektionen haben wir durch eine intensive Schulungsreihe sowie die Erlangung des „Führungsführerscheins“, bestehend aus einem dichten Programm an E-Learning-Bausteinen, Präsenzs Schulungen und begleitenden Coachings für alle Geschäftsstellenleitungen Rechnung getragen. Bisher gab es auf dem Markt kein vergleichbares Programm, um Mitarbeiter schnell und systematisch dazu zu befähigen, adäquat zu führen.

Familie wird bei der Stadtparkasse Düsseldorf groß geschrieben: Im Jahr 2007 schloss der Vorstand mit dem Personalrat die Dienstvereinbarung „Teilzeit“ ab. Ziel ist es, die Mütter und Väter unter unseren Mitarbeitern bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu unterstützen. Ein Baustein bei der Realisierung dieses Ziels ist das Angebot von qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen. Dank der vielen Gestaltungsfreiräume der Vereinbarung können so sowohl die betrieblichen Interessen der Stadtparkasse Düsseldorf und ihrer Kunden als auch die Anliegen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfüllt werden.

Eine besondere Herausforderung stellte die zum 17.10.2007 in Kraft getretene Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG NW) dar, die eine deutliche Veränderung der Mitbestimmung zum Inhalt hat. Dessen ungeachtet wird der Vorstand sein Informationsverhalten gegenüber dem Personalrat auf der Basis der langjährigen, vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit beibehalten.

B. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Nach Ausschüttung entsprechend § 28 Sparkassengesetz (SpkG NW) wird der verbleibende Betrag aus dem Jahresüberschuss von 67 Millionen Euro (Vorjahr: 57 Millionen Euro) in die Sicherheitsrücklage als Basis für die weitere Geschäftsausweitung eingestellt. Darüber hinaus verfügt die Sparkasse über umfangreiche ergänzende Eigenkapitalbestandteile.

Die Verordnung über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Instituten, Institutgruppen und Finanzholding-Gruppen (Solvabilitätsverordnung SolvV) ist am 01. Januar 2007 in Kraft getreten. Darin sind die vorgegebenen europäischen Mindesteigenkapitalstandards der Baseler Eigenmittelempfehlung (Basel II) in nationales Recht umgesetzt worden. Sie ersetzt den bisherigen Grundsatz I und konkretisiert die in § 10 Kreditwesengesetz (KWG) geforderte Angemessenheit der Eigenmittel. Die Bestimmungen der SolvV wurden im Sinne einer verstärkt risikoorientierten Betrachtungsweise den modernen Standards angepasst und führen zu einer risikogerechteren Eigenmittelunterlegung. Danach müssen die Institute ihre Adressrisiken, ihr operationelles Risiko sowie ihre Marktpreisrisiken quantifizieren und mit Eigenmitteln unterlegen. Die geforderte Gesamtkapitalquote beträgt mindestens acht Prozent.

Übergangsweise hatten die Institute bis Ende 2007 die Möglichkeit, ihre Eigenkapitalanforderungen vollumfänglich weiterhin auf Basis des Grundsatzes I zu berechnen. Die Stadtparkasse Düsseldorf ist mit Wirkung zum 01.10.2007 bereits vorzeitig auf die neuen Meldebestimmungen umgestiegen. Die erstmals per 31.12.2007 erhobene Relation der Eigenmittel zu den Risiken liegt bei 12,8 Prozent (Vorjahreswert auf Basis der Grundsatz I-Berechnung nach KWG: 12,3 Prozent) und damit deutlich über dem geforderten Mindestwert von acht Prozent. Die Verbesserung der Eigenkapitalauslastung resultiert in erster Linie aus der Zuführung des Bilanzgewinnes 2006 in die Sicherheitsrücklage sowie aus der erstmaligen Berücksichtigung nicht realisierter Reserven in notierten Wertpapieren beim Ergänzungskapital. Somit ist die Kapitalbasis für eine weitere Geschäftsausweitung gegeben.

Wir haben die Eigenkapitalanforderungen des Kreditwesengesetzes (KWG) 2007 jederzeit eingehalten. Die letztmalig zum 30.09.2007 ermittelte Grundsatz I-Relation der anrechenbaren Eigenmittel zur Summe aus gewichteten Risikoaktiva und den Risiken aus Marktpreisveränderungen lag bei 12,2 Prozent. Im Laufe des Jahres bewegte sich diese Auslastung in einer Bandbreite zwischen 12,0 Prozent und 12,6 Prozent.

Unter Berücksichtigung der Zuführung des Bilanzgewinnes 2007 in die Sicherheitsrücklage sowie eines anhaltend dynamischen Kreditgeschäftes rechnet die Sparkasse Düsseldorf für das Geschäftsjahr 2008 mit einer leicht verbesserten Eigenkapitalquote.

Die Forderungen an Kunden stellen mit 57 Prozent nach wie vor den bedeutendsten Einzelposten auf der Aktivseite der Bilanz dar (Vorjahr 54 Prozent). Der Anteil der Wertpapiere (Schuldverschreibungen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere) liegt mit 27 Prozent deutlich unter dem Vorjahreswert von 34 Prozent. Auf der Passivseite halten die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 46 Prozent (Vorjahr 45 Prozent) sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 27 Prozent (Vorjahr 27 Prozent) den höchsten Anteil an der Bilanzsumme. Der Bilanzanteil der verbrieften Verbindlichkeiten verringerte sich im Geschäftsjahr 2007 u. a. aufgrund der Fälligkeit eines Hypotheken-Pfandbriefes in Höhe von 100 Millionen Euro auf 19 Prozent (Vorjahr 20 Prozent).

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Stadtparkasse Düsseldorf war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer ausgewogenen und planvollen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Vorschriften der Bankenaufsicht über die Liquidität der Kreditinstitute waren immer erfüllt. Im Jahresverlauf bewegte sich die Auslastung aufgrund wechselnder Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen im Interbankengeschäft in einer Bandbreite zwischen 1,32 und 1,61 deutlich über dem vorgeschriebenen Mindestwert von 1,00. Zum Berichtsstichtag lag die Kennziffer bei 1,32. Auch die darüber hinaus für einen Zeitraum von zwölf Monaten ermittelten Beobachtungskennzahlen dokumentieren eine gute Liquiditätslage.

Wie in den Vorjahren haben wir das Angebot der Deutschen Bundesbank zu Refinanzierungsgeschäften in Form von Offenmarktgeschäften (Hauptrefinanzierungsgeschäfte) genutzt. Die bei der Westdeutschen Landesbank AG eingeräumte Kreditlinie haben wir nur tageweise beansprucht. Weitere bedeutende Refinanzierungsgeschäfte hat unser Haus nicht vorgenommen.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften unterhielt die Stadtparkasse Düsseldorf entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank. Auch hier haben wir die vorgeschriebenen Mindestreserven stets in der erforderlichen Höhe unterhalten.

Hinsichtlich der Steuerung der Liquiditätsrisiken verweisen wir auf die Ausführungen im Risikobericht.

Ertragslage

Trotz eines unverändert intensiven Wettbewerbes am Bankenplatz Düsseldorf hat unser Haus auf Basis der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) erneut ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt. Der Jahresüberschuss beläuft sich auf 67 Millionen Euro und liegt damit deutlich über dem Vorjahreswert von 57 Millionen Euro.

Das Zinsergebnis einschließlich laufender Erträge gemäß Posten 3 der GuV – weiterhin bedeutendster Bestandteil der Ertragsseite der Sparkasse – sank um 5,0 Prozent auf 234 Millionen Euro. Im Vorjahr waren es 246 Millionen Euro gewesen. Wesentliche Faktoren für den Rückgang waren der intensive Preiswettbewerb, die Leitzinserhöhungen der Europäischen Zentralbank sowie die anhaltend flache Zinskurve. In Relation zur Durchschnittsbilanzsumme (DBS) (+ 2,7 Prozent) ergibt sich ein Zinsüberschuss von 1,75 Prozent nach 1,90 Prozent im Vorjahr.

Der Rückgang des Zinsergebnisses konnte durch eine deutliche Verbesserung des Provisionsergebnisses teilweise kompensiert werden. Das Vorjahresergebnis stieg um 7,2 Prozent auf 63 Millionen Euro. Hauptträger des Wachstums waren das Wertpapierkommissionsgeschäft in Folge eines deutlich höheren Umsatzvolumens, das Auslandsgeschäft, das Vermittlungsgeschäft sowie der Giroverkehr. Im Verhältnis zur DBS beträgt der Provisionsüberschuss 0,47 Prozent (Vorjahr: 0,45 Prozent).

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften, d.h. das Ergebnis aus dem Handel mit Wertpapieren, Devisen und Derivaten, verringerte sich aufgrund von Rückgängen im Devisen- und Derivatehandel auf 2 Millionen Euro (Vorjahr: 3 Millionen Euro).

Das Ergebnis der sonstigen betrieblichen Erträge (15 Millionen Euro) blieb gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Darin enthalten sind Sicherungserträge für eigene Wertpapiere in Höhe von 2 Millionen Euro (Vorjahr: 4 Millionen Euro). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 15 Millionen Euro um 6 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert. Die darin enthaltenen Sicherungsaufwendungen für eigene Wertpapiere stiegen auf 9 Millionen Euro (Vorjahr: 5 Millionen Euro).

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (GuV-Posten 10) sowie die Abschreibungen auf Sachanlagen (GuV-Posten 11) erhöhten sich um 10,5 Prozent auf 225 Millionen Euro (Vorjahr: 204 Millionen Euro).

Der Anteil der darin enthaltenen Personalaufwendungen sank gegenüber dem Vorjahr deutlich um 12 Millionen Euro, in erster Linie aufgrund eines im Vorjahr berücksichtigten Einmaleffektes. Darüber hinaus veränderten sich die Personalaufwendungen nur geringfügig.

Maßgeblich verantwortlich für den Anstieg der Verwaltungsaufwendungen waren die anderen Verwaltungskosten, die um 35 Millionen Euro auf 105 Millionen Euro stiegen. Davon entfallen insgesamt 31 Millionen Euro auf den Anteil der Stadtparkasse Düsseldorf für die Aufstockung des Reservefonds durch den Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) zur Restrukturierung der Westdeutschen Landesbank Girozentrale (WestLB).

Die sonstigen Erhöhungen resultieren in erster Linie aus der Anhebung der Umsatzsteuer per 01.01.2007 von 16 Prozent auf 19 Prozent sowie aus der verstärkten Inanspruchnahme von Dienstleistungen Dritter.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen (GuV-Posten 11) verringerten sich um 1 Millionen Euro auf 9 Millionen Euro.

Das Gesamtergebnis der Erträge (GuV-Posten 1-9) lag mit 314 Millionen Euro um 9 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert. Die Summe der Aufwendungen erhöhte sich um 6,7 Prozent auf 240 Millionen Euro. Die entsprechend der Definition der Deutschen Bundesbank ermittelte Relation der Aufwendungen zu den Erträgen (Cost-Income-Ratio) liegt ohne die Berücksichtigung der Aufstockung des Reservefonds zur Unterstützung der WestLB bei 71 Prozent (Vorjahr: 63 Prozent).

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere werden gemäß § 340f Absatz 3 Handelsgesetzbuch (HGB) nach Verrechnung mit korrespondierenden Erträgen ausgewiesen. Der Saldo der Aufwendungen und Erträge des Bewertungsergebnisses war im Berichtsjahr nahezu ausgeglichen (Vorjahr: - 15 Millionen Euro) und bestätigt die Anstrengungen unseres Hauses, durch eine systematische Steuerung der Risiken weitere Konsolidierungseffekte zu erzielen.

Für akute Ausfallrisiken haben wir bei Forderungen an Kunden ausreichende Abschreibungen und Wertberichtigungen gebildet.

Analog der Vorjahre haben wir im Vorfeld der Bilanzierung nach internationaler Rechnungslegung (IFRS) einen Betrag von 30 Millionen Euro aus den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB erfolgswirksam aufgelöst.

Der Saldo aus Zu- und Abschreibungen sowie Kursgewinnen und Kursverlusten der Wertpapiere der Liquiditätsreserve verbesserte sich in erster Linie aufgrund höherer Kursgewinne und Zuschreibungen gegenüber dem Vorjahreswert um 8 Millionen Euro. Die Stadtparkasse Düsseldorf war zwar indirekt von den Entwicklungen an den Kapitalmärkten als Auswirkung der Subprime-Krise betroffen. Den Bewertungsverlusten standen jedoch ausreichend Gewinne aus den Eigenanlagen und dem Handel, in erster Linie aus der ersten Jahreshälfte, gegenüber.

Der Aufwand für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (GuV-Posten 23) verringerte sich auf 7 Millionen Euro (Vorjahr: 26 Millionen Euro). Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die niedrigere steuerliche Bemessungsgrundlage in Folge einer veränderten steuerlichen Struktur der Aufwendungen bzw. Erträge zurückzuführen.

Aus dem Jahresüberschuss von 67 Millionen Euro (Vorjahr: 57 Millionen Euro) ist eine Ausschüttung entsprechend § 28 SpkG NW zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke an die Landeshauptstadt Düsseldorf als Trägerin der Sparkasse vorgesehen.

Über die Höhe entscheidet der Rat der Stadt Düsseldorf auf Vorschlag des Verwaltungsrates.

Der verbleibende Betrag wird in die Sicherheitsrücklage eingestellt und ermöglicht eine angemessene Aufstockung des Eigenkapitals als Basis für die zukünftige Geschäftsausweitung.

Ertragslage	2006		2007		Veränderungen	
	in Mio. €		in Mio. €		in Mio. €	
Zinsüberschuss (Gewinn- und Verlustrechnung Posten 1 - 3)	246		234		-	12
Provisionsüberschuss	58		63		+	5
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	3		2		-	1
Sonstige betriebliche Erträge	16		15		-	1
	323		314		-	9
Personalaufwand	123		111		-	12
Andere Verwaltungsaufwendungen	70		105		+	35
Abschreibungen auf Sachanlagen	11		9		-	2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	21		15		-	6
Betriebsergebnis vor Bewertung	98		74		-	24
Bewertungsergebnis (Gewinn- und Verlustrechnung Posten 13 - 16)	-	15	+/-	0	+	15
Steuern	26		7		-	19
Jahresüberschuss	57		67		+	10
Vorwegzuführung zur Sicherheitsrücklage	0		0		-	0
Bilanzgewinn	57		67		+	10

C. Nachtragsbericht

1. Bildung einer Rückstellung zur Restrukturierung der WestLB über den Reservefonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Nach dem Beschluss des Reservefondsausschusses des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes vom 21. Januar 2008 wurde der WestLB Institutschutz in Höhe von 500 Millionen Euro gewährt.

Der Reservefonds des RSGV setzt sich zusammen aus Barmitteln in Höhe von 250 Mio. Euro (Einzahlungssoll) und einer Nachschusspflicht bis zur Höhe des Gesamtvolumens von 500 Millionen Euro abzüglich der vor Erbringung der Hilfeleistung bereits vorhandenen Barmittel von zurzeit 102 Millionen Euro.

Die aktuelle Lage der WestLB lässt die Inanspruchnahme einer ersten Tranche von 250 Mio. Euro erwarten. Der auf die Stadtsparkasse Düsseldorf entfallende Betrag für den Aufstockungsbetrag der Barmittel beläuft sich – entsprechend dem aktuellen risikoorientierten Beitragschlüssel – auf 11,6 Millionen Euro.

Hierfür ist im Jahresabschluss 2007 die Bildung einer entsprechenden Rückstellung erforderlich.

Bei möglicher Inanspruchnahme der zweiten Tranche in Höhe von 250 Millionen Euro beträgt der Anteil der Stadtsparkasse Düsseldorf für die Nachschusspflicht 19,2 Millionen Euro.

Mit Blick auf das Vorsichtsprinzip bei der Rückstellungsbemessung hat der Vorstand der Stadtsparkasse Düsseldorf mit Beschluss vom 29. Januar 2008 eine Rückstellung für den Gesamtbetrag (Aufstockung der Barmittel und Nachschusspflicht) in Höhe von 30,8 Millionen Euro für das Geschäftsjahr 2007 zur Restrukturierung der WestLB über den Reservefonds des RSGV gebildet.

2. Personelle Veränderungen im Vorstand der Stadtparkasse Düsseldorf

Der Verwaltungsrat der Stadtparkasse Düsseldorf hat in einer Sondersitzung am 27. Februar 2008 folgende Beschlüsse entsprechend § 14 (2) SpkG NW in Verbindung mit § 18 (2) SpkG NW gefasst:

- Herr Heinz-Martin Humme wird mit sofortiger Wirkung aus seinem Amt als Mitglied und Vorsitzender des Vorstandes abberufen.
- Herr Karl-Heinz Stiegemann wird mit sofortiger Wirkung aus seinem Amt als Mitglied des Vorstandes abberufen. Das mit Herrn Stiegemann bestehende Dienstverhältnis wird fristlos aus wichtigem Grunde gekündigt.
- Herr Peter Fröhlich wird mit sofortiger Wirkung gem. § 14(2)b SpkG NW bis zum 30. September 2008 zum Vorsitzenden des Vorstandes berufen.
- Herr Thomas Boots ist mit Wirkung zum 01. März 2008 als stellvertretendes Mitglied des Vorstandes gem. § 18 (2) SpkG NW für 5 Jahre bestellt.

Aufgrund einer Ermächtigung des Verwaltungsrates hat der Hauptausschuss der Stadtparkasse Düsseldorf in seiner Sitzung am 31.03.2008 folgenden Beschluss entsprechend § 14 (2) SpkG NW gefasst:

Das mit Herrn Heinz-Martin Humme bestehende Dienstverhältnis wird fristlos aus wichtigem Grunde gekündigt.

Weitere Vorgänge besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

D. Risikobericht

Grundsätze

Das breite Spektrum unserer Geschäftsaktivitäten ist naturgemäß mit Risiken behaftet. Diese Risiken effektiv zu identifizieren, zu messen, zu aggregieren und zu steuern ist unerlässlich. Gleichzeitig sind die verschiedenen Geschäftsaktivitäten angemessen mit Eigenkapital zu unterlegen. Wir steuern unsere Risiken und unser Kapital mit Hilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen, die eng an den Tätigkeiten der jeweiligen Bereiche ausgerichtet sind.

Die im Folgenden angegebenen Quantifizierungen beziehen sich auf die Sparkasse Düsseldorf, nicht auf den Konzern.

Organisation des Risikomanagements

Ziel des Risikomanagements der Sparkasse Düsseldorf ist eine aktive Steuerung der Risikopositionen. Die Aufgaben des Risikomanagements nehmen der Gesamtvorstand, der Bilanzstrukturausschuss, der Geschäftsbereich Handel sowie die Stabsstelle Risikosteuerung wahr.

Der Gesamtvorstand legt die Konzernstrategie unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten fest. Er beschließt die Höhe des zulässigen Gesamtrisikokapitals sowie die Zuordnung zu den einzelnen Risikoarten, insbesondere die Verteilung auf Adress- und Marktpreisrisiken.

Die Steuerung der Adressausfallrisiken auf Kundenebene obliegt neben den Geschäftsbereichen Firmenkunden und Institutionelle sowie Immobilienkunden vor allem dem Zentralbereich Kredit (Marktfolge). In komplexen Einzelfällen entscheidet ein aus Markt und Marktfolge besetztes Kreditkomitee. Der Firmenkunden- und der Risikovorstand sind Mitglieder des Komitees.

Der wöchentlich tagende Bilanzstrukturausschuss (BSA) bereitet in Diskussion mit den Fachvorständen die Entscheidungen zur Steuerung der Marktrisikopositionen vor. Im BSA sind die Fachbereiche Geschäftsfeld Asset Management, Geschäftsbereich Handel (incl. Treasury), Zentralbereich Strategische Planung/Koordination und die Stabsstelle Risikosteuerung vertreten. Der Gesamtvorstand berät einmal wöchentlich über die Ergebnisse des BSA und trifft ggf. entsprechende Entscheidungen.

Monatlich findet im Gesamtvorstand eine umfassende Bilanzstruktursitzung statt, die ebenfalls zuvor im BSA behandelt wurde. Der Geschäftsbereich Handel setzt die gefassten Beschlüsse eigenverantwortlich um.

Hinsichtlich des Managements der Beteiligungsrisiken verweisen wir auf die Ausführungen zu den Beteiligungen.

Für die Steuerung der operationellen Risiken sind die Leiter der Geschäfts- und Zentralbereiche sowie insbesondere der Zentralbereich Organisation und die Stabsstelle Risikosteuerung verantwortlich.

Risikocontrolling und -reporting

Das Risikocontrolling und -reporting liegt in der Zuständigkeit der Stabsstelle Risikosteuerung. Deren wesentliche Aufgabe liegt darin, ein Gesamtsystem sicherzustellen und weiterzuentwickeln, das alle mit der Geschäftstätigkeit der Stadtparkasse Düsseldorf verbundenen Risiken quantifiziert und überwacht, über sie berichtet sowie Impulse zur Risikosteuerung gibt. Gegenstand der Risikosteuerung sind insbesondere sämtliche Marktpreis-, Adressausfall- und operationellen Risiken sowie sonstige Risiken wie beispielsweise Liquiditäts-, Beteiligungs- und Immobilienrisiken. Die Stabsstelle ist direkt dem Risikovorstand unterstellt.

Interne Revision

Die interne Revision unterstützt den Vorstand und die weiteren Führungsebenen in ihren jeweiligen Überwachungsfunktionen. Sie prüft und bewertet alle Aktivitäten und Prozesse auf der Basis eines risikoorientierten Prüfungsplanes, den der Vorstand zu Beginn eines Jahres genehmigt.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört die Beurteilung der Geschäftsorganisation auf Angemessenheit des internen Kontrollsystems und insbesondere der Risikosteuerung und -überwachung. Die interne Revision prüft zudem das interne und externe Berichtswesen sowie die Beachtung gesetzlicher, aufsichtsrechtlicher und interner Vorschriften.

Risikotragfähigkeitskonzept

Das Risikotragfähigkeitskonzept ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtbanksteuerung. Das Ziel des Eigenkapitalmanagements der Stadtsparkasse Düsseldorf liegt darin, eine angemessene Eigenkapitalausstattung zur Realisierung der durch den Vorstand festgelegten Konzernstrategie sicherzustellen, eine angemessene Eigenkapitalrendite zu erzielen sowie die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen einzuhalten. Die Höhe des Eigenkapitals wird gemäß HGB ermittelt.

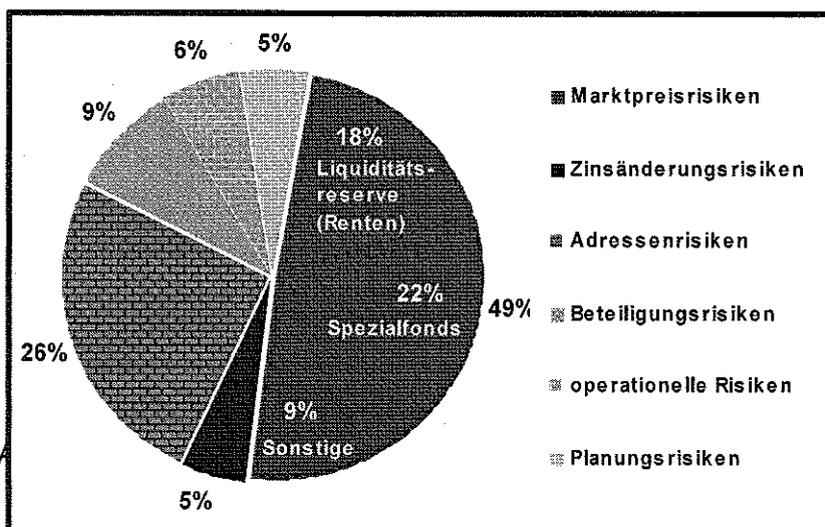
Mit dem Risikotragfähigkeitskonzept legt die Stadtsparkasse Düsseldorf fest, in welchem Umfang und in welcher Risikoklasse Risiken übernommen werden. Damit ist sichergestellt, dass die Stadtsparkasse Düsseldorf eventuell eintretende Verluste tragen kann.

Bis zum Jahr 2007 wurde das Deckungspotenzial im Rahmen eines im Wesentlichen wertorientierten Ansatzes ermittelt, der um GuV-basierte Zusatzinformationen ergänzt wurde. Das bisherige Verfahren wurde für 2008 so überarbeitet, dass die Risikotragfähigkeit zukünftig differenziert aus wertorientierter Sicht, GuV-orientiert und unter regulatorischen Aspekten gesteuert wird. Dabei bildet die wertorientierte Sichtweise für die Sparkasse Düsseldorf das primäre Regelwerk, während die GuV- und die regulatorische Sichtweise jeweils als Nebenbedingungen fungieren. Die Limitvergabe erfolgt dementsprechend sowohl für den Normalfall (VOG) wie für den Worst Case (VMax) wertorientiert.

Durch Gegenüberstellung des Risikodeckungspotenzials und des Gesamthausrisikos stellt die Sparkasse Düsseldorf sicher, dass eine übergreifende Risikotragfähigkeit gegeben ist. Dabei legen wir jeweils für Marktpreisrisiken, Zinsänderungsrisiken, Adressenrisiken, Beteiligungsrisiken, Immobilienrisiken, operationelle Risiken bzw. Planungsrisiken entsprechende Limite (Verlustobergrenzen und maximale Verlustgrenzen) fest.

Für 2006 und 2007 betragen die Gesamtlime zur Einzelsteuerung der Risiken 782 Millionen Euro für die Verlustobergrenzen (VOG) und 937 Millionen Euro für die maximalen Verlustgrenzen (VMax).

Verteilung der Limite Verlustobergrenzen 2006/ 2007



Das Gesamthausrisiko ermitteln wir additiv. Korrelationen über die einzelnen Risikoarten bleiben unberücksichtigt. Lediglich bei den Marktpreisrisiken werden Korrelationseffekte eingerechnet.

Um sicherzustellen, dass die regulatorischen Vorgaben eingehalten werden, wurde als Stresstest der Eintritt der maximalen Verlustgrenze für die drei Risikoarten Marktpreisrisiken, Zinsänderungsrisiken und Adressenrisiken simuliert und die Auswirkungen auf den Solvabilitätskoeffizienten dargestellt. Dabei ist es aufgrund der aktuellen Steuerungsmaßnahmen zu jeder Zeit möglich, auch in diesem Fall die Solvabilitätsverordnung (SolvV) zu erfüllen. Im neuen Konzept werden auch die Worst-Case-Szenarien der übrigen Risikoarten berücksichtigt.

Arten von Risiken

Marktpreisrisiken

Nahezu alle unsere Geschäfte unterliegen dem Risiko von Änderungen in Marktpreisen und Kursen, die zu Gewinnen oder Verlusten führen. Wir unterscheiden Marktpreisrisiken in Form von Zinsänderungsrisiken Gesamthaus-, Aktien-, Kreditspread- und Währungsrisiken einschließlich der jeweils dazugehörigen Optionsrisiken.

Quantifizierung

Im Rahmen der täglichen Marktpreisermittlung berechnen wir für alle Positionen die Ist-Entwicklung (realisierte Gewinne und Verluste plus Veränderung der schwebenden Gewinne / Verluste seit Jahresbeginn) sowie die Risikosimulation. Die Einzelpositionen werden dabei Portfolien zugeordnet und jedes Geschäft wird unverzüglich nach Geschäftsabschluss erfasst. Dabei berücksichtigen wir auch die Adressenrisiken der Eigenanlagen.

Die Zinsänderungsrisiken steuert die Stadtsparkasse Düsseldorf auf Basis der vom DSGV (Deutscher Sparkassen- und Giroverband) empfohlenen Instrumente sowie auf Grundlage der Barwertmethode. Dazu werden alle zinstragenden Geschäfte in einer einheitlichen Cash-Flow-Übersicht dargestellt. Performance-Analysen und Barwertsimulationen ergänzen die Cash-Flow-Darstellung. Ziel der Barwertsimulation ist es, mögliche Chancen und Risiken auf Basis von Zinsszenarien zu quantifizieren.

Standardszenarien

Im Rahmen der Risikosimulation hat die Stadtsparkasse Düsseldorf für jede Risikoart entsprechende Standardszenarien definiert. Sie dienen der operativen Steuerung der Risiken in Verbindung mit den zugeordneten Limiten.

Als Standardszenario für Marktpreis-/Zinsänderungsrisiken wird der Value-at-Risk (Worst Case) auf folgender Basis errechnet:

Anlagebuch: Haltedauer 10 (25) Tage
Handelsbuch: Haltedauer 5 (7) Tage
Konfidenzniveau: 99 Prozent

Die Risikosimulation erfolgt auf Basis der historischen Simulation.

Weiterhin werden die Auswirkungen des Basel II-Zinsschocks von + 130 bp (Basispunkten) bzw. -190 bp berechnet. Bei einer Ad-hoc-Zinsveränderung von + 130 bp beträgt per 31.12.2007 die Barwertänderung -151 Millionen Euro. Dies entspricht 14 Prozent des haftenden Eigenkapitals (nach HGB; erstmalige Berechnung per 30.06.2007 -168 Millionen Euro, 17 Prozent).

Stress-Szenarien

Um die Auswirkungen extremer Marktentwicklungen ebenfalls abschätzen zu können, führt die Stadtsparkasse Düsseldorf ergänzend zu den Standardszenarien regelmäßig Stresstests durch. Dazu ziehen wir die größten Wochenveränderungen seit April 1997 heran.

Der Value-at-Risk für Marktpreisrisiken von Spezialfonds wird auf Grundlage der Wertentwicklung der Fondsanteile unabhängig von ihrer Konsolidierung nach IFRS ermittelt. In der Abb. „R2“ sind in der Rubrik Fonds die Spezialfonds enthalten.

Limitierung und Reporting

Aus der Berechnung der Risikotragfähigkeit leitet die Stadtsparkasse Düsseldorf Limite für Marktpreisrisiken ab, die der Vorstand festlegt. Aus dem Gesamtlimit für Marktpreisrisiken ergeben sich Einzellimite auf Portfolioebene entsprechend der strategischen Ausrichtung. Analog legen wir ein separates Limit für Zinsänderungsrisiken fest.

Die Abteilung Handelsüberwachung und -kontrolle überwacht sämtliche Limite und teilt die Limitauslastungen täglich dem Gesamtvorstand sowie den jeweiligen Leitern der zuständigen Bereiche einschließlich der Innenrevision mit. Limitüberschreitungen werden dem Gesamtvorstand unverzüglich angezeigt.

Backtesting

Wir unterwerfen die Parameter der Risikosimulationen regelmäßig einem Backtesting. Dabei stellen wir die simulierten Risiken den tatsächlich eingetretenen Kursentwicklungen gegenüber. Eine Überschreitung der Ist-Ausreißer über die auf Basis des 99-prozentigen Konfidenzniveaus zu erwartenden Ausreißer wurde nicht verzeichnet.

Risikosituation

Var-Simulation inkl. Adressrisiko	Mio €
Renten und sonstiges Zinsbuch	- 29,6
Aktien	- 0,8
Fonds (incl. Spezialfonds)	- 43,0
Sonstiges	- 5,3

Abb. „R2“

Implizite Optionen werden z. Z. nicht betrachtet.

Kreditrisiken

Risikodefinition

Adressausfallrisiken bezeichnen Risiken, die dadurch entstehen, dass ein Kreditnehmer oder ein Kontrahent seine vertraglich vereinbarten Leistungen nicht oder nicht rechtzeitig erbringen kann. Dazu gehören bei der Stadtparkasse Düsseldorf neben Adressausfallrisiken aus dem traditionellen Kreditgeschäft (Kreditnehmerrisiko) auch Emittenten- und Kontrahentenrisiken aus Handelsgeschäften.

Das Adressausfallrisiko unterscheidet Positions- und Vorleistungsrisiken. Positionsrisiken beinhalten das Kreditnehmerrisiko bzw. das Emittenten- sowie das Wiedereindeckungsrisiko und die offenen Posten. Vorleistungsrisiken bilden die Gefahr ab, dass der Kontrahent nach erbrachter Vorleistung seine Gegenleistung nicht erbringt.

Die Überwachung der Adressrisiken ist im Handelsbereich durch die tägliche Limitüberwachung und im Kreditbereich durch Einzellimits auf Kreditnehmerebene sowie Gesamtportfolioüberwachung sichergestellt.

Organisation

Die Überwachung und -steuerung der Adressausfallrisiken führen wir bei der Stadtparkasse Düsseldorf differenziert nach Handels- und Nichthandelsgeschäften durch. Die Funktionen werden für Handelsgeschäfte analog der Regelung zu den Marktpreisrisiken wahrgenommen.

Im traditionellen Kreditgeschäft (Nichthandelsgeschäfte) legt der Gesamtvorstand auf Basis der Gesamthausstrategie die Kreditrisikostategie fest.

Die Stabsstelle Risikosteuerung ist auch für Einsatz, Weiterentwicklung und Qualitätssicherung der Verfahren zur Risikoidentifizierung und -quantifizierung, der Risikoklassifizierungsverfahren und des Risikofrühwarnsystems verantwortlich. Zudem überwacht sie das Kreditausfallrisiko auf Portfolioebene und erstellt vierteljährlich differenzierte Kreditrisikoberichte.

Die operative Umsetzung des Risikomanagements erfolgt entsprechend der Regelungen der Mindestanforderungen für das Risikomanagement im Zentralbereich Kredit (Marktfolge) in den jeweiligen Marktbereichen. Er erstellt für das risikorelevante Kreditgeschäft – auch soweit es Emittenten- und Kontrahentenlimite betrifft – das marktunabhängige Zweitvotum.

Zudem fertigt der Zentralbereich Kredit die Kredit- und Sicherungsverträge sowie die Beschlussvorlagen. Er überprüft regelmäßig Sicherheiten und überwacht – neben der Stabsstelle Risikosteuerung – Intensivbetreuungsengagements ab 250.000 Euro blanko. Sanierungsengagements betreut und bearbeitet der Zentralbereich Kredit direkt.

Ausgesuchte Intensivbetreuungsengagements werden zu mindestens drei Terminen pro Jahr in der dafür vorgesehenen Monitoringrunde besprochen; hier wird auch über die weitere Vorgehensweise entschieden. Mitglieder der Monitoringrunde sind der zuständige Marktvorstand, der Risikovorstand, die Leiter der Marktbereiche, der Leiter des Zentralbereichs Kredit (Marktfolge) sowie der Leiter der Stabsstelle Risikosteuerung.

Die funktionale und organisatorische Trennung des Zentralbereiches Kredit und der Stabsstelle Risikosteuerung von den verantwortlichen Marktbereichen stellt eine unabhängige Risikobeurteilung und -überwachung sicher.

Bonitätsbeurteilung

Die interne Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer ist für die Steuerung der Adressausfallrisiken von zentraler Bedeutung. Die Sparkasse Düsseldorf nutzt dafür die vom DSGV (Deutscher Sparkassen- und Giroverband) angebotenen Verfahren StandardRating für Kreditengagements ab 100.000 Euro gewerblichen Kreditobligos (Kreditnehmereinheit gem. § 19 (2) KWG) sowie das ImmobilienRating für Immobiliengeschäftskunden. Des Weiteren setzen wir ab August 2007 die Ratingverfahren der RatingServiceUnit GmbH (RSU GmbH; Ratingverfahren der Landesbanken) für Leasing, Großunternehmen (ab 500 Millionen Euro Umsatz) und Banken ein.

Im zweiten Halbjahr 2007 haben wir zudem das Verhaltens-Scoring für Privatkunden und das Kleinstkunden-Rating für Firmenkunden (Engagement bis 250.000 Euro blanko) als Pilotprojekt begonnen. Ab 2008 werden wir diese Instrumente in vollem Umfang einsetzen.

Die Messung von Länderrisiken erfolgt auf Basis externer Ratings und Ländereinschätzungen (Bonitätsindex).

Alle im Einsatz befindlichen Risikoklassifizierungssysteme sind auf Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten kalibriert. Dabei dient die DSGV-Masterskala als einheitlicher Bezugspunkt.

DSGV-Masterskala	
Ratingnoten	Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit
1	0,01%
	0,02%
	0,03%
	0,04%
	0,05%
	0,07%
	0,09%
2	0,12%
3	0,17%
4	0,30%
5	0,40%
6	0,60%
7	0,90%
8	1,30%
9	2,00%
10	3,00%
11	4,40%
12	6,70%
13	10,00%
14	15,00%
15	20,00%
16	Wertberichtigte Engagements Ausfälle etc.
17	
18	

Abb. „R3“

Die DSGV-Skala sieht 18 Ratingklassen vor, denen Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet sind. Sie ermöglicht somit eine differenzierte Messung und Prognose von Ausfallrisiken.

Die Ratingsysteme werden von den Herstellern (DSGV bzw. RSU GmbH) laufend angepasst. Die Anpassungen übernimmt die Stadtparkasse Düsseldorf unverzüglich.

Die Risikoklassifizierungssysteme sind integraler Bestandteil aller für die Steuerung des Kreditrisikos relevanten Geschäftsprozesse und Berichte. Insofern sind sowohl Limittabellen, Kreditbewilligungsbefugnisse und die Feststellung der für das Einzelgeschäft erforderlichen Risikoprämie daran gebunden.

Quantifizierung

Die Überwachung der Adressausfallrisiken inkl. Vorleistungsrisiko erfolgt für Handelsgeschäfte auf Basis der regulatorischen Anforderungen. Das Adressausfallrisiko beträgt per 31.12.2007 19,8 Millionen Euro (per 31.12.2006: 18,9 Millionen Euro).

Um das Adressausfallrisikos aus dem traditionellen Kreditgeschäft (Nicht-Handelsgeschäfte) zu ermitteln, betrachten wir alle adressrisikobehafteten Fälle ohne die bereits ausgefallenen Engagements (Basis 31.12.2006: 232,8 Millionen Euro, 30.12.2007: 203,4 Millionen Euro).

Neben der wertorientierten Sicht durch die Ermittlung des Kredit-Value-at-Risk beobachten wir insbesondere Größenklassen, Branchenverteilung, Ratingstruktur, Besicherungen und Überziehungsverhalten.

Das Kredit-Value-at-Risk berechnen wir mit dem vom DSGV empfohlenen Kreditrisikomodell CreditPortfolioView von McKinsey. Mit Hilfe dieses Modells lassen sich Adressausfallrisiken und künftige Wertveränderungen im Gesamtkreditportfolio prognostizieren.

Das geplante Bewertungsergebnis Kreditgeschäft ermitteln wir auf Basis der durchschnittlichen Ausfallwahrscheinlichkeiten gemäß DSGVO-Masterskala und unter Berücksichtigung der Besicherungen als durchschnittlich erwarteter undiskontierter Wert. Er lag für 2007 bei 39,3 Millionen Euro.

Auf Basis der Größenklassengliederung wird die Risikokonzentration nach Engagementsgröße gemessen und berichtet.

Limitierung und Reporting/Kreditrisikobericht

Das Adressausfallrisiko aus Handelsgeschäften ist limitiert und wird täglich von der Stabsstelle Risikosteuerung (Abt. Handelsüberwachung und -kontrolle) überwacht und berichtet.

Dem Adressausfallrisiko im traditionellen Kreditgeschäft haben wir im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes ein Gesamtportfoliolimit zugeordnet. Das Limit wurde vierteljährlich überwacht und im Kreditrisikobericht dargestellt. Ab Mai 2008 erfolgen Überwachung und Reporting monatlich.

Parallel beobachten und steuern wir die Adressausfallrisiken auf Basis der o. a. wesentlichen Aspekte (Größenklassen, Branchenverteilung, Ratingstruktur, Besicherungen und Überziehungsverhalten), der Regelungen der Kreditrisikostrategie sowie der MaRisk-konformen Prozesse. Damit erreichen wir, dass die Stadtsparkasse Düsseldorf jederzeit umfänglich über alle Adressausfallrisiken informiert und die Risikotragfähigkeit gewährleistet ist.

Weiterhin haben wir im Rahmen der Kreditrisikostrategie ratingabhängige Limits auf Kreditnehmerebene (Kreditnehmereinheiten gem. § 19 (2) KWG) festgelegt.

Die Stabsstelle Risikosteuerung erstellt vierteljährlich einen umfassenden Kreditrisikobericht. Darin werden die im Kreditportfolio enthaltenen Adressausfallrisiken in vollem Umfang dargestellt – gegliedert nach den Strukturklassen Privatkunden, Firmen- und Gewerbekunden, Risiko- und Größenklassen, Sicherheitenkategorien und Länderisiko. Weiterhin enthält der Bericht die besonderen Bestandteile gem. den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk).

Portfolioanalyse

Über die im Kreditrisikobericht enthaltenen strukturellen Analysen des Kreditportfolios hinaus haben wir das Kreditrisiko mit der vom DSGV empfohlenen Software CreditPortfolioView (CpV; McKinsey) ermittelt. Ziel des Portfoliomodells ist eine umfassende Darstellung der Kreditrisiken auf Portfolioebene. Die Ergebnisse dienen dazu,

- die wertorientierte Eigenkapitalbelastung zu berechnen und in das Risikotragfähigkeitskonzept zu integrieren,
- Konzentrations-, Granularitäts- und Korrelationseffekte zu quantifizieren sowie
- künftig geeignete Risikokennzahlen und Risikobeiträge zur Portfolio- und Gesamtbanksteuerung bereitzustellen.

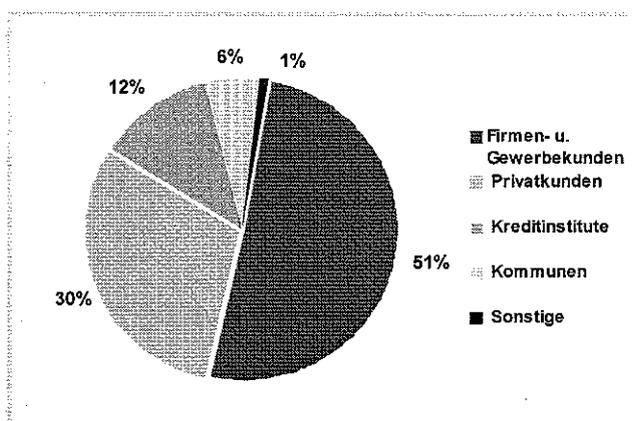
Das Portfoliomodell berücksichtigt neben den Adressausfallrisiken im engeren Sinn auch die Risiken aus Bonitätsveränderungen durch Ratingmigrationen. Die Wahrscheinlichkeitsverteilung basiert auf einer Monte-Carlo-Simulation (numerisches Verfahren zur Simulation von Zufallsprozessen).

Als wesentliches Ergebnis wird ein Kredit-Value-at-Risk mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent und einer unterstellten Haltedauer von einem Jahr ermittelt.

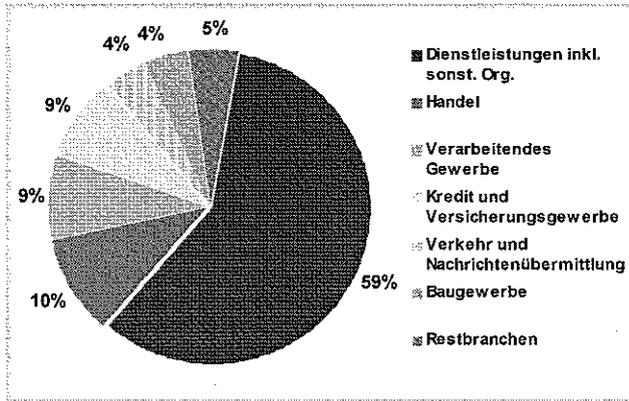
Risikosituation

Die Struktur des Kreditportfolios ist in den folgenden Grafiken dargestellt.

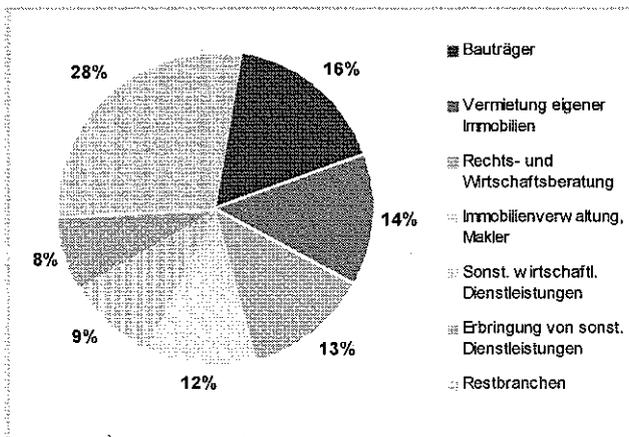
Kreditportfolio nach Kundengruppen



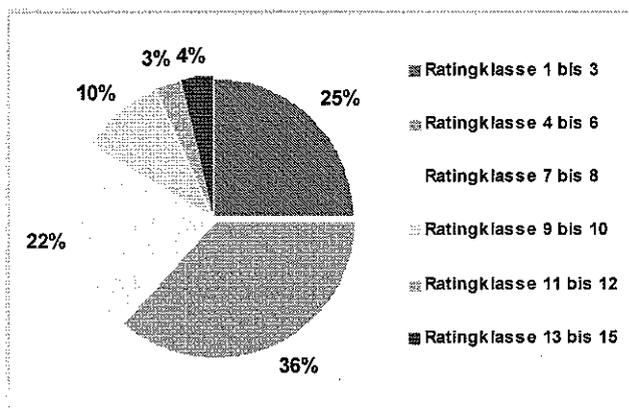
Firmen- und Gewerbekundenportfolio nach Branchen



Teilportfolio Dienstleistung nach Segmenten



Geratetes Portfolio nach Ratingklassen



Der Kredit-Value-at-Risk betrug per 31.12.2007 122 Millionen Euro (per 31.12.2006: 123,2 Millionen Euro).

Das geplante Bewertungsergebnis Kreditgeschäft (erwartete Verluste) betrug für 2007 39,3 Millionen Euro. Die Ausnutzung erfolgte zu 64,2 Prozent (Vorjahr: 37,1 Millionen Euro geplant, Ausnutzung 91 Prozent).

Liquiditätsrisiken

Risikodefinition

Als Liquiditätsrisiko bezeichnet die Stadtsparkasse Düsseldorf die Wahrscheinlichkeit, Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht und nicht in vollem Umfang nachkommen zu können.

Organisation

Das Management der Liquiditätsrisiken obliegt dem im Geschäftsfeld Asset Management angesiedelten Geschäftsbereich Handel. Der Vorstand behandelt das Liquiditätsrisiko im Rahmen seiner monatlichen Bilanzstruktursitzungen.

Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos/Quantifizierung

Liquiditätsstatus

Die Betrachtungsebene sind Cash-Flow-orientierte Liquiditätsrisiken bis 1 Jahr. Die Geldhandelsstelle im Geschäftsbereich Handel steuert die kurzfristige Liquidität.

Liquiditätsübersichten

Monatlich wird eine einjährige Liquiditätsübersicht erstellt.

Risikolage

Aufgrund der Geschäftsstruktur (Stadtsparkasse Düsseldorf ist Mitglied im Haftungsverbund der ^a-Finanzgruppe; hoher Anteil der Refinanzierung über Kundenmittel; Liquiditätslinien bei Kreditinstituten, gutes externes Rating) wird das Liquiditätsrisiko als gering eingeschätzt. Zudem verfügt die Stadtsparkasse Düsseldorf über einen hohen Anteil bonitätsmässig erstklassiger und liquider Eigenanlagen. Die Liquiditätskennziffer liegt mit 1,61 per 31.12.2006 und mit 1,32 per 31.12.2007 deutlich oberhalb des Schwellenwertes.

Anpassung in 2007

Im 4. Quartal 2007 hat die Sparkasse Düsseldorf das vom Rheinischen Sparkassen- und Giroverband empfohlene Programm „Liquiditätsmanager“ eingesetzt und das Verfahren insgesamt überarbeitet.

Operationelle Risiken

Risikodefinition

Bei den operationellen Risiken handelt es sich um Risiken, die mit der allgemeinen Geschäftstätigkeit der Sparkasse Düsseldorf verbunden sind. Diese können aufgrund der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, interner Infrastruktur oder durch externe Einflüsse eintreten.

Organisation

Den Umgang mit operationellen Risiken legt der Vorstand fest.

In der operativen Umsetzung verantwortet der Zentralbereich Organisation Notfallkonzepte, die den Umgang mit operationellen Risiken, die in der internen Infrastruktur und durch externe Einflüsse entstehen können, festlegen. Sie enthalten organisatorische und technische Regelungen, durch die eine einheitliche Vorgehensweise in einem Katastrophenfall sichergestellt wird.

Des Weiteren werden die Aufgabenfelder Betriebssicherheit, Arbeitsplatzsicherheit und IT-Sicherheit im Zentralbereich Organisation umgesetzt.

Die Leiter der Geschäfts- und Zentralbereiche sind für das Management der operationellen Risiken (insbesondere operationeller Risiken im Bereich von Mitarbeitern und internen Verfahren) ihrer Organisationseinheit verantwortlich.

Methodenkompetenz, Einsatz der DSGVO-OpRisk-Instrumente sowie das Berichtswesen liegen in der Stabsstelle Risikosteuerung.

Klassifizierung

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung verwendet die Stadtsparkasse Düsseldorf die nachfolgenden Risikokategorien.

Operationelle Risiken - Risikokategorien	
Risikokategorie	Unterkategorie
Infrastruktur	IT-Sicherheit IT-Performance/IT-Ausfall IT-Funktionalität Haustechnik/Gebäude/Arbeitsplatzsicherheit
Mitarbeiter	Unsachgemäße Beratung Fähigkeit/Verfügbarkeit Unautorisierte Handlungen Bearbeitungsfehler
Interne Verfahren	Verträge Projekte Information/Kommunikation Aufbau-/Ablauforganisation
Externe Einflüsse	Outsourcing/Lieferanten/Dienstleister Kriminelle Handlungen Naturgewalten / Unfälle Gesetze / Rechtsprechung

Abb. „R4“

Quantifizierung

Die Stadtsparkasse Düsseldorf setzt zum Management und Controlling von operationellen Risiken das vom DSGV (Deutscher Sparkassen- und Giroverband) empfohlene Verfahren ein. Es setzt sich aus einer Schadenfalldatenbank und der Risikoinventur zusammen.

Schadenfalldatenbank

Zur Erfassung und Analyse der eingetretenen Schadenfälle aus operationellen Risiken haben wir ab 2005 eine zentrale Schadenfalldatenbank aufgebaut. In dieser werden Schadenfälle sowie ggf. Maßnahmen zur Minderung und Vermeidung zukünftiger Schäden erfasst.

Daneben beteiligt sich die Stadtsparkasse Düsseldorf am zentralen Informationsaustausch über den DSGV zur Verbreiterung der Datenbasis sowie zur Nutzung übergeordneter Erkenntnisse.

Risikoinventur

Im Rahmen der erstmaligen Risikoinventur im Jahr 2007 haben wir operationelle Risiken umfassend in allen Bereichen der Stadtsparkasse Düsseldorf in Form von Schadensszenarien detailliert und strukturiert erhoben. Die Einschätzung erfolgt in der Regel durch den Leiter des jeweiligen Bereichs unter Mithilfe entsprechend ausgebildeter Mitarbeiter der Stabsstelle Risikosteuerung.

In Verbindung mit der Analyse der Schadenfälle ergibt die Risikoinventur die Basis, operationelle Risiken abzuschätzen sowie Pläne zur Reduzierung und Steuerung abzuleiten.

Limitierung und Reporting

Im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes wurde für operationelle Risiken entsprechend der Regelungen gem. § 270 f. SolvV (Solvabilitätsverordnung) der Basisindikatoransatz herangezogen. Damit wurden für 2006 und 2007 48 Millionen Euro berücksichtigt.

Das Limit wird derzeit einmal jährlich überarbeitet und dem Vorstand zur Entscheidung vorgelegt.

Mit Abschluss der Risikoinventur im 4. Quartal 2007 erhalten der Vorstand sowie die Leiter der jeweiligen Bereiche künftig regelmäßige Risikoberichte.

Risikosituation

Operationelle Risiken treten primär unter der Kategorie Adressausfallrisiken auf und werden dort erfasst und gesteuert. DV-Risiken sind begrenzt, da die Sparkassen Informatik als DV-Dienstleister tätig ist.

Sonstige operationelle Risiken sind gering ausgeprägt bzw. durch Versicherungen abgedeckt. Folglich werden operationelle Risiken (außerhalb des Kreditgeschäfts) als nicht wesentlich klassifiziert.

Beteiligungsrisiken

Risikodefinition

Unter dem Beteiligungsrisiko versteht die Stadtsparkasse Düsseldorf die Gefahr des finanziellen Verlustes aufgrund von Wertminderungen.

Organisation

Das Beteiligungsgeschäft der Stadtsparkasse Düsseldorf umfasst direkte und indirekte Beteiligungen. Für die direkten Beteiligungen z. B. am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) erfolgt das Controlling im Zentralbereich Betriebswirtschaft bzw. über Geschäftsbesorgungsverträge durch unsere 100 %-ige Tochtergesellschaft ^a-Kapitalbeteiligungsgesellschaft (^aKBG). Die Überwachung wird im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes durch die Stabsstelle Risikosteuerung vorgenommen.

Die indirekten Beteiligungen werden über die ^aKBG gehalten. Das Risikocontrolling wird von der ^aKBG im Rahmen ihrer Holdingfunktion wahrgenommen.

Investitionsentscheidungen der Equity Partners GmbH (einer Tochter der ^aKBG) basieren auf einer vom Vorstand verabschiedeten Investitions-Strategie. Konkrete Einzelinvestitionen (Dachfonds, Fonds, Direktbeteiligungen) werden im ZB Kredit votiert. Die Entscheidungen selbst werden von einem Investmentboard als Organ der Beteiligungsgesellschaft getroffen. Das Gremium ist entsprechend den Anforderungen der MaRisk mit Vertretern aus Markt und Marktfolge besetzt.

Quantifizierung des Beteiligungsrisikos

Tabellarische Darstellung der Beteiligungen	Beteiligungskapital	
	31.12.2007 Mio. EUR	30.06.2006 Mio. EUR
RSGV	138,9	138,9
Beteiligungen zur Stärkung des Vertriebs	1,7	1,7
Beteiligungen zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur	6,7	6,7
Beteiligungen an Kapitalbeteiligungsgesellschaften	212,1	137,8
Beteiligungen an Unternehmen des Immobiliensektors	67,5	67,5
Insgesamt	426,9	352,6

Die Betrachtung des Risikos konzentriert sich auf die wesentlichen Beteiligungspositionen. Durch die Zuordnung von vergleichbaren Indizes zu jeder einzelnen Position werden anhand der historischen Entwicklung des jeweiligen Index die in diesen Beteiligungen vorhandenen Risiken ermittelt.

Ausgenommen hierbei ist die Beteiligung der ^aKBG; die Holding übernimmt im Rahmen ihres Controllings die Risikoeinschätzung der einzelnen Investments der ^aKBG.

Das wertorientierte Risikolimit Beteiligungen wurde für 2007 mit 69 Millionen Euro im Normalfall (Konfidenzniveau 99,0 Prozent) und mit 78 Millionen Euro im Worst Case (Konfidenzniveau 99,9 Prozent) festgelegt. Das Limit wurde in 2007 nicht überschritten.

Risikosituation

Für Fondsinvestments der Equity Partners GmbH (EP) sehen wir das Ausfallrisiko im Bereich Private Equity Fund-of-Funds auf Basis einer Studie („The Risk Profiles of Private Equity“, T. Weidig/P.-Y. Mathonet, Luxemburg, 2004) aufgrund des hohen Diversifikationsgrades als gering an.

Die Entwicklung der von EP eingegangenen direkten Beteiligungen ist grundsätzlich mit den für diese Anlageklasse typischen Risiken verbunden. Durch Diversifizierung in Verbindung mit einer sorgfältigen Auswahl der Beteiligungsunternehmen gehen wir davon aus, eventuelle Ausfälle planungsgemäß durch positive Ergebnisse mit dem Gesamtportfolio deutlich überzukompensieren.

Währungskursschwankungen (in US-Dollar) werden einer laufenden Überwachung unterzogen und in der strategischen Planung der Gesellschaft kalkulatorisch berücksichtigt. Ein Währungssicherungskonzept wurde etabliert.

Die Risiken im Geschäftsbereich Immobilien resultieren im Wesentlichen aus der weiteren Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften und der Umsetzung und der Einhaltung der geplanten Projektszenarien. Neben den geplanten Verkaufserlösen sowie den unterstellten Kosten ist bei den Projekten insbesondere die Zeitkomponente ein kritischer Erfolgsfaktor, da Verzögerungen zu erhöhten Refinanzierungskosten führen. Bei ungünstiger Entwicklung können weitere Abschreibungen oder sonstige Stützungsmaßnahmen nicht ausgeschlossen werden, wobei im Rahmen des Jahresabschlusses 2007 allen derzeit bekannten Risiken Rechnung getragen wurde.

Die Beteiligung am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) beinhaltet als Hauptrisiko die Beteiligung an der WestLB. Die Anfang 2008 beschlossenen Restrukturierungsmaßnahmen wurden für 2007 berücksichtigt. Mögliche weitere Auswirkungen werden in 2008 intensiv beobachtet.

E. Prognosebericht

Die Wachstumsperspektiven für die deutsche Wirtschaft haben sich im Vergleich zu den Jahren 2006 und 2007 verschlechtert. Hauptgründe hierfür sind die anhaltende US-Immobilienkrise und die dadurch ausgelösten Belastungen an den Finanzmärkten. Auch die Kaufkraft der Verbraucher lässt aufgrund steigender Preise zu Wünschen übrig.

Die Bundesregierung hat bei der Vorlage des Jahreswirtschaftsberichtes 2008 das Wachstum der Wirtschaft auf 1,7 Prozent veranschlagt und damit im Vergleich zum Herbst 2007 um 0,3 Prozentpunkte herabgesetzt. Die Mehrzahl der aktuellen Prognosen zum Bruttoinlandsprodukt liegt zwischen 1,7 Prozent und 1,9 Prozent. Demnach setzt sich der Aufschwung fort, auch wenn sich die Wirtschaftsdynamik in 2008 und 2009 verringern wird.

Die Stadtsparkasse Düsseldorf geht in der Region von einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung aus als im Bundesdurchschnitt. Der Sparkassen-Mittelstandsindex Düsseldorf (SMID), der sich in seiner Systematik am Ifo-Index orientiert, hat im Herbst 2007 eine Fortsetzung des Wachstums angezeigt, dessen Tempo deutlich über den Bundeswerten liegen wird. Der Düsseldorfer Konjunkturmonitor 2008, der von der Unternehmerschaft Düsseldorf und Umgebung bei 900 Unternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistungen erhoben wird, kommt zu vergleichbaren Ergebnissen. Demnach rechnen die Firmen in der Region für 2008 überwiegend mit besseren Geschäften und mehr Arbeitsplätzen als in 2007.

Vor dem Hintergrund dieser Erwartungen gehen wir von einer steigenden Kreditnachfrage bei unseren mittelständischen Firmenkunden aus. Der Kredit wird für die Mehrzahl der Unternehmen das zentrale Finanzierungsmittel bleiben. Daneben registrieren wir eine wachsende Nachfrage nach eigenkapitalschonenden oder eigenkapitalergänzenden Finanzierungsformen. Außerdem steigt das Interesse an strukturierten Produkten, um individuelle Finanzierungswünsche der Unternehmen darstellen zu können. Die Stadtsparkasse Düsseldorf bietet hierfür ein umfassendes Spezialwissen, das von den Unternehmen vielfach genutzt wird.

Mit der Einführung von SEPA (Single European Payments Area) sind die ersten Produkte eines einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrssystems geschaffen. Unser Haus bietet den Kunden im Rahmen ihres Transaktionsmanagements neue Produkte an, die insbesondere von international tätigen Unternehmen rege nachgefragt werden.

In Anlehnung an die erfolgreiche Imagekampagne „Mittelstand im Mittelpunkt“ werden wir 2008 die Produktwerbung für ausgewählte Geschäftsfelder des Geschäftsbereichs Firmenkunden und Institutionelle fortsetzen.

Im Privatkundengeschäft bleibt für 2008 die Wohnungsbaufinanzierung ein Schwerpunkt unseres Kreditgeschäftes. Angesichts einer steigenden Bevölkerungszahl in der Landeshauptstadt wächst der Bedarf an Wohnraum. Wir erwarten daher eine höhere Nachfrage nach Wohnungsbaudarlehen als in 2007.

Das Konsumentenkreditgeschäft soll in 2008 weiter ausgebaut werden. Mit attraktiven Produkten und marktgängigen Konditionen wollen wir das vorhandene Potenzial weiter nutzen.

Ein zentrales Thema des Privatkundengeschäftes bleibt die Altersvorsorge. Die Ergebnisse der Befragungen Düsseldorfer Haushalte, die unser Haus im Rahmen des „Geldbarometers“ durchgeführt hat, zeigt das wachsende Interesse breiter Bevölkerungsgruppen an einer finanziellen Absicherung im Alter. Unser Haus bietet zahlreiche Produkte für die private Altersvorsorge an.

Ein weiterer Schwerpunkt wird 2008 die Thematik „Abgeltungssteuer“ sein, die zum 1. Januar 2009 eingeführt wird. Wir erwarten, dass diese neue Steuer zu erheblichen Umschichtungen privater Vermögen führen wird. Unser Haus ist hierfür mit hoher Beratungskompetenz vorbereitet.

Im Geschäftsfeld Asset Management sehen wir für 2008 ein großes Wachstumspotenzial. Das Geschäftsfeld, in dem das Know-how aus den Geschäftsbereichen Handel, Kapitalmarkt und Private Banking gebündelt ist, verfügt über eine attraktive Klientel mit hohem Anlagebedarf. Wir gehen davon aus, 2008 weitere Mandate von institutionellen Kunden übertragen zu bekommen und weitere Kunden im Bereich des Private Banking zu gewinnen.

Das hohe Wachstumspotenzial in den einzelnen Geschäftsbereichen bietet eine solide Basis für eine weitere deutliche Steigerung der Bruttoerträge unserer Vertriebs-einheiten.

Für das Gesamtjahr 2008 erwarten wir weiterhin eine flache Zinsstrukturkurve. Damit bleibt der Spielraum für Fristentransformationserträge gering. Unsere wichtigste Er-tragsquelle, der Zinsüberschuss, wird sich auch 2008 schwächer entwickeln als im Vorjahr. Wir gehen davon aus, dass steigende Provisionserträge den Rückgang des Zinsüberschusses zum Teil kompensieren können. Die Aufwandsseite wird auf dem Niveau des vergangenen Jahres bleiben.

Das Adressrisiko wird weiterhin auf einem stabilen, guten Niveau verbleiben. Den mit Adressrisiken einhergehenden Abschirmungsbedarf konnten wir zwar im zurücklie-genden Geschäftsjahr wiederum reduzieren. Allerdings rechnen wir Ende 2008 bzw. 2009 mit einem zunehmend schwierigeren wirtschaftlichen Umfeld.

Aufgrund der Geschäftsstruktur und des sehr guten externen Ratings von Aa1 (Moody's) schätzen wir – auch vor dem Hintergrund der internationalen Liquiditäts-krise des Jahres 2007 – das Liquiditätsrisiko für die Stadtparkasse Düsseldorf wei-terhin als gering ein.

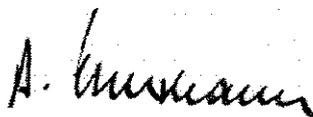
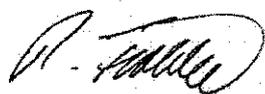
Operationelle Risiken werden ab 2008 nach Einführung neuer Verfahren noch intensiver überwacht, so dass auch hier eine exaktere Analyse und insbesondere eine Risikoreduzierung möglich werden.

Insgesamt gehen wir für die nächsten Jahre von einer weiteren Konsolidierung der Risikosituation aus; dadurch wird die Ertragslage der Stadtsparkasse Düsseldorf positiv beeinflusst.

Für das Geschäftsjahr 2008 erwarten wir ein befriedigendes Jahresergebnis mit einem Jahresüberschuss, der auf dem Niveau des Jahres 2007 liegen sollte. Wie im vergangenen Jahr wird der Träger an der positiven Geschäfts- und Ertragsentwicklung partizipieren und eine Ausschüttung erhalten, die sich an der Größenordnung von 2007 orientieren wird. Wir werden unsere Eigenkapitalbasis für zukünftiges Wachstum unserer Geschäftsfelder weiter stärken.

Soweit aus heutiger Sicht prognostizierbar ergeben sich aus dem 2008 und 2009 anhaltenden, wenngleich abgeschwächten Wirtschaftswachstum in allen Geschäftsfeldern Potenziale, die wir zu einer Verbesserung der Ertragslage in 2009 nutzen wollen.

Düsseldorf, 31. März 2008



Der Vorstand

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadtparkasse Düsseldorf für das Geschäftsjahr vom 01.01.2007 bis 31.12.2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss – unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung – und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, 2. April 2008

Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

gez. Engel
Wirtschaftsprüfer

gez. Fuchs
Verbandsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat wurde vom Vorstand regelmäßig über die allgemeine wirtschaftliche Lage und die geschäftliche Entwicklung der Stadtsparkasse Düsseldorf im Jahre 2007 informiert. Er hat die ihm gesetzlich obliegenden Aufgaben wahrgenommen, die erforderlichen Beschlüsse gefasst und die Geschäftsführung überwacht.

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes hat den Jahresabschluss und den Lagebericht 2007 geprüft. Mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk testierte die Prüfungsstelle, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss 2007 hat der Verwaltungsrat festgestellt und den Lagebericht gebilligt.

Aus dem Jahresüberschuss ist eine Ausschüttung entsprechend § 28 Sparkassengesetz (SpkG NW) zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke an die Landeshauptstadt Düsseldorf als Trägerin der Sparkasse vorgesehen. Über die Höhe entscheidet der Rat der Stadt Düsseldorf auf Vorschlag des Verwaltungsrates. Der verbleibende Betrag wird in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

Der Verwaltungsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparkasse sowie dem Vorstand für die im Jahr 2007 geleistete erfolgreiche Arbeit.

Düsseldorf, den 25. April 2008

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates



Joachim Erwin
Oberbürgermeister

14. **NAMEN UND ADRESSEN**

EMITTENTIN

Stadtsparkasse Düsseldorf

Berliner Allee 33
40212 Düsseldorf
Bundesrepublik Deutschland

ZAHLSTELLE

Stadtsparkasse Düsseldorf

Berliner Allee 33
40212 Düsseldorf
Bundesrepublik Deutschland

RECHTSBERATER DER EMITTENTIN

Ashurst LLP

Oberlindau 54 - 56
60323 Frankfurt am Main
Bundesrepublik Deutschland

15. **UNTERSCHRIFTEN**

Düsseldorf, 11. September 2008

Stadtsparkasse Düsseldorf

gezeichnet durch: Ulrich Schierle Petra Karadas_